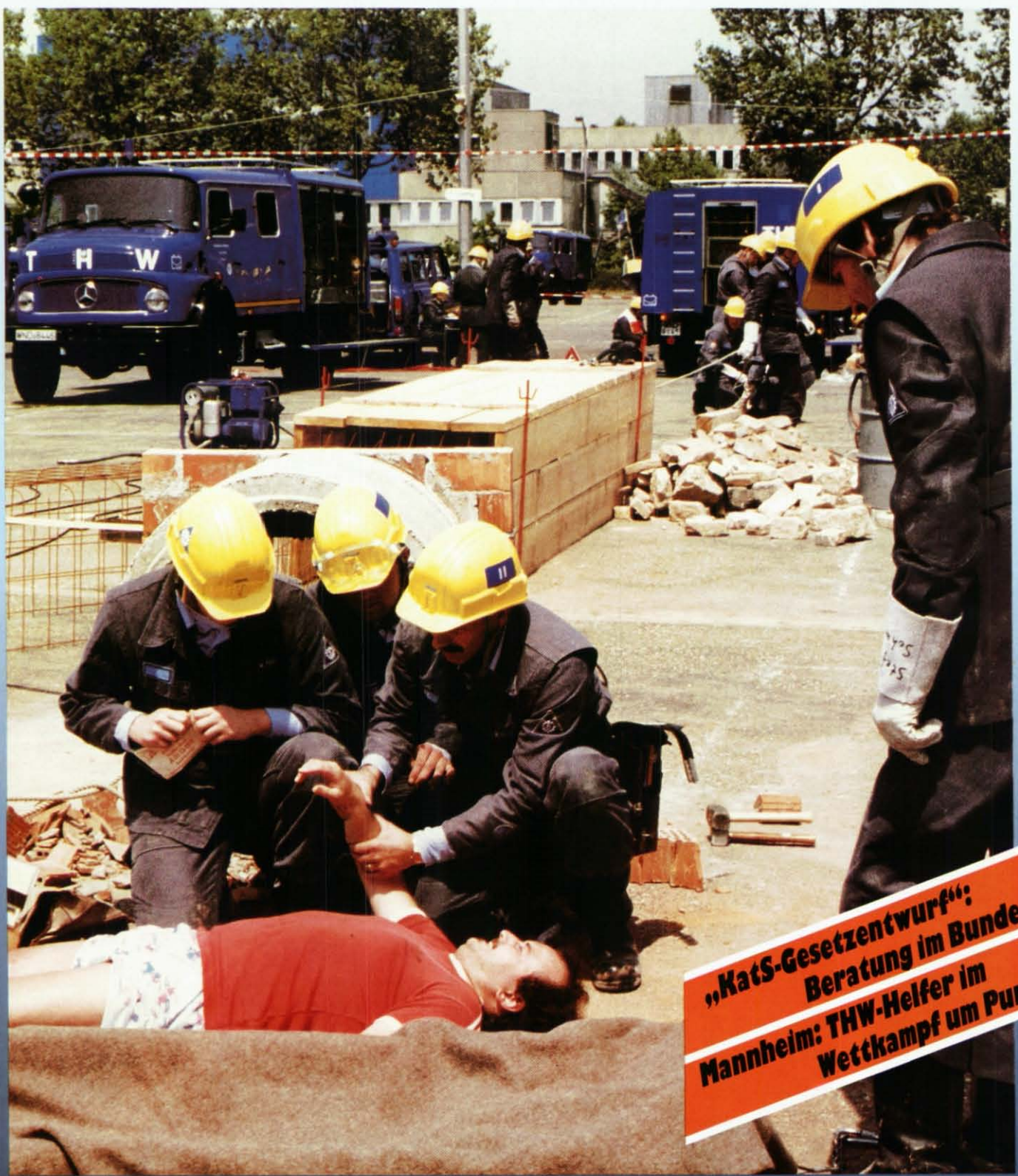




Zivilschutz

MAGAZIN



**„Kats-Gesetzentwurf“:
Beratung im Bundestag
Mannheim: THW-Helfer im
Wettkampf um Punkte**





Engagement in Beruf und Freizeit – diese Definition trifft auf Dagobert Wagner zu. Seit 26 Jahren beim Arbeiter-Samariter-Bund dabei, hat er über seinen Ortsverband Ulm hinaus schon Entscheidendes geschaffen. Wir stellen den 48jährigen vor.

Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Dagobert Wagner aus Nersingen

Zwei Jahre war er bereits in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit tätig, als ihn 1963 der Ruf erreichte, die Funktion eines Jugendleiters im Arbeiter-Samariter-Bund Ulm zu übernehmen. Und Dagobert Wagner ging mit seinen 20 Jahren tatkräftig an die neue Aufgabe. Der Aufbau von drei neuen Jugendgruppen in den folgenden Jahren ist die stolze Bilanz seiner Aktivitäten. Daß er daneben seit seinem Eintritt im Vorstand des ASB-Ortsverbands Ulm tätig ist, zeugt davon, daß sein Engagement schnell erkannt wurde.

Bei dem jungen Helfer führte die Erkenntnis, daß der Ausbildung zentrale Bedeutung zukommt, dazu, daß er sich verstärkt diesem Bereich zuwandte. Bereits 1964 erwarb er die Ausbildungsberechtigung der Stufe A I, die ihn befähigt, die Erste-Hilfe-Ausbildung durchzuführen. Weiter ging es mit der Erlangung der Stufe A II, der höchsten Ausbildungsstufe im ASB, im Jahre 1979. Mit dieser Befähigung übernahm er dann acht Jahre lang die Ausbildungsleitung des ASB in Baden-Württemberg. Doch auch damit war es für ihn in Sachen Ausbildung noch nicht genug, absolvierte er 1983 doch die Ausbildung zum Rettungsmitarbeiter und legte die Prüfung RS II mit Erfolg ab. Daß er 1989 einen Lehrauftrag der ASB-Bundeschule über die Herz-Lungen-Wiederbelebung für den Bereich der Ausbilderweiterbildung erhielt und die Zuständigkeit für die Rettungsmitarbeiter-Ausbildung des ASB in Baden-Württemberg übertragen bekam, rundet die Bilanz ab.

Hoher Stellenwert

Kann man neben dem geschilderten Engagement noch weitere Aktivitäten entwickeln? Dagobert Wagner kann: „Als 1966 der Katastrophenschutz der Stadt Ulm aufgebaut wurde, war es für mich keine Frage, von Anfang an dabeizusein. Der Katastrophenschutz hat für mich einen hohen Stellenwert, ich war und bin von der Notwen-

digkeit dieser Einrichtung hundertprozentig überzeugt. Denn bei einem größeren Schadensereignis kann man nur gemeinsam etwas erreichen.“ Mit dieser Motivation bereitete es ihm keine Schwierigkeiten, die Ausbildung vom Helfer über Trupp- und Gruppenführer bis zum Zugführer zu absolvieren. Seit 1984 gehört er dem Stab HVB der Stadt Ulm an, in seinem Ortsverband ist er als KS-Sachbearbeiter für den Bereich Katastrophenschutz zuständig. Nach dem Schwerpunkt seiner Arbeit im Katastrophenschutz befragt, stellt Dagobert Wagner fest: „Meine vordringlichste Aufgabe im Katastrophenschutz sehe ich darin, alles zu tun, damit die beteiligten Organisationen gut zusammenarbeiten. Vor allem liegt mir am Herzen, daß die Sanitätsorganisationen ihre Vereinsbrille ablegen und alles geben, um gemeinsam das Beste für die Betroffenen zu erreichen.“

Mehr Einsatzerfahrung

Auf die Frage, was er im Katastrophenschutz für verbesserungswürdig hält, braucht er nicht lange zu überlegen. Der 48jährige hat konkrete Vorstellungen: „Die Einheiten des Sanitätsdienstes müßten schon bei einem Schadenfall, der unterhalb der Schwelle des Katastrophenalarms liegt, aber die Kräfte des Rettungsdienstes übersteigt, zum Einsatz kommen. Denn bei Massenverkehrsunfällen, wie in Ulm bereits mit einem Anfall von 40 bzw. 50 Verletzten geschehen, ist der Rettungsdienst doch hoffnungslos überfordert. Nur die dauernde Einsatzerfahrung macht, verbunden mit dem entsprechenden Ausbildungsstand, die Einheiten im tatsächlichen Katastrophenfall einsatzfähig.“ Auch die „lieben Finanzen“ stehen auf seiner Wunschliste: „Mein größter Wunsch ist, daß der Sanitätsdienst in gleichem Maße wie die Feuerwehr von der öffentlichen Hand getragen würde. Es darf doch nicht sein, daß die Organisationen, wenn sie schlagkräftig und auf dem neue-

sten Stand sein wollen, selbst Geld zuschießen müssen.“

Schnelleinsatzgruppe

Daß er es nicht bei der Kritik an den mangelnden Einsätzen für den Sanitätsdienst beläßt, stellte er 1984 mit dem Aufbau einer Schnelleinsatzgruppe unter Beweis. Diese Gruppe, deren Einsatzleiter er ist, wird bei jedem größeren Schadensereignis im Raum Ulm eingesetzt. Daneben verlegen die Helfer Intensivpatienten, führen Organtransporte durch und versehen den Unfallfolgedienst. Im Rahmen der Einsatzfähigkeit der Schnelleinsatzgruppe konnte Dagobert Wagner auch schon praktische Erfahrungen sammeln. Das war etwa der Fall beim Brand in der Universitätsklinik Ulm, wo ganze Krankenstationen geräumt wurden, oder bei den bereits erwähnten Massenverkehrsunfällen mit einer Vielzahl von Verletzten.

Dreifache Belastung

Familie, Beruf und ASB – wie läßt sich das vereinbaren? Dagobert Wagner macht sich nichts vor: „Meine Frau ist mit unseren beiden Kindern an vielen Wochenenden im Jahr allein. Doch sie ist sehr tolerant und steht meinen Aktivitäten positiv gegenüber. Allerdings gibt es für gemeinsame Unternehmungen mit Freunden keinen großen Spielraum. Neben dem ASB leiste ich mir noch Angeln als Freizeitbeschäftigung. Doch leider komme ich viel zu selten dazu.“

Er tröstet sich damit, daß ihm trotz aller Belastungen dennoch immer ein wenig Zeit für die Familie, für Freunde und fürs Angeln bleibt. Richtet seinen reich gefüllten Terminkalender so ein, daß auch mal ein Wochenende „ASB-frei“ bleibt. Und freut sich, wenn er sich seinen Aufgaben als Familienvater widmen kann. Sofern dann nicht der Funkmeldeempfänger piepst... –cl-

6-7/89



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutscherherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Deutscherherrenstraße 93-95, 5300 Bonn 2, Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juni/Juli und im August/September als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Leitender Redakteur:

Peter Steinfurth

Redaktion:

Jochen von Arnim, Günter Sers,
Paul Claes

Layout:

Horst Brandenburg

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60, Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungs- und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Umschau	2
Aktuelles im Blickpunkt	
„Rechtliche Lücken schließen“	9
Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetz zur ersten Beratung im Deutschen Bundestag	
Leistungsfähigkeit eindrucksvoll dokumentiert	14
10. THW-Bundeswettkampf in Mannheim – Böblinger Helfer wieder Sieger	
Ein Neubau mit Doppelnutzen	22
Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt in Krumbach eingeweiht	
Antrittsbesuch	25
Dr. Wolfgang Schäuble beim Bundesamt für Zivilschutz	
Sparen für die Altenpflege	29
Dr. Norbert Blüm als Gastredner bei der Johannisfeier von Maltesern und Johannitern	
Kritik zurückgewiesen	31
Korrespondenz zwischen IPPNW und Bundesinnenminister Schäuble	
Modernste Technik für den Notfall	33
Sicherheitssystem in Österreichs zweitlängstem Straßentunnel	
Ölbinder oft nicht besser als Sand	37
Neue Richtlinie zur Beseitigung von Ölsuren in Vorbereitung	
Notfall im Atlantik	39
Funkärztliche Beratung durch neues EGK-Sichtgerät erheblich verbessert	
Bundesverband für den Selbstschutz	42
Technisches Hilfswerk	50
Warndienst	52
Deutsche Rotes Kreuz	56
Arbeiter-Samariter-Bund	61
Johanniter-Unfall-Hilfe	63
Malteser-Hilfsdienst	65
Deutscher Feuerwehrverband	68
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	71
Presseschau des Inlands	77
Presseschau des Auslands	78
Wissenschaft & Technik	79
Bücher	80
Minimagazin	U 3



Neue Hubschrauber für den Katastrophenschutz

Die in der Luftrettung eingesetzte Hubschrauberflotte des Bundesministers des Innern wird in den nächsten vier Jahren mit rd. 164 Mio. DM modernisiert. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages hat dem Modernisierungsprogramm zugestimmt. Hierzu erklärte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble:

„Die seit fast 20 Jahren im Rettungsdienst eingesetzten Hubschrauber des Katastrophenschutzes haben durch ihren schnellen Einsatz viele tausend Schwerverletzte vor Tod oder schweren Dauerschäden bewahrt. Sie sind für die Wahrnehmung dieser wichtigen humanitären Aufgabe inzwischen zu klein geworden.“

Mit der Beschaffung neuer, größerer Hubschrauber sollen

die Rettungskapazität verbessert, die Flugsicherheit erhöht und die Aufgabenwahrnehmung im Bevölkerungsschutz besser erfüllt werden.

Die neuen Hubschrauber werden es ermöglichen, zwei lebensgefährlich Verletzte gleichzeitig zu transportieren. Während des Fluges können sie vom Arzt mit modernem medizinischem Gerät versorgt werden.

Mit zwei Mann BGS-Flugbesatzung, einem Piloten und zusätzlich einem Bordwart, wird auch die Flugsicherheit erheblich verbessert. Der Pilot wird während der Einsätze, die in der Regel unter größtem Zeitdruck und oft unter schwierigen Wetter- und Sichtbedingungen geflogen werden müssen, vom Bordwart entlastet, der Navigation, Funkkontakt, Erkundung des Unfallorts und andere Aufgaben wahrnimmt.

Im Bevölkerungsschutz können

die neuen Hubschrauber für den Transport von Spezialkräften, von Spezialgerät, von schwerem Material oder auch zum Transport von mehreren Schwerverletzten unter ärztlicher Betreuung eingesetzt werden.

Insgesamt werden 23 neue Hubschrauber beschafft. Die ersten 11 Maschinen sollen 1991, die restlichen 12 jeweils zur Hälfte 1992 und 1993 bereitstehen. Damit leistet der Bundesminister des Innern, der an 18 der 36 Luftrettungsstationen mit insgesamt 27 Hubschraubern und über 125 BGS-Angehörigen (Piloten, Bordwart, Mechaniker) am Luftrettungsnetz der Bundesrepublik Deutschland beteiligt ist, einen wesentlichen Beitrag, daß dieses Luftrettungsnetz seine weltweit anerkannte Leistungsfähigkeit weiter verbessert.“

in Paris. Dessen Direktor gab einen Überblick über die Aufgabenstellung und Organisation des Zivil- und Katastrophenschutzes und berichtete über die Erfahrungen, die diese Dienste bei der Bekämpfung verschiedener großer Unglücks- und Katastrophenfälle (Leckage eines Öltankers vor der französischen Atlantikküste, Giftwolken durch Chemieunfälle und Waldbrände) gemacht haben.

In der nationalen Feuerweherschule in der Nähe von Paris konnte sich die Kommission einen Überblick über Pläne und Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor technischen (atomaren und chemischen) Risiken verschaffen sowie das Ausbildungszentrum und das technische Gerät einer Schutzeinheit für atomare und chemische Störfälle besichtigen. Auf die Frage des Ausschußvorsitzenden Willi Pohlmann nach den Ausbildungsanforderungen für Feuerwehrleute erläuterte der Leiter der Feuerweherschule das computergestützte Ausbildungssystem, mit Hilfe dessen die Auszubildenden an Hand von Simulatoren Einsätze üben können.

Das Gespräch mit dem Präfekten von Lyon und seinen Mitarbeitern machte deutlich, daß die Präfekten die regionale Schalt- und Leitstellen für den Einsatz bei Katastrophenfällen sind. Von ihnen werden die regionalen Einsatzpläne entworfen und im Katastrophenfall ausgeführt. Im Kernforschungszentrum Cadarache ließen sich die Kommissionsmitglieder über die Ausarbeitung von Risikoszenarien bei Kernkraftunfällen und über Versuche zur Entseuchung von Böden und Wasser informieren.

Im Koordinationszentrum für Waldbrände in der Nähe von Aix-en-Provence, das für den gesamten südfranzösischen Küstenbereich von Spanien bis zur italienischen Grenze zuständig ist, konnten die Arbeits- und Einsatzbedingungen dieser wichtigen Einrichtung besichtigt und diskutiert werden. Die Kommission hatte Gelegenheit, sich über das zu

Besonderes Alarmsystem für Talsperren-Sicherheit

Unter der Leitung des Ausschußvorsitzenden Willi Pohlmann informierte sich eine siebenköpfige Kommission des NRW-Landtagsausschusses für Innere Verwaltung in Frankreich über den dortigen Katastrophenschutz und Zivilschutz. Ziel der Kommissionsreise war es, Grundinformationen über den französischen Katastrophenschutz und die zivilen Hilfsdienste, die Organisations- und Befehlsstrukturen, die verfügbaren Mittel (Finanzen, Geräte, Fahrzeuge) und Einsatzkräfte sowie über die Aus- und Fortbildungsmaßnahmen zu erlangen.

Den Auftakt bildete der Besuch der zentralen Zivilschutzbehörde



Unser Foto: Auf der Flugzeugbasis des Zivilschutzes in Marignane informierte sich die Kommission des Innenausschusses über die Einsatzmöglichkeiten von Wasserlöschflugzeugen.

dieser Zeit ablaufende Intex-Maßnahmen, das eine erweiterte Katastrophenschutzübung darstellt, an dem zahlreiche westeuropäische Länder teilnehmen, unterrichten zu lassen. Beim anschließenden Besuch des Stützpunktes der Löschflugzeuge des Zivilschutzes, bei dem 26 Löschflugzeuge und eine Reihe von Hubschraubern stationiert sind, verschaffte sich die Kommission ein Bild über die schwierigen Einsatzbedingungen dieser Einheiten.

Der Leiter des Elektrizitätswerkes an der Talsperre von Serre-Poncon erläuterte die Überwachungsanlagen und die Alarmpläne für die Bevölkerung unterhalb der Talsperre. Dabei wurde deutlich, daß aufgrund früherer Erfahrungen für die Sicherheit von Talsperren ein besonderes Alarmsystem geschaffen worden ist.

Im Schnellen Brüter von Creys-Malville erläuterte der Sicherheitsdirektor die internen Katastrophenschutzpläne des Atomkraftwerkes. Er hob hervor, daß der lokale Krisenstab ständig im Werk anwesend sei. Störfälle könnten auf die Weise schnell erkannt und sofort bekämpft werden. Mit einer in freundschaftlicher Atmosphäre geführten lebhaften und zugleich kontroversen Diskussion über die Sicherheit von Kernkraftwerken und die Erfolgchancen der Bekämpfung von Kernunfällen endete die Informationsreise.

ADAC lädt Fachleute der UdSSR ein

ADAC-Präsident Otto Flimm hat Fachleute aus der UdSSR zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch über beiderseits interessierende verkehrs- und touristiktechnische Fragen eingeladen.

In einem Brief an den sowjetischen Botschafter in Bonn schlägt Flimm vor, in München eine Experten-Delegation aus Moskau über Erfahrungen auf den Gebieten der Straßenverkehrstechnik, der Pannenhilfe, der Verkehrssicherheit, des Rettungswesens, der Vermeidung von Umweltbelastungen durch den Straßenverkehr sowie der touristischen Hilfeleistungen zu informieren.

Der ADAC sei, so heißt es in dem Brief an den sowjetischen Botschafter, davon überzeugt, daß ein solcher Gedanken- und Erfahrungsaustausch nicht nur die politischen Interessen der beider Länder fördert, sondern auch den Grundstein für eine

künftig engere Zusammenarbeit auf den entsprechenden Gebieten legen könnte.

Im vergangenen Jahr hat der ADAC mit dem Verkehrskombinat Potsdam in der DDR vereinbart, eine optimale Pannenhilfe nach ADAC-Standard auf den Transit-

strecken von und nach West-Berlin einzurichten. Seit Inkrafttreten dieser Vereinbarung am 1. Oktober 1988 konnten die 15 DDR-Pannenhelfer rund 40 000 liegengeliebene Autos wieder flott machen.

DGzRS-Vorstand im Amt bestätigt

Im Rahmen einer turnusmäßigen Tagung ist am 29. Mai 1989 in Berlin der Vorstand der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) für eine weitere Periode in seinem Ehrenamt bestätigt worden. Die Wiederwahl von Ernst Meier-Hedde als Vorsitzender sowie Carl Max Vater als dessen Stellvertreter erfolgte durch den Gesellschaftsausschuß des in Bremen ansässigen Rettungswerks. Darüber hinaus gehört Hermann C. Helms als Stellvertreter dem Vorstand an.

Meier-Hedde dankte den ebenfalls ehrenamtlich tätigen Delegierten aus den Orts- und Bezirksvereinen sowie den Mitgliedern des Kuratoriums für das erneute Vertrauen und die gute Zusammenarbeit.

Im Mittelpunkt der Arbeitssitzung standen ferner Referate über die Entwicklung des Seenotrettungsdienstes und die Vorbereitung des 125. Geburtstags der DGzRS im Jahr 1990.

Der Gesellschaftsausschuß trifft sich satzungsgemäß alle zwei Jahre. Nach 1873, 1877, und 1922 war Berlin bereits zum fünften Mal Tagungsort. Damit wollte die DGzRS ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung des Landes Berlin dokumentieren, das 1985 durch den damaligen Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen die Patenschaft über den Seenotkreuzer „Berlin“ und dessen Tochterboot „Steppe“ übernommen hatte. Mehr als 180 000 Mitglieder und Spender unterstützen die Arbeit des Seenotrettungswerks, das zur Erfüllung seiner Aufgaben ausschließlich von freiwilligen Zuwendungen, ohne staatliche oder öffentliche Zuschüsse, finanziert wird. Allein in Berlin kann sich die DGzRS auf rund 17 000 Förderer und zahlreiche ehrenamtliche Helfer verlas-

sen. Sie werden von der DGzRS-Geschäftsstelle Berlin (mit Sitz am Schöneberger Ufer 55) betreut.

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger, deren Schirmherr Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker ist, betreibt seit 1865 den maritimen Such- und Rettungsdienst in unseren Gebieten von Nord- und

Ostsee unabhängig und eigenverantwortlich. 1988 haben die 120 festangestellten und mehr als 200 freiwilligen Rettungsmänner auf ihren 36 leistungsstarken Seenotkreuzern und kleineren Seenotrettungsbooten 2 005 Einsätze gefahren und dabei 334 Menschen aus Seenot gerettet und weitere 1 008 Personen aus Gefahr befreit.

Sicherheit für die Feuerwehr

Schnell, aber auch sicher an die Brandstelle zu kommen, heißt die Devise für Feuerwehrmänner. Die erwünschte Fahrsicherheit läßt sich durch ein Sicherheitstraining verbessern. Aus diesem Grunde hat sich die Landesverkehrswacht Hessen e.V. schon seit längerem bemüht, für die hessischen Feuerwehren ein Fahr-Sicherheitstraining zu entwickeln.

Dabei kam ihr entgegen, daß schon seit längerem im Bereich der Branddirektion Frankfurt am Main ein derartiges Trainingsprogramm für die Frankfurter Berufsfeuerwehr aufgebaut wurde. In einem ersten Schritt wurden die technischen Voraussetzungen für den Aufbau eines generellen Trainingsprogramms geschaffen, finanziell unterstützt aus Mitteln des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Technik.

Zwischenzeitlich haben eine Vielzahl von Fahr-Sicherheitstrainings für Berufsfeuerwehren und Freiwillige Feuerwehren in Hessen stattgefunden. Nachfragen aus anderen Bundesländern zeigen, daß auch dort reges Interesse an dieser Neuentwicklung besteht.

Gleichzeitig nahm die Landesverkehrswacht Hessen Gespräche mit dem Deutschen Verkehrssicherheitsrat (DVR) auf, mit dem Ziel, das neue Fahr-Sicherheitstraining für Feuerwehren in die bestehende Programmpalette des DVR einzupassen. Die Mitglieder des zuständigen DVR-Ausschusses nahmen deshalb an einem Fahr-Sicherheitstraining der Flughafenfeuerwehr als kritische Beobachter teil. Die Landesverkehrswacht Hessen e.V. hofft nach dem positiven Verlauf der Testphase, daß es bald bundesweit möglich sein wird, Feuerwehrleute mit diesem neuen hessischen Programm zu schulen.

(DVR-Partner-Report)

Mehr Schienentransport für gefährliche Güter

Wichtige Beschlüsse zur Zukunft des öffentlichen Personenverkehrs verabschiedete der Verkehrsausschuß des Landtages NRW bei einer Sitzung unter Leitung von Erich Kröhan (SPD) am 1. Juni in Mülheim/Ruhr. Der vom Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Anfang dieses Jahres vorgelegte ÖPNV-Be-

darfsplan für den schienengebundenen Verkehr in den Ballungsräumen Rhein-Ruhr, Rhein-Sieg und Bielefeld wurde unter Berücksichtigung der vorgetragenen Änderungswünsche der drei im Verkehrsausschuß vertretenen Fraktionen der SPD, CDU und FDP abschließend beraten.

Der Verkehrsausschuß forderte nach Kenntnisnahme eines Berichts zur Sicherheit von Gefahrguttransporten die Landesregierung auf, im Rahmen der Bundesgesetzgebung und in den entsprechenden Bund-Länder-Gremien darauf hinzuwirken, daß notwendige weitere Maßnahmen zum wirksamen Schutz bei Gefahrguttransporten realisiert werden. Dazu gehören nach Meinung des Verkehrsausschusses insbesondere

- verbesserte Bauvorschriften für Tanks und Umsetzung der technischen Möglichkeiten, um Gefahrguttransporter sicherer zu machen;
- die stärkere Nutzung der Bahn für Gefahrguttransporte, wobei der Deutschen Bundesbahn die erforderlichen Investitionsmittel für ein verbessertes Angebot beim rollenden Material und für den Ausbau der Umschlaganlagen zur Verminderung des Gefährdungspotentials in Ballungsgebieten zur Verfügung gestellt werden müssen;
- eine verbesserte Aus- und Fortbildung der Fahrer von Gefahrguttransportern;
- die Einführung eines zentralen und leistungsfähigen Datenerfassung- und Informationssystems für Gefahrguttransporte;
- eine verbesserte Haftungsregelung für Schäden bei der Beförderung gefährlicher Güter;
- die Vereinfachung der geltenden Gefahrgutvorschriften.

Der Verkehrsausschuß unterstrich darüber hinaus die Notwendigkeit einer gesamteuropäischen Umsetzung dieser Maßnahmen im Sinne der Einheitlichkeit von Sicherheitsstandards auf hohem Niveau, aber auch zur Sicherung gleicher Wettbewerbsbedingungen des Gütertransportgewerbes.

Der Verkehrsausschuß begrüßte den im Bundesrat eingebrachten Gesetzesantrag des Landes Nordrhein-Westfalen zur Ver-

besserung des rechtlichen Instrumentariums zur Bekämpfung der gefährlichen Geschwindigkeitsüberschreitungen im Straßenverkehr. Er forderte die Landesregierung auf, die bisherige Praxis der intensiven Überwachung der Gefahrguttransporte durch die Polizei und die staatlichen Gewerbeaufsichtsämter fortzuführen.

(„NRW-Landtag intern“)

460 KatS-Helfer bei Großübung

Um die Einsatzbereitschaft des Katastrophenschutzes im Landkreis zu überprüfen, wird in zweijährigem Turnus vom Landratsamt Ludwigsburg eine Übung für die KatS-Fachdienstleistungen des DRK, des MHD, der DLRG, des THW und der Feuerwehr angesetzt. Ziel der diesjährigen Übung war es, die Zusammenarbeit der einzelnen Fachdienste zu üben, ohne jedoch die regulären, täglich eingesetzten Rettungsdienste und Feuerwehren zu berücksichtigen.

Als Ausgangslage wurde angenommen, daß ein Flugzeug im Industriegebiet Neckar I abgestürzt ist. Die Einheiten, die in Bereitstellungsräumen warteten, hatten die Aufgabe, das Schadensgebiet zu erkunden und die zuvor schon installierte Technische Einsatzleitung zu informieren, die dann die einzelnen Einsatzräume zuwies.

Kritisch beobachteten die Schiedsrichter die Rettungs- und Bergungsmaßnahmen der rund 460 Einsatzkräfte. Rund 120 Verletztendarsteller galt es, fachgerecht zu bergen und zu versorgen, wobei sich zum ersten Mal auch Schwesternhelferinnen des DRK beteiligten.

Daß es bei solch einer großen Übung immer wieder zu Kommunikationsschwierigkeiten untereinander kommt, liegt darin begründet, daß das Zusammenspiel der einzelnen Einheiten zu wenig geübt wird. Die Leistungen der Helfer in ihrem Fachbereich waren gut.

Den Ablauf verfolgten zahlreiche Gäste, unter ihnen die Mitglieder des Stabes HVB. Mit

einem gemeinsamen Mittagessen klang die groß angelegte Übung in der Marbacher Stadthalle aus.

Leitfigur entwickelt

Feuerwehrmann Fix, Fireman Sam, Old Lady und Smokey Bear – bekannte Symbolfiguren, die in der DDR, Großbritannien, Kanada und den USA seit Jahren mit großem Erfolg durch die Feuerwehren als optische Informationsvermittler genutzt werden, haben in der Bundesrepublik Deutschland einen „Kollegen“ bekommen.

FUNKI soll künftig immer dann zum „Einsatz“ kommen, wenn es um Brandschutzerziehung und -aufklärung geht. Die ständig steigenden Brandschäden (1970 verzeichneten die Feuerversicherer 1,38 Milliarden DM, im letzten



Statistikzeitraum schon über 3,5 Milliarden DM ohne Folgeschäden) zwingen dazu, sich noch intensiver als bisher mit der Verhinderung von Bränden zu beschäftigen.

Dazu will auch das Referat 12 der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (VFDB) „Brandschutzaufklärung und Brandschutzerziehung“ beitragen, welches für die Schaffung von FUNKI verantwortlich zeichnet.

Offizielle „Premiere“ soll FUNKI anlässlich der Eröffnung der diesjährigen Brandschutzwoche am 13. September in Wuppertal haben. Vertreter der VFDB und des Deutschen Feuerwehrverbandes werden ihn dann gemeinsam einer breiten Öffentlichkeit vorstellen. Einen ersten „Auftritt“ hat FUNKI allerdings schon hinter sich, die VFDB nutzte ihn bei der Gestaltung eines Leitfadens für die Öffentlichkeitsarbeit und Brandschutzerziehung.

Das künftige Einsatzgebiet von

FUNKI reicht von Postern und Merkblättern über Comic-Serien bis zum Zeichentrickfilm, Einzelheiten sind derzeit in Planung. Seine Hauptaufgabe – Leitfigur im Bereich der Brandschutzaufklärung und Brandschutzerziehung – kann FUNKI aber nur dann erfüllen, wenn er möglichst bekannt wird und immer dann zum „Einsatz“ kommt, wenn es um diese Thematik geht. Aus diesem Grund sollten auch die Feuerwehren im Rahmen ihrer Aktivitäten auf FUNKI als „Informationsvermittler“ nicht verzichten und ihn konsequent nutzen.

Autobahnen am sichersten

Die Autobahnen sind nach wie vor die sichersten Verkehrswege für den Autoverkehr. Wie die neueste ADAC-Analyse der Unfallzahlen 1988 zeigt, laufen 26 Prozent des gesamten Verkehrs auf Autobahnen ab, aber lediglich vier Prozent der Unfälle mit Personenschaden ereignen sich auf dieser Straßenkategorie. Von allen tödlich verunglückten Autofahrern kommen sieben Prozent bei Autobahnunfällen ums Leben.

Weil die Autobahnen nur zwei Prozent des gesamten Straßennetzes ausmachen, sind nach Ansicht des ADAC gezielte Verbesserungen am Autobahnnetz (z. B. dreispuriger Ausbau überlasteter Strecken) besonders wirtschaftlich und fördern die Verkehrssicherheit. Solche Investitionen betreffen den kleinsten Teil des Straßennetzes, kommen aber fast 30 Prozent des Verkehrs zugute.

Die schwersten Unfälle passieren auf den Landstraßen. 56 Prozent der Verkehrstoten werden auf Bundes-, Land- oder Kreisstraßen registriert (27 Prozent der Unfälle mit Personenschaden).

Auf Stadt- und Gemeindestraßen schließlich ist das Unfallrisiko am größten: Sie müssen 31 Prozent des Verkehrs bewältigen, aber fast 70 Prozent der Unfälle mit Personenschaden (37 Prozent der Getöteten) ereignen sich innerorts.

Katastrophenschutz- übung des Landkreises Kassel

An der Katastrophenschutz-
übung „Sensenstein“ des Land-
kreises Kassel am 27. Mai 1989
beteiligten sich rund 400 Helfe-
rinnen und Helfer verschieden-
ster Fachdienste aus den Kreisen
Kassel, Wolfhagen und Hofgeis-
mar. Mittelpunkt der Übung war
die Zusammenarbeit der ver-
schiedenen KatS-Einheiten in
einem angenommenen Schadens-
fall.

Am Samstagmorgen gegen
7.00 Uhr alarmierte der HVB
Kreis Kassel alle Einheiten:

„Alarmstufe III – Einsatzberei-
tschaft herstellen.“ Nacheinander
meldeten die Zugführer die Ein-
satzstärke und -bereitschaft der
TEL Kassel-Land. Sie erhielten
eine Koordinate im UTM-System
und mußten, nachdem der zu su-
chende Punkt erreicht war, dort
in Warteposition gehen.

Drei Stunden später kam die
Meldung der TEL: „Flugzeugab-
sturz auf der Jugendburg Sensen-
stein, vermutlich 50 verletzte Per-
sonen.“

In der Reihenfolge der ersten
Alarmierung fuhren der DRK-Sani-
tätszug Kassel-Land, der THW-
OV Wolfhagen sowie die Löschzü-
ge Wolfhagen, Zierenberg und
Naumburg zum Einsatzort.

Die Einheiten der Feuerwehr
wurden am Schadensort durch
Wehren aus Nieste, Niestetal und



Kaufungen unterstützt. Die Helfe-
rinnen und Helfer des DRK-Sani-
tätszuges bauten auf einem nahe-
gelegenen Sportplatz einen Ver-
bandsplatz auf (unser Foto). Hier
wurden die „Verletzten“ durch
Notärzte und Sanitäter fachge-
recht versorgt.

THW-Helfer und Feuerwehr-

männer öffneten mit hydraulischer Schere und Spreizer alte Fahrzeuge – sie stellten das Flugzeugwrack dar – und bargen die „Opfer“.

Die Helfer hatten außerdem die Aufgabe, Betonteile zu beseitigen, die zuvor auseinander zu brechen waren.

Nachdem bekannt wurde, daß durch den Aufprall des Flugzeuges ein Chlortank des Hallenbades beschädigt worden war, be-
traten die Einsatzkräfte das Ge-
bäude in Vollschutzanzügen mit
Atemschutz und suchten nach
„Verletzten“.

Die Einsatzleiter der verschie-
denen Fachdienste dankten den
Helferinnen und Helfern am Ende
der Übung und unterstrichen,
daß die gestellten Aufgaben von
allen gut gemeistert wurden.

Entsorgung gebrauchter Batterien

Batteriehersteller und Einzel-
handel haben am 9. September
1988 Bundesumweltminister Prof.
Dr. Klaus Töpfer eine freiwillige
Selbstbindung über die Entsorgung
von Batterien überreicht. Sie hat
zum Ziel, die Schwermetallbelastung
der Umwelt deutlich zu verringern.

Zur Verringerung von Umwelt-
belastungen durch Schadstoffe in
Produkten gibt es zwei grundsätz-
liche Wege:

1. Man kann das Produkt ver-
bieten oder seine Rücknahme
über Pfandregelungen fordern, oder

2. man versucht, die im Pro-
dukt enthaltenen Schadstoffe zu
verringern.

Bei den Batterien hat Bundes-
umweltminister Prof. Töpfer den
zweiten Lösungsweg akzeptiert,
da ein Verbot von Batterien un-
realistisch ist. Gegen eine mög-
liche Rücknahmepflicht spricht
die erzielbare Erfassungsquote,
die niemals 100 % der gebrauch-
ten Batterien betragen könnte.
Aus den Erfahrungen im Haus-
müllbereich (Glas-, Metall-, Pa-
pierrecycling) ist bekannt, daß
die Erfassungsquoten zwischen
40 % und maximal 70 % liegen.
Für den Bereich der Batterien
würde dies bedeuten, daß beim
günstigen Fall der Erfassung im-

mer noch 30 % aller Batterien in
den Hausmüll gelangen. Damit kä-
men von den 33,5 t Quecksilber
aus Batterien (1987) rund 10 t
Quecksilber pro Jahr in die Um-
welt.

Bei den jetzt vereinbarten
Maßnahmen wird der Quecksil-
bergehalt der Alkali-Mangan-Ba-
terie von 0,4 % auf 0,1 % gesenkt.
In absoluten Zahlen bedeutet
dies, daß bis Ende 1989 der Anteil
des Quecksilbers aus den Alkali-
Mangan-Batterien von 19,5 t auf
rund 5 t gesenkt wird. Inzwischen
haben die großen Batterieher-
steller den Quecksilbergehalt ihrer
Batterien bereits zum Teil auf
0,025 % und teilweise sogar schon
darunter gesenkt. Dadurch wird
die Reduktion noch deutlicher
ausfallen.

Für einige Batterien ist aber
allein aufgrund der elektrochemi-
schen Wirkungsweise eine Reduk-
tion der Schadstoffe (hier der
Schwermetalle) nicht möglich. So
ist ein bleifreier Bleiakкумуляtor
(Starterbatterie) oder ein cad-
miumfreier Nickel-Cadmium-Ak-
kumulatortyp nicht möglich. Außer-
dem sind für einige Spezialan-
wendungen wie etwa zur Erzeu-
gung von Referenzspannungen bei
Belichtungsmessern und in Foto-
apparaten Quecksilberknopfzel-
len erforderlich.

Um auch diese Batterien zu
erfassen, enthält die Vereinba-
rung im zweiten Teil eine Kenn-
zeichnungs- und Rücknahmepflicht
solcher schadstoffhaltiger
Batterien und Akkumulatoren.
Dieser Teil ist am 1. April 1989 in
Kraft getreten.

Gekennzeichnet und vom Han-
del zurückgenommen werden fol-
gende schadstoffhaltige Batterien
und Akkumulatoren:

- * Wartungsfreie verschlossene
Klein-Akkumulatoren
- * Gasdichte Nickel-Cadmium-
Akkumulatoren
- * Starterbatterien
- * Primärknopfzellen
- * Alkali-Mangan-Batterien, so-
weit deren Quecksilbergehalt
0,1 % des Gesamtgewichtes
erreicht oder überschreitet.

Die zurückgenommenen Bate-
rien werden gesammelt und
einem Recycling zugeführt.

Durch die Vereinbarung wird
erreicht, daß

1. der Schadstoffgehalt in Ba-
terien drastisch gesenkt wird und
2. Batterien, bei denen dies
technisch von der Funktion her
nicht möglich ist, gekennzeichnet,
zurückgenommen und aufge-
arbeitet werden.

Für den Verbraucher bedeutet
dies, daß er beim Kauf einer

Batterie bereits erkennen und
entscheiden kann, ob es sich um
eine schadstoffhaltige (Recyc-
lingsymbol-Rückgabe beim Hän-
dler) oder um eine schadstoffarme
Batterie handelt, die er nach Ge-
brauch in den Hausmüll werfen
darf.

Da während der Übergangszeit
nicht auszuschließen ist, daß
nicht gekennzeichnete Batterien
dennoch schadstoffhaltig sind,
nimmt der Handel 1989 alle Bate-
rien, ob gekennzeichnet oder
nicht, zurück.

Zur Kontrolle der Maßnahmen
sind – nach einer angemessenen
Übergangszeit von etwa einem
Jahr – Kontrollkäufe und Schad-
stoffuntersuchungen durch ein
unabhängiges Institut vorgese-
hen. Art, Ort und Zeitpunkt der
Kontrolluntersuchungen werden
mit dem derzeit vorbereiteten An-
forderungsprofil festgelegt.

Es ist aber davon auszugehen,
daß der Verzicht auf eine Rechts-
verordnung nach § 14 Abfallgesetz
nur dann gerechtfertigt ist, wenn
die Rücklaufquoten in Verbindung
mit der Quecksilberreduktion ak-
zeptable Emissionsminderungen
erzielen.

(„Umwelt“ 5/89)

Lkw- Unfall: Autobahn 7 war für 17 Stunden gesperrt!

Autobahn 7 nahe Göttingen. Der schwere Sattel-schlepper aus Dänemark rollt Richtung Süden. Es ist kurz nach 23 Uhr, als der Mann am Steuer plötzlich das Ende des Staus vor sich sieht. Er bremst – doch das schwere Gefährt kommt nicht mehr rechtzeitig zum Stehen. Das Ausweichmanöver nach links auf die Überholspur gelingt auch nicht mehr: Das Führerhaus des Scania streift mit der rechten Seite den Anhänger eines stehenden Lastzugs aus Pinneburg. Während die dänische Zugmaschine herumgerissen wird und sich immer tiefer in den Anhänger bohrt, schleudert der Auflieger herum, durchbricht die Mittelteilplanke und bleibt umgestürzt auf der Überholspur der Gegenfahrbahn liegen.

Zu diesem Zeitpunkt ist der Rettungszug* der Berufsfeuerwehr Göttingen nur zwei Kilometer von der Unfallstelle entfernt – am anderen Ende des Staus. Ein Opel Kadett hatte sich überschlagen und war auf dem Dach liegengeblieben. „Eingeklemmte Person“, hatte es in der Alarmierung für Brandoberinspektor Hubert Henne und seine Männer geheißen. Der schwer verletzte Fahrer kann jedoch ohne Einsatz von Werkzeugen aus seinem Wagen befreit werden. Der Mann wird im Notarztwagen versorgt, während die Männer der Berufsfeuerwehr die Unfallfolgen beseitigen. Aus dem Wrack tritt Öl aus, das mit Ölbindern aufgenommen wird, als die zweite Alarmierung den Rettungszug erreicht: „Einge-



klemmte Person, wahrscheinlich schwer verletzt – unbekanntes Flüssigkeiten laufen aus“, kommt es über Funk.

Sofort startet der Rettungszug zur neuen Einsatzstelle. Wegen des Staus waren die Einsatzfahrzeuge ohnehin auf der freien Nordroute zur Unfallstelle gefahren. Jetzt zählt sich diese Entscheidung aus: Wenige Minuten später ist die Feuerwehr bei dem umgestürzten Sattelschlepper. Hier haben einige Autofahrer den Dänen bereits aus dem total demolierten Führerhaus seines Scania befreit. Der Notarzt versorgt ihn an der Unfallstelle und fordert einen zusätzlichen Rettungswagen an, da der Notarztwagen nur über einen Transportplatz verfügt. Der Lkw-Fahrer wird ins Klinikum nach Göttingen gebracht.

Jetzt können sich die Berufsfeuerwehrlaute ganz der Unfallstelle widmen. Drei unterschiedliche Flüssigkeiten drohen gleichzeitig ins Erdreich zu gelangen: 160 Liter Diesel aus dem leckgeschlagenen Tank des Sattelschleppers, eine unbestimmte Menge Nitroverdüner und 1000 Liter zähflüssiger Sperranstrich für Kanäle und Häuserfundamente.

Brandoberinspektor Hubert

Henne im Gespräch mit dem Zivilschutz-Magazin: „Wir häuften sofort am Straßenrand kleine Wälle aus Ölbindern auf, um zu verhindern, daß die Flüssigkeiten von der Straße ins Erdreich gelangten. Gleichzeitig fingen wir das auslaufende Dieselöl in Mulden auf.“ Als dann das mitgebrachte Ölbindemittel zur Neige geht, kommt den Wehrmännern der Unfall zur Hilfe. Die Ladung des umgekippten dänischen Lkws hat sich auf der Autobahn verteilt. Es handelt sich um ein feinkörniges Granulat, das für Bauzwecke besonders getrocknet ist. Hubert Henne: „Dieses Zeug eignete sich ganz hervorragend als Ersatz für unsere Ölbindern.“ Teile der Lkw-Planen werden schließlich zum Transportieren des Granulats benutzt – Notbehelf für fehlende Schubkarren. Jetzt fordert Henne einen Rüstwagen-Öl und einen Geräte-Nachschubwagen (GNW) mit zusätzlichem Ölbindern an. Mit den zwei 2000-Watt-Scheinwerfern des RW-Öl, den weiteren zweimal 2000 Watt des Rüstwagens II mit seinem 20-kVA-Generator hat die Berufsfeuerwehr an der Einsatzstelle die Nacht zum Tage gemacht. Inzwischen ist es 23.43 Uhr, und Hubert Henne fordert die Ortsfeuerwehr Holtenen zur Unterstützung bei den

Der Unfall kam den Männern der Göttinger Berufsfeuerwehr zur Hilfe: Mit der Sandladung des umgekippten dänischen Lkw konnten sie die auslaufende Farbe binden. Auch das Dieselöl aus dem leckgeschlagenen Lkw-Tank ließ sich damit aufnehmen. Das eigene Ölbindemittel war vorher zur Neige gegangen.

(Fotos: Otto)

Aufräumarbeiten an. Neben den ausgelaufenen Farbfässern liegt Kaffee, Spielzeug, Shampoo und anderes Stückgut auf der Fahrbahn verstreut. Nach Abstimmung mit der Polizei räumen die Feuerwehren nun mit vereinten Kräften auf. Der Dieseltank des Lkws wird mit einer Handpumpe geleert, die Holtensener Feuerwehr kümmert sich um die Beseitigung der aufgenommenen Flüssigkeiten.

Gegen 1 Uhr übernimmt der von der Polizei beauftragte Havariekommissar das Kommando auf der A7. Einsatzleiter Henne verständigt den Einsatz-Leitdienst, der den weiteren Ablauf zwischen der Leitstelle und dem Einsatzort koordinieren soll – dann geht für seine Männer ein langer Einsatz zu Ende. „1.04 Uhr: Rückkehr zur Wache mit Ausnahme RW-Öl“, heißt es später im Bericht.

* Der sogenannte „Rettungszug“ der Göttinger Berufsfeuerwehr besteht aus einem Einsatzleitwagen (Opel Kombi), einem Rüstwagen 2 und einem Trocken-Tanklöschfahrzeug (TroTLF 16). Hinzu kommt eine unterschiedliche Zahl von Rettungs-Transportwagen (RTW), die von der Anzahl der Verletzten abhängig ist. Wahlweise kann auch ein Notarztwagen (NAW) hinzugezogen werden.

ADAC-Broschüre analysiert Kinder-Unfälle

Mehr als ein Drittel aller Kinder bis zu acht Jahren, die im Straßenverkehr verunglücken, saßen ungesichert in einem Pkw. Besonders häufig trifft das auf Kinder im Vorschulalter zu. Nach Ansicht des ADAC ist dies darauf zurückzuführen, daß viele Eltern, wenn das erste Sicherheitssy-

stem zu klein geworden ist, auf den Kauf eines zweiten Kindersitzes verzichten. Wie riskant unangeschnalltes Fahren ist, zeigen Aufprallversuche mit Kinder-Dummies: Ein 20 Kilogramm schweres Kind wird bei einem Aufprall aus 50 km/h mit einem Schub von rund einer Tonne nach vorn katapultiert.

Die Ursachen und Auswirkungen der Kinder-Unfälle werden in einer soeben erschienenen Broschüre der ADAC-Reihe „Kraftfahrer-Information“ analysiert. In er-

ster Linie wird ausführlich dargestellt, warum es Kinder aufgrund ihrer im Vergleich zu Erwachsenen körperlichen Nachteile im Straßenverkehr so schwer haben.

Schließlich nennt die Broschüre auch jene Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung, mit denen Kinder im Straßenverkehr besonders geschützt werden sollen. Interessenten können das 16seitige Heft in allen ADAC-Geschäftsstellen kostenlos bekommen.

Stuttgarter und Freiburger Fernmeldehelfer übten gemeinsam

Im Oktober 1986 waren 26 ehrenamtliche Fernmelde-Helfer des Katastrophenschutzes Stuttgart bei einer Fernmelde- und Stabsbetriebsübung in Freiburg zu Gast. Kürzlich wurde von 19 Helfern der Fernmeldezentrale der Stadt Freiburg die Gelegenheit zu einem Gegenbesuch genutzt. Die Gastgeber, Helfer des KatS-Fernmeldedienstes (FMD) der Stadt Stuttgart, hatten mit Unterstützung des Amtes für Zivilschutz für ihre Gäste ein interessantes und kurzweiliges Besuchs- und Übungsprogramm zusammengestellt.

Im Fernmeldezentrum des KatS-FMD Stuttgart wurden die Gäste von einer Abordnung der Stuttgarter Helfer begrüßt. Eine kurze Information über den FMD und eine Besichtigung des Fernmeldezenters (ein Schutzbau aus dem Jahre 1942) schlossen sich an.

In der Nacht von Freitag auf Samstag war das übungsmäßige Verschließen der Mehrzweckanlage der S-Bahn-Haltestelle Stuttgart Stadtmitte angesagt. Eine Funktionsübung, die jährlich einmal durchgeführt wird. Zunächst erläuterte der stellvertretende Leiter des Amtes für Zivilschutz den Aufbau und die Funktion des Schutzraums und zeigte die umfangreichen technischen Einrichtungen. Besonders beeindruckend waren hier die Energie-

Wasser- und Klimaversorgungs-Einrichtungen.

Nachdem die letzte S-Bahn die Haltestelle verlassen hatte, begann das ausgekugelte Zusammenwirken zwischen der Bundesbahn und dem Katastrophenschutz. Die Fahrleistungsspannung wurde abgeschaltet, die Strecke gesperrt und danach die vier Ein- und Ausfahrtstore der S-Bahn-Tunnel geschlossen. Da diese Stahlbetontore je etwa 35 Tonnen schwer sind, wird hierbei von den Helfern des Schutzraum-Betriebsdienstes auf hydraulische Hilfe zurückgegriffen.

Zur gleichen Zeit wurden auch die Fahrgast-Zugänge zur S-Bahn-Haltestelle mit verschiebbaren Stahlbetontoren verschlossen. Damit war dieser interessante Programmpunkt abgeschlossen.

Am Samstag stand eine gemeinsame Stabsbetriebs- und Fernmeldeübung unter dem Titel „Erdstoß“ auf dem Programm. Um 9.30 Uhr war die Helferschar durch weitere Fernmeldehelfer aus Stuttgart auf 49 Mann angewachsen. Die Übung konnte beginnen: Nach einer kurzen Einweisung durch Führungskräfte des FMD Stuttgart wurden die fernmeldetechnischen Betriebs-einrichtungen der Fernmeldezentrale Sickstraße durch Helfer des Freiburger FMD besetzt und betrieben. Die Stuttgarter Helfer, zum Teil Führungsnachwuchs,

übernahmen die „taktischen Stellen“ bei dieser Übung. Es wurden drei Führungsebenen simuliert. Der hauptsächliche Betrieb lief in der Technischen Leitung (TL), der eine Simulationsstelle für alle eingesetzten Einheiten nachgeordnet war. Als übergeordnete Dienststelle fungierte eine simulierte Katastrophen-Einsatzleitung (KEL).

Die TL wurde vom stellvertretenden Amtsleiter des Amtes für Zivilschutz Freiburg geleitet. Ihm zur Seite standen Helfer und Nachwuchskräfte des KatS-FMD

Stuttgart. Die KEL wurde ebenso wie die eingesetzten Einheiten von Stuttgarter FMD-Helfern simuliert. Die Übungsleitung, bestehend aus zwei Führungskräften des FMD Stuttgart, brachte die Übung nach anfänglichen Schwierigkeiten verhältnismäßig rasch zum Laufen.

Um 11.45 Uhr erging an den Fernsprechbaurupp der Freiburger Fernmelder der Auftrag zum Bau einer Fernsprechleitung vom Fernmeldezentrum Sickstraße aus, durch den Park der Villa Berg über den Parkplatz am Mineralbad Leuze und den Berger Steg bis zum Cannstatter Wasen. Hier waren eine Lotsen- und Meldestelle einzurichten. Auch dieser Übungsteil wurde ohne größere Schwierigkeiten bewältigt. Zum Abschluß der Baumaßnahme wurde die verlegte Feldfernprechleitung zwischen Leuze und Fernmeldezentrum mit einer weiteren Fernsprechverbindung doppelt ausgenutzt.

Um 17.30 Uhr, nach mehr als sieben Stunden, wurde die Übung abgebrochen und in der anschließenden Übungsbesprechung kritisch betrachtet. Sicher gibt es in einigen Punkten Verbesserungsmöglichkeiten, jedoch zeigte sich, daß der Ausbildungsstand und die Zusammenarbeit vorbildlich ist. Ähnliche Übungen sollen auch künftig die Einsatzbereitschaft des Stuttgarter KatS-Fernmeldedienstes und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Hilfsdiensten fördern.

Gemeinsam gegen den nassen Tod

Sichtbare Erfolge einer langjährigen guten Zusammenarbeit zwischen der Freiwilligen Feuerwehr Konstanz/Bodensee und der Deutschen Lebensrettungs-Gesellschaft (DLRG) zeigen sich in der Indienststellung eines gemeinsamen Wasserrettungswagens. Und einmalig daran in Deutschland ist wohl die optische Kennzeichnung dieser Kooperation: Das neue Taucher- und Wasserrettungsfahrzeug trägt die deutlich sichtbare Beschriftung beider Hilfsorganisationen!

Fast ein Jahr lang haben Mitglieder von DLRG und Feuerwehr

ihre Zeit und Kraft sowie ihr Können in den Ausbau eines gebraucht beschafften Kastenwagens vom Typ Mercedes-Benz 507 D gesteckt, um aus dem ehe-



mals zivilen Fahrzeug ein für die Belange der Wassernotfall-Rettung am Bodensee optimales Einsatzfahrzeug zu schaffen.

Das Fahrzeug, das auf der Feuerwehr Konstanz stationiert ist

und von Männern der Freiwilligen Feuerwehr im Einsatzfall gefahren wird, enthält nunmehr das gesamte Arbeits- und Tauchermaterial für die von der DLRG gestellte Tauchergruppe: Tauchanzüge, Preßluftatmer, Gerätschaften für die Wasser- und Eisrettung und Notfallmaterial. Zusätzlich führt das neue Wasserrettungsfahrzeug ein Motorschlauchboot auf Trailer mit.

Alarmiert bei Wasser- und Eisnotfällen im Bereich des Bodensees (Untersee, Zeller See und Gnadensee) wird das neue gemeinsame Einsatzfahrzeug durch die Leitstelle Konstanz mit Sitz in Radolfzell, die – je nach Einsatzstelle – auch ein Taucherbühnenfahrzeug organisiert.

Für den Rettungsdienst am Unteren Bodensee eine sicher einmalige, sinnvolle Kooperation zum Schutz der Bevölkerung!

(Foto: Jendsch)

Gorbatschow sprach mit THW

Mit sichtlichem Interesse ließ sich der sowjetische Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow vom Direktor der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Gerd Jürgen Henkel, an Hand einer Fotoausstellung mit dem Titel „Stichwort: Armenien“ über den Einsatz des THW im Erdbebengebiet informieren. Gorbatschow dankte nachdrücklich für die vielseitige Hilfe des THW.

Direktor Henkel, begleitet vom THW-Zugführer Kaczmarek und dem Pressesprecher des THW, v. Arnim, überreichte dem Staatsgast am 13. Juni in der Eingangshalle des Bundeskanzleramtes Modelle der Fahrzeug- und Geräteausstattung zur Erinnerung an die gute Zusammenarbeit zwi-

Stichwort:
Armenien



schen den 190 eingesetzt gewesenen Helfern und den sowjetischen Stellen vor Ort.

Das Foto zeigt in der Bildmitte:

Bundeskanzler Kohl, Parteichef Gorbatschow, Direktor Henkel (mit Bart), Außenminister Schwarzadnase. (Foto: BPA)

Termine

Die Technische Akademie Esslingen veranstaltete am 5. und 6. September 1989 in Zürich ein Seminar unter dem Titel „**Großes Gefahrgut-Seminar '89**“.

Information: Technische Akademie Esslingen, Weiterbildungszentrum, Postfach 1269, In den Anlagen 5, D-7302 Ostfildern, Tel. (07 11) 3 40 08-0.

Vom 6. bis 11. Mai 1990 trifft sich in Hamburg die internationale Fachwelt des Arbeitsschutzes: Zum XII. Weltkongreß für Arbeitsschutz werden Teilnehmer aus rund 130 Ländern erwartet. Der Weltkongreß für Arbeitsschutz ist eine im Dreijahresrhythmus stattfindende Veranstaltung. Er wird in Hamburg von den Spitzenverbänden der gesetzlichen Unfallversicherung (Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand, Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften) gemeinsam durchgeführt.

Informationen: XII. Weltkongreß für Arbeitsschutz, c/o Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Lindenstraße 78-80, 5205 Sankt Augustin 2, Tel.: 0 22 41/2 31-1 60

Die erste internationale Ausstellung mit Tagung, die sich **Flugzeugunfällen und dem Katastrophen-Management** widmet – AEM '89 – ist für den 10.-12. Oktober am East Midlands Airport, Derby/England, geplant.

Eine Vielzahl der bei derartigen Unfällen erforderlichen Rettungsausrüstungen wird ausgestellt sein, während sich die Tagung mit Themen befaßt wie: Verhaltensweise in Notfällen – Opfer und Retter; Flughafen- und Fluglinien-Management und Noteinsätze; Versorgung und Tansport von Verletzten und Opfern; Auslegung, Bemannung und Betrieb von Notleitstellen; Konstruktion von Rettungsfahrzeugen und mobilen Leitstellen; die Handhabung von

Gefahrgütern; Unfälle abseits von Flughäfen in schwierigem Terrain; Ausbildung von Bereitschaftspersonal.

Weitere Informationen sind erhältlich von: Marie-Paule Davies, Network Exhibition and Conferences Ltd. Printers Mews, GB-Market Hill, Buckingham MK18 1JX (England).

Ein fünftägiger Kurs über die **Gefahrenschutzplanung im Falle von Kernkraftunfällen** wird in Zusammenarbeit mit dem Office of Continuing Education, School of Public Health und der Harvard University vom 4.-8. September 1989 an der University of Surrey in Guildford/England stattfinden.

Der Kurs richtet sich an Regierungsbeamte, Kommunalbeamte und Angehörige spezieller Dienststellen sowie sämtlicher Bereitschaftsdienste in Verbindung mit Kernkraftwerken, die für die Notfallplanung zuständig sind. Die Katastrophen von Tschernobyl (UdSSR) und Three Mile Island (USA) zählen zu den Tagungsthemen.

Weitere Einzelheiten sind erhältlich von: Miss Sara Deane, Physics Department, University of Surrey, GB-Guildford GU2 5XH (England).

Der Kreisfeuerwehrverband Tübingen und das Motormuseum „Boxenstop“ veranstalten vom 8. 9. bis 1. 10. 89 eine Ausstellung **„Historische Feuerwehrmodelle“**.

Bei dieser Ausstellung werden neben Feuerwehrblechmodellen auch eine Vielzahl von Einzelanfertigungen historischer Feuerwehrfahrzeugmodelle in verschiedenen Maßstäben ausgestellt.

Auskunft unter Tel. 0 70 71/2 04-2 37 oder Motormuseum „Boxenstop“, Brunnenstraße, 7400 Tübingen.

Der Feuerwehr-Oldtimer- und Modellbau-Club Achim führt in diesem Jahr eine Modellbau-Ausstellung durch. Diese Ausstellung ist anlässlich des Tages der offenen Tür der Freiwilligen Feuerwehr Achim am 16. und 17. September 1989 im Feuerwehrhaus an der BAB, Abfahrt Achim-Nord, zu sehen.

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble:

„Rechtliche Lücken schließen“

Klare Fronten schon erkennbar – Ausschüsse befassen sich nun mit den Gesetzentwürfen

Mit dem Katastrophenschutzergänzungsgesetz (KatSErgG) hat sich der Deutsche Bundestag am 21. Juni 1989 in erster Beratung befaßt. Gleichzeitig standen das THW-Helferrechtsgesetz (THWHelfRG) und eine von den Grünen eingebrachte Änderung des Grundgesetzes auf der Tagesordnung. Die drei Gesetzentwürfe wurden an die Ausschüsse des Bundestages weitergeleitet, wo mit einer angeregten Diskussion zu rechnen ist. Denn: Schon die kurze Aussprache im Rahmen der ersten Beratung ließ klare Fronten zwischen den einzelnen Bundestagsfraktionen erkennen. Während sich die Regierungskoalition und die SPD grundsätzlich verhandlungsbereit zeigten, lehnten die Grünen und der fraktionslose Abgeordnete Thomas Wüppesahl die Gesetzentwürfe der Bundesregierung schlicht ab.

Einleitend hatte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble die geplanten Ergänzungen des Katastrophenschutzgesetzes erläutert: Es gelte, rechtliche Lücken zu schließen, die die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes beeinträchtigten. Dr. Schäuble: „Mit den Entwürfen eines Katastrophenschutzergänzungsgesetzes und eines THW-Helferrechtsgesetzes bekennt sich die Bundesregierung zur verfassungsmäßigen Pflicht des Bundes, der Bevölkerung in Notlagen durch organisierte Hilfe beizustehen.“ In diesem Zusammenhang erinnerte der Bundesinnenminister an die Zuschüsse in Höhe von 400 Millionen Mark, mit denen sich der Bund jährlich an den Kosten des gemeinsamen Hilfeleistungssystems beteiligt. Die Katastrophenschutzsätze von Herborn, Ramstein, Remscheid und beim Rhein-Hochwasser 1988 seien

Beispiele für die Notwendigkeit dieser wesentlichen Bundesbeteiligung zu dem Schutz, den Länder und Gemeinden geleistet haben, so Dr. Schäuble.

Unter dem Beifall von CDU/CSU und FDP dankte er den Helfern im Namen der Bundesregierung.

Auch Dr. Wilhelm Nöbel von der SPD würdigte das Engagement der Ehrenamtlichen: „Es gibt in dem Gesetzentwurf einen Drive, wo wir vielleicht verschiedener Meinung sein können; aber (...) wir haben damals einiges ausgehandelt und haben gemeinsam einiges zugunsten der ehrenamtlich Tätigen zuwege gebracht. Ich bin sehr dankbar, daß sich das im Entwurf niederschlägt.“

Kritisch äußerte sich Gertrud Schilling (Grüne): „Es geht der Bundesregierung vielmehr darum, Maßnahmen zur Mobilmachung an der Heimatfront zu treffen und eine Erhöhung der Militärakzeptanz zu erreichen, indem sie kriegsbezogene Dienstpflichten für Männer und Frauen, für Beamtinnen und Beamte und für ehemalige und derzeitige Gesundheitsberufler und -beruflerinnen plus organisatorische Kriegs Anpassung des Gesundheitsbereichs einführen will.“

Dem trat Dr. Burkhard Hirsch (FDP) entschieden entgegen: „Wer sagt, daß der Versuch, auf die Rettung von Menschenleben vorzubereiten, ein Abbau von Hemmnissen oder eine Vorbereitung für einen Krieg ist, der muß in dem Deutschen Roten Kreuz die größte Kriegsförderungsgesellschaft unserer Zeit sehen, und er muß fordern: Zurück zu den Schlachtfeldern von Solferino!“

Der fraktionslose Abgeordnete Wüppe-

sahl wandte sich gegen eine Vermengung der Kapazitäten von Zivil- und Katastrophenschutz, wodurch der Katastrophenschutz auch in „Kriegsvorbereitungsstrategien“ hineingezogen werde. Angesichts der noch laufenden Überprüfungen des Bundesrechnungshofes in allen Teilbereichen des Zivilschutzes bezeichnete Wüppesahl den Gesetzentwurf als „legislatives Überrumpelungsmanöver“.

Nach diesen Auszügen druckt das ZS-Magazin nachfolgend zur weiteren, umfassenden Information das Protokoll der ersten Lesung:

Vizepräsidentin Renger:

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes und anderer Vorschriften (**Katastrophenschutzergänzungsgesetz – KatSErgG**)
– Drucksache 11/4728 –
Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Innenausschuß (federführend)
Rechtsausschuß
Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung
Verteidigungsausschuß
Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Haushaltsausschuß
- b) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsver-

hältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (**THW-Helferrechtsgesetz** – THW-HelfRG –)

– Drucksache 11/4731 –

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:

Innenausschuß (federführend)

Rechtsausschuß

Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Haushaltsauschuß

- c) Erste Beratung des von der Fraktion DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Achtunddreißigsten** Gesetzes zur **Änderung des Grundgesetzes** (Artikel 12a Abs. 5 und 6, Artikel 80)

– Drucksache 11/3045 –

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:

Rechtsausschuß (federführend)

Innenausschuß

Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

Haushaltsauschuß

Im Ältestenrat sind für die gemeinsame Beratung dieses Tagesordnungspunktes 30 Minuten vereinbart worden. – Das Haus ist damit einverstanden. Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Bundesminister des Innern, Herr Dr. Schäuble.

Dr. Schäuble, Bundesminister des Innern: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den Entwürfen eines Katastrophenschutzergänzungsgesetzes und eines THW-Helferrechtsgesetzes bekennt sich die Bundesregierung zur verfassungsmäßigen Pflicht des Bundes, der Bevölkerung in Notlagen durch organisierte Hilfe beizustehen.

Die Bundesregierung nimmt diese Verpflichtung ernst. Der Bund bringt jährlich rund 400 Millionen DM für das gemeinsame Hilfeleistungssystem von Bund und Ländern auf. Er finanziert u. a. über 7 000 Einheiten mit über 140 000 Helfern von Feuerwehren, Sanitätsorganisationen und Technischem Hilfswerk. Er trägt damit ganz wesentlich bei zu dem Schutz, den Länder und Gemeinden bei der Bekämpfung von Unglücksfällen und Katastrophen leisten können und geleistet haben. Ich erinnere an das Jahrhunderthochwasser im vergangenen Jahr am Rhein, an Donau und Mosel oder das Tankwagenunglück in Herborn, an die Flugzeugabstürze in Ramstein oder Remscheid. Ich erinnere aber auch an humanitäre Hilfe im Ausland wie die beispiellose Hilfe für die von der Erdbebenkatastrophe betroffenen Menschen in Armenien.

Ich möchte an dieser Stelle den vielen **Helfern im Katastrophenschutz** namens der Bundesregierung sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie leisten Jahr um Jahr Dienst am Näch-

sten: unter Zurückstellung eigener Interessen, oft genug unter Gefahr für Leib und Leben und keineswegs immer nur im Lichte der Öffentlichkeit.

Der nunmehr von der Bundesregierung eingebrachte Entwurf eines **Katastrophenschutzergänzungsgesetzes** rundet die Vorsorgemaßnahmen des Bundes auf gesetzlichem Gebiet ab. Das Katastrophenschutzgesetz soll nach jahrelangen Diskussionen nunmehr teilweise erneuert und fortgeschrieben werden. Vor allem gilt es, rechtliche Lücken zu schließen, die die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes beeinträchtigten.

Durch den Gesetzentwurf erfüllt die Bundesregierung auch ihre humanitäre und völkerrechtliche Verpflichtung, der Bevölkerung in **Katastrophen**, einschließlich des Verteidigungsfalles, **staatliche Hilfe** zu leisten. Die Genfer Rot-Kreuz-Abkommen, vor allem die Zusatzabkommen hierzu, deren Ratifizierung von allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien gefordert wird, (Frau Schilling [Grüne]: Bloß, die Bundesregierung macht es nicht!)

gehen davon aus, daß alle zivilisierten Staaten die ihnen möglichen Maßnahmen ergreifen, um der Bevölkerung auch im Falle einer militärischen Auseinandersetzung Hilfe leisten zu können. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit. Und wer sich ihm verweigert, muß wissen, daß er die Verantwortung dafür trägt, wenn wirksame Hilfe nicht geleistet werden kann.

Ich begrüße es, daß über die notwendigen Verbesserungen des Katastrophenschutzrechts mit den humanitären Hilfsorganisationen, dem Deutschen Feuerwehrverband, der Bundesärztekammer und den ärztlichen Verbänden ein breiter **Konsens** erzielt worden ist.

Der Entwurf eines **THW-Helferrechtsgesetzes** verfolgt das Ziel, die **Bundesanstalt Technisches Hilfswerk** und die Rechtsverhältnisse ihrer Helfer auf eine gesicherte **gesetzliche Grundlage** zu stellen. Dies haben die Gerichte seit geraumer Zeit gefordert; nunmehr wird es realisiert.

(Beifall des Abg. Dr. Friedmann
[CDU/CSU])

Gegenstand dieser Debatte, Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ist außer den beiden Gesetzentwürfen der Bundesregierung auch eine Initiative der GRÜNEN zur Aufhebung der Art. 80a und 12a Abs. 5 und 6 des Grundgesetzes.

Diese Verfassungsbestimmungen sind wesentlicher Inhalt der **Notstandsverfassung**. Sie sind im Jahre 1968 in das Grundgesetz aufgenommen worden. Sie ermöglichen ein Höchstmaß parlamentarischer Kontrolle in der Krise.

(Frau Schilling [GRÜNE]: Das Gegenteil ist ja nun wirklich der Fall!)

Denn sie machen die Anwendung der Sicherstellungsgesetze und der auf ihnen be-

ruhenden Rechtsverordnungen von einer Zweidrittelmehrheit des Deutschen Bundestages abhängig. Angesichts der mit der Anwendung dieser Gesetze verbundenen erheblichen Eingriffe in das öffentliche Leben halte ich die Entscheidung von damals auch heute für richtig. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Notstandsverfassung, die auch im Falle einer außenpolitischen Krise den **Anforderungen des Rechtsstaates und der demokratischen Legitimation** in höchstem Maße entspricht. Es gibt keinen Anlaß, an der Entscheidung des Verfassungsgesetzgebers zu rütteln und eine, wie ich meine, höchst unnötige Notstandsdiskussion wieder zu entfachen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Renger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Nöbel.

Dr. Nöbel (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, wir sind uns in einem einig: Wir wollen das würdigen und weiter gemeinsam fördern, was alle ehrenamtlichen Helfer in diesen Organisationen, die wir gemeinsam schätzen, angefangen von den Feuerwehren bis hin zum Roten Kreuz, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, seit eh und je leisten.

(Beifall bei der SPD)

Eines muß ich sagen: Es gibt in dem Gesetzentwurf einen Drive, wo wir vielleicht verschiedener Meinung sein können; aber – Herr Neusel sitzt neben Ihnen – wir haben damals einiges ausgehandelt und haben gemeinsam einiges zugunsten der ehrenamtlich Tätigen zuwege gebracht. Ich bin sehr dankbar, daß sich das im Entwurf niederschlägt.

Es geht heute um nichts anderes als um die Überweisung von drei Vorlagen. Das machen wir. Ich denke, wir sollten im Gespräch mit den Partnern, die das im wesentlichen ehrenamtlich machen, versuchen, das, was vorgelegt worden ist, noch zu verbessern. Wir wollen heute keinen Streit.

Sie sehen: Ich schöpfe meine Redezeit von zehn Minuten nicht aus, Frau Präsidentin. Ich denke, das war aber doch eine ganz gute Rede, und deshalb mache ich jetzt Schluß.

Schönen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen – Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Der Beifall galt dem Verfahren!)

Vizepräsidentin Renger: Dankbarkeit hat gar keine Grenzen.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Kalisch.

Kalisch (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde, lieber Herr Kollege Nöbel, ein paar

Minuten länger reden, meine Zeit aber auch nicht voll ausschöpfen.

Am 3. Juli 1980 beschlossen alle Parteien im Deutschen Bundestag, die Bundesregierung aufzufordern, die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern sowie – das erwähnten Sie auch – das Recht der freiwilligen Helfer im Einsatzfall verbindlich zu regeln.

Jetzt, im Jahre 1989, liegen uns zwei Gesetzentwürfe der Bundesregierung vor, die in etwa den damaligen Beschluß realisieren werden. Es hat also neun Jahre gedauert. Das ist keine Kritik, aber ich muß schon sagen: Diejenigen, die sich mit der Materie befaßt haben, wissen, wie schwer wir es uns manchmal selbst machen, sogar bei selbstverständlichen Notwendigkeiten die Initiative zu ergreifen.

Ich will nicht klagen, sondern dafür danken, daß wir heute über diese Gesetzentwürfe reden können, daß sie eingebracht werden. Sie schließen Lücken – das sagte der Minister bereits – in den vorhandenen Gesetzen. Die **Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes** dient vorrangig dem **Schutz der Bevölkerung vor Gefahren aller Art**, seien es Katastrophen oder große Unglücksfälle, seien es Naturkatastrophen oder auch bewaffnete Auseinandersetzungen.

Das integrierte Hilfeleistungssystem, das Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam erstellt haben, ist hervorragend geeignet, den Bürgern in jedweden Ausnahmesituationen helfen zu können.

(Frau Schilling [GRÜNE]: Und wie!)

Alle einschlägigen Gesetze dienen – ich wiederhole es – dem Schutz der Bevölkerung, dienen ausschließlich humanitären Zielen und berücksichtigen dabei auch den Sinn – das hat der Minister auch angeschnitten – und den Inhalt der Genfer Rot-Kreuz-Abkommen.

Wer diese für den Staat selbstverständliche Pflicht zum Schutz seiner Bürger als Kriegsvorbereitung bezeichnet, wie ich das in Diskussionen sehr häufig höre – (zu den Grünen) natürlich besonders von Ihnen –, handelt entweder dumm oder unwissend.

(Frau Schilling [GRÜNE]: Es gibt eine ganze Menge Leute, die diese Meinung teilen! Wir befinden uns in guter Gesellschaft!)

Er weiß genau, daß hier die Bevölkerung geschützt wird.

Ein wichtiger Bestandteil ist die erweiterte **Einbeziehung der Hilfsorganisationen**, die bereits seit Jahrzehnten in Praxis und Ausbildung wesentlich dabei und tragende Säulen im erweiterten Katastrophenschutz sind.

Die Organisationen wie auch der Staat können dabei erwarten, daß ihr Verhältnis zueinander rechtlich und gesetzlich geregelt wird. Mit diesem Entwurf des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes wird dem Rechnung getragen und sichergestellt, daß die Organisationen künftig ausreichend vertre-

ten sind und über eine angemessene Beteiligung verfügen.

Die vorgesehenen Regelungen betreffen nicht nur den Aufgabenbereich des erweiterten Katastrophenschutzes, sondern ändern auch u. a. die **Rechtsgrundlage des Technischen Hilfswerks** und bewirken eine Verbesserung der gesundheitlichen Vorsorge und die Anpassung der Rechte und Pflichten der Beamten an die besonderen Erfordernisse im Spannungs- und Verteidigungsfall. Vor allem erhält die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk die von der Rechtsprechung verlangte gesetzliche Grundlage sowie eine gesetzliche Regelung des Rechtsverhältnisses zu ihren Helfern. Insbesondere letztere Neuregelung ist für den öffentlich-rechtlichen Bereich des THW dringend erforderlich. Über 49 000 Bürger, die freiwillig im Technischen Hilfswerk engagiert sind, wie selbstverständlich auch die über 35 000 Helfer in den humanitären Hilfsorganisationen finden sich zu ehrenamtlichen Diensten bereit, opfern Freizeit, oftmals viele Wochenenden im Jahr, um regelmäßig zu üben, damit im Einsatzfall Leben und Gesundheit anderer gerettet werden können. Diese Menschen haben den Anspruch, in ihrer Tätigkeit für die Allgemeinheit rechtlich gesichert zu sein, und, meine Damen und Herren, sie haben Anspruch auf unseren Dank.

Das **THW-Helferrechtsgesetz** ist hier gesondert aufgeführt. Das hat – lassen Sie mich das an dieser Stelle noch sagen – den Sinn, daß auch auf diesem Gebiet die **Rechtseinheit zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet** gewahrt bleibt. – Die Verbesserungen im Bereich der gesundheitlichen Vorsorge sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber es könnte hier noch mehr getan werden.

Lassen Sie mich allen diesen Organisationen danken. Lassen Sie mich aber auch den Kollegen im Innenausschuß danken. Danken möchte ich auch dem Kollegen Gerster, der auch hier, immer wenn es klemmte, seine Unterstützung nicht versagt hat.

Ich habe mich sehr kurz gefaßt; eigentlich hatte ich mehr Minuten, als jetzt vergangen sind. Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen und danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Renger: Das Wort hat Frau Abgeordnete Schilling.

Frau Schilling (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was die Bundesregierung erst gestern als Bundestagsdrucksache bekanntgemacht hat und noch vor der Sommerpause auf die Tagesordnung gedrückt hat, steht unter dem verharmlosenden Titel „Katastrophenschutz“. Wir sollten hier der Kritik vieler Bundesländer folgen. Der Bund soll sich nicht in **Länderangele-**

genheiten einmischen; er soll mit seinen Katastrophen gefälligst in Bonn bleiben. Denn in Art. 73 des Grundgesetzes, der die ausschließliche Gesetzgebung regelt, steht nichts von **Katastrophenschutz**. Dort steht nur etwas von Verteidigung einschließlich Zivilschutz gegen Kriegsfolgen.

(Dr. Nöbel [SPD]: Wir sind hier doch nicht in der Schule!)

Es geht der Bundesregierung mit diesem Gesetzentwurf darum, der Bevölkerung eine bessere Versorgung bei Katastrophen vorzugaukeln, und zwar unter Hinweis auf Industrie- und Alltagsgefahren und unter eiskalter Ausnutzung des Tschernobyl-Schocks. Es geht der Bundesregierung nicht um den Schutz der Bevölkerung, denn dann hätte sie längst das Verfahren zur Ratifizierung der Zusatzprotokolle zum Genfer Abkommen einleiten können. Seit zehn Jahren weigert sie sich beharrlich.

Es geht der Bundesregierung vielmehr darum, Maßnahmen zur **Mobilmachung der Heimatfront** zu treffen und eine **Erhöhung der Militärakzeptanz** zu erreichen,

(Kalisch [CDU/CSU]: Diesen Blödsinn kann man kaum noch hören!)

indem sie kriegsbezogene Dienstpflichten für Männer und Frauen, für Beamtinnen und Beamte und für ehemalige und derzeitige Gesundheitsberufler und -beruflerinnen plus organisatorische Kriegs Anpassung des Gesundheitsbereichs einführen will.

(Kraus [CDU/CSU]: Woher wissen Sie das?)

– Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Wo leben Sie eigentlich?)

Mit unserem Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes, der bei diesem Punkt mit beraten wird, geht es uns darum, die den Kriegsdienstpflichten zugrunde liegenden Ermächtigungen in Art. 12a des Grundgesetzes abzuschaffen und zu verdeutlichen, daß **Art. 80a des Grundgesetzes** eine bloße **Fiktion parlamentarischer Notstandsmitbestimmung** ist, weil er u. a. schon mangels Definition des sogenannten Spannungsfalles in Wahrheit nur der NATO und den US-Militärs die Initiative überläßt.

(Kalisch [CDU/CSU]: Sie haben eine blühende Phantasie!)

– Nein, das ist keine Phantasie, sondern wir befinden uns mit dieser Meinung schon in guter Gesellschaft. Vielleicht kapieren Sie es eines Tages ja auch noch.

(Zuruf von der CDU/CSU: Haben Sie Beispiele? – Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Wissen Sie denn, was die NATO ist?)

– Ja, das weiß ich. Deswegen bin ich dagegen.

(Kraus [CDU/CSU]: Beispiele wollen wir hören! – Gegenruf von den GRÜNEN: Zu hören!)

Am **Ausbau der Zivilverteidigung** wird seit zehn Jahren herumgebastelt. In all der Zeit ist es nicht möglich gewesen, die fachlich wohl begründeten Einwände gegen die zentralen Inhalte dieser Vorlage einzuarbei-

ten. Es ist nicht möglich gewesen, den Schwur der Minister, nämlich Schaden vom Volk abzuwenden, als oberste Maxime anzusetzen.

So haben wir heute nicht nur einen juristisch-handwerklich abenteuerlichen, sondern auch einen konzeptionell kurzatmigen, unausgereiften Entwurf vorliegen. Statt die veränderte Lage in der Weltpolitik, die letzte Woche hier in Bonn noch als historisches Ereignis gefeiert wurde, wenigstens ansatzweise zu überdenken, wird hier versucht, mit der Brechstange und sogar gegen Ihre eigenen Beteuerungen Ihre Zivilverteidigungsanstrengungen platt vorzuschreiben.

Dabei schrecken Sie auch nicht davor zurück, die verfassungswidrige **Mischverwaltung** und **Zweckentfremdung von allein kriegsbezogenen Bundeshaushaltsmitteln** im sogenannten friedensmäßigen Katastrophenschutz vorzuschreiben.

Die brisanten Einzelregelungen des Entwurfs, also die bereits erwähnten Dienstpflichten, sind auch von Kollegen der Koalitionsfraktionen bereits zutreffend als Aprilscherz charakterisiert oder gar abgelehnt worden. – Gut, daß Sie auf Seiten der FDP dabei husten.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Was? Bitte noch einmal!)

– Aprilscherz oder Ablehnung, das kam von Ihrer Seite.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Ein Räuspern von mir mit Ihrem Text in Verbindung zu bringen ist unerhört!)

Auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz äußerte vernichtende Kritik. Die Fachministerien der A- und der B-Länder haben die wesentlichen Punkte durchweg und prinzipiell abgelehnt, und Sie legen hier so etwas vor. Asterix würde sagen: Die spinnen, die Bonner.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Obelix!)

– Nein, Asterix.

Vizepräsidentin Renger: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hirsch.

Dr. Hirsch (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich wollte es an sich auch so nett machen wie der Kollege Nöbel, dem ich zu seiner Rede gratuliere. Aber die letzte Rede, die wir eben gehört haben, ist natürlich einer Herausforderung. Ich frage mich, über welches Gesetz Sie eigentlich gesprochen haben. Sie haben offenbar eine ganz andere Drucksache als wir.

Es ist so: Es gibt drei Gesetzentwürfe. Einer stammt von Ihnen, von dem wir annehmen, daß er in der Erwartung eingebracht wurde, daß der Mangel an Ernsthaftigkeit nicht verkannt wird. Da schlagen Sie vor, den Art. 80a abzuschaffen, d. h.,

die Beteiligung dieses Bundestages, des Parlamentes, an der Feststellung, ob ein Spannungsfall vorliegt, abzuschaffen. Das ist eine entscheidende Rechtsveränderung für jeden Bürger im Lande. Wir denken nicht daran, bei dieser wichtigen Entscheidung den Bundestag auszuschalten. (Beifall bei FDP, CDU/CSU und der SPD – Frau Schilling [GRÜNE]: Da muß er erst einmal eingeschaltet werden!)

Wenn wir oder die Bundesregierung einen solchen Vorschlag machen würden, dann würden Sie sich hier mit geschwollener Brust hinstellen und sagen, das sei nun wirklich das Letzte an Kriegsvorbereitung. Aber wenn Sie diesen Antrag bringen, dann ist das auf einmal ein Ausbund an Friedensbewahrung. Das kann ich nicht mehr verstehen.

Das zweite Gesetz, über das wir reden, ist das THW-Helferrechtsgesetz. Da sind wir unabhängig vom Inhalt der Meinung: Das ist zu lang geraten, das muß etwas gekürzt werden, das wird auch gehen.

Die dritte, entscheidende Gesetzentwurf ist das **Katastrophenschutzergänzungsgesetz**. Dazu muß man sagen, daß der wesentliche Kern dieses Gesetzentwurfs ist für den **Schutz der Bevölkerung** das Menschenmögliche zu tun, die freiwilligen Organisationen – Herr Nöbel hat sie aufgezählt: Arbeiter-Samariter, Rotes Kreuz, DLRG, Malteser, Johanniter, die Feuerwehren, das THW – (Frau Schilling [GRÜNE]: Sorgen Sie einmal für die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens!)

so auszubilden, so auszurüsten, die Helfer so zu schulen, daß sie ihre Arbeit im Interesse der Bevölkerung so gut wie möglich ausführen können.

Natürlich werden sie eingesetzt, nicht nur im Spannungsfall oder im Verteidigungsfall; sie werden natürlich in den vielen Vorgängen des täglichen Lebens eingesetzt. Sie werden möglicherweise bei der nächsten Großveranstaltung Ihren Nutzen davon haben. Das ist der Kern dieses Entwurfs.

Wer sagt, daß der Versuch, auf die Rettung von Menschenleben vorzubereiten, ein Abbau von Hemmnissen oder eine Vorbereitung für einen Krieg ist, der muß in dem Deutschen Roten Kreuz die größte Kriegsförderungsgesellschaft unserer Zeit sehen, und er muß fordern: Zurück zu den Schlachtfeldern von Solferino!

(Zuruf von den GRÜNEN: Sie reden jetzt aber ziemlich unsachgemäß!)

Das ist doch die Logik Ihrer Argumentation, die man nicht mehr begreifen kann.

Wir haben diesen Gesetzentwurf von einer Reihe von Vorstellungen befreit, die ursprünglich einmal darin enthalten waren: kein Zwang mehr zum Bau von Luftschutzkellern, natürlich keine allgemeine Zivildienstpflicht für den Verteidigungsfall, sondern eine persönliche, einzelfallbezogene

Hilfeleistung, die für einen normalen Menschen sowieso eine Selbstverständlichkeit ist, daß man dann, wenn es brennt, bereit ist, zu helfen.

Wir sind der Meinung, daß der einfache und der erweiterte **Katastrophenschutz** in unserem Land nur funktioniert **auf der Basis der Freiwilligkeit** und nach dem Grundsatz der bestmöglichen **Zusammenarbeit mit den Freiwilligen-Organisationen**

(Beifall des Abg. Dr. Weng [FDP])

Darum ist es so wichtig, daß der Inhalt dieses Entwurfs und dieses Gesetzes auch noch einmal akribisch mit den Organisationen abgestimmt wird, die wir genannt haben und die im freiwilligen Katastrophenschutz eingesetzt werden. Das werden wir tun, und wir sind ziemlich sicher, daß wir diese Gesetze noch im Laufe dieses Jahres durch die dritte Lesung bringen können.

Im übrigen: Es gilt auch der geschriebene Text, damit das, was über die Pressestellen verbreitet wird, auch legitimiert ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Renger: Das Wort hat der Abgeordnete Wüppesahl.

Wüppesahl (fraktionslos): Guten Abend, meine Damen und Herren! Herr Hirsch, es tut mir leid, aber Sie bemühen sich genauso wie Herr Nöbel, nur mit einer anderen Art des Vorgehens, den politisch brisanten Kern dieser beiden Gesetze, die nicht von den GRÜNEN eingebracht wurden, zu verwischen.

Es geht genau um das, was wir heute an einem anderen konkreten Beispiel im Innenausschuß lange debattiert haben, nämlich um die Vermischung von zivilem und militärischem Leben. Dort ging es darum, ob die Bundeswehr der Polizei Amtshilfe leisten darf. Hier haben wir exakt eine ähnliche Konstellation, nämlich die, daß der sogenannte Zivilschutz in den Katastrophenschutz hineingezogen wird und eine **Vermengung der Kapazitäten** vor allen Dingen aus dem Katastrophenschutz auch für die Kriegsvorbereitungsstrategien stattfindet.

Vor allen Dingen haben Sie folgendes ignoriert: Im Auftrag des Bundestags-Haushaltsausschusses prüft der **Bundesrechnungshof** seit geraumer Zeit – er ist längst noch nicht fertig – alle Teilbereiche des Zivilschutzes. Sämtliche bisher vorgelegten Teilgutachten zum Warndienst, zu den Hilfskrankenhäusern, zum Selbstschutz und zum erweiterten Katastrophenschutz, insbesondere zum Technischen Hilfswerk enthielten Auflistungen gravierendster Mängel und **Forderungen nach einschneidenden Veränderungen**. So soll der Warndienst völlig umorganisiert werden; dem aufgeblähten Bundesverband für den Selbstschutz soll durch eine organisatorische Straffung und

konsequente Effektivitätskontrolle beige- kommen werden; auf den weiteren Bau von Hilfskrankenhäusern sei überhaupt zu verzichten; das Technische Hilfswerk sei aufzulösen – so der Bundesrechnungshof –, und seine Aufgaben seien den Feuerwehren zu übertragen. Im erweiterten Katastrophenschutz gebe es mangels Bedrohungsanalysen – Frau Schilling nahm vorhin darauf Bezug, daß man diese aktuelle Entwicklung überhaupt nicht mehr wiederfindet, gerade bei diesen beiden Gesetzentwürfen – keine nachvollziehbaren Kriterien für die Aufstellung und Ausstattung der Fachdienste und -einrichtungen, dafür aber um so mehr organisatorische Mißwirtschaft.

Dies, meine Damen und Herren, gerade von der Opposition zur Linken, ist Ihnen doch wohl nicht verlorengegangen. Und dann gehen Sie nach vorne und halten so eine flapsige Rede zu Gesetzentwürfen mit dieser Dimension in politischen Bereichen. Das ist mir schlicht unverständlich.

(Dr. Nöbel [SPD]: Das ist ja unglaublich!) Daß Herr Hirsch sich dann bemüht hat – er gehört zur Regierungskoalition –, das hier elegant mit herüberzuziehen, dafür habe ich sehr viel Verständnis.

Es geht weiter. Ähnlich verheerende Ergebnisse sind für die noch ausstehenden Teilprüfungen der Bereiche Trinkwasserversorgung, Kulturgüterschutz, Sanitätsmittelbevorratung und Schutzbunker zu erwarten.

Die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Festschreibung der solchermaßen kritisierten Praxis vor einer sorgfältigen Auswertung auch der letzten Gutachten kann nur als Versuch der Betroffenen verstanden werden – genau das findet heute abend auch statt –, mit einem **legislativen Überumpelungsmanöver**

(Becker [Nienberge] [SPD]: Erste Beratung, Herr Wüppesahl!)

die eigene Existenz zu retten bzw. vollendete Tatsachen zu schaffen.

(Beifall der Abg. Frau Schilling [GRÜNE] – Becker [Nienberge] [SPD]: Erste Beratung!) – Natürlich befinden wir uns in der ersten Beratung.

(Becker [Nienberge] [SPD]: Also bitte!) Nur, die Absurdität ist doch, heute, an einem Mittwochabend, zu einer solch ungünstigen Zeit in 30 Minuten drei solche komplexe Vorgänge über den Tisch zu ziehen.

(Becker [Nienberge] [SPD]: Erste Beratung! – Dr. Nöbel [SPD]: Ich habe mich auf zwei Minuten beschränkt!)

In diesen beiden Gesetzentwürfen, auf die es mir bei meiner Kritik hier besonders ankommt, sind so gravierende Mängel vorhanden, die Sie alle auch kennen, daß Sie hier eine ganz andere Figur machen müßten, um zu verhindern, daß wir überhaupt über solch einen geistigen Schrott im Ausschuß und bei der zweiten und dritten Lesung verhandeln müssen.

(Beifall der Abg. Frau Schilling [GRÜNE] – Becker [Nienberge] [SPD]: Ja, das kann man doch im Ausschuß beraten!)

Tatsächlich ist es so, daß zuallererst erstens eine aktualisierte und realistische **Bedrohungsanalyse** im Lichte dieser Entwicklung, zweitens **Grundlagenstudien** über die noch zu befürchtenden kriegsbedingten Schadenslagen – das hat sich doch auch alles geändert, nicht nur auf Grund der aktuellen Entwicklung –, drittens auf dieser Grundlage eine Überprüfung des etwa verbleibenden **Stellenwerts von Zivilschutzmaßnahmen** hätten durchgeführt werden müssen. Was wollen wir überhaupt noch mit solch einem Zivilschutz?

Vizepräsidentin Renger: Herr Kollege, das rote Licht –

Wüppesahl (fraktionslos): Ich komme zum Schluß.

Vizepräsidentin Renger: Sie sollen nicht zum Schluß kommen und dann noch zehn Punkte aufzählen. Ich habe Ihnen schon eine halbe Minute mehr gegeben. Nun Bitte den Schlußsatz!

Wüppesahl (fraktionslos): Die vier Minuten; aber das Verfassungsgericht hat ja eh entschieden.

(Dr. Weng [Gerlingen] [FDP]: Das Verfassungsgericht hat enorm weise entschieden!)

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall der Abg. Frau Schilling [GRÜNE])

Vizepräsidentin Renger: Sehr schön. – Das Wort hat der Abgeordnete Nöbel.

(Frau Dr. Vollmer [GRÜNE]: Ich dachte, es wäre Schluß!)

Dr. Nöbel (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich vorhin auf zwei Minuten beschränkt. Herr Kollege Wüppesahl, es ist eine erste Lesung. Es geht um drei Entwürfe, und die werden überwiesen.

Ich habe im Einvernehmen mit der Regierung und den Koalitionsfraktionen klargemacht, daß wir wohl gemeinsam wissen, was wir denen schulden, die in Friedenszeiten ehrenamtlich das alles für uns tun. Da sind wir uns einig.

(Zuruf von der FDP: So war es!) Davon nehme ich nichts zurück. (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Der Punkt ist doch, daß wir uns dann im federführenden Ausschuß und in den mitberatenden Ausschüssen darüber unterhalten: Wie sieht das denn bei diesen drei Entwürfen detailliert aus? Dabei werden wir zu unterschiedlichen Meinungen kommen, so sie so bleiben. Aber wir sind uns alle in diesem Haus einig, Herr Kollege Wüppesahl – deshalb bin ich noch einmal hierhergekommen; ich wollte das gar nicht –, daß es uns um den Katastrophenschutz im Frie-

den in erster Linie geht, wobei wir als Bundestag wissen, daß die Kompetenz für den Katastrophenschutz im Frieden zunächst einmal den Ländern zusteht.

(Wüppesahl [fraktionslos]: Das steht da anders drin!)

– Hören Sie doch einmal zu! Sie können doch nicht blauäugig hingehen und hier Kriegserklärungen verbreiten. Das macht die SPD-Fraktion nicht mit. Um das zu sagen, habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Renger: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Gesetzentwürfe –

(Zuruf der Abg. Frau Schilling [GRÜNE] – Seien Sie doch bitte einmal still! Frau Schilling, ich lese Ihnen gerade vor, worüber Sie abstimmen müssen.

Der Ältestenrat schlägt vor, die Gesetzentwürfe auf den Drucksachen 11/4728, 11/4731 und 11/3045 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse zu überweisen.

(Wüppesahl [fraktionslos]: Ich bitte um getrennte Abstimmung) – Gegenruf von der SPD: Es geht doch nur um Überweisung!). Wer dem zustimmen wünscht, bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Gegen eine Stimme ist das so beschlossen.

Zusätzlich sollen die Vorlagen zu Tagesordnungspunkt 9a und zu Tagesordnungspunkt 9b zur Mitberatung an den Rechtsausschuß und den Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit überwiesen werden. Darüber hinaus wird interfraktionell vorgeschlagen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 11/4728 – Tagesordnungspunkt 9a – zur Mitberatung an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Gesetzentwurf auf Drucksache 11/4731 – Tagesordnungspunkt 9b – zur Mitberatung an den Haushaltsausschuß sowie den Gesetzentwurf auf Drucksache 11/3045 – Tagesordnungspunkt 9c – zur Mitberatung an den Ausschuß für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und den Haushaltsausschuß zu überweisen. Ist das Haus damit einverstanden? – Dann ist das so beschlossen.

10. THW-Bundeswettkampf in Mannheim

Leistungsfähigkeit eindrucksvoll dokumentiert

Böblinger Helfer erneut Sieger – Großes Publikumsinteresse bei der Jubiläumsveranstaltung

Einen eindrucksvollen Beweis seiner Leistungsfähigkeit lieferte das Technische Hilfswerk beim 10. Bundeswettkampf am 10. Juni 1989 in Mannheim. Elf Mannschaften aus der gesamten Bundesrepublik wetteiferten dabei um den Pokal des Schirmherrn der Veranstaltung, Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble. Aus jedem Bundesland war die Mannschaft eines THW-Ortsverbandes nach Mannheim gereist, die sich zuvor in Regional- und Landesauscheidun-

gen für die Teilnahme qualifiziert hatte. Und so präsentierte sich die Kurpfalzmetropole am 10. Juni unter blauem Himmel ganz im Zeichen des THW. Im Stadtgebiet kündeten 100 THW-Fahnen vom bevorstehenden Großereignis. Straßenbahnen und Busse waren mit THW-Fähnchen geschmückt und viele hundert großformatige Wettkampfplakate wiesen an Litfaßsäulen und Anschlagtafeln auf den Wettkampf hin.

„Helfen mit Technik und Verstand“

Über 1 000 THW-Helfer und -Helferinnen waren nach Mannheim gereist, darunter viele Schlachtenbummler, die ihrer Mannschaft den notwendigen Rückhalt geben wollten. Der Neue Meßplatz war voll von

(Fortsetzung Seite 18)



Der 10. Bundeswettkampf wird durch den THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel eröffnet (von links): Direktor Henkel, THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel, verantwortlich für die Ausrichtung dieser Bundesveranstaltung, daneben der „Jäger aus Kurpfalz“ als Fremdenverkehrsrepräsentant der Stadt Mannheim.

Grüßwort-Telegramm des Bundeskanzlers

Dem Technischen Hilfswerk sende ich aus Anlaß des 10. Bundeswettkampfes der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk meine herzlichsten Grüße. Gerne nutze ich die Gelegenheit, allen ehrenamtlichen Helfern und Führungskräften und den hauptamtlichen Mitarbeitern des Technischen Hilfswerks für ihr großes Engagement zu danken. Im Dienst- und Ausbildungsbetrieb, besonders aber bei Einsätzen im In- und Ausland, stellen sie stets aufs neue den bürgerschaftlichen Einsatz unter Beweis, auf den unsere freiheitliche Gesellschaft so angewiesen ist.

Die Bundesregierung ist sich der Bedeutung des Technischen Hilfswerkes im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes bewußt. Mit den Entwürfen eines Kata-

strophenschutz-Ergänzungsgesetzes und eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk stellt sie dies erneut unter Beweis. Damit wird ein wichtiger Fortschritt für Katastrophenschutz und Notfallvorsorge zum Schutze der Bürger sowie die Beseitigung entstandener Rechtsunsicherheiten im Interesse der Helfer des Technischen Hilfswerkes erreicht.

Dem 10. Bundeswettkampf des THW wünsche ich einen erfolgreichen Verlauf und allen Teilnehmern und Gästen frohe Tage in Mannheim.

Mit freundlichen Grüßen

*Helmut Kohl
Bundeskanzler*

Grüßwort des Bundesministers Dr. Wolfgang Schäuble

Liebe Wettkampfteilnehmer, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Helferinnen und Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk!

Ich freue mich, bereits vergleichsweise kurze Zeit nach meiner Ernennung zum Bundesminister des Innern, mit Helfern und Angehörigen der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zusammenzutreffen.

Mit großem Interesse habe ich den spannenden Wettkampf verfolgt und bin beeindruckt vom Leistungsstand der teilnehmenden Mannschaften. Ich möchte Ihnen und den vielen Helfern und hauptamtlichen Angehörigen des THW, die zum Gelingen dieser Leistungsschau beigetragen haben, meinen Dank und meine Anerkennung aussprechen. Ich meine, daß sie heute auch vorzüglich für das Technische Hilfswerk und seine humanitären Ziele geworben haben.

Unglücke und Katastrophen machen immer wieder deutlich, daß ein gut funktionierender Bevölkerungsschutz, in dem Bund, Länder, Gemeinden und Hilfsorganisationen partnerschaftlich zusammenwirken, unerläßlich ist. Das THW nimmt in dem gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Hilfeleistungssystem einen festen, nicht mehr wegzudenkenden Platz ein.

Eindrucksvolle Beispiele für die Leistungsfähigkeit des THW aus jüngster Zeit sind die Einsätze bei dem Jahrhunderthochwasser im vergangenen Jahr in Süddeutschland, bei dem Explosionsunglück in Herborn, den Flugzeugabstürzen in Ramstein und Remscheid und bei der humanitären Hilfe der Bundesrepublik Deutschland nach dem Erdbeben in Armenien. Gerade dieser Einsatz hat ein Zeichen der Verbundenheit mit Menschen in Not über Grenzen und Systeme hinweg gesetzt und wurde in der Sowjetunion sowohl von offizieller

Seite wie auch von der Bevölkerung dankbar aufgenommen.

Das hat mir der stellvertretende armenische Ministerpräsident in dieser Woche in Bonn noch einmal ausdrücklich versichert. Ich gebe seinen Dank an Sie weiter.

Die Leistungsfähigkeit des THW wird in erster Linie durch Menschen getragen, die sich zum Schutz ihrer Mitbürger engagieren, die einen freiwilligen und ehrenamtlichen Dienst an der Gemeinschaft leisten und so auch ein Stück lebendiger Demokratie zum Ausdruck bringen. Es wäre widersinnig, wenn diese aus freiwilligem Engagement erwachsene Identifikation der Helfer mit ihrer Organisation in Frage gestellt würde. Bei allem Respekt für den Bundesrechnungshof werde ich mich – ganz wie bereits mein Vorgänger – auch künftig für den Fortbestand und die Stärkung der Bundesanstalt THW einsetzen. Denn wenn es sie nicht gäbe, müßten ihre Aufgaben von anderen wahrgenommen werden, was nach aller Erfahrung gewiß nicht zu Einsparungen führen würde. Und daß die Bundesregierung nicht nur redet, sondern handelt, sehen Sie daran, daß wir den Entwurf eines Helferrechtsgesetzes vorgelegt und unlängst den gesetzgebenden Körperschaften zugeleitet haben. Damit wird das THW und seine Aufgaben auf eine gesicherte gesetzliche Grundlage gestellt werden.

Die Leistungen des Bundes für das THW sind ein Beispiel dafür, daß sich der Bund zu seiner verfassungsmäßigen Pflicht bekennt, der Bevölkerung in Notlagen durch organisierte Hilfe beizustehen.

Meine Damen und Herren, die Bundesregierung wird auch künftig die rechtlichen und finanziellen Grundlagen der Bundesanstalt THW und des Katastrophenschutzes insgesamt festigen. Auch nach dem Auslaufen des seit 1982 laufenden Konsolidierungsprogramms im

Jahre 1992 soll nach meinen Vorstellungen der Bevölkerungsschutz durch die Aufstellung weiterer Einheiten ausgebaut werden, um auf diese Weise das in den Regionen bestehende Schutzgefälle abzubauen. Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk ist hier insbesondere mit ihren Fachdiensten Bergung und Instandsetzung betroffen.

Meine Damen und Herren, liebe Helferinnen und Helfer!

Bund, Länder, Städte und Gemeinden können im

Katastrophenschutz nur einen materiellen und rechtlichen Rahmen schaffen. Sie sind auf das Engagement der vielen Helfer angewiesen, die ihre Arbeit zum Wohle und zur Sicherheit ihrer Mitmenschen Jahr um Jahr und keineswegs immer nur im Lichte der Öffentlichkeit leisten. Ich möchte deshalb abschließend meinen herzlichen Dank an alle Helfer im Technischen Hilfswerk und in den anderen Hilfsorganisationen richten, ohne die wirksame Hilfe für Menschen in Not nicht denkbar wäre.



Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble bei seiner Ansprache vor Wettkampfmannschaften und Gästen.



Die Ehrengäste werden in das Wettkampfgeschehen eingewiesen (v.r.): THW-Landesbeauftragter Trautvetter (Hamburg), THW-Direktor Henkel, Bundesinnenminister Schäuble, Bürgermeister Südmersen und Oberbürgermeister Widder (beide Mannheim), der Vorsitzende der THW-Helfervereinigung in Baden-Württemberg, Biechele, und Landesbeauftragter Göbel (Baden-Württemberg).



„Beheben von Störungen am Kraftfahrzeug“ gehört ebenfalls zu den vielfältigen Aufgaben des Wettkampfes.



Eine weitere Wettkampfaufgabe liegt im Bereich der Holzbearbeitung: Abstützen und Aussteifen.



Ein Blick aus der Vogelperspektive auf einen Ausschnitt der Wettkampfbahnen und die Technik-Schau. Links Bahn 5, OV Freisen; rechts daneben Bahn 6, OV Bremen-Vegesack; Bahn 7, OV Cloppenburg und Bahn 8, OV Bad Berleburg.



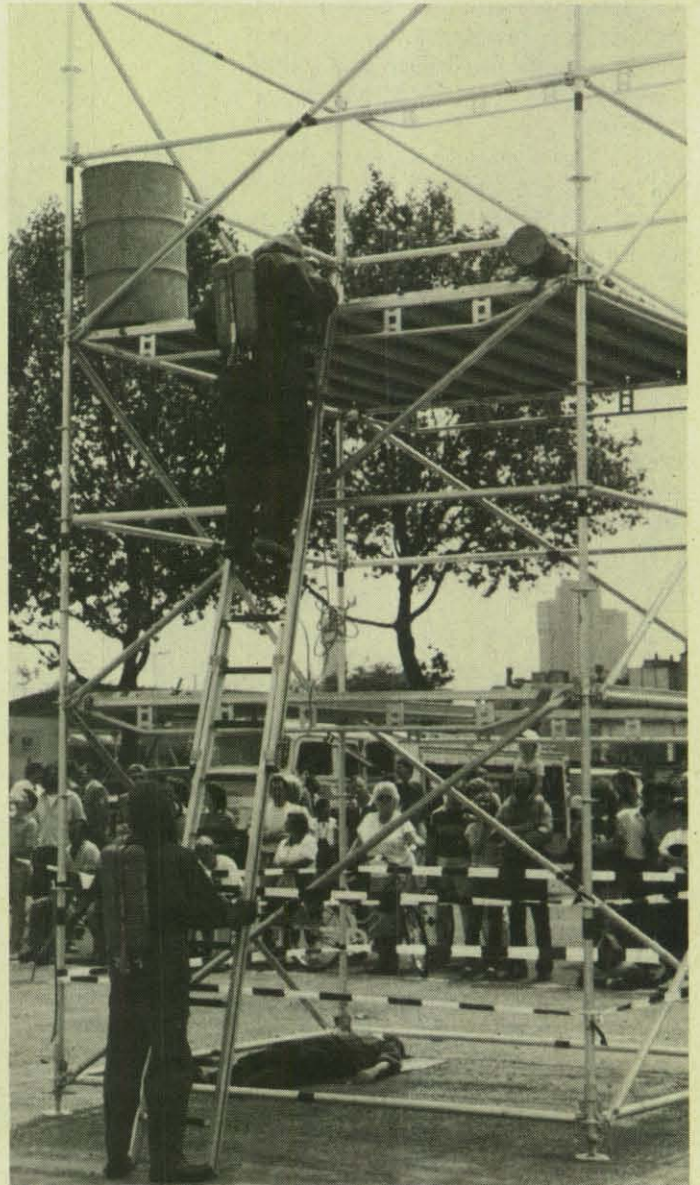
Technik und Verstand sind beim Wettkampf gefordert, und alle Handgriffe müssen sitzen. Fehler werden von den 84 Schiedsrichtern sorgfältig notiert. Im Vordergrund: Bewegen schwerer Lasten mit der Hebekissenausstattung.



THW-Helfer bergen einen „Verletzten“ mit dem Schleifkorb.



Ein „Verletzter“ ist aus Trümmern geborgen und wird nun zur Verletzensammelstelle gebracht.



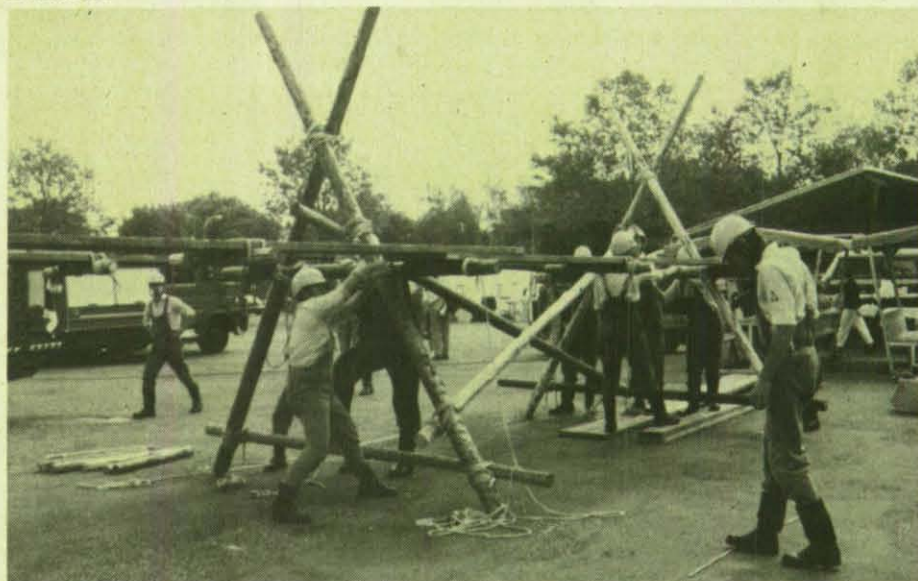
Anstrengend ist das Bergen aus Tiefen im ABC-Schutzanzug und unter schwerem Atemschutz – und noch dazu bei sommerlicher Temperatur.

blauen THW-Fahrzeugen, die bereits am frühen Morgen eingetroffen waren.

Pünktlich um 13.00 Uhr gab der Direktor des Technischen Hilfswerks, Gerd Jürgen Henkel, das Startzeichen für den Wettkampfbeginn. Entsprechend dem THW-Motto für diesen Wettkampf „Helfen mit Technik und Verstand“ waren die zu bewältigenden Aufgaben sehr anspruchsvoll. Dabei war das Spektrum sehr breit gefächert. Nicht nur handwerkliches Können, sondern auch Führungsqualitäten und theoretische Kenntnisse waren gefragt. Das Heranarbeiten an zwei Personen, die in eingestürzten Kellerräumen vermißt waren, oder die Bergung eines Arbeiters, der in einen Silo gefallen war, forderten höchsten Einsatz und Konzentration. Das besondere Augenmerk der Schiedsrichter galt den genauen und vorschriftsmäßigen Arbeiten. Präzision in Planung und Ablauf sind bekanntlich unabdingbar für eine erfolgreiche Arbeit. Jeder, der einen Einsatz mitgemacht hat, weiß, daß Schnelligkeit nicht alles ist. So kam es auch für den Zeitablauf im wesentlichen darauf an, bestimmte Rahmenzeiten nicht zu überschreiten. Nicht einfach war bei der an diesem Tag herrschenden Hitze das Bergen von Gefahrgut unter schwerem Atemschutz. Alles selbstverständlich fachlich exakt und unter Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften. Denn Gefahrenlagen, wie sie in Mannheim vorgegeben waren, können jederzeit bei einem Erdbeben oder einer Explosion auftreten. Jüngstes Beispiel hierfür ist das schwere Erdbeben in der Sowjetrepublik Armenien, bei dem 190 THW-Helfer im Rahmen der Humanitären Hilfeleistung der Bundesregierung unter schwierigen Bedingungen erfolgreich eingesetzt wurden.



Eine Teilaufgabe: Vorbereiten zum Bergen aus Tiefen bei einem Chemieunfall. Hier die Mannschaft des Saarlandes.



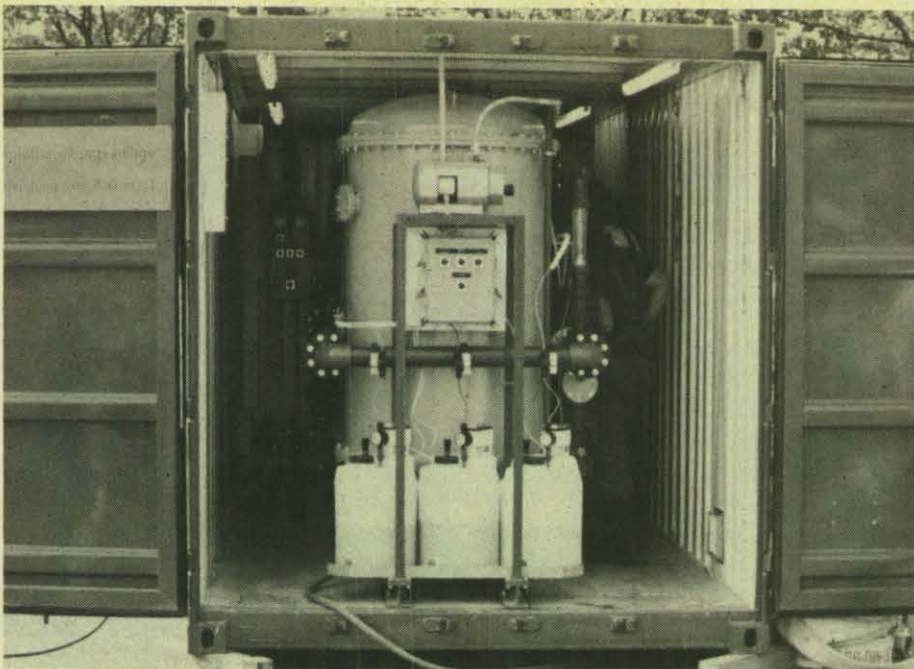
Auch die Jung Helfer des THW zeigen Ausschnitte ihres Könnens – hier beim Bau eines Steges.



Ein „schwerwiegender“ Antrieb für eine 40-t-Fähre: Ein Schottel-Navigator, 4 Zyl. Diesel (KHD), 63 PS/1300 Umdrehungen.



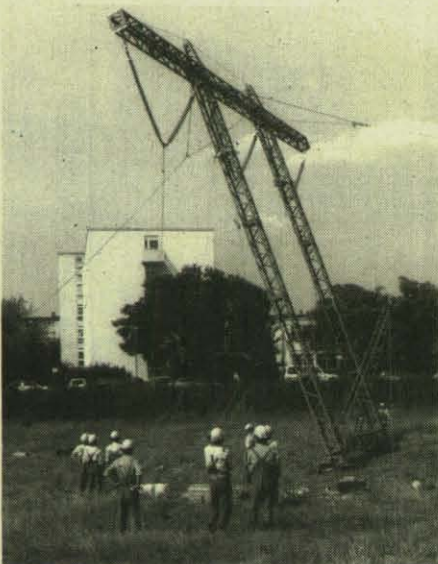
Eine viel beachtete Aktivität, besonders bei den Jugendlichen: Das Stapeln von Flaschenkisten. Der Tagesrekord lag bei 34 Kisten!



Diese Super-Trinkwasser-Aufbereitungsanlage schafft min. 5 bis max. 32 m³ je Stunde. Ein Container erleichtert Wartung, Betrieb und Transport.



Der THW-OV Mannheim stellt u. a. eine Notstrom-Pumpengruppe mit einem Stromerzeuger 175 kVA aus.



Im Rahmen der Technik-Schau ist der Portal-Mast zur Instandsetzung von Hochspannungsleitungen, den THW-Helfer aus Hamburg hier aufstellen, ein besonderer Aktivposten.



Ein Leckerbissen der Technik-Schau ist dieses Mehrzweckboot des THW-OV Ludwigshafen, das als Schubboot eingesetzt werden kann. Länge 12,50 m, Breite 2,40 m, Tragfähigkeit 2,3 t, Motor 135 PS Diesel (MAN).

Fortbestand und Ausbau des THW

Der oberste Dienstherr der bundesweit 56 000 aktiven THW-Helfer, Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, ließ sich bei einem Rundgang über das Wettkampfgelände eingehend informieren. Nach Abschluß des Wettkampfes gab der Minister dem Technischen Hilfswerk eine Bestands-garantie für die Zukunft. In seiner Rede vor Helfern und Gästen versicherte er in Anspie-lung auf einen Bericht des Bundesrech-nungshofes, der im vergangenen Jahr das THW in Frage gestellt hatte: „Bei allem Respekt für den Rechnungshof werde ich mich für den Fortbestand und den Ausbau des THW einsetzen.“ Sein Antrittsbesuch so kurz nach seiner Ernennung sei daher als Zeichen der Solidarität mit dem Techni-schen Hilfswerk zu verstehen. Schäuble er-klärte, daß Unglücksfälle und Katastrophen immer wieder deutlich machten, daß ein gut funktionierender Bevölkerungsschutz, in dem Bund, Länder, Gemeinden und Hilfsor-ganisationen partnerschaftlich zusammen-wirken, unerlässlich sei. Das THW nehme in dem gemeinsam von Bund und Ländern getragenen Hilfeleistungssystem einen fes-ten Platz ein. Ausdrücklich würdigte der Bundesinnenminister die Einsätze beim „Jahrhunderthochwasser“ im vergangenen Jahr in Süddeutschland, bei dem Flugzeug-absturz in Remscheid, dem Grubenunglück in Borken und bei der Erdbebenkatastrophe in Armenien. Dem Engagement der THW-Helfer zollte er Respekt und Anerkennung.

Der Oberbürgermeister von Mannheim, Gerhard Widder, dankte in seinem Gruß-wort an die Helfer dem THW dafür, daß es auch in der Stadt Mannheim bei Unglücks-fällen und größeren Katastrophen zur Verfü-

gung stehe, um notfalls zu helfen. Im kommunalen Katastrophenschutz habe das THW zu Recht seinen festen Platz.

Zahlreiche Gäste

Mehr als 7 000 Zuschauer verfolgten die Veranstaltung mit großem Interesse und umringten die mit Seilen abgesperrten Wettkampfbahnen.

Zahlreiche Gäste aus dem In- und Ausland, unter anderem aus Belgien, Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz, waren nach Mannheim gekommen, um die Präsentation des THW unmittelbar zu erleben. Auch der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, überzeugte sich in Mannheim vom guten Leistungsstand des THW.

Der Wettkampf war bereits seit Monaten vom THW-Landesverband Baden-Württemberg, dem Geschäftsbereich und dem Ortsverband Mannheim sorgfältig vorbereitet worden. Dennoch hatte das Technische Hilfswerk nicht mit einem derart großen Besucheransturm gerechnet. So war es kein Wunder, daß die angebotenen Speisen und Getränke reißenden Absatz fanden. Dies galt insbesondere für die eigens für den Bundeswettkampf hergestellte „THW-Nudel“. In der Form des THW-Emblems ließ sie große und kleine Esser auf den richtigen Geschmack kommen.

Alle Hände voll zu tun hatten auch die Helfer beim großen Rahmenprogramm. Fahrzeug- und Geräteschau, Hubschrauber- ausstellung, Rettungshundevorfürungen, Ballon-Wettfliegen, „Wetten daß... Spiele“, Kett-Car-Rennen, Trial-Vorfürungen, Modellbauausstellungen und vieles andere mehr stießen auf ein reges Interesse. Die



Großer Jubel bei der Siegermannschaft des OV Böblingen in der voll besetzten Multi-Halle.



THW-Bundessprecher Merck und der Vorsitzende der THW-Helfervereinigung, Biechle (links), gratulieren der Siegermannschaft.



Ein strahlender 1. Sieger: Für den Bundesminister des Innern überreicht Ministerialdirigent Wolfgang Beyer den Pokal an Zugführer Rainer Lust für die Siegermannschaft des OV Böblingen (Baden-Württemberg), die den Titel erfolgreich verteidigten.



Als Wahrzeichen schwebt ein Kubus mit dem THW-Emblem über dem Neuen Meßplatz.

Schlauchbootschaukel der THW-Jugend war ein attraktiver Anziehungspunkt für die jugendlichen Besucher. Ein Informationsstand der THW-Helfervereinigung wurde zum Treffpunkt vieler Freunde und Förderer des THW. Minister Schäuble ließ es sich nicht nehmen, bei einem Gang über einen der kunstvoll und fachgerecht errichteten Stege der THW-Jugend dessen Standfestigkeit zu erproben: Der Steg hielt!

Aufgelockert wurde das Programm durch Darbietungen des Motorsport-Clubs Mannheim-Feudenheim, italienischer, spanischer und jugoslawischer Volkstanzgruppen aus Mannheim sowie einer ägyptischen Bauchtanzgruppe aus Ladenburg. Ein halbes Dutzend Kapellen hatte das Technische Hilfswerk aufgeboten, um für den musikalischen Schwung zu sorgen: Der Fanfarenzug der Freiwilligen Feuerwehr Idingen, das Musikcorps der Französischen Streitkräfte aus Rastatt, das Musikcorps des Polizeipräsidiums Mannheim, das THW-Musikcorps Hermeskeil und die THW-Band aus Otterdingen unterhielten die Gäste mit flotten Rhythmen.

Ein gelungener Wettkampf

Nach Ende der Wettkämpfe und des Rahmenprogrammes war die Spannung groß. Wer wird neuer Bundessieger? Um 19.00 Uhr, in der nahe gelegenen Multihalle im Herzogenried-Park, lüftete der Direktor des THW, Gerd Jürgen Henkel, endlich das Geheimnis: Die Helfer des Ortsverbandes Böblingen konnten ihren vor zwei Jahren errungenen Siegertitel erfolgreich verteidigen! Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Leiter der Abteilung Katastrophenschutz/Zivilschutz, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung im Bundesministerium des Innern, überreichte im Auftrag von Bundesminister Wolfgang Schäuble den Siegerpokal. Den Preis des Landes Baden-Württemberg für die Zweitplatzierten übergab Ministerialrat Helmut Schwall an die Helfer des saarländischen Ortsverbandes Freisen. Platz 3 belegte die Mannschaft aus Neustadt/Weinstraße (Rheinland-Pfalz). Sie erhielt den Preis der Stadt Mannheim aus den Händen von Bürgermeister Eckhard Südmersen. Auf den weiteren Plätzen folgten die Helfer aus Garmisch-Partenkirchen (Bayern), Cloppenburg (Niedersachsen), Bad Berleburg (Nordrhein-Westfalen), Kalkenkirchen (Schleswig-Holstein), Bremen-Vegesack, Schwalmstadt (Hessen), Berlin-Tiergarten und Hamburg-Harburg.

Nach der offiziellen Preisvergabe begleitete die US-Army-Stage-Band aus Heidelberg unter der Stabführung von F. R. Hamilt den geselligen Festabend in der Multihalle. Erstklassig gespielte Blues, Swing und Popmusic sorgten für Stimmung. Um



Zugführer Becker erhält aus der Hand von Ministerialrat Schwall, Innenministerium Baden-Württemberg, den 2. Preis für die Mannschaft des OV Freisen, Saarland.

Freudig nimmt Zugführer Kennel den 3. Preis für seine Mannschaft aus dem OV Neustadt, Rheinland-Pfalz, aus der Hand von Bürgermeister Südmersen entgegen.



Die bekannte US-Army-Band sorgt abends in der Multi-Halle für den musikalischen Rahmen und für Stimmung. (Fotos: Hilberath 20, Ehlers 3, Kensch 2)

das leibliche Wohl der über 2000 Festgäste in der Halle kümmerten sich die Verpflegungstrupps aus Mannheim und Reutlingen. Wettkampf und Abendveranstaltung wurden von Stephan Dietrich von Radio Regenbogen lebhaft moderiert. In einer ersten Bilanz zeigten sich alle am Wettkampf beteiligten Stellen mit dessen Ablauf zufrieden. Man habe, so die einhellige Meinung, keine nennenswerten Pannen zu verzeichnen und die Organisation habe reibungslos

geklappt. Besonderer Dank galt allen Ämtern der Stadt Mannheim, die das Technische Hilfswerk bei der Abwicklung des Jubiläumswettkampfes hervorragend unterstützt hatten.

Positives hörte man auch von den zahlreich erschienenen Medienvertretern. Presse, Funk und verschiedene Fernsehanstalten hatten umfassend über die gelungene Veranstaltung berichtet.

Ein Neubau mit Doppelnutzen

Warndienst-Leitmeßstelle in das Gebäude integriert – Großer Einzugsbereich – Modernste technische Ausstattung

Am 28. April 1989 wurde die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Krumbach, zuständig für den Regierungsbezirk Schwaben, eingeweiht. Zahlreiche Gäste hatten sich eingefunden, an der Spitze Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel, Staatssekretär Alfred Sauter, Bayerisches Staatsministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten, Regierungspräsident Rudolf Dörr, Landrat und Bezirkstagspräsident Dr. Georg Simmacher, Landtagsabgeordneter Karl Kling, 1. Bürgermeister Georg Winkler, Krumbach, sowie Ltd. Baudirektor Gottfried Acher, Leiter des Finanzbauamtes.

In seiner Begrüßung freute sich Regierungspräsident Dörr, daß die neue Werkstatt allen Ansprüchen genügen würde. Der Zweckbau füge sich gut in die Landschaft ein und besitze für die Mitarbeiter eine optimale technische Ausstattung. „Mit diesem Neubau sind wir Schwaben für die Aufgaben des Zivilen Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes gut gerüstet“, so der Regierungspräsident.

Für den Bau eingesetzt

Bundesfinanzminister Waigel meinte in seinem Grußwort, daß er weder in seiner bisherigen Eigenschaft als Vorsitzender der CSU-Landesgruppe noch in seiner neuen Eigenschaft als Bundesminister der Finanzen gekommen sei, sondern als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Neu-Ulm/Günzburg.

Er habe sich vom ersten Spatenstich an beim zuständigen Ministerium für dieses Vorhaben eingesetzt. Mit seiner Teilnahme an den Einweihungsfeierlichkeiten wolle er auch seine Verbundenheit zum Wahlkreis zum Ausdruck bringen. Er werde sich auch in Zukunft für die berechtigten Belange und Sorgen der beiden Landkreise und ihrer Bürgerinnen und Bürger einsetzen.

Im weiteren Verlauf seiner Ansprache ging Waigel auf die Entwicklung und den Bau des Projekts „Zentralwerkstatt“ ein und führte aus:

„Die Geschichte der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt Krumbach reicht bis in das

Jahr 1966 zurück, als eine Werkstätte für den Luftschutzhilfsdienst in einer sehr beengten Unterbringung in einem Mietobjekt errichtet wurde. Die Kraftfahrzeugwerkstatt von damals umfaßte lediglich zwei Bedienstete, die für 80 Fahrzeuge zuständig waren.

Im Jahre 1974 wurde durch einen offiziellen Errichtungserlaß des Bayerischen Staatsministeriums des Innern die ‚Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt‘ Krumbach als eine Einrichtung des Freistaates Bayern anerkannt. Gleichzeitig wurde eine hundertprozentige Finanzierung durch den Bund im Rahmen der sogenannten Bundesauftragsverwaltung vereinbart.

Nur ein Jahr später, im Jahre 1975, erfolgte eine Erweiterung der Aufgaben der Werkstatt, die seither als erste Zentralwerkstatt in Bayern auch für die Bereiche des Fernmeldewesens und der Atemschutzgeräte-Wartung zuständig ist.

Neubau geplant

Nach der Bonner Wende im Jahre 1983 erfolgte eine Neukonzeption der Katastro-



Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel bei der Festansprache. (Foto: Schwab)

phenschutz-Zentralwerkstätten durch den damaligen Bundesminister des Innern, meinen Kollegen Dr. Friedrich Zimmermann. Der Personalbestand im Bereich der Atemschutzwerkstatt wurde aufgestockt. Ferner wurde damals die wichtige Entscheidung getroffen, das Projekt in Krumbach in das ‚Katastrophenschutz-, Zentralwerkstatt-Sanierungsbauprogramm‘ des Bundes aufzunehmen. Die Vereinbarungen wurden getroffen mit dem Ziel der Errichtung eines Neubaus auf einem durch den Bund von der Stadt Krumbach zu erwerbenden Grundstück.

Im Juli 1985 wurde der erforderliche Grunderwerb vollzogen, wobei ich durch geringen persönlichen Einsatz zur Beseitigung aufgetretener lokaler Schwierigkeiten etwas beitragen mußte.

Im November 1986 erfolgte der erste Spatenstich. Im Oktober 1987 konnte das Richtfest gefeiert werden, und heute ist es endlich soweit, um die Einweihung vornehmen zu können.

Das Neubauvorhaben auf dem über 7 000 Quadratmeter großen Grundstück war mit Grunderwerbskosten von fast einer halben Million DM verbunden. Die reinen Baukosten der Zentralwerkstatt umfassen fast 4 Mio. DM. Hinzu kommen weitere 400 000 DM an Baukosten für die auf Initiative des Leiters der Werkstatt, Herrn Jörgl, in den Kellerräumen eingebaute Warndienstleitmeßstelle.

Die gemeinsame Unterbringung dieser beiden Zivilschutzeinrichtungen des Bundes in einem Projekt ist eine absolute Neuheit, der besondere Beachtung gebührt.

Großer Einzugsbereich

Der Einzugsbereich der Zentralwerkstatt Krumbach umfaßt die Einheiten und Einrichtungen des erweiterten Katastrophenschutzes in den Kreisen und kreisfreien Städten des Regierungsbezirks von Oberschwaben.

Die Zentralwerkstatt besteht aus drei Teilen:

– Die Kraftfahrzeugwerkstatt, die über Arbeitsstände verfügt, auf denen 300 Ein-



Sichtlich glücklich hält Werkstattleiter Rudolf Jörgel den Schlüssel hoch. Rechts: Regierungspräsident Rudolf Dörr. (Foto: Schwab)



Die Außenansicht der Kats-Zentralwerkstatt.

(Foto: Mönich)

satzfahrzeuge des erweiterten Katastrophenschutzes in Stand gehalten werden.

- Die Fernmeldewerkstatt mit rund 1300 Funk- und Fernmeldegerätesätzen sowie
- die Atemschutzwerkstatt, in der 300 Atemschutzgeräte wie auch die medizinische Geräteausstattung des Sanitätsdienstes im Katastrophenschutz und der Hilfskrankenhäuser gewartet werden.

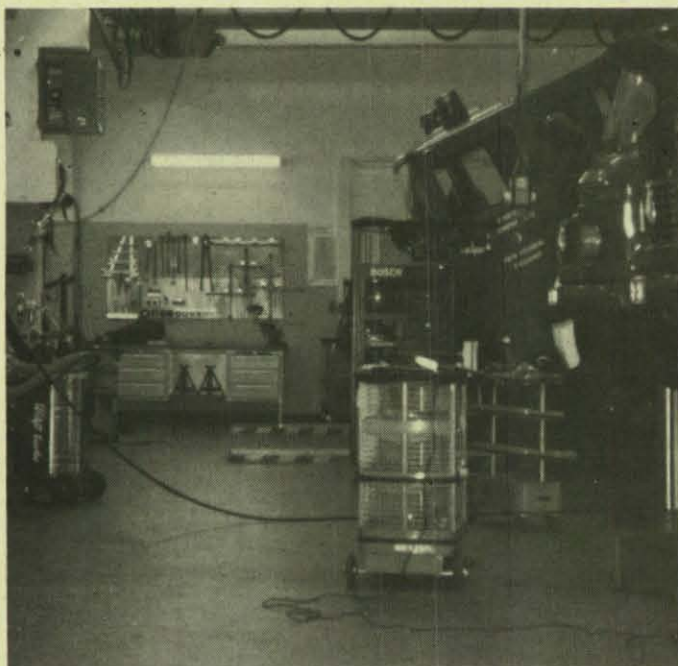
Die Warndienst-Leitmeßstelle umfaßt 21 ehrenamtliche Helfer des Warndienstes, die nunmehr vorbildlich untergebracht sind. Sie können von hier aus ihren Einsatzaufgaben nachgehen und auch Ausbildung betreiben. Diesen Helfern gönne ich in besonderer Weise die neuen Räumlichkeiten, da sie nach meinen Informationen bislang nur in Provisorien untergebracht waren und ihre Ausbildung nur in behelfsmäßigen, vom Landratsamt zur Verfügung gestellten Büro- und Tagungsräumen durchführen konnten.

Modernste Werkstatt

Die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt in Krumbach ist nach Aussage des Bundesinnenministeriums, das mir freundlicherweise die eben vorgetragenen technischen Daten zum neuen Projekt zur Verfügung gestellt hat, die modernste Werkstatt in einem Netz von 33 Zentralwerkstätten des Bundes. In diesen Werkstätten wird durch die Länder im Auftrag des Bundes die Ausrüstung der freiwilligen Helferinnen und Helfer des erweiterten Katastrophenschutzes gewartet. Die 33 Werkstätten des Bundes verfügen über Spezialkraftfahrzeuge sowie Funk- und Atemschutzgeräte in einem Gesamtwert von rd. 1,6 Mrd. DM.

In dieser Aufgabenstellung sind die Katastrophenschutz-Zentralwerkstätten nicht mit irgendwelchen Kraftfahrzeug-Reparatur-

betrieben der privaten Wirtschaft zu vergleichen. Sie warten nicht nur die Kraftfahrzeuge auf einem Qualitätsniveau, sondern sorgen darüber hinaus auch dafür, daß die in diese Fahrzeuge eingebaute und die auf diese Fahrzeuge verladene vielfältige Einsatz-ausrüstung stets voll funktionsfähig ist. Damit nehmen sie den Kommunen, die im Frieden die Nutznießer dieser Bundesausstattung sind, auch erhebliche organisatorische Lasten ab, die sie zu tragen hätten, wenn sie die Geräte einzeln an die verschiedenen Fachfirmen zur Wartung senden müßten. Zugleich sind die Kats-Zentralwerkstätten damit auch im Rahmen der Fürsorgepflicht für die Helfer der Garant dafür, daß die Einsatzausstattung auch stets unfallsicher ist.



Ein Blick in die Kfz-Werkstatt.

(Foto: Mönich)



In der Atemschutz-Gerätewerkstatt (von links): Bundesfinanzminister Waigel, Dipl.-Ing. Kling MdL, halbverdeckt Oberbaudirektor Dipl.-Ing. von Hagen, 1. Bürgermeister der Stadt Krumbach, Winkler, Ärztlicher Direktor Chefarzt Dr. Saurler, Landrat und Bezirkstagspräsident Dr. Sinnacher, Regierungspräsident Dörr. (Foto: Mönich)

Dank an Helferinnen und Helfer

Ich möchte die heutige Feier zur Einweihung der Zentralwerkstatt in Krumbach nutzen, um den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern des Katastrophenschutzes für ihre Dienste an der Allgemeinheit zu danken. Unser aller Ziel ist es, Katastrophen möglichst immer und überall zu verhindern. Da wir jedoch das Auftreten von Katastrophen nie völlig ausschließen können, müssen wir dem vorzeitig durch Einrichtungen des Katastrophenschutzes, bei denen der Tätigkeit der Helferinnen und Helfer eine zentrale Bedeutung zukommt, begegnen. Nochmals herzlichen Dank.

Ebenso möchte ich mich bedanken bei den Mitarbeitern der Zentralwerkstatt in Krumbach und ihrem unermüdlichen Chef, Herrn Jörgel, dessen Einsatz für das Neubauprojekt in meinem Bonner Büro mittlerweile zu einem Anwachsen der Korrespondenz

auf einige Leitz-Ordner geführt hat. Sie werden sicherlich alle Verständnis dafür haben, wenn meine Bonner Mitarbeiter auch zu jenen Personen zählen, die die Fertigstellung des Neubauprojekts von Herzen herbeigesehnt haben."

Weitere Grußworte

In seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der THW-Helfervereinigung sprach Staatssekretär Alfred Sauter. Er würdigte die optimalen Bedingungen dieser Werkstatt, die nicht nur Modellcharakter besitze, sondern zugleich die Voraussetzungen schaffe, daß die Aufgaben im Katastrophenschutzbereich bis weit in das Jahr 2000 hinein bewältigt werden könnten.

Landrat Dr. Georg Simnacher freute sich, daß diese wichtige Einrichtung ihren Standort in Krumbach habe. Für ihn gelte die Devise „In Bereitschaft sein ist alles“, denn nur bei einer entsprechenden Vorsorge sei

es möglich, dem Mitmenschen in Not und Gefahr zu helfen.

1. Bürgermeister Georg Winkler verwies nochmal auf die Widerstände gegen den Standort Krumbach und nannte u. a. als „treibende Kraft“ Werkstattleiter Rudolf Jörgel. Er habe „mit ruheloser Emsigkeit und ständigem Einsatz“ für diese Einrichtung gekämpft.

Auch Landtagsabgeordneter Karl Kling gratulierte Jörgel und seinen Mitarbeitern, bevor Ltd. Baudirektor Gottfried Acher den Schlüssel an Regierungspräsident Rudolf Dörr überreichte, der ihn an Jörgel weitergab.

Anschließend weihten die beiden Stadtpfarrer Gregor Sing und Markus Holzhen sowie Pfarrer Hans Auner in ökumenischer Form das Gebäude ein.

Ein „Tag der offenen Tür“ gab den Bürgern Krumbachs und der Umgebung am nächsten Tag Gelegenheit, die Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt und die technischen Einrichtungen zu besichtigen.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. Leiter-/in der BVS-Dienststelle Hannover

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 01. 01. 1990

Kennziffer: 24/89

2. Leiter-/in der BVS-Dienststelle Stuttgart

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 01. 01. 1990

Kennziffer: 25/89

3. Fachgebietsleiter-/in (Ausbildung) der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg

Verg.-Gr. IV a BAT – ab 01. 01. 1990

Kennziffer: 26/89

4. Fachbearbeiter-/in der BVS-Dienststelle Hamm

Verg.-Gr. V b BAT – ab sofort

Kennziffer: 27/89

5. Fachbearbeiter-/in der BVS-Dienststelle Wiesbaden

Verg.-Gr. V b BAT – ab 01. 01. 1990

Kennziffer: 28/89

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bei gleicher Eignung erhalten schwerbehinderte Bewerber den Vorzug.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind unter Angabe der entsprechenden Kennziffer bis zum 31. 08. 1989 zu richten an:

Bundesverband für den Selbstschutz

– Bundeshauptstelle –
Deutscherstr. 93–95
5300 Bonn 2.

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

Antrittsbesuch: Dr. Wolfgang Schäuble beim Bundesamt für Zivilschutz

Der Bundesinnenminister betonte die Doppelnutzung von Zivil- und Katastrophenschutz

Hoher Besuch am 3. Juli 1989 im Bundesamt für Zivilschutz in Bonn-Bad Godesberg. Der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, machte bei der obersten Zivilschutzbehörde des Bundes seinen Antrittsbesuch. Um einen umfassenden Einblick in die Aufgaben und die Arbeitsweise des Amtes geben zu können, hatte Präsident Hans-Georg Dusch ein abwechslungsreiches Besuchsprogramm zusammenstellen lassen. Neben Fachgesprä-

chen mit der Leitung des Amtes fanden Präsentationen aus dem breiten Aufgabenspektrum des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie Gespräche mit den Personalvertretungen statt.

Präsident Dusch begrüßte gemeinsam mit seinen Mitarbeitern den Gast in einem Zelt des Technischen Hilfswerks im Innenhof des Bundesamtes. Bei seiner Begrüßung betonte er, daß die Erfüllung der wenig attraktiven aber unverzichtbaren Aufga-

be Zivilschutz von den Angehörigen des BZS ein hohes Maß an Einsatz, Kompetenz und Sachverstand erfordert. Alle Mitarbeiter des BZS verdienen für ihre engagierte Tätigkeit Anerkennung durch das Ministerium. „Daß Sie, Herr Minister, so bald nach Ihrer Ernennung den Weg zu uns in das BZS gefunden haben, dafür danken wir Ihnen ganz herzlich“, bemerkte Dusch mit Genugtuung.

In seiner anschließenden Ansprache an



BZS-Präsident Hans Georg Dusch (rechts) und Abteilungspräsident Dr. Rainer Frank (links) im Gespräch mit Minister Dr. Schäuble und Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Abteilungsleiter KN im BMI (2. von links).

die Mitarbeiter des Bundesamtes für Zivilschutz stellte Schäuble den Grundsatz der Doppelnutzung von Zivil- und Katastrophenschutz deutlich heraus: „Vorkehrungen für die Bekämpfung von Katastrophen im Frieden müssen auch für die Notfälle eines hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfalles nutzbar und ausgelegt sein, während umgekehrt die Maßnahmen des Zivilschutzes den Katastrophenschutz ergänzen müssen“. Als augenfällige Beispiele für den positiven Effekt dieses Prinzips stellte er das Meßnetz des Warndienstes heraus, das ursprünglich für den Verteidigungsfall vorgesehen, nun voll in die ständige Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz eingebunden sei. Zudem nannte er das Technische Hilfswerk, das im In- und Ausland zunehmend für Hilfeinsätze angefordert werde.

Bei seinem anschließenden Rundgang durch das Bundesamt für Zivilschutz demonstrierten THW und Feuerwehr gemeinsam am Beispiel der Bergung eines Pkw den Doppelnutzen des erweiterten Katastrophenschutzes.

Minister Schäuble ließ sich die neu beschafften Kontaminationsnachweisgeräte und Kontaminationsschutzanzüge zeigen, die von der Bundesregierung im Rahmen der Sondermaßnahmen nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl beschafft worden waren. Als gemeinsame Neuentwicklung des Bundesamtes für Zivilschutz und Industriefirmen stand im Hof das erste Modell eines Nuklidspezifischen Meßfahrzeuges, mit dessen Hilfe nicht nur bereits eine geringe radioaktive Kontamination, sondern auch ihre nuklidspezifische Zusammensetzung gemessen werden kann. Das Fahrzeug ist Teil des Warndienst-Informationssystems (WADIS) des Bundesamtes für Zivilschutz mit Meß- und Informationsaufgaben bei der friedensmäßigen Überwachung der Umweltradioaktivität und der Warnung der Bevölkerung vor Gefahren in einem Verteidigungsfall (Doppelnutzen). Kernstück von WADIS ist ein computergestütztes System, das eine automatische, gegebenenfalls regional eingrenzende Abfrage von 2000 bundesweit flächendeckend aufgestellten Sonden ermöglicht. Diese Sonden messen Radioaktivität mit einer Empfindlichkeit, die bis zur natürlichen Umgebungsstrahlung herabreicht.

Den Abschluß des Besuchs bildete ein Informationsgespräch des Ministers mit den Angehörigen der wissenschaftlichen Referate des BZS. Minister Schäuble nahm Einblick in die Möglichkeiten zur physikalischen und chemischen Überprüfung von Geräten auf ihre Verwendung im Zivilschutz sowie den Lehrbereich „Baulicher Zivilschutz“.



Das Nuklidspezifische Meßfahrzeug – eine Neuentwicklung des BZS in Zusammenarbeit mit Herstellerfirmen – mißt bereits geringfügige radioaktive Kontamination und ihre nuklidspezifische Zusammensetzung. Wissenschaftlicher Oberrat Wilhelm Tschauder (rechts) erläutert dem Minister das System.



THW und Feuerwehr demonstrieren am Beispiel der Bergung eines Pkw den Doppelnutzen des Katastrophenschutzes.



Oberregierungsrat Uwe Ossenberg gibt Minister Schäuble einen Überblick über die Funktionsweise des Warndienst-Informationssystems (WADIS). (Foto: BZS/Hilberath)

Bevölkerungsschutz – eine humanitäre Notwendigkeit

Der Minister nutzte in seiner Rede, die wir nachfolgend im Wortlaut wiedergeben, die Gelegenheit, sich grundsätzlich mit dem Thema Bevölkerungsschutz auseinanderzusetzen.

Ich freue mich, daß ich heute Gelegenheit habe, bei Ihnen im Bundesamt für Zivilschutz und bei der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zu sein und die Angehörigen beider Behörden kennenzulernen. Begrüßen möchte ich auch die Mitarbeiter der Akademie für Zivile Verteidigung und des Bundesverbandes für den Selbstschutz, die an dieser Veranstaltung teilnehmen.

Das Bundesamt für Zivilschutz besteht nunmehr im 31. Jahr. Seine zentrale Aufgabenstellung, der Bevölkerungsschutz, hat sich seit Errichtung des Amtes nicht gewandelt. Ihnen, den Mitarbeitern, gegenüber muß ich die Notwendigkeit des Bevölkerungsschutzes nicht begründen. Denn wer hier arbeitet, ist – wie wohl die Mehrheit der Bürger unseres Staates – von dieser Notwendigkeit überzeugt, und weiß, daß er für eine humanitäre Aufgabe tätig ist.

Uns alle erinnern Katastrophen in aller Welt immer wieder daran, wie wichtig eine gut organisierte Vorsorge für den Notfall ist.

Dabei sind in den hochindustrialisierten Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland vor allem die Gefahren zu berücksichtigen, die im Zusammenhang mit der modernen Technik stehen. Denn gewiß hat sie uns Möglichkeiten an die Hand gegeben, die Naturgewalten zu bändigen und in Notfällen ungleich wirksamer zu helfen als früher. Aber umgekehrt müssen wir uns immer bewußt sein, daß Technik auch Risiken in sich birgt, die es gilt zu erkennen, zu vermeiden, denen vorzubeugen ist und die im schlimmsten Fall in ihren Auswirkungen bekämpft werden müssen. Auch deshalb bedürfen wir eines vielfältigen und umfangreichen Hilfeleistungssystems, in dem Bund, Länder, Kommunen und private Hilfsorganisationen eng zusammenarbeiten.

Der Schutz der Bevölkerung muß nicht nur die Vorsorge für Katastrophen im Frieden, sondern auch für den Verteidigungsfall umfassen. Auch sie ist Pflicht eines Staates, der sich für seine Bürger verantwortlich fühlt. Wer sich ihr nicht stellt, muß wissen, daß er seiner Verantwortung nicht gerecht wird.

Beides muß daher ineinandergreifen: Vorkehrungen für die Bekämpfung von Katastrophen im Frieden müssen auch für Notfälle eines hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfalles nutzbar und ausgelegt sein, während umgekehrt die Maßnahmen des Zivilschutzes den Katastrophenschutz ergänzen müssen. So sehen es die Gesetze über den Zivilschutz und die Erweiterung des Katastrophenschutzes als Grundgedanke vor. Und wir sehen hier auch ein Beispiel für gelebten Förderalismus: Der vom Bund zu gewährleistende Zivilschutz wird verzahnt mit dem Katastrophenschutz, der zuvörderst Aufgabe der Länder ist.

Dieser Grundsatz der Mehrzwecknutzung ist auch die Leitlinie, die nunmehr auf deutsches Betreiben im gesamten NATO-Bereich Anwendung findet.

Der positive Effekt des Doppelnutzens hat sich besonders augenfällig bei einer Einrichtung gezeigt, die hier im Bundesamt für Zivilschutz betreut wird: Dem Meßnetz des Warndienstes.

Ursprünglich für Aufgaben im Verteidigungsfall konzipiert und eingerichtet, hat dieses Meßnetz als eines der ersten Systeme in der Bundesrepublik Deutschland wichtige Hinweise über die radioaktive Belastung nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl gegeben.

Nunmehr ist es voll integriert in die ständige Überwachung der Umweltradioaktivität nach dem Strahlenschutzvorsorgegesetz. Die Doppelaufgabe des Warndienstes hat es möglich gemacht, die Modernisierung des Meßnetzes schneller als ursprünglich geplant durchzuführen.

Auch die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk dokumentiert immer wieder eindrucksvoll ihre Leistungsfähigkeit bei

Katastrophen. Dies zeigt auch die Tatsache, daß das THW zunehmend von den Bundesländern zu Einsätzen angefordert wird. Ich nenne hier nur das Frühjahrs-hochwasser 1988 im süddeutschen Raum und den Flugzeugabsturz in Remscheid.

Den größten und bedeutensten Auslandseinsatz stellte die Hilfeleistung des Technischen Hilfswerks nach dem verheerenden Erdbeben in Armenien dar. Dieser Einsatz fand in der sowjetischen Öffentlichkeit ein sehr positives Echo und setzte zugleich ein Zeichen für internationale humanitäre Hilfe über die Grenzen und politischen Systeme hinweg. Der stellvertretende Ministerpräsident Armeniens hat mir erst kürzlich noch einmal des Dank seiner Bürger ausgesprochen und versichert, welchen tiefen Eindruck es hinterlassen hat, daß gerade wir Deutschen dem leidgeprüften Armenien zur Hilfe gekommen sind. Der Direktor des THW, Herr Henkel, konnte vor kurzem noch stellvertretend für alle Helferinnen und Helfer der Bundesanstalt THW persönlich den Dank des sowjetischen Staatspräsidenten Gorbatschow entgegennehmen. Auch ich möchte nicht versäumen, dem THW noch einmal für diesen Einsatz, wie für alle Einsätze im Dienste der Humanität, meinen besonderen Dank und meine Anerkennung auszusprechen.

Der Bevölkerungsschutz muß heute besonders auf technische naturwissenschaftliche Vorgänge und ihre Auswirkungen eingestellt sein. Die Zivilschutzforschung hat daher große Bedeutung, und es bedarf keiner besonderen prophetischen Gaben für die Voraussage, daß in Zukunft Wissenschaft und Technik für die Notfallvorsorge noch mehr an Bedeutung gewinnen werden. Denn die Anfälligkeit hochzivilisierter Gemeinwesen wie des unseren wird eher wachsen als abnehmen. Angesichts neuer Gefahren wird es gerade auch Ihre Aufgabe sein, über neue Abhilfemöglichkeiten nachzudenken und nach neuen Entwicklungslösungen auf

dem Gebiet der Gefahrenabwehr zu suchen. Dabei werden sie sich auch einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit bedienen müssen, nicht zuletzt um der Gefahr unnötiger Doppelforschung zu entgehen.

Mir ist bewußt, daß an die Leitung dieses Amtes besonders hohe Anforderungen gestellt werden. Stärker als in anderen Bereichen kommt es auf eine sensible Führung und Betreuung der Mitarbeiter an. Sie müssen in besonderer Weise gestützt und motiviert werden, damit die Leistungsfähigkeit der Institution erhalten bleibt.

Dies liegt im Interesse aller im Zivilschutz mitwirkenden Stellen: Der hauptamtlichen Mitarbeiter ebenso, wie der vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer in den Katastrophenschutzorganisationen.

Sie alle leisten unter persönlichen Opfern einen wichtigen Dienst für Ihre Mitmenschen. Sie suchen und brauchen auf Seiten des Bundes leistungsfähige und leistungsbereite Mitarbeiter des Bundesamtes zur vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Aber nicht zuletzt brauche ich Ihre Hilfe bei der Bewältigung unserer gemeinsamen Aufgabe. Ich möchte Ihnen daher versichern, daß es mir auf Ihre fachkundige Mitarbeit, Ihre engagierte Mitwirkung besonders ankommt.

Sie können sich umgekehrt darauf verlassen, daß die Bundesregierung Ihnen zur Seite stehen wird.

Die Entwürfe eines Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes und des THW-Helferrechtsgesetzes sind in der vergangenen Woche in erster Lesung im Deutschen Bundestag behandelt worden. Ich habe sie dort namens der Regierung begründet.

Eine Verordnung über Anforderungsbehörden und Bedarfsträger nach dem Bundesleistungsgesetz ist zum 1. Juli 1989 in Kraft getreten.

Zur Verbesserung des Luftrettungswesens hat der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages einem Modernisierungsprogramm zugestimmt. Die in der Luftrettung eingesetzte Hubschrauberflotte des Bundesministers des Innern wird in den nächsten vier Jahren mit rund 164 Millionen DM modernisiert werden können.

Schwerpunkte unserer gemeinsamen Aufgaben werden in dieser Legislaturperiode noch sein:

– Die Umsetzung der bereits vorliegenden Konzeption zur Verbesserung des Krisenmanagements bei großflächigen länder- und staatsübergreifenden Gefahrenlagen und der Abbau der teilwei-

se vorhandenen regionalen Unterversorgung mit Einheiten des Katastrophenschutzes.

– Modernisierung des Warndienstes, *gleichzeitig Erarbeitung einer Konzeption zur weiteren Einbindung des Warndienstes in die friedensmäßige Gefahrenabwehr im Rahmen von radioaktivitäts- und Chemie-Gas-Messungen.

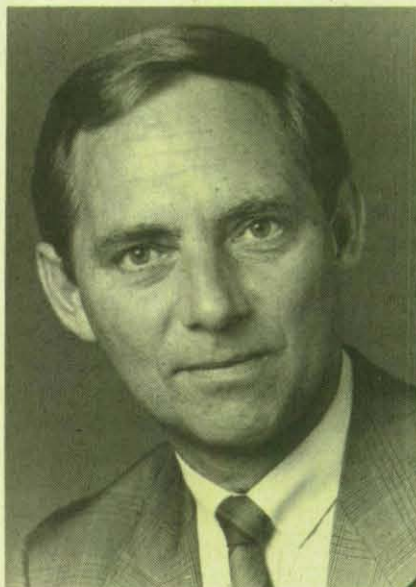
– Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bei der Gefahrenabwehr. Dabei sind die Hilfeleistungsverträge mit den meisten unserer Nachbarländer unter Dach und Fach. Wir müssen nun zum Abschluß von Katastrophenschutz-Hilfeleistungsabkommen mit der UdSSR, der DDR und der CSSR kommen. Dem sowjetischen

Außenministerium wurde bereits ein national abgestimmter Vertragsentwurf zugeleitet.

Mit all diesen Maßnahmen bekennt sich die Bundesregierung zu ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung sowie zu der Verpflichtung, durch Bevölkerungsschutz, Notfallvorsorge und zivile Verteidigung Gefahren für unsere Bevölkerung abzuwehren.

Ohne Ihre Mitwirkung ist eine Bewältigung dieser Aufgaben nicht möglich. Ich bitte Sie, Ihren Sachverstand, wie bisher, mit Engagement und Geschick in die gemeinsame Arbeit einzubeziehen.

Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfolg bei Ihrer Arbeit und versichere Ihnen, daß ich sie dabei soweit es mir möglich ist, unterstützen werde.



Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister des Innern

Geboren 18. September 1942 in Freiburg, evangelisch, verheiratet, vier Kinder

1961: Abitur

1961–1977: Mitglied der Jungen Union

1961–1966: Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Freiburg und Hamburg

1965: Eintritt in die Christlich Demokratische Union (CDU)

1966: Erstes juristisches Staatsexamen

1966–1970: Assistent an der Universität Freiburg und Beauftragter des Rektors für politische Bildung

1968–1970: Gerichtsreferendar

1969–1972: Bezirksvorsitzender der Jungen Union Südbaden

1970: Zweites juristisches Staatsexamen

Seit 1970: Mitglied des Bezirksvorstandes der CDU Südbaden, seit 1982 stellvertretender Bezirksvorsitzender

1971: Promotion zum Dr. jur.

1971–1972: Tätigkeit in der Steuerver-

waltung des Landes Baden-Württemberg, zuletzt Regierungsrat beim Finanzamt Freiburg I

Seit 1972: Mitglied des Deutschen Bundestages

Seit 1973: Mitglied des CDU-Landesvorstandes Baden-Württemberg

1975–1984: Mitglied der Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der Westeuropäischen Union

1976–1984: Vorsitzender des Bundesausschusses Sport der CDU

1978–1984: Rechtsanwalt beim Landgericht Offenburg

1979–1982: Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen (AGEG)

1981–1984: Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

1984–1989: Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes

Seit 1989: Bundesminister des Innern

Dr. Norbert Blüm: Sparen für die Altenpflege

MHD-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen forderte steuerbegünstigte Aufwandsentschädigung für ehrenamtliches Pflegepersonal

„Ich will Sie keineswegs nur mit einem ‚Vergelt's Gott‘ abspeisen – Geld gehört natürlich auch dazu!“ Mit diesen Worten ging Bundesarbeits- und Sozialminister Dr. Norbert Blüm bei der traditionellen Johannisfeier von JUH und MHD in der Bonner Rheinaue auf die Auswirkungen des Gesundheits-Reformgesetzes ein. Zuvor hatte sich MDH-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen eher versöhnlich zum Spar-Kurs Blüms geäußert: „Um der Redlichkeit Willen, muß ich Ihnen danken, daß einige der Dinge, die für uns so schlimm aussahen,

mittlerweile relativiert worden sind!“ Zentrales Thema der Johannisfeier war denn auch nicht die Gesundheitsreform, sondern der drohende Notstand in der Altenpflege. Dazu Graf Landsberg-Velen: „Die erste Sorge, die uns alle berührt, ist die Betrachtung und Bewertung der ehrenamtlichen Arbeit – die immer weiter klaffende Schere zwischen hilfsbedürftigen Alten und den Jungen, die in der Familie bereit und in der Lage sind, Altenpflege zu leisten.

Es gibt einen Wandel im Begriff der Ehrenamtlichkeit!“ So bedeute beständiger

Dienst am Nächsten heute vor allem beständige Aufopferung von Freizeit und Geld; betonte Graf Landsberg-Velen in seiner Rede. „Altenpflege ist ein öffentliches Anliegen erster Ordnung, das dringend gelöst werden muß!“ In diesem Zusammenhang forderte der MHD-Präsident eine steuerlich begünstigte, pauschalisierte Aufwandsentschädigung für diese Hilfskräfte. Graf Landsberg: „Im Spört ist dies in Form von Übungsleiter-Pauschalen längst üblich.“

Minister Blüm erläuterte nach der vielbeachteten Rede des MHD-Präsidenten den



Ein Minister macht auch an der Gou-laschkanone eine gute Figur: Dr. Norbert Blüm im Gespräch mit JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin (rechts). Von einem finanziellen „Nachschlag“ für die Hilfsorganisationen war in der nachfolgenden Ansprache Blüms allerdings nicht die Rede.

In seiner Festansprache forderte MHD-Präsident Dieter Graf Landsberg-Velen eine steuerbegünstigte Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Helfer in der Altenpflege.



Zusammenhang zwischen Altenpflege Notstand und Gesundheitsreform: „Wir sparen nicht zuletzt deshalb im Gesundheitswesen, weil wir genau wissen, daß wir in Zukunft im Bereich der Altenpflege investieren müssen“, so Blüm, „aber es reicht nicht, daß dafür das Geld vorhanden ist – es müssen auch die Menschen vorhanden sein, die bereit sind, die Pflegeleistungen zu erbringen. Ein besonderes Potential sehe ich in der vorstaatlichen Hilfe, wie sie von Organisationen wie den Maltesern und den Johannitern erbracht wird!“ Der Minister wehrte sich nachhaltig gegen die verbreitete Auffassung, daß jeder alte Mensch auch automatisch in die Altenpflege gehöre.

Blüm: „Zwei Drittel der 90jährigen sind heute im Stande, einen eigenen Haushalt zu führen – die Alten werden jünger!“ Um auch weiterhin junge Menschen für die ehrenamtliche Hilfe am Nächsten zu motivieren, bedürfe es vor allem einer Änderung des Begriffs „dienen“. Die Worte „Dienst“ und „dienen“ hätten einen Imageverlust erlitten, seit sich der Sprachgebrauch verändert habe. So sei es heute normal, von „Maschinen bedienen“ zu sprechen. „Wir müssen Maschinen beherrschen und Menschen bedienen“, meinte der Minister. Dabei gelte es, den Lichtkegel wieder auf geeignete Vorbilder zu lenken. Daraus ergebe sich schließlich die „Sogkraft für das Gute“.

Die Johannisfeier ist traditionell ein gesellschaftliches Ereignis in der Bundeshauptstadt, deren Bedeutung durch prominente Gäste unterstrichen wird. So war die Geistlichkeit neben dem Apostolischen Nuntius Erzbischof Josip Uhc durch Angehörige der Bischofskonferenz und der Diakonie

vertreten. Die Botschaften der USA, Perus, Chiles und Maltas hatten Vertreter entsandt.

Die Parlamentarische Staatssekretärin Agnes Hürland-Büning vom Verteidigungsministerium war neben Minister Dr. Norbert Blüm prominenteste Vertreterin der Bundesministerien in der Gästeliste. Drei Fraktionsvorstände waren ebenfalls zum Rheinland-Pfalz-Pavillon in der Rheinaue gekommen: Volker Rühle von CDU/CSU, Gudrun Weyel für die SPD und Dr. Inge Segall von der FDP.

Als Vertreter der Verwaltung hörte Professor Dr. Manfred Steinbach, Ministerialdirektor im Ministerium für Jugend, Familie,

Frauen und Gesundheit die Reden mit ebensoviel Interesse wie Ministerialdirektor Karl Jung vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung und Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, der im Bundesinnenministerium als Abteilungsleiter für Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge und zivile Verteidigung zuständig ist.

Auch die Vertreter der übrigen Hilfsorganisationen waren der Einladung von Maltesern und Johannitern gefolgt, die sich zum Fest ihres gemeinsamen Ordenspatrons, Johannes des Täufers, ihres Auftrages besinnen: Des ehrenamtlichen und freiwilligen Dienstes am Nächsten. ps



Zu Gast bei Johannitern und Maltesern: ASB-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Müller (Mitte).

(Fotos: Steinfurth)

Katastrophenschutz- ergänzungsgesetz dient ausschließlich humanitären Zielen

**Kritik der IPPNW an Gesetzentwurf zurückgewiesen –
Briefwechsel für grundsätzliche Stellungnahme genutzt**

Das beträchtliche Hilfeleistungspotential des erweiterten Katastrophenschutzes, das einen wesentlichen Teil des gemeinsamen Hilfeleistungssystems des Bundes und der Länder darstellt, ist ebenso wie der BVS unverzichtbar. Dies erklärte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble in einer ausführlichen Stellungnahme zum Katastrophenschutzergänzungsgesetz, mit der er die Kritik der „Sektion Bundesrepublik Deutschland der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges e.V.“ (IPPNW) zurückwies.

IPPNW-Vorstand Prof. Dr. Ulrich Gottstein hatte

Prof. Dr. Gottstein:

„Wegen des sogenannten Katastrophenschutzergänzungsgesetzes haben wir von der IPPNW eine groß angelegte Aufklärungsarbeit geleistet, um die Kommissionen der Bundes- und Landesärztekammern sowie die Ärzteschaft und die Bevölkerung über die wahren Inhalte des Gesetzentwurfes zu informieren. Damit erfüllten wir unsere ärztliche und demokratische Pflicht.

Dieses Gesetz ist kein Katastrophenschutzgesetz, sondern bestimmt für den Verteidigungsfall. Deswegen müßte es auch einen anderen Namen tragen, wie z. B. „Gesetz zur Erfassung des Gesundheitswesens und der Beamten für den Verteidigungsfall“ oder ähnlich. Nur dann könnte die mündige Bevölkerung und Wählerschaft beurteilen, ob sie einem solchen Gesetz zustimmen will.

Natürlich lehnen wir von der IPPNW die

in einem Schreiben an den Bundesinnenminister die bekannte Position bezogen, in einem kommenden Kriege könnten Ärzte „keine wesentliche Hilfe“ leisten und gebeten, den Gesetzentwurf zurückzuziehen.

Dr. Schäuble stellte in seiner Antwort klar, der Gesetzentwurf diene ausschließlich humanitären Zielen: „Es ist mir unverständlich, daß die in der IPPNW vertretenen Ärzte, denen ihr Beruf die Hilfe am Nächsten aufgibt, sich einem derartigen Anliegen widersetzen wollen.“

Der Schriftwechsel hat folgenden Wortlaut:

ses Gesetz ab, weil es aus den Zeiten des Kalten Krieges stammt und noch von der Hypothese ausgeht, ein Krieg in der BRD könnte überlebt werden. Inzwischen haben aber der Herr Bundeskanzler, der Herr Bundesaußenminister sowie namhafte Militärs mehrfach ausgesprochen, daß ein Krieg auf jeden Fall verhindert werden müsse, weil er nicht mehr ohne schrecklichste Verwüstungen unseres Vaterlandes und Ausrottung nahezu der gesamten Bevölkerung überstanden werden könnte. Das ist ja der Grund für die sogenannte Abschreckungstheorie mit Nuklearwaffen. Wir Ärztinnen und Ärzte sprechen jedoch aus unserer Sachkenntnis und ärztlichen Verantwortung, daß wir in einem kommenden Krieg keine wesentliche Hilfe werden leisten können, und das daher jegliche Erfassung und Vorbereitung im Gesundheitswesen auf den Kriegsfall eine gefährliche Farce darstellt.

Wir sind sehr glücklich darüber, daß der Herr Bundeskanzler einen Austausch der

verantwortlichen Minister vorgenommen hat, da wir mit Herrn Bundesminister Zimmermann in kein Gespräch kommen konnten. Wir hoffen daher sehr, daß dieses mit Ihnen möglich ist, und Sie für unsere Argumente mehr Verständnis haben.

Nachdem jetzt die Ausschüsse des Bundesrates die Ablehnung des vorliegenden Gesetzentwurfes empfohlen haben, bietet sich die große Chance, diesen Gesetzentwurf ganz zurückzuziehen. Darum möchten wir Sie bitten.“

Bundesinnenminister Dr. Schäuble:

„Ich teile Ihre Auffassung, daß alles unternommen werden muß, um einen Krieg zu vermeiden. Die Erhaltung des Friedens ist das oberste Ziel der deutschen Nachkriegs-

politik unter allen Bundesregierungen gewesen. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl hat durch eine Reihe von Initiativen wichtige Beiträge zur Förderung des internationalen Entspannungs- und Abrüstungsprozesses leisten können. Sie dürfen versichert sein, daß die Bundesregierung diese Friedenspolitik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln fortsetzen wird. Eine realistische Politik darf sich allerdings nicht von Illusionen leiten lassen und Risiken ignorieren. Hierzu zählt auch, daß trotz aller Abrüstungs- und Entspannungsbemühungen leider noch niemand eine bewaffnete Auseinandersetzung in Mitteleuropa für alle Zeiten und absolut ausschließen kann. Ich vermag deshalb Ihre Bedenken gegen das von der Bundesregierung eingebrachte Katastrophenschutzergänzungsgesetz nicht zu teilen.

Alleingang

Dieses Gesetzesvorhaben dient ausschließlich humanitären Zielen. Es ist mir unverständlich, daß die in der IPPNW vertretenen Ärzte, denen ihr Beruf die Hilfe am Nächsten vorgibt, sich einem derartigen Anliegen widersetzen wollen. Ihre Bedenken werden weder vom Bundesrat, der in seiner Stellungnahme am 21. April das Gesetz grundsätzlich gebilligt hat, noch von den großen Hilfsorganisationen, dem DRK, dem ASB, dem MHD, der JUH sowie dem Deutschen Feuerwehrverband noch von den kommunalen Spitzenverbänden, der Bundesärztekammer, den Ärzteverbänden, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und den Kirchen geteilt.

Das Katastrophenschutzergänzungsgesetz soll das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 09. Juli 1968, das Katastrophenschutzgesetz des Bundes, lediglich um wenige Regelungen ergänzen. Die Bezeichnung des Gesetzesvorhabens ist also korrekt und entspricht der üblichen Bezeichnung bei Änderungsgesetzen.

Das gemeinsame Hilfeleistungssystem des Bundes und der Länder für Katastrophen jeglicher Art einschließlich des hoffentlich nie eintretenden Verteidigungsfalles beruht auf den Katastrophenschutzgesetzen des Bundes und der Länder. Das Katastrophenschutzgesetz des Bundes vom 09. Juli 1968 legt in diesem Zusammenhang fest, daß die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes auch in einem Verteidigungsfalle für Hilfeleistungen eingesetzt und zu diesem Zweck verstärkt und ergänzt werden sollen. Diese Zweckbestimmung entspricht den humanitären Zielen der Genfer Rot-Kreuz-Abkommen und insbesondere der Zusatzabkommen, deren Ratifizierung von allen im Deutschen Bundestag vertre-

ten Parteien gefordert wird. Die Völkerrechtsgemeinschaft geht in diesen Abkommen davon aus, daß alle zivilisierten Staaten die ihnen möglichen Maßnahmen ergreifen, um der Bevölkerung im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung Hilfe leisten zu können.

Atomkrieg unwahrscheinlich

Ein totaler Atomkrieg, den die IPPNW als einzige Form einer möglichen militärischen Auseinandersetzung unterstellt, dürfte die unwahrscheinlichste Form einer Auseinandersetzung sein. Hierfür sprechen nicht nur völkerrechtliche Gründe, sondern vor allem die Tatsache, daß jeder Atomschlag gegen unser Land wegen der strahlenbedingten und auch klimatischen Auswirkungen und im Hinblick auf die Zweitschlagsfähigkeit der anderen Seite Selbstmord für jeden Angreifer bedeuten würde. Diese Beurteilung wird von allen Staaten der NATO und des Warschauer Bündnisses wie auch von neutralen Staaten wie der Schweiz, Schweden und Österreich geteilt. Im übrigen meine ich, daß eine quantitative Betrachtungsweise, wie sie in der Broschüre der IPPNW ihren Niederschlag findet, dem humanitären Gedanken nicht gerecht wird. Auch auf den Gebieten wie beispielsweise der Krebsbehandlung, dem Umweltschutz und der Verbrechensbekämpfung übernehmen die Verantwortlichen zu Recht alle möglichen Anstrengungen, um Hilfe und Schutz zu leisten, ohne dabei eine Erfolgsgarantie übernehmen zu können.

„unzutreffend dramatisiert“

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die IPPNW die einzelnen Vorschriften des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes unzutreffend dramatisiert. Diese Vorschriften halten sich grundsätzlich im Rahmen des geltenden Katastrophenschutzgesetzes des Bundes vom 09. Juli 1968. Die von Ihnen in den Mittelpunkt gerückten Regelungen zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung sollen lediglich die Behörden anhalten, in ihre Katastrophenschutzplanung auch die maximale Nutzung der vorhandenen Einrichtungen in einem Ernstfall aufzunehmen. Eine derartige staatliche Vorsorgeplanung setzt eine Auskunft der Träger der gesundheitlichen Einrichtungen voraus. Auch für alle anderen Bereiche der staatlichen Vorsorge gibt es entsprechende Auskunftspflichten. Ich vermag nicht einzusehen, weshalb die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung weniger wichtig genommen werden soll. Im übrigen wird der insoweit fachlich zuständi-

ge Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit die Planungsvorgaben noch in einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift konkretisieren, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf und auch mit der Bundesärztekammer und den ärztlichen Verbänden abgestimmt werden soll. Eine weitere Vorschrift sieht vor, daß die Behörden die im Ernstfall notwendigen organisatorischen Umstellungen des Krankenhaus- und Rettungswesens erst nach einem ausdrücklichen Freigabebeschluß des Bundeskabinetts veranlassen dürfen. Bundsrat oder Bundestag können dabei jederzeit den Beschluß wieder aufheben.

Ich halte es für ein nicht zu verantwortendes Spiel mit dem Ethos eines ganzen Berufsstandes, wenn – wie die IPPNW es tut – vor allem aus diesen beiden Bestimmungen hergeleitet wird, die Bundesregierung wolle das gesamte Gesundheitswesen total erfassen und verplanen und den ärztlichen Datenschutz willkürlich aushöhlen.

Wesentlicher Bundesanteil

Abschließend möchte ich darauf hinweisen, daß der Bund aufgrund des Katastrophenschutzgesetzes vom 09. Juli 1968 jährlich rd. 400 Mio. DM für das gemeinsame Hilfeleistungssystem des Bundes und der Länder aufbringt. Er finanziert neben Katastrophenschutzschulen und Zentralwerkstätten u. a. 7 275 Einheiten mit rd. 143 000 Helfern der Feuerwehren, der Sanitätsorganisationen und des Technischen Hilfswerks. Diese Bundesressourcen bilden einen wesentlichen Teil des Schutzpotentials, das den Ländern und Gemeinden bei der Bekämpfung von Unglücksfällen und Katastrophen zur Verfügung steht.

Bei einer Reihe von Katastrophen wie beispielsweise dem Jahrhunderthochwasser an Rhein, Donau und Mosel, dem Tankwagenunglück in Herborn, den Flugzeugabstürzen in Ramstein und Remscheid und dem Erdbebenunglück in Armenien haben die Einheiten des erweiterten Katastrophenschutzes erfolgreich unter Beweis gestellt, daß sie in hervorragender Weise zur Bekämpfung jeglicher Katastrophen geeignet sind. Auf dieses beträchtliche Hilfeleistungspotential kann ebenso wenig wie auf den Bundesverband für den Selbstschutz, der jährlich über 200 000 Menschen in Selbsthilfemaßnahmen gegen Unglücksfälle ausbildet, im Interesse des Schutzes unserer Bevölkerung verzichtet werden.“

Brand- und Katastrophenschutz im Plabutschtunnel (Österreich)

Modernste Technik für den Notfall

Ausgeklügeltes Vorsorge- und Gefahrenabwehrsystem in Österreichs zweitlängstem Straßentunnel

Nach vierjähriger Bauzeit wurde am 27. Juni 1987 der im Stadtgebiet von Graz liegende Plabutschtunnel der Öffentlichkeit übergeben. Die Kosten für dieses Großprojekt belaufen sich auf ca. 2,2 Milliarden Schilling.

Der Plabutschtunnel ist das Herzstück der Umfahrung von Graz im Verlauf der Pyhrn-Autobahn (A9).

Die Tunneltrasse verläuft im westlichen Teil der Stadt Graz von der Anschlußstelle Raach im Norden zum Verteilerkreis Webling im Süden und liegt größtenteils im Bergmassiv des Plabutsch.

Mit einer Länge von 9755 m ist der Plabutschtunnel der zweitlängste Straßentunnel Österreichs und der siebentlangste der Welt. Nach einer bergmännischen Strecke von 8639 m wird der Tunnel im Süden 1116 m als Unterflurtrasse weitergeführt. In der ersten Ausbauphase (mit deren Bestand über längere Zeit gerechnet werden muß) wurde nur die Oströhre ausgebaut. Die letzten 480 m der Unterflurtrasse sind nach einem 72 m langen Übergangsbauwerk bereits zweiröhrig ausgeführt.

Bei den Portalen sind Galerien vorgesetzt worden, so daß die gesamte Tunnellänge mit 9919 m angegeben werden kann.

gen Plabutschtunnel besitzen zwei Notstollen.

– Notstollen „Nord“ (Zufahrt Baiernstraße) mit etwa 750 m Länge.

– Notstollen „Süd“ (Zufahrt Bründl) mit etwa 175 m Länge.

Diese baulichen Anlagen können sowohl als Fluchtwege für Personen im Tunnel als auch als Angriffswege für die Feuerwehr der Stadt Graz dienen und sind im Alarm- und Einsatzplan berücksichtigt. Die eigentliche Tunnelröhre hat eine lichte Breite von ca. zehn Metern, was einer Fahrbahnbreite von 2 x 3,75 m entspricht. Die lichte Höhe des Fahrtraums beträgt 4,70 m. Wichtig bei Unfällen mit gefährlichen Flüssigkeiten ist die eigene Fahrbahntwässerung, durch die flüssige Substanzen sowohl beim Nord- als auch Südportal in je ein Auffangbecken von 50 m³ geleitet werden können. Hier sind auch Mineralölabscheider eingebaut.

Im Verlauf der Tunnelröhre sind folgende weitere wichtige bauliche Anlagenteile bzw. Einbauten vorhanden:

- 18 Abstellnischen (alle 848 m) beidseitig.
- 15 begehbare Quergänge (alle 424 m) einseitig (Sackgassen).

- zwei befahrbare Quergänge einseitig (Sackgassen).

- 54 Notrufnischen (alle 212 m).

- 91 Feuerlöschnischen (alle 106 m).

Betriebliche Anlagen

Als wichtigste betriebliche Anlage ist das Lüftungssystem zu nennen, das als Vollquerlüftung ausgeführt ist. Es bietet im Brandfall die Möglichkeit, an jeder Stelle Rauchgase abzusaugen und Frischluft einzublasen. Außerdem kann durch unterschiedliche Förderungen der Lüfter in den einzelnen Lüftungsabschnitten die Längsströmung im Tunnel gesteuert und damit eine gewisse Lokalisierung einer eventuell auftretenden Rauchwolke erreicht werden. Die Lüftungssteuerung erfolgt mittels eines Zentralrechners. Bei einem Brand wird innerhalb von 30 Sekunden nach der Identifizierung automatisch auf ein ortsabhängiges Notfallprogramm geschaltet, um die auftretende Verqualmung in den Griff zu bekommen.

Weitere für den Brand- und Katastrophenschutz wichtige Tunnelausrüstungen sind:

- Löschwasserversorgung im Haupttunnel

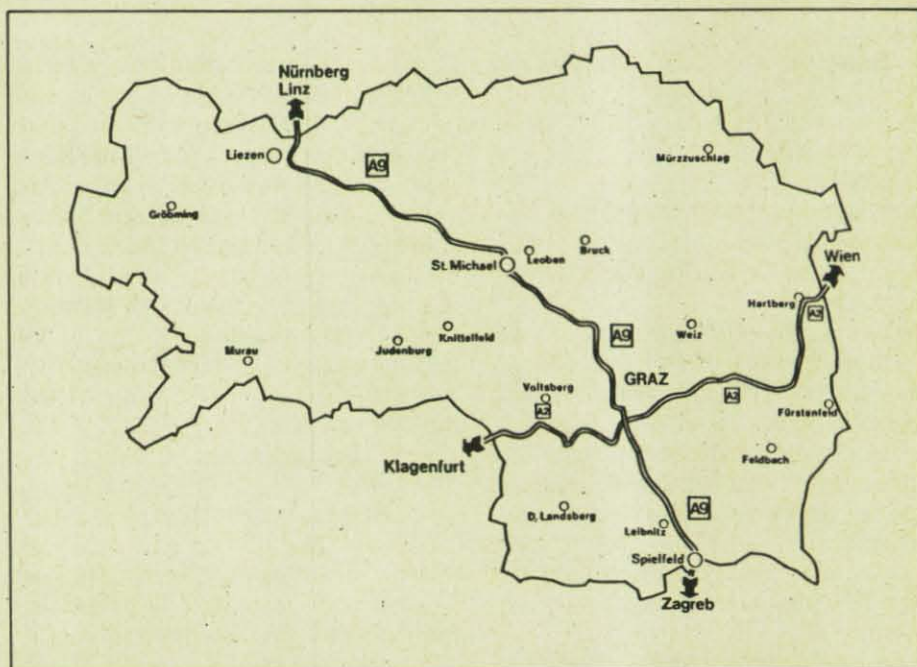
Bauliche Anlagen

Für den Feuerwehreinsatz sind grundsätzlich alle baulichen Anlagen von Bedeutung, da in allen diesen Bereichen mit Bränden und Unfällen gerechnet werden muß. Folgende Bauwerke und bauliche Anlagenteile sind dabei von besonderer Wichtigkeit:

- Betriebsgebäude in Raach und Lüftungsbauwerk (Nordportal).
- Lüftungskaverne und Lüftungsschacht Nord (240 m).
- Lüftungskaverne und Lüftungsschacht Süd (90 m).
- Tunnelmeisterei Webling.

In allen diesen Bereichen können Brände auftreten (z.B. Trafoanlagen in den Lüftungskavernen und den Betriebsgebäuden). Zur Brandfrüherkennung sind überall Brandmeldeanlagen vorhanden.

Besondere Bedeutung für die Erhöhung der Sicherheit in dem sehr langen einröhri-



Autobahnen in der Steiermark

in Form einer Druckrohrleitung (Hydranten in den Feuerwehrlöschnischen).

- Automatische Brandmeldeanlage im Tunnel in Form eines linienförmigen Wärme-Differentialmelders.

- Funkanlage in Form eines zweifachen Antennensystems für Funkverbindungen und Einspielungen von UKW-Radiomeldungen im Haupttunnel sowie den beiden Notstollen.

- Notrufeinrichtungen (Telefon, das automatisch beim Abheben des Hörers mit der Tunnelwarte verbunden ist) in allen 54 Notrufrischen.

- Lautsprecheranlage im Rampenbereich und im Bereich der Abstellnischen.

- Einsprechstellen bei den Hauptportalen und den beiden Notstollenportalen (Telefonanschluß, Funkeinspruchmöglichkeit und Steuerung der Abschlußtore der Notstollen).

- Preßluftleitung zur Entnahme von Atem- und Arbeitsluft (Feuerlöschnischen).

- Fernsehanlage (Kameras in je 212 m) zur lückenlosen Überwachung des Verkehrs im Tunnel (wichtig zur Unfall- und evtl. auch Branderkennung bzw. Abschätzung des Gefahrenumfanges).

- Verkehrssteuerung in Form von zehn Ampelbereichen.

- Energieversorgung und Fernwirkanlage zur Übertragung aller für den Betrieb benötigten Informationen.

- Beleuchtungsanlage.

- Einrichtungen (Zentralrechner etc.) in der Tunnelwarte mit Alarmplatz für die Feuerwehr.

Feuerwachen und Personal der BF Graz

Der Raum Graz ist in zwei Brandschutzsektionen unterteilt:

Sektion West:

- Zentralfeuerwache (ZW) am Lendplatz und

- Nebenwache Eggenberg (WE) in der Algersdorfer Straße 2.

Sektion Ost:

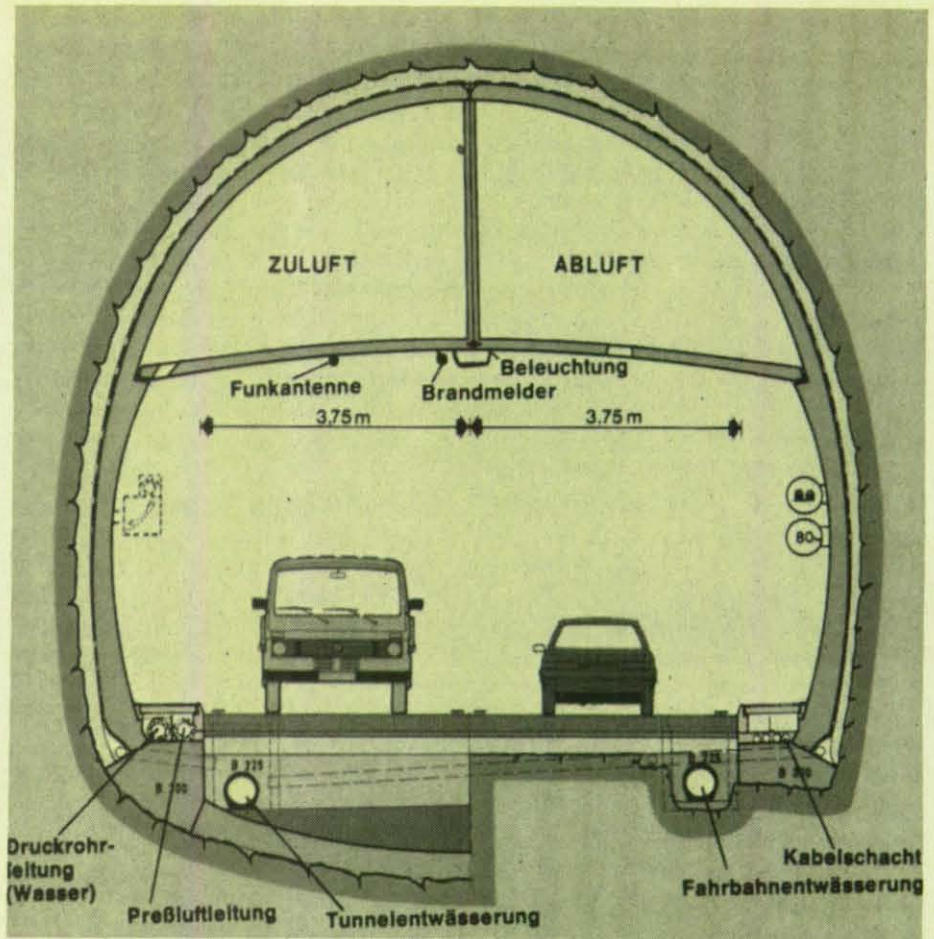
- Hauptfeuerwache „Ost“ (HO) am Dietrichsteinplatz 9 und

- Nebenwache Kroisbäch (WK) in der Mariatrosterstraße 37.

Obwohl der Plabutschtunnel in der Brandschutzsektion „West“ liegt, müssen im Alarmfall aus Personalgründen auch Kräfte der HO ausrückend gemacht werden.

Aus den Anfahrtsrouten und ungefähren Entfernungen zwischen den Feuerwachen und den vier Tunnelportalen sowie den beiden Schächten „Nord“ und „Süd“ mit den Ablufttürmen und Schachtkopfbauten läßt sich die entsprechende Anfahrtszeit abschätzen.

Sie wird im günstigsten Fall (WE-Notstollen „Nord“: 1,3 km) bei einer Minute liegen.



Regelprofil der Oströhre des Plabutschunnels

Für die übrigen Anfahrtsrouten mit einer Länge von 3,5 km bis 6,8 km dürfte die Anfahrtszeit je nach Verkehrslage zwischen vier und acht Minuten betragen. Entfernungen um acht Kilometer und darüber ergeben sich nur für die Strecken von der Hauptfeuerwache „Ost“ (HO) zum Tunnelnordportal und von der Zentralfeuerwache oder HO zu den Schachtkopfbauten „Nord“ oder „Süd“. Die Länge der Anfahrtsrouten wurde bei der Erstellung der Ausrückestärke berücksichtigt.

Bei der Berufsfeuerwehr Graz sind derzeit 61 Mann rund um die Uhr im Einsatz. Dies entspricht einer Mannschaft von sechs Löschgruppen (je sechs Mann), der Besatzung von zwei Kommandofahrzeugen und der Besatzung von maximal acht Sonderfahrzeugen (je zwei bis drei Mann). Auf der Zentralfeuerwache sind ständig ein bis zwei Offiziere, neun Chargen und 23 Mann stationiert. Dies entspricht den Kräften für zwei Löschgruppen (HLF = Hilfeleistungslöschfahrzeug, ULF = Universallöschfahrzeug bzw. RF, mit einer Besatzung 1:5) und für diverse Sonderfahrzeuge (zwei bis drei Mann).

Die Hauptfeuerwache „Ost“ ist derzeit mit vier Chargen und 13 Mann rund um die Uhr besetzt. Hier ist ebenfalls Personal für zwei Löschgruppen und diverse Sonderfahrzeuge vorhanden. Die Nebenwachen sind als Gruppenwachen mit je einem Hilfeleistungslöschfahrzeug (1:5) besetzt.

Fahrzeuge

Für einen Tunnelleinsatz sind speziell ausgerüstete, wendige Kleinrüstfahrzeuge (KRF) erforderlich. Zu diesem Zweck wurden zwei Puch Pinzgauer angekauft und entsprechend ausgerüstet. Je eines dieser Fahrzeuge ist auf der Zentralfeuerwache (ZW) und eines auf der Hauptfeuerwache „Ost“ (HO) stationiert. Die Stationierung eines KRF auf der Nebenfeuerwache Eggenberg (WE) wäre aufgrund der günstigen Lage dieser Wache wünschenswert, ist jedoch aus personellen und organisatorischen Gründen nicht möglich.

Die Sonderausrüstung der KRF besteht aus drei Langzeitatmern, die in der Rückenlehne der Sitze integriert sind. Dadurch kann nicht nur während der Fahrt Atemschutz angelegt, sondern es kann auch mit Atemschutz in den Tunnel eingefahren werden. Weitere wesentliche Ausrüstungsbestandteile sind ein 5kVA Notstromgenerator und ein hydraulisches Rettungsgerät, eine Kombination aus Schere und Spreizer. Die pneumatisch betriebene Löschanlage verfügt über einen 100l fassenden Tank. Als Löschmittel wird eine Light-Water-Wassermischung verwendet. Ein Lichtmast mit zwei Flutern à 500 W dient als Rundumbeleuchtung.

Neben diesen speziell für den Tunnelleinsatz ausgerüsteten KRF werden auch die bei

der BF Graz verwendeten Hilfeleistungslöschfahrzeuge (HLF) und Universallöschfahrzeuge (ULF) zum Einsatz kommen. Gemäß der geltenden Ausrückeordnung kommt primär das HLF der Nebenfeuerwache Eggenberg (WE) zum Einsatz. Ist dieses HLF nicht verfügbar, wird ein HLF der Zentralfeuerwache (ZW) oder der Hauptfeuerwache „Ost“ (HO) ausrückend gemacht. Aufgrund der kurzen Anfahrtszeit wird voraussichtlich das HLF der WE als erstes am Einsatzort sein. Da in jedem HLF Atemschutzgeräte für sechs Mann in der Mannschaftskabine geplant sind, kann auch bei einem Brand mit diesem Fahrzeug in den Tunnel eingefahren werden.

Atem- und Körperschutz

In den langen Tunnelanlagen, wie im Plabutschunnel, spielt der Faktor „Zeit“ eine wichtige Rolle. Da auch mit einer Verqualmung der Tunnelanlage gerechnet werden muß, ist die Vorhaltung geeigneter Atemschutzgeräte von besonderer Wichtigkeit.

Zur Sicherheit der Mannschaft bei Rettungs- und Brandbekämpfungseinsätzen sieht die BF Graz eine Atemschutzausrüstung in zwei Ebenen vor:

– Die erste Ebene stellt die primäre Atemschutzausrüstung dar, wie sie auf allen Tanklöschfahrzeugen (HLF, ULF) mitgeführt wird und die auch für andere Brandeinsätze eingesetzt werden muß. Es sind dies herkömmliche Preßluftatmer (Verwendungsdauer bis zu 40 Minuten), die zukünftig für jeden Mann vorhanden sind. Diese Geräte werden durch Sauerstoffseltretter, auf Basis des chemischen Sauerstoffs, mit einer Verwendungsdauer von mindestens 30 Minuten ergänzt.

– In der zweiten Ebene sind sogenannte Langzeitatmer (Verwendungsdauer zwei bis vier Stunden) vorhanden. Je drei Zweistundengeräte sind auf den bereits beschriebenen Kleinrüstfahrzeugen (KRF) vorhanden, die auch Rettungsmasken für die Versorgung von Verunfallten aufgepackt haben.

Für besonders zeitintensive Einsätze sind Langzeitatmer in Form von Vierstundengeräten vorhanden, die in Zukunft auf einem eigenen Wechsellaufbau (WAB Atemschutz) bereitgestellt werden. Auf diesem Container ist außer der Nachschubausrüstung auch unter anderem Hitzeschutz- und Gasschutzbekleidung aufgepackt.

Eine außerordentlich wichtige Ausrüstung bei Tunnelleinsätzen ist der Funk als Führungsmittel. Um vor allem die Sicherheit bei Atemschutzeinsätzen zu verbessern und den Informationsfluß gewährleisten zu können, sind pro Gruppe zwei Mann (Truppführer) in Zukunft mit integrierten Funkgeräten vorgesehen.

Ein großes Problem stellen Schadstoffunfälle in Tunnelanlagen dar, bei denen Voll-

körperschutzanzüge eingesetzt werden müssen. Bei langen Anmarschwegen kann dabei aus physiologischen Aspekten keine interne Versorgung mit Preßluftatmern verwendet werden. Ebenso ist ein Einsatz von Langzeitatmern unter Gasschutz über längere Zeiträume nicht möglich.

Aufgrund einer spezifischen Forderung der BF Graz wurde im Tunnel eine Preßluftleitung installiert. Dabei soll mit Hilfe eines Kompressors ständig ein Druck von ca. 7 bar aufrechterhalten werden (der Kompressor ist bis dato noch nicht angekauft worden!).

Die Preßluft ist für die externe Versorgung von Gasschutzanzügen, für die Verwendung preßluftbetriebener Geräte und im Notfall als Atemluft vorgesehen. Dabei entspricht der Preßluftverbrauch von sechs Mann zu je 100 L/min schätzungsweise dem Druckabbau von 1 bar pro Stunde.

Die Rohrleitung ist so ausgelegt, daß bei einem Anfangsdruck von 7 bar am entferntesten Punkt noch 1 200 L/min entnommen werden können.

Alarmierung und Ausrückestärke

Die Alarmierung der Feuerwehr der Stadt Graz erfolgt durch die Tunnelmeisterei an die Brandmeldezentrale der Zentralfeuerwache (Vorerst Notruf 122, später Direkttelefon). Die Tunnelmeisterei alarmiert nach folgenden Kriterien:

- Angabe des Ereignisses,
- Angabe des Unfall- bzw. Brandausmaßes,

- Angabe des genaueren Ortes (nach Nischennummern) sowie

- Angabe der nächsten und bestmöglichen Zufahrt aufgrund spezifischer Unfallverhältnisse.

Die Ausrückestärke ergibt sich aufgrund folgender Kriterien:

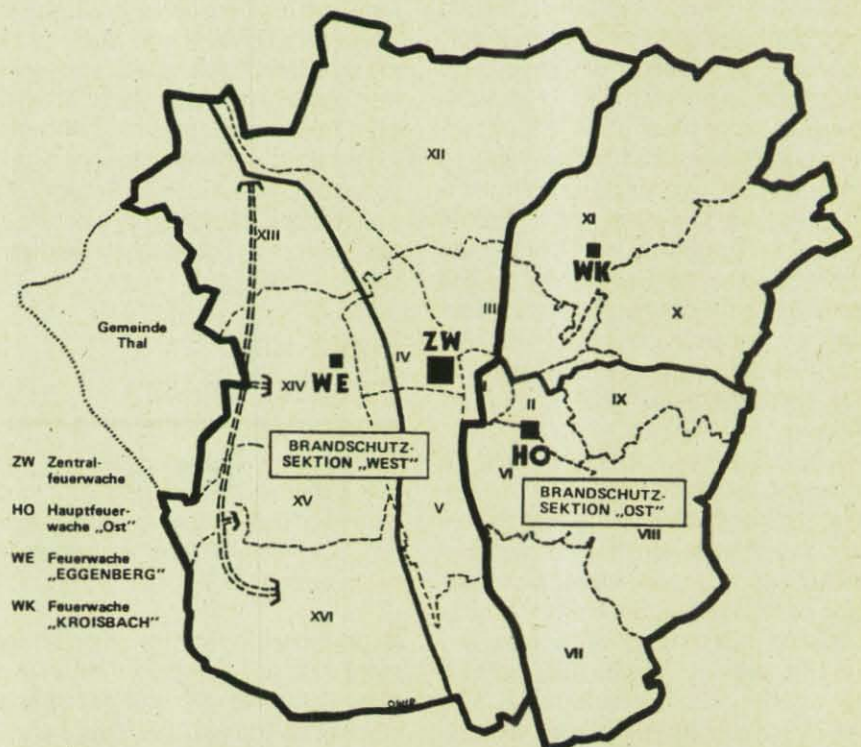
- Es werden Brände und Technische Hilfeleistungen in je drei Kategorien (Klein-, Mittel- und Großereignis) unterschieden.

- Im Bedarfsfall ist die Tunnelwarte durch Führungskräfte der Feuerwehr zu besetzen, wo auch die Katastropheneinsatzleitung aufzubauen ist. Die jeweils erforderliche Ausrückestärke kann aufgrund eines speziellen Alarmplans ermittelt werden.

Einsatzleitung und Absperrungen

Wie bei allen Feuerwehreinsätzen ist auch bei Intervention in Tunnelanlagen eine Einsatzleitstelle zu errichten. Diese Technische Einsatzleitstelle (TEL) wird vor Ort im Bereich des Portals der jeweiligen Hauptangriffslinie in der Nähe der ortsfesten Portalstelle durch das KDO 1 errichtet. Einsatzleiter ist der 1. Dienstoffizier. Eine Anmerkung dazu: Das Einfahren des Kommandofahrzeugs ist schon aus nachrichtentechnischen Gründen nicht möglich, da eine Kommunikation der im Tunnel befindlichen Einsatzfahrzeuge untereinander über längere Wegstrecken nicht realisierbar ist.

Nach der TEL ist in bestimmten Fällen auch die Tunnelwarte durch den 2. Dienstoffizier (KDO 2) und/oder den jeweiligen



Ausrückebereiche der Berufsfeuerwehr Graz und Lage des Plabutschunnels.

Einsatzdirektor (ED), der mit dem Einsatzleitfahrzeug (ELF) ausrückt, zu besetzen. Bei Groß-Einsätzen wird hier auch die politisch-administrative Katastropheneinsatzleitung (KEL) installiert. Bei umfangreichen Atemschutzeinsätzen ist mit Hilfe des WAB Atemschutz ein Atemschutzsammelplatz im Bereich der TEL zu errichten.

Um den Arbeitsraum für die notwendigen Einsatzaktivitäten zu erhalten, muß nach Bedarf großflächig und kompakt abgesperrt werden. Mit der Exekutive sind entsprechende Absprachen – auch im Hinblick auf die Räumung des Tunnels oder von Tunnelteilen – gegeben.

Einfahrt bzw. Einmarsch in den Tunnel

Wie bereits festgehalten wurde, ist aus einsatztaktischen Gründen stets ein umfassender Angriff, also von zwei Seiten, einzuleiten. Primär ist immer zu versuchen, in den Tunnel (mit einer geringen Anzahl von Fahrzeugen) einzufahren. Sind mehrere Fahrzeuge im Pulk vorgesehen, fährt das KRF an der Spitze des Zuges. Dieses Fahrzeug ist – falls erforderlich – auch als Erkundungsfahrzeug einzusetzen.

Kommandofahrzeuge fahren in der Regel nicht in den Tunnel ein, sondern errichten die Einsatzleitstelle im Bereich der jeweiligen Tunnelportale.

Bei der Einfahrt in den Tunnel muß – aus bereits dargestellten funktechnischen Gründen – auf Landesfrequenz umgeschaltet werden. Im Anschluß ist eine Funkrückmeldung zu geben. Da aber über die beiden Notstollen, welche durch Türen beidseitig verschlossen sind, eingefahren werden kann, sind folgende Regelungen zu treffen: Die Außentore können mit dem in allen Fahrzeugen unter Verschluss befindlichen Universalschlüssel, der auch die Schlüsselsafes bei Objekten mit Brandmeldeanlagen sperrt, geöffnet werden. Eine Fernbedienung über die Tunnelwarte ist in Zukunft vorgesehen. Das Öffnen und Schließen der Abschlußtore bei der Einmündung der beiden Notstollen in den Hauptstollen ist über Funk zu veranlassen und wird vom Bediensteten der Tunnelwarte über Fernsteuerung durchgeführt. Im Notfall ist auch ein Öffnen per Hand möglich.

Bei Bränden und Gefahrgutunfällen ist die Ausbreitung der Rauch- bzw. einer eventuellen Schadstoffwolke von großer Bedeutung. In den davon betroffenen Bereich dürfen nur Fahrzeuge eindringen, wenn alle Mann umluftunabhängige Atemschutzgeräte angelegt haben. Diese Voraussetzungen sind im Endausbau bei allen KRF, HLF und ULF gegeben. Beim Einmarsch zu Fuß ist vom Einsatzleiter zu entscheiden, ob Preßluftatmer (kombiniert mit Sauerstoff-Fluchtgeräten) bzw. Langzeitatmer (Zwei- oder

Vierstundengeräte) verwendet werden. Ein Einmarsch ohne umluftunabhängige Atemschutzgeräte ist bei Bränden und Gefahrgutunfällen verboten.

Nachrichtenverbindungen

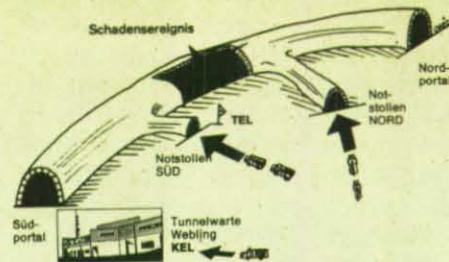
Im Plabutschtunnel können Nachrichten über Funk- und Telefonanlage übermittelt werden. Folgende Maßnahmen sind dabei durchzuführen bzw. zu berücksichtigen:

- Bei der Einfahrt eines Feuerwehrfahrzeugs in den Tunnel ist automatisch das jeweilige mobile Funkgerät auf Landesfrequenz umzuschalten. Alle außerhalb des Tunnels befindlichen Fahrzeuge verbleiben auf Bezirks-(Stadt-)Frequenz.
- Unter diesen Bedingungen können Funkgespräche von Fahrzeugen aus dem Tunnel mit der Tunnelwarte, der jeweiligen Portal-sprechstelle, wo sich die TEL befindet, der Brandmeldezentrale der Feuerwehr der Stadt Graz und mit Fahrzeugen außerhalb des Tunnels (und umgekehrt) geführt werden. (Anmerkung: Die im Tunnel abgesetzten Funkgespräche auf Landesfrequenz werden automatisch außerhalb des Tunnels auf die Bezirks-(Stadt-)Frequenz umgesetzt!)
- Im Tunnel selbst ist eine Funkverbindung von Funkanlage zu Funkanlage aufgrund baulicher Gegebenheiten auf maximal 300 Meter beschränkt.
- Im Tunnel müssen die Fahrzeugfunkanlagen und Handfunkgeräte stets auf Landesfrequenz geschaltet bleiben, um eine ständige Verbindung mit der Einsatzleitstelle aufrechtzuerhalten.
- Von den Portalsprechstellen (TEL) aus kann eine Funkverbindung zur Brandmeldezentrale, Tunnelwarte bzw. zu allen im Tunnel befindlichen Fahrzeugen erfolgen. Von hier ist auch eine telefonische Verbindung zur Tunnelwarte möglich. Anmerkung: Außerdem ist auch eine Lautsprecheranlage vorhanden, über welche im Bereich der beiden Hauptportale (Galerien) und der zehn Abstellnischen Durchsagen durchgeführt werden können.

Brand- und Unfallbekämpfung

Neben den allgemein gültigen Einsatzregeln („Menschenrettung geht vor Brandbekämpfung“) sind folgende Maßnahmen bei der Brand- und Unfallbekämpfung im Tunnel im besonderen zu beachten:

- Der Einsatz – vor allem unter schwerem Atemschutz und Gasschutz – hat im Tunnel unter Beachtung aller gültigen Unfallvorschriften zu erfolgen. Die Gruppe oder der Trupp ist dabei stets eine untrennbare Einheit.



Umfassender Angriff (schematische Darstellung) mit Technischer Einsatzleitstelle (TEL) und Katastropheneinsatzleitstelle (KEL).

- Bei allen Atemschutzeinsätzen ist jederzeit mindestens ein Atemschutzrettungstrupp einsatzbereit vorzuhalten.
- Die Gruppe (sechs Mann) kann in Zukunft erforderlichenfalls im Tunnel in zwei Trupps (je drei Mann) aufgeteilt werden. Der jeweilige Truppführer ist dann mit einem Handfunkgerät ausgerüstet, so daß eine ständige nachrichtentechnische Verbindung aufrechterhalten werden kann.
- Gasschutzanzüge können – nach Fertigstellung der Betriebsanlage – extern auch über die durch den Tunnel verlegte Preßluftleitung im Bereich jeder Feuerlöschnische versorgt werden (Lieferleistung von 1200 L/min über eine Stunde). Damit ist auch der bis dato unbefriedigend gelöste Einsatz von Gasschutzanzügen über einen längeren Zeitraum im Plabutschtunnel realisierbar!
- Bei der Brandbekämpfung kann die Wasserversorgung über 91 Wandhydranten (Feuerlöschnischen), die alle 106 Meter im Tunnel vorhanden sind, sichergestellt werden. Bei einem vorhandenen Minimaldruck von 6 bar können 1200 Liter pro Minute über eine Stunde entnommen werden.
- In den Feuerlöschnischen sind neben einem Hydranten (ein B- und zwei C-Ausgänge) fünf C-Schläuche à 20 m, ein Strahlrohr und eine B-C-Kupplung vorhanden.
- In den Notrufnischen sind zwei Handfeuerlöscher G 6 (ABC-Pulver) untergebracht.

Literatur

Gobiet, W.: Plabutschtunnel – Umfahrung von Graz. Österr. Ingenieur- und Architekten-Zeitschrift, Heft 3/1986.

Theussl, C. und Gobiet, W.: Der Plabutschtunnel – Entlastung einer Stadt. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Juni 1987.

Widetschek, O.: Möglichkeiten und Grenzen des Feuerwehreinsatzes bei der Brandbekämpfung in unterirdischen Verkehrsanlagen, Hauptreferat im Rahmen des XV. Symposiums des CTIF in Vöcklabruck; veröffentlicht in „Baulich“ 10, 11 und 12/1985.

Meisenberger, O.: Brandbekämpfung und technische Hilfeleistung im Plabutschtunnel – Erstellung eines Einsatzkonzeptes; Hausarbeit im Rahmen der Offiziersausbildung 1987.

Ölbinder sind oft nicht besser als Sand

Gründliche Beseitigung erfordert aufwendiges Verfahren – und erhöhtes Umweltbewußtsein

Ölbinder sind oft schlechter als ihr Ruf! Zu diesem Schluß kam das Staatliche Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund. Vor allem bei der Umweltverträglichkeit machen die Hersteller oft Zusagen, die ihr Produkt beim Einsatz auf der Straße dann nicht zu halten vermag. So sind die waschaktiven Substanzen der Mittel zwar (wie bei vielen modernen Waschmitteln) biologisch abbaubar – das Produkt selbst jedoch birgt ein hohes Wassergefährdungspotential. Daß dabei Öl wieder freigesetzt wird und in das Wasser oder ins Erdreich gelangt, wird in der Werbung schlicht übergangen. Solche Methoden sind noch umweltschädlicher als die „klassische Sandmethode“. Der leitende Regierungsdirektor Dr. Eckhard Rumberg, der sich beim Staatlichen Materialprüfungsamt mit den Ölbindern beschäftigte, gilt in der Bundesrepublik derzeit als der kompetenteste Fachmann auf diesem Gebiet. Er wird künftig über den Vollzug einer neuen Richtlinie wachen, die der gemeinsame Fachausschuß des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zur Zeit erarbeitet. Da von verschiedenster Seite bereits unterschiedliche Informationen über diese „Richtlinie für Verfahren zur Beseitigung von Öls Spuren auf Fahrbahnen – ausgenommen Ölbinder“ – im Umlauf sind, hielt es der Fachausschuß für sachdienlich, einen Sachstandsbericht zu veröffentlichen.

Öls Spuren: Unfall- und Umweltgefahr

Öllachen oder Öls Spuren als Folge von Unfällen oder durch Undichtigkeiten stellen eine erhebliche Gefährdung des Straßenverkehrs, je nach Menge aber auch der Umwelt dar. Beides gilt vor allem bei feuchter Witterung, die – bei an sich schon erhöhter Rutschgefahr – zum „Aufschwimmen“ von Öl aus Poren, Rissen und ähnlichen Vertiefungen führen kann. Die klassischen Methoden der Fahrbahnreinigung sind zumindest

teilweise recht unbefriedigend, sie werden trotz aller Hinweise aber auch heute noch praktiziert, sei es aus Unwissenheit oder weil sie den geringsten Aufwand erfordern.

Hierzu gehören in erster Linie das Abstreuen mit Sand oder Ölbindern, deren gleichmäßige Verteilung und „Beseitigung“ dann dem Verkehr überlassen wird. Abgesehen davon, daß insbesondere in Kurven und für Zweiradfahrer eine solche Abstreuerung so gefährlich sein kann, wie die Öls Spur selbst, wird das Öl und der verwendete Ölbinder zwar mehr oder minder langsam und mehr oder minder vollständig von der Fahrbahn entfernt, aber nur in die Nachbarschaft verteilt. Es tritt also eine zusätzliche Umweltverschmutzung auf.

Neuere Untersuchungen

Aber auch die sorgfältigste Einarbeitung von Ölbindern und die anschließende ordnungsgemäße Beseitigung stellt nach dem heutigen Stand der Kenntnisse nur ausnahmsweise wieder einen ordnungsgemäßen Fahrbahnzustand her, weil insbesondere die Aufnahme von Öl aus den kleinen Vertiefungen der Fahrbahn nur langsam – wenn überhaupt – erfolgt. Selbst wenn die Fahrbahn nach einer solchen Behandlung keinen erhöhten Glanz mehr zeigt, sie also vermeintlich „ölfrei“ ist, kann je nach Struktur schon beim ersten Regen ein gefährliches Aufschwimmen von Öl erfolgen.

Systematische Untersuchungen haben ergeben, daß die Kombination von Ölbinder Einsatz und anschließender Nachreinigung mit einer verdünnten, wäßrigen Netzmittellösung zu einem guten bis sehr guten Reinigungserfolg führen kann. Dies gilt aber keinesfalls für alle auf dem Markt befindlichen Ölbinder. Leider führt also selbst dieses – wegen des hohen Aufwandes und mangelnder Umweltfreundlichkeit stark angefeindete und offensichtlich nur selten angewandte – Verfahren nur bei entsprechender Auswahl des Ölbinders zum gewünschten Erfolg. Für in der Kombination mit der Naß-Nachreinigung gut geeignete Ölbinder wurde daher ein besonderes Prüfverfahren

und die Sonderkennzeichnung „R“ eingeführt.

Es kann vermutet werden, daß bei bestimmten Ölbindern auf eine Naßreinigung sogar verzichtet werden könnte. Leider ist es bisher – überwiegend aus finanziellen Gründen – nicht möglich gewesen, hierzu systematische Untersuchungen durchzuführen, die sich insbesondere auf ein Problem konzentrieren müßten: Gerade die Tiefenwirkung von Ölbindern, also die Ölaufnahme aus kleinen Vertiefungen der Fahrbahnoberfläche, ist mit Sicherheit erheblich vom Feinkornanteil des Mittels abhängig. Da dieser Anteil einerseits aus praktischen (Staubbildung, Verwehung), andererseits aus arbeitsmedizinischen Gründen sehr niedrig gehalten werden sollte, können Schwankungen der Zusammensetzung die Wirksamkeit verschlechtern oder aber die Belästigung und gar Gefährdung von Anwendern und Passanten erhöhen.

Neue Verfahren zur Beseitigung von Öls Spuren

Aus all diesen Gründen sind neuartige Verfahren zur Verkehrsflächenreinigung dann dringend erwünscht, wenn sie folgende Anforderungen erfüllen können:

- einfache und sichere Anwendbarkeit,
- Wirksamkeit mindestens vergleichbar der Kombination „R“-Ölbinder plus Nachreinigung,
- optimale Wiederaufnahme des Mittels oder seiner Lösung von der Fahrbahnoberfläche,
- Umweltverträglichkeit einschließlich der Beseitigung der wieder aufgenommenen Emulsion,
- arbeitsmedizinische Unbedenklichkeit.

Seit geraumer Zeit werden Verfahren angeboten, bei denen Nachweise in dieser Hinsicht bisher nur zu einzelnen dieser Forderungen in irreführender Weise oder überhaupt nicht vorliegen.

In aller Regel handelt es sich dabei um die mehr oder weniger mechanisierte Aufbringung und Verteilung einer Tensidlösung und – teilweise – um die Wiederaufnahme

der sich bildenden Emulsion. In der Reklame werden dabei hinsichtlich der Umweltverträglichkeit die gewagtesten Behauptungen aufgestellt, so etwa hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit der Tenside, die eine Wiederaufnahme überflüssig mache. Bei näherem Hinsehen ist dann zwar eine Abbaubarkeit durchaus gegeben, es handelt sich aber um Erzeugnisse mit hohem Wassergefährdungspotential. Daß auf diese Weise außerdem das Öl wieder freigesetzt und in das Wasser oder in das Erdreich gelangt, wird schlicht übergangen. Solche Methoden sind deshalb noch umweltschädlicher als die „klassische“ Sandmethode!

Richtlinie für Verfahren zur Beseitigung von Ölsuren auf Verkehrsflächen – ausgenommen Ölbinder

Der Fachausschuß „Gerätschaften und Mittel zur Abwehr von Gewässergefährdungen“ (Gemeinschaftsausschuß des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit – BMU – und der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser – LAWA –) hat sich daher mit diesem Problem beschäftigt und einen Arbeitskreis aus Vertretern der Wirtschaft, der Feuerwehr, des Gewässerschutzes und der Materialprüfung beauftragt, einen Richtlinienentwurf für die Prüfung und Beurteilung solcher Verfahren zu erstellen. Das Beratungsergebnis berücksichtigt die oben zusammengetragenen Gesichtspunkte. Die Vorlage liegt zur Zeit den Auftraggebern zur Zustimmung vor. Bis zur Veröffentlichung dieser zur Richtlinie werden auf der Basis des Entwurfs – als Stand der Technik – gutachtliche Stellungnahmen durch das Staatliche Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen erarbeitet. Es erschien daher angebracht, auf die wesentlichen, hier vorgesehenen und schon praktizierten Forderungen vorab hinzuweisen und sie gleichzeitig zu kommentieren.

Arbeitsmedizinische Unbedenklichkeit

Um Gefährdungen des Anwenders, letztlich aber auch von Passanten und Anliegern zu vermeiden, erfolgt zunächst eine Überprüfung auf arbeitsmedizinische Unbedenklichkeit ähnlich wie bei Ölbindern. Dazu werden Rezeptur und Probe vom Staatlichen Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen dem Hygiene-Institut des Ruhrgebiets zu Gelsenkirchen zur Beurteilung zugeleitet. Dabei ist das Anwendungsverfahren zu beachten. Die Begutachtung kann mit besonderen, in die Gebrauchsanweisung aufzunehmenden Auflagen verbunden werden. Aus naheliegenden und verständlichen

Gründen gibt es allerdings vor allem aus Kreisen der Feuerwehr Widerstände gegen Mittel, die besondere Schutzvorkehrungen erfordern.

Lager- und Verwendungstemperatur

Da es sich in der Regel zumindest bei der Anwendung um stark verdünnte, wässrige Lösungen handelt, ist eine Verwendung bei Temperaturen unter 0° C kaum denkbar, allenfalls in einem Grenzbereich mit vorgewärmter Lösung. Daher sind die Lagertemperatur für das Konzentrat und die untere Anwendungstemperatur wichtig und somit anzugeben.

Rutschfestigkeit

Die Prüfung auf Rutschfestigkeit nach abgeschlossener Behandlung erfolgt in einer ähnlichen Weise wie bei Ölbindern. Da es hier in erster Linie um die Beseitigung umfangreicher, vor allem langer Ölsuren geht, nicht aber um die Aufnahme kompakter Ölmengen – für die Ölbinder besser geeignet sind – wurde die Ölmenge pro Flächeneinheit bei der Prüfung stark reduziert. Sie beträgt $\frac{1}{4}$ der bei der Prüfung von Ölbindern verwendeten, nämlich 0,16 l/m². Aufgabe, Einarbeitung und Absaugung von Mittel oder Emulsion wird nach der Gebrauchsanweisung des Herstellers durchgeführt. Sofern aufgrund der schlechten Nachahmbarkeit mechanischer Verfahren im Laborversuch unbefriedigende Ergebnisse erzielt werden, kann ein – natürlich wesentlich aufwendigerer – Praxisversuch an einer Fahrbahndecke durchgeführt werden, die hinsichtlich ihres Aufbaus und ihres Oberflächenzustandes den Standardvorgaben für die Bohrkern des Laborversuchs entspricht.

Verpackung

Im Hinblick auf die gute Handhabbarkeit soll die Bruttomasse des Gebindes 25 kg nicht überschreiten. Außerdem müssen die Gebinde angemessene Festigkeitsanforderungen erfüllen, um Gefahren bei der möglicherweise rauhen Handhabung im praktischen Einsatz zu vermeiden.

Boden- und Wassergefährdung

Um zu vermeiden, daß durch die Beseitigung von Ölsuren mit den umrissenen Verfahren eine zusätzliche Umweltgefährdung eintritt, sollen die zur Verwendung kommenden Mittel in der Anwendungskonzentration den Wassergefährdungsklassen 0 oder 1 entsprechen. Soweit dies aus der Rezeptur nicht ohne weiteres zu erkennen

ist, sind alle notwendigen Beurteilungsunterlagen beizubringen. Maßgeblich sind dabei die Einstufungskonzepte der Kommission „Bewertung wassergefährdender Stoffe“ des BMU-Beirats „Lagerung und Transport wassergefährdender Stoffe“ oder hilfsweise ein von der chemischen Industrie erarbeitetes, nicht veröffentlichtes Konzept zur Selbsteinstufung.

Verfahrensangaben als Bestandteil der Beurteilung

Es wird davon ausgegangen, daß eine nicht umweltschädliche Beseitigung von Ölsuren mit Ölbindern wie mit den hier angesprochenen Verfahren nur möglich ist, wenn eine kontrollierte Aufbringung und Wiederaufnahme erfolgt. Zwischengeschaltete Arbeitsgänge – z. B. Einarbeitung mit hartem Besen – können von erheblicher Bedeutung sein. Die Gebrauchsanweisung mit allen wesentlichen Angaben zu

- Anwendungskonzentration
- Aufbringung, Einarbeitung und Wiederaufnahme
- Entsorgung
- Arbeitsschutzmaßnahmen

wird daher Bestandteil des Prüfzeugnisses und des Gutachtens.

Ausblick

Die vorstehend beschriebene Entwicklung geht in eine aus Gründen des Umweltschutzes wie der Verkehrssicherheit dringend erwünschte Richtung. Erste Versuche haben ergeben, daß in der Kombination Sprühauftrag/mechanische Einarbeitung/Absaugung/Nachspülen mit Wasser/Absaugung sehr gute Reinigungsergebnisse auch mit solchen Erzeugnissen erzielt werden können, die im Hinblick auf die Wassergefährdung die oben zitierten Anforderungen erfüllen. Entscheidend für die Umweltverträglichkeit wird allerdings die ordnungsgemäße Entsorgung der entstehenden Emulsion sein. Diese kann nach bewährten Verfahren für technische Ölemulsionen erfolgen, an das Verantwortungsbewußtsein aller Beteiligten werden hohe Ansprüche gestellt.

Literatur

B. Breuer

Einfluß von Öl und Ölbindemitteln auf das Kraftschlußverhalten zwischen Reifen und Fahrbahn
Bericht 40/82

Versuchsanstalt für Straßenwesen und Fachgebiet Fahrzeugtechnik der TH Darmstadt

Forsch.-Auftrag des BMV FA 4.092 R 81 C

Menzel

Beurteilung von Ölbindemitteln auf ihre Rutschfestigkeit im Straßenverkehr im Verhältnis zu ihrem Ölaufnahmevermögen (Abschnittsarbeit bei der BF Bremen)

Richtlinie für Ölbinder-Anforderungen-Prüfmethoden

Stand 01. Mai 1985

GMBI. 1986, S. 55

– Neufassung in Vorbereitung –

Bewertung wassergefährdender Stoffe

LTWS-Nr. 10. Sept. 1979

Herausg.: Umweltbundesamt Berlin

Notfall im Atlantik – Funkarzt in Cuxhaven

**Neu entwickeltes EKG-Sichtgerät bewährt sich bei
Langzeitgebrauch – Funkärztliche Beratung wird erheblich
verbessert**

Mitten im Nordatlantik, an Bord eines modernen Containerschiffes. Ein Besatzungsmitglied bricht plötzlich während des Wachdienstes zusammen. Bis zum nächsten Nothafen sind es noch vier Tage.

Das mit 2500 Containern beladene, 220 m lange Schiff ist auf dem Wege nach Südamerika via Panama. 20 Besatzungsmitglieder teilen sich den Wachdienst. Da sich nach der Krankenfürsorgeverordnung für deutsche Handelsschiffe erst ab 75 Mann Besatzung ein Schiffsarzt an Bord befinden muß, ist bei dem Notfall-Patienten jetzt das Wissen der medizinisch geschulten Schiffs-offiziere gefragt. Über die Küstenfunkstelle Norddeich-Radio wird versucht, eine Verbindung mit dem für die funkärztliche Beratung von Seeschiffen zuständigen Arzt am Stadtkrankenhaus Cuxhaven Kontakt aufzunehmen.

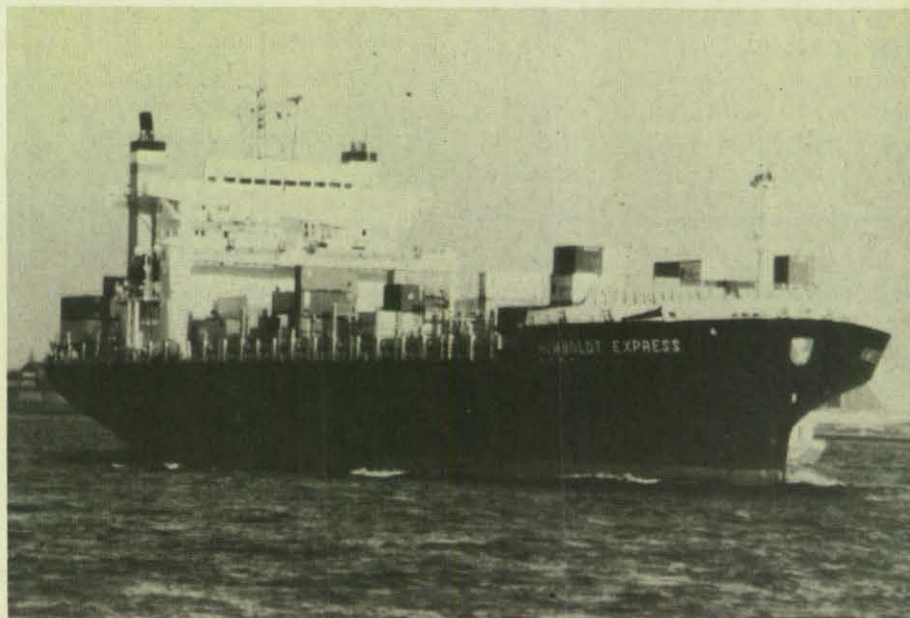
Nach langwierigen Rückfragen und Verständnisschwierigkeiten wird eine Behandlung mit Medikamenten aus der Bordapotheke begonnen. In verschiedenen Zeitabständen hält man Rücksprache mit dem Funkarzt, um einen Eindruck über die Kreislaufsituation des Patienten zu vermitteln. Dieses Verfahren ist sehr zeitaufwendig und mit vielen Risikofaktoren belastet.

Notfallsituation an Land

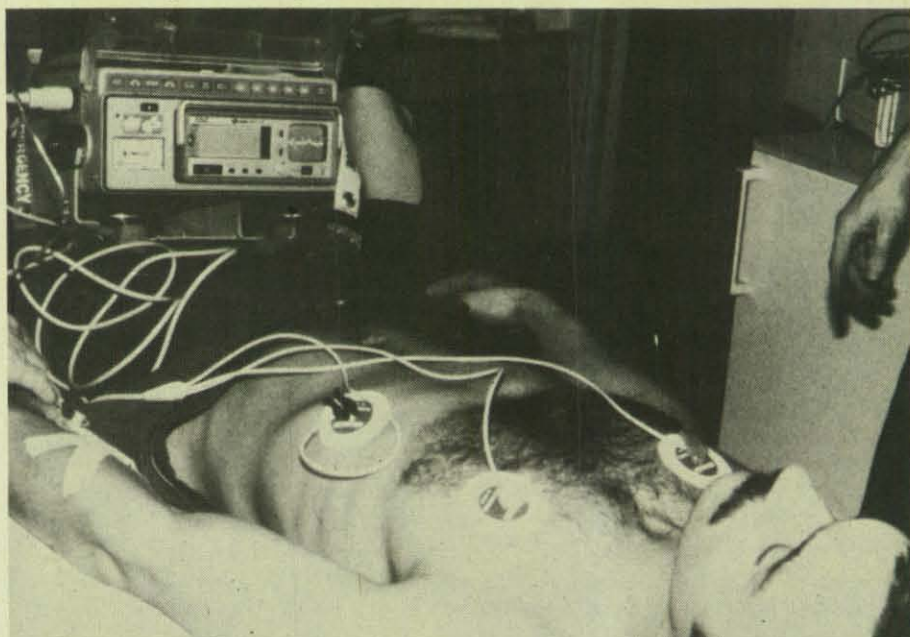
Derzeit sterben in der Bundesrepublik Deutschland jährlich 85 000 Menschen an Herz-Kreislauf-Versagen. Waren es 1960 noch 39 Prozent der Bevölkerung, die an akutem Herz-Kreislaufversagen starben, so sind es 1986 schon 51 Prozent.

Notfallsituation auf See

1980 waren zehn Prozent der funkärztlichen Beratungsgespräche akute Herz-Kreis-



Die „Humboldt Express“ (Hapag-Lloyd AG – Hamburg), 210 m lang, Containerkapazität 2200 Stück, 18 Mann Besatzung, auf dem Wege nach Südamerika.



Behandlung eines Besatzungsmitgliedes im Hospital. Mit dem Gerät im Hintergrund werden die Herzsignale aufgezeichnet und gleichzeitig über Satellit übertragen.

lauf-Notfälle. 1987 sind es schon 15 Prozent. Das Durchschnittsalter der Patienten liegt hier bei 36 Jahren. Aufgrund unsicherer Diagnosen wird vom Funkarzt meist zu einem Anlaufen eines Nothafens geraten. Dies dauert jedoch oft sehr sehr lange und hat mehr juristische Bedeutung.

Ausbildungssituation

Wie wichtig bei einem Herz-Kreislaufversagen Erste Hilfe ist, wird dadurch deutlich, daß inzwischen damit begonnen wurde, die Herz-Lungen-Wiederbelebung in die Erste-Hilfe-Ausbildung der Bevölkerung einzubinden. Schiffsoffiziere müssen vor Erhalt ihres Patienten eine mehrwöchige medizinische Ausbildung – z. B. am Hafenkrankenhaus Hamburg – absolvieren, um im Rahmen der Notkompetenz auf See zielgerecht helfen zu können.

Technischer Standard der Schiffe

Der Start des „Intelsat“-Satelliten I „Early Bird“ am 6. April 1965 mit einem TV-Kanal und 240 Telefonkanälen leitete eine neue Ära der Kommunikation ein. Heute fahren weltweit schon über 7 000 Schiffe mit Satelliten-Kommunikationsanlagen zur See. Sie nutzen hierzu das INMARSAT-Satelliten-Sy-



Dr. med. Peter Koch (Chefarzt Anästhesie) im Stadtkrankenhaus Cuxhaven bei der Entgegennahme der Signale. Auf seinem Monitor kann er die Herzsignale sofort auswerten.

stem. Die INMARSAT (International Maritime Satellite Organization) ist mit ihren drei Satelliten für den Funkverkehr zwischen mobilen Funkstellen zuständig. Die Satelliten stehen in 36 000 Kilometer Entfernung in geostationärer Position.

Ebenso verfügen all diese Schiffe auch über eine Satelliten-Navigations-Anlage. Mit der Indienstellung der „BONN EXPRESS“ (14. März 1989) der Reederei Hapag-Lloyd, dem modernsten Containerschiff der Welt,

wurden hinsichtlich Automation und Kommunikation ebenfalls neue Akzente gesetzt. Der gesamte Datenaustausch (Bestellungen, Navigation, Ladung usw.) läuft über Satellit. Bei dieser Vielfalt an Technik stellt sich die Frage, inwieweit sie auch für den medizinischen Datenaustausch genutzt werden kann. Im Rahmen eines Projektes RESCUE-EMERGENCY-SAFETY und TRAINING sollte der Einsatz eines EKG-Sichtgerätes an Bord von Seeschiffen erprobt werden.



Der Autor des Beitrags im Funkraum der „Humboldt Express“ bei ersten Übertragungen von Herzsignalen.

Bordversuch

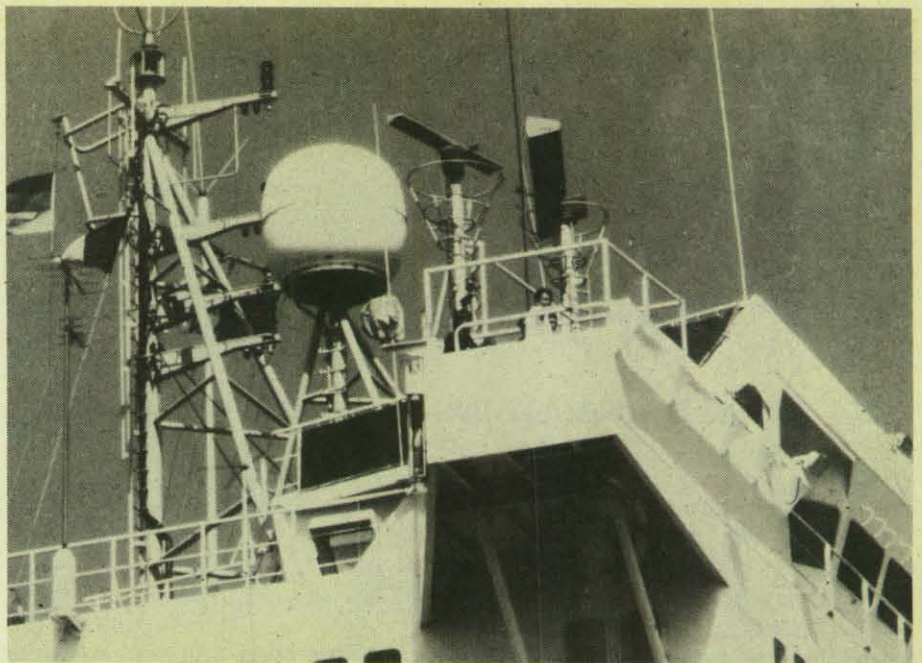
Nach langen Vorbereitungen wurde in Zusammenarbeit mit einer Fachfirma in Kauferring ein spezielles Gerät entwickelt, das den harten Anforderungen der Seefahrt gewachsen ist. In der Zeit vom 12. Juli bis 18. September 1988 wurden von Bord der „HUMBOLDT EXPRESS“ (Hapag-Lloyd) im Fahrtgebiet Europa-Südamerika über 400 EKG zu den unterschiedlichsten Tageszeiten zum Funkarzt nach Cuxhaven übermittelt.

Bei diesem erstmaligen Langzeitversuch zeigte sich, daß die sehr gute Übertragungsqualität der EKG-Kurven eine genaue Diagnose zuläßt, so daß eine erste Behandlung zielgerecht durch den Funkarzt angewiesen und, was besonders wichtig ist, auch überprüft werden kann.

Für die 74 000 km lange Strecke vom Schiff zum Satelliten und von dort zum Funkarzt benötigt das Signal 0,24 Sekunden. Die kürzeste Telemetriestrecke lag zwischen dem Englischen Kanal und Cuxhaven, die längste zwischen Valparaiso und Cuxhaven.

Beratung verbessert

Mit diesem medizinischen Datenaustausch über Satellit ist es nun möglich, den Besatzungen der Seeschiffe eine weltweite zusätzliche ärztliche Betreuung zu geben.

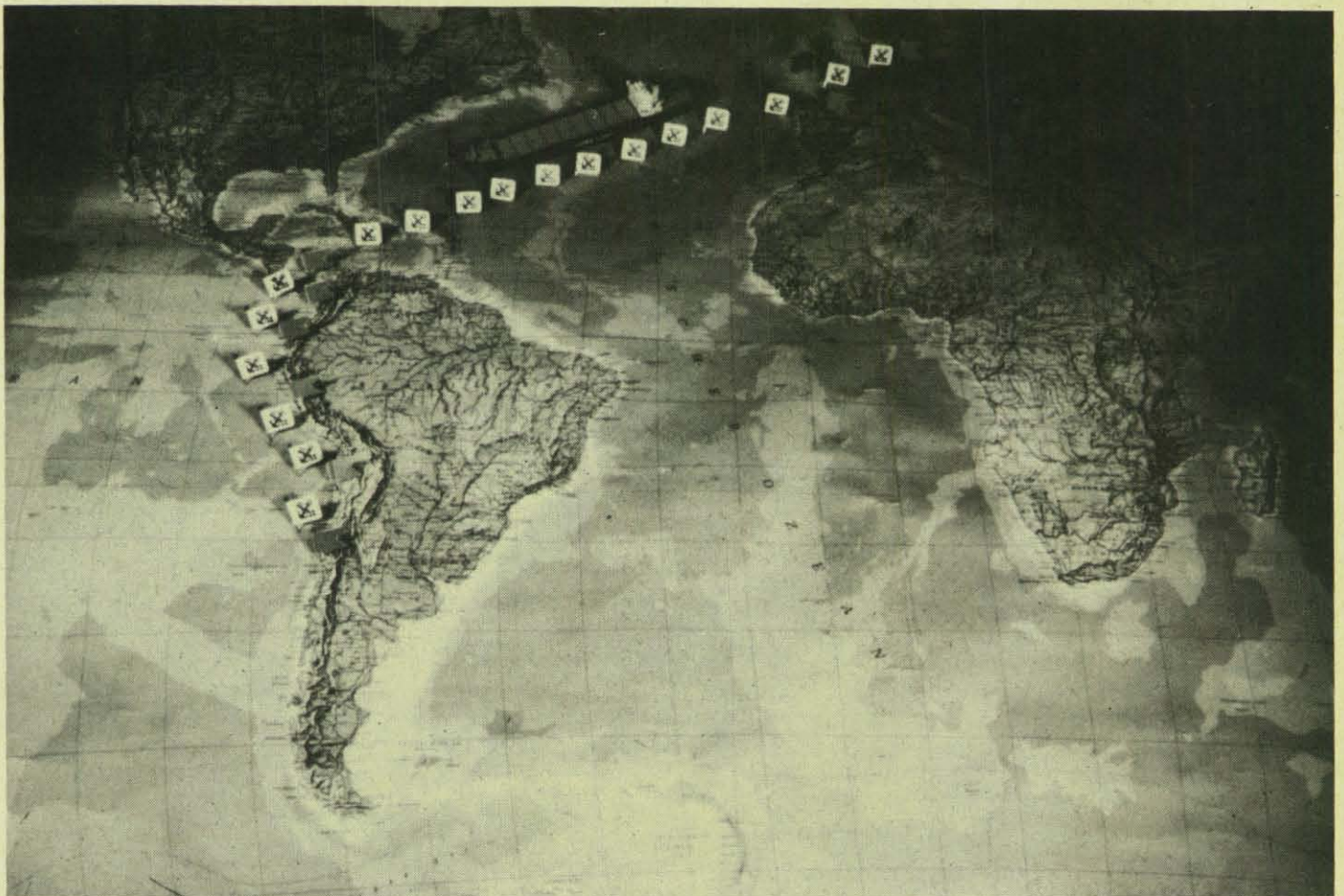


Blick zum Peildeck der „Humboldt Express“. Unter dem weißen Ballon in der Bildmitte befindet sich die kardanisch gelagerte, schüsselförmige Sende- und Empfangsantenne der Satelliten-Kommunikationsanlage.

Durch die Möglichkeit, EKGs via Satellit zu übermitteln, wird die funkärztliche Beratung der medizinisch geschulten Schiffsoffiziere bedeutend verbessert. Die Sicherheit bei den beratenden Funkärzten hinsichtlich ihrer Diagnose nimmt zu, die von den Ärzten vorgeschlagenen Behandlungsmaßnahmen können zielgerichteter erfolgen.

Wenn heute noch aufgrund unsicherer Diagnosen bei einem akuten Herz-Kreislaufnotfall meist zu einem Anlaufen eines Nothafens geraten wird, könnte dies durch eine EKG-Übermittlung und die hieraus resultierende genaue Diagnose reduziert und somit nicht zuletzt erhebliche Kosten eingespart werden.

Thomas Krieg



Das Fahrtgebiet der „Humboldt Express“.

(Fotos: Krieg)

Heinrich Rehberg

Der BVS im „rollenden Einsatz“

Mit der Fahrbaren Zivilschutzausstellung der BVS-Landesstelle Bayern unterwegs

Mit Beginn des Jahres beginnt stets auch die „Reisesaison“ für die Fahrbare Zivilschutzausstellung (FZA) der BVS-Landesstelle Bayern. Zunächst gilt es, die festen Quartiere abzuklappen, dann kommt die Messezeit und für den Sommer das hauseigene Zelt.

Das Jahr beginnt „ganz oben“: Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung in München ist der erste Einsatzort. Die weiträumige Eingangshalle bietet sich geradezu an. Gekonnt wird die Halle aufgeteilt, die einzelnen Elemente sind jedoch noch viel zu weit voneinander entfernt, der Zusammenhang muß enger werden. Also wird auch die kleine Ausstellung der Landesstelle noch beigezogen, um die Fläche zu füllen. Danach sieht es besser aus: Die Eröffnung kann stattfinden.

Staatssekretärin Barbara Stamm hält die Eröffnungsansprache, die geladenen Gäste – unter ihnen viele Vertreter von Münchner Behörden – begehen die Ausstellung, routiniert und sachkundig geführt von Landesstellenleiter Kopsieker und dem neuen Leiter der Ausstellung, Rudolf Schießl.

Kollegen von der BVS-Dienststelle München können ihren Terminkalender mit den Anfragen der Behördenleiter füllen, auch das ist ein Zweck der Eröffnungsveranstaltung. Nebenbei wird schon ein Einsatz für 1990 besprochen, da soll die Jahreseröffnung bei der Regierung von Oberbayern sein.

Die paar Tage in München vergehen wie im Flug, schon heißt es packen. Der Abbau ist schnell vollzogen, der Möbelwagen beladen und weiter geht es nach Bad Abbach. Das Kurhaus ist hier das

nächste Ziel. Vergangenes Jahr haben sich Kuranlagen als Einsatzorte bestens bewährt, auch diesmal hat man hier ständigen Publikumsverkehr.

Kurgäste haben trotz allen Stresses Zeit und Muße, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Es sind vielleicht nicht ganz so viele Besucher, wie man es sonst gewohnt ist, aber die Frager haben Zeit und lassen sich ausgiebig beraten.

Der nächste Einsatzort ist wieder ganz anders geartet: Aschaffenburg City Center; ein überdachtes Einkaufszentrum mit vielen Einzelhandelsgeschäften, mehreren Kaufhäusern und einer Unmenge Besucher. Die Eröffnung nimmt Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland persönlich vor, er wünscht der Ausstellung einen guten Erfolg und viel Publikum. Nun, daran wird es nicht fehlen. Weil alles Ungewöhnliche die Leute anlockt, so kommen auch hier viele, die vorher noch nie

etwas von Selbstschutzmaßnahmen gehört hatten.

Nach Ostern beginnen traditionell die Frühjahrmessen, in Ingolstadt ist die „miba“ die erste. Ein ganz anderer Aufbau ist notwendig, die begrenzte Standfläche muß optimal genutzt werden, Beratungsecke, Computertheke, alles findet seinen Platz; ein letzter kritischer Blick, fertig. Die Premierengäste können kommen: Bayerns Wirtschaftsminister August Lang trägt sich als erster ins Gästebuch ein, als nächster unterschreibt Ingolstadts Oberbürgermeister Peter Schnell.

Jetzt ist die FZA an ihrem optimalen Einsatzort. Hier hat man alles, was man braucht: Platz, interessierte Besucher, Kontakte. Die örtliche BVS-Dienststelle unterstützt das Stammpersonal und kann Kalender und Anfragelisten füllen. Was die Leute nicht alles wissen wollen! Von AIDS bis Zekkenbiß reichen die Fragen, die man mit Selbstschutz verbindet.

Das Personal weiß aber wie solche Anfragen in den Bereich, für den es kompetent ist, gebracht werden können. Hier auf den Messen zeigt sich wieder, was eine solide Ausbildung und ein umfassendes Grundwissen wert sind: Nur nicht passen müssen.

Glaubte man in Ingolstadt schon, besser ginge es nicht mehr, so stellt Bayreuth mit der Oberfrankenausstellung noch eine Steigerung dar. Der Bayerische Ministerpräsident Max Streibl kommt selbst zum BVS-Stand; in seiner Begleitung befinden sich der Regierungspräsident von Oberfranken, Dr. Erich Haniel, die bayerischen Minister Georg von Waldenfels und Simon Nüßel sowie Landrat Dr. Dietel. Alle tragen sich ins Gästebuch ein. Mittlerweile ist fast das ganze bayerische Kabinett darin vertreten, eine Rarität für Autogrammsammler.

In Augsburg, auf der „afa 89“, verewigt sich gar ein leibhaftiger



München: Staatssekretärin Stamm eröffnet die Ausstellung.

Weltmeister – Abfahrtsweltmeister Hans Jörg Tauscher – im Gästebuch. Augsburg schließt den Reigen der Frühjahrmessen ab. Auch hier das übliche Schema: Besucher, die Auskunft wollen – Besucher, die nur schauen möchten – Besucher, die eigentlich gar nichts wollen und dann doch lange bleiben. Hauptanziehungspunkt ist stets der Computer. Wo sonst erfährt die Hausfrau, wieviel Vorrat sie für ihre Familie braucht, wo sonst der Bauwillige, wie viel Zuschuß er für seinen geplanten Schutzraum erhält?

Die alte Ausstellungsregel bewahrt sich hier wieder: Ein Stand, an dem sich nichts rührt, an dem das Publikum nichts selbst machen kann, der ist sein Geld nicht wert, an dem wird sich nichts rühren.

Nach Pfingsten wird es wieder spannend. Zum ersten Mal wird das neue Zelt aufgebaut. Zwar nicht auf dem Marktplatz in Schongau, wie zuerst geplant, sondern auf einem Großparkplatz in Zentrumsnähe. Nach kurzer Zeit steht das Gerippe, dann wird die Zelthaut aufgebracht, der Schnürboden eingezogen, fertig. Kritisch wird die Dachhaut abgesehen, alles dicht, mit dem Einräumen kann angefangen werden. Im Vergleich zu den gewohnten Hallen wird es jetzt wieder eng. Aber man ist schließlich jetzt selbst Hausherr, hat sein eigenes Dach über dem Kopf.

Bürgermeister Braun hält die Eröffnungssprache, die örtlichen

Honoratioren sind fast vollständig vertreten. Der zuständige BVS-Fachgebietsleiter bedankt sich für den Platz – obwohl er lieber auf dem Marktplatz wäre – und die Unterstützung durch die Stadt. Trotz des nahen Einkaufszentrums erweist sich der Platz in den folgenden Tagen als nicht optimal, dazu kommt noch, daß Ferien sind und damit die üblichen Führungen der Schulklassen entfallen. In der örtlichen Presse ist später zu lesen, die Qualität der Besucher habe die Quantität übertroffen.

Eine Woche später steht das Zelt in Ottobrunn, kurz darauf in Fürth inmitten des Marktplatzes. Hautnah bekommt das Betreuungsteam das Marktleben auf einem Großstadtmarkt mit. Bunt gemischt und international das Publikum, das hier auf der Fürther Freiheit vertreten ist.

Hier bräuchte man zusätzlich noch mehrsprachiges Infomaterial. Schließlich können alle, die hier herkommen, von Unglücksfällen und Katastrophen genauso betroffen werden wie ihre deutschen Mitbürger. Die Erklärung vor Ort reicht nicht aus, um die Zusammenhänge zu verdeutlichen, geschweige denn Verhaltensmaßregeln zu geben. Die Sprachbarrieren hindern das Verstehen sehr nachhaltig.

Im Nu ist so das erste halbe Jahr vorbei, kein Einsatztag gleicht dem anderen. Jeden Tag gibt es neue Fragesteller und neue Fragen, die immer wieder beantwortet werden wollen.



Aschaffenburg: Das City Center ist ein publikumswirksamer Standort.



Ingolstadt: Bayerns Wirtschaftsminister Lang am Stand des BVS.



Bayreuth: Der Bayerische Ministerpräsident Streibl wird von BVS-Mitarbeiter Schießl (links) am Stand begrüßt.



Fürth: In unmittelbarer Nähe des großen BVS-Rundzeltes werden die Marktstände aufgebaut. (Fotos: Verfasser)

Zwischen Nord- und Ostsee

Preetz

Nach mehrfacher Beteiligung am traditionellen Schusterfest in Preetz mit Informationsständen führte die BVS-Dienststelle Neumünster hier erstmalig einen Sicherheitswettbewerb durch. In enger Zusammenarbeit mit der Stadt und den beteiligten Organisationen gestaltete die Dienststelle „Den Tag der Helfer“. Das



BVS-Dienststellenleiter Straehler-Pohl und Bürgermeister Feddersen (v. rechts) bei der Preisverleihung an die Sieger des Sicherheitswettbewerbs.

hervorragende Wetter sowie ein beachtliches Rahmenprogramm rundeten die Veranstaltung zu einem vollen Erfolg ab. Nicht nur die mit Preisen belohnten Sieger waren begeistert.

Vielfach war am Ziel zu hören: „Das hat richtig Spaß gebracht – und gelernt habe ich auch was.“ Besonders hervorgehoben werden muß die kooperative Zusammenarbeit aller am Sicherheitswettbewerb beteiligten Organisationen mit dem BVS sowie die uneingeschränkte Unterstützung der Stadt Preetz.

Kronshagen

Seinen 60. Geburtstag nahm Dr. Heinrich Sahlender, Leiter der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, zum Anlaß, gemeinsame Weggefährten, Kollegen und Freunde zu einem Empfang in das Gemeindehaus seiner Heimatgemeinde Kronshagen einzuladen.

Die Grüße des Schleswig-Holsteinischen Innenministers Bull



Ministerialdirigent Petersen (rechts) überbringt die Grüße des Innenministers für Dr. Sahlender (2. v. rechts). (Foto: Trede)

überbrachte der Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit im Innenministerium, Ministerialdirigent Klaus Petersen. In seiner Festrede würdigte er die Verdienste Dr. Sahlenders: „Sie haben dieser Stelle Bedeutung verschafft im Lande und auch bundesweit, und Ihr Geburtstag ist für mich ein willkommener Anlaß, Ihnen für mehr als ein Jahrzehnt Zusammenarbeit im Zivilschutz zu danken.“ Er führte weiter aus: „Zivilschutz ist heute sicher zu Recht kein Thema, das politisch im Vordergrund steht. Um so mehr ist der Einsatz hervorzuheben, mit dem Sie, Dr. Sahlender, immer wieder dieses manchmal – und auch manchem – unbequeme Thema aufgreifen. Wenn beim Selbstschutz im Lande noch etwas bewirkt und verbessert werden konnte, ist dies zum guten Teil auch Ihr Verdienst. Es ist aber auch das Ergebnis einer engen und reibungslosen, ich möchte sagen, hervorragenden Zusammenarbeit zwischen Ihnen und Ihren Mitarbeitern und den Beamten der Landesregierung, besonders des Innenministeriums. Die BVS-Landesstelle und die Landesregierung haben vorzüglich kooperiert zum Nutzen der Bevölkerung Schleswig-Holsteins.“

Ich möchte, daß diese Zusammenarbeit so eng und so problemlos bleibt wie bisher. Ein Bundesverband, in dem Bund, Länder und die kommunalen Spitzenverbände als Mitglieder zusammenarbeiten, ist der richtige rechtliche Rahmen. In einer Bundesanstalt, in die die Bundesregierung den BVS umwandeln möchte, können die Mitwirkungsmöglichkeiten von Ländern und Kommunen, ohne die kein Selbst-

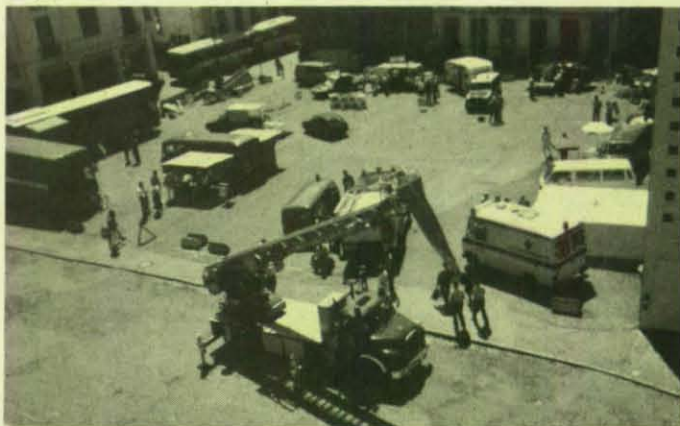
schutz zu machen ist, nicht voll zur Geltung kommen“, beendete Ministerialdirigent Petersen seine Rede.

Daß der Jubilär immer bereit sei, Arbeit für andere zu übernehmen, bescheinigte Bürgervorsteherin Anke Gravert ihrem 1. stellvertretenden Bürgermeister. Seit 16 Jahren ist Dr. Sahlender ein aktiver Bestandteil der Kronshagener Kommunalpolitik. Neben seinem kommunalpolitischen Engagement übt der Jubilar noch eine Reihe von ehrenamtlichen Tätigkeiten aus.

Zu den Gratulanten in der Runde gehörte auch der Leiter der BVS-Landesstelle Niedersachsen, Edgar Sohl, der seinem Kollegen ein vergoldetes Strahlrohr überreichte. Im Namen aller Angestellten der Landesstelle gratulierte Fachgebietsleiter Peter Schütt mit einem Zinnteller mit dem schleswig-holsteinischen Spruch „Up ewig ungedeelt“.

Lübeck

Unfallverhütung in Betrieben, im Verkehr und im Haushalt stand



Das BVS-Banner an der Drehleiter markiert weithin sichtbar den Ort des Sicherheitswettbewerbs.

Ende Mai bei den „Lübecker Sicherheitstagen“ im Vordergrund. An der Großveranstaltung, die erstmalig in der Hansestadt stattfand, war auch die BVS-Dienststelle Lübeck beteiligt. Ein Höhepunkt und Publikumsmagnet an den Sicherheitstagen war der Sicherheitswettbewerb, wo der BVS-Stand der Start für die zahlreichen Teilnehmer war. Danach waren die verschiedenen Stationen, besetzt von Feuerwehr, Rotem Kreuz, DLRG, Bundesgrenzschutz und Berufsgenossenschaft, zu absolvieren. Jeder Teilnehmer erhielt eine Urkunde und eine Erinnerungsmedaille, den Siegern winkten wertvolle Preise.

Nachrichten aus Bremen

Bremen

Viele blieben am Stand der BVS-Landesstelle Bremen auf dem Freigelände der Verbraucherausstellung „hafa“ stehen. Die Vorführungen erregten ihre



Praktische Hinweise für die Sicherheit im Haushalt am Stand des BVS. (Foto: Singer)

Aufmerksamkeit: Mit einer Zeitung lassen sich die Flammen erstickten, wenn eine Friteuse Feuer gefangen hat, erläuterten ihnen die BVS-Mitarbeiter. Ein Beispiel für die Wirkung von Selbstschutz-Maßnahmen.

Annähernd 1500 Besucher kamen bei der diesjährigen Verbraucherausstellung zum BVS-Stand auf dem Freigelände. Weitere 3500 drängten sich am Ausstellungsstand in der Halle. Das ist noch einmal eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren.

Oldenburg

Unter dem Motto „Katastrophenschutz aktuell“ lud die Stadt Oldenburg zum zweiten Mal zu einem „Tag der offenen Tür“ in ihr Katastrophenschutzzentrum ein.

Neben Ministerialdirigent Beyer als Vertreter des Bundesministeriums des Innern konnte Oberstadtdirektor Wandscher Ministerialdirigent Antonischki vom niedersächsischen Innenministerium und BZS-Präsident Dusch sowie Vertreter der Bezirksregierung Weser-Ems begrüßen. Durch ihre Anwesenheit unterstrichen sie gemeinsam mit den zahlreich erschienenen Oldenburger Vertretern des öffentlichen Lebens den Stellenwert des Zivilschutzes in der heutigen Zeit.

Bei herrlichem Wetter überzeugten sich rund 3000 Besucher von der Leistungsfähigkeit „ihres“ Katastrophenschutzes. Der lebhafteste Zuspruch erfreute natürlich vor allem die mehr als 400 beteiligten Helfer, die in Ausstellungen und Vorführungen ihr Können unter Beweis stellten.

Als zentraler Anlaufpunkt erwies sich das Rundzelt des BVS. Für die Mitarbeiter der Dienststelle Oldenburg, die per Computer Beratungen für die Lebensmittelbevorratung durchführten, gab es keine Pause. Lebhaftes Interesse weckten auch die ausgestellten Hilfsmittel zur Selbstrettung und -befreiung bzw. Brandbekämpfung, deren Anwendung teilweise auch praktisch demonstriert wurde.

Fazit: Eine gelungene Sache. Oldenburg ist mit seinem Katastrophenschutzzentrum ein Beispiel dafür, wie man das vorhan-

dene Potential effektiv nutzen kann. Dies gilt für die Einheiten des Katastrophenschutzes und des Rettungsdienstes bis zum notwendigen Engagement jedes einzelnen durch Ausbildung im Selbstschutz.

Hildesheim

Am 1. Juni 1989 fand in der BVS-Dienststelle Hildesheim die Wahl der Helfervertretung statt. Der bisherige Helfervertreter Horst Plenz wurde mit eindrucksvoller Mehrheit wiedergewählt. Zum 1. Stellvertreter wurde Kurt Wolters und zum 2. Stellvertreter Otto Göhmann gewählt. Facharbeiterin Heiland-Kruse übermittelte in Vertretung des Dienststellenleiters der scheidenden Helfervertretung den Dank der Dienststelle und wünschte der neu gewählten Helfervertretung alles Gute für die bevorstehende Amtszeit.

Voldagsen

Ein Erfolgserlebnis besonderer Art gab es für den Lehrer und die Teilnehmer bei einem Fortbildungslehrgang für BVS-Fachlehrer an der BVS-Schule Voldagsen – einem ehemaligen Münchhausenschloß. Bei der Wasserentnahme aus offenem Gewässer mit einer TS 8/8 senkte sich trotz des ständigen Zuflusses aus einem Bach allmählich der Wasserspiegel.

Am Ende der Übung war der Tümpel fast trockengelegt. Dabei wurde auf dem Grund ein behäuerer Stein gefunden, bei dem



Mit Stolz präsentiert: Der gefundene Wappenstein als Ergänzung zu dem bereits vorhandenen und rekonstruierten Exemplar.

ein Stück fehlte. Nach der Bergung und Reinigung wurde sichtbar, daß es sich um einen Wappenstein aus dem 17. Jahrhundert handelt. Er zeigt einen Mönch mit Krummstab und Rosenkranz – das Wappen der Münchhausen (Mönch von Husen).

Im Schloßpark wurde 1970 das Bruchstück eines Wappensteins mit dem Namen Johann von Münchhausen nach einer Wappenvorlage der Familie von Münchhausen aus dem Jahre 1602 ergänzt.

Die Bruchstellen dieses Teilstücks und des jetzt gefundenen Oberteils passen genau zusammen, so daß nun das gut erhaltene Original den Platz einnehmen kann.

Schutz von Kulturgut als Nebenergebnis einer Brandschutzübung – eine nicht alltägliche Begebenheit.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Bonn

Zum ersten Male konnte die BVS-Dienststelle Bonn sich mit einem Sicherheitswettbewerb an einem Pfarrfest beteiligen. Veranstalter war die katholische Kirchengemeinde Sankt Peter in Bonn-Lengsdorf.

Das Pfarrfest fand in einem nahegelegenen Sportzentrum statt. So war es möglich, daß zusätzliche Aktionen im Freien und auf einer Bühne erfolgen konnten. Freiwillige Feuerwehr und Turnverein beteiligten sich mit eigenen Darbietungen daran.

Der BVS-Sicherheitswettbewerb, ergänzt um einen Informationsstand und Filmwagen, fand bei den Besuchern großes Interesse. Daß diese Aktion, für die die Bundestagsabgeordnete Edith Limbach die Schirmherrschaft übernommen hatte, insgesamt ein voller Erfolg wurde, lag neben dem guten Wetter sicherlich auch an der gründlichen Vorbereitung durch die Beteiligten.

Recklinghausen

Glückwünsche und Anerkennung für Amtsrat Wilfrid Marx, der am 1. April dieses Jahres auf 25jährige Tätigkeit im öffentlichen Dienst zurückblicken konnte.



Glückwünsche von BVS-Landesstellenleiter Eykmann für Wilfrid Marx (rechts).

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann gratulierte dem Jubilar, der als Sachgebietsleiter Verwaltung und Beauftragter für den Haushalt bei der Landesstelle tätig ist.

Wilfrid Marx begann seine berufliche Laufbahn 1964 als Verwaltungspraktikant und Inspektor-Anwärter. Der Bundeswehrzeit und Ausbildung bei der Kreisverwaltung des Rhein-Wupper-Kreises Opladen folgten Tätigkeiten in verschiedenen Behörden. So als Sachbearbeiter bei der unteren Wasserbehörde des Rhein-Wupper-Kreises und als Sachbearbeiter für allgemeine Bauverwaltungsangelegenheiten bei der Stadt Monheim und – danach – bei der Stadt Leverkusen. Weitere Stationen in der Verwaltungslaufbahn: Von 1975 bis 1976 Leiter des Haupt- und Personalamtes bei der Gemeindeverwaltung Uchte in Niedersachsen und schließlich – von 1976 bis 1982 – als

Sachbearbeiter für Organisationsangelegenheiten im Hauptamt der Stadt Monheim.

1982 kam Wilfrid Marx als Sachbearbeiter ins Organisationsreferat der BVS-Bundeshauptstelle in Köln, bevor er am 1. Oktober 1983 seine jetzige Aufgabe in der Landesstelle übernahm.

Dortmund

BVS-Ausstellung und Computereinsatz zum Thema „Lebensmittelbevorratung für jeden Fall“ in fünf Dortmunder Kaufhäusern waren ein voller Erfolg, zumal sich die Dienststelle Dortmund über mangelnden Besuch nicht beklagen konnte.

Viele Besucher waren erstaunt, welchen Umfang die empfohlenen Lebensmittel und Getränke im Hinblick auf Notsituationen für etwa zwei Wochen aufweisen. BVS-Mitarbeiter konnten bei dieser Gelegenheit feststellen, daß eine Reihe Dortmunder erfreulicherweise von sich aus einen gewissen Lebensmittelvorrat – zum Teil sogar für einige Wochen – angelegt haben.

Mit der Bevorratung befaßte sich auch der Westdeutsche Rundfunk in den Hörfunksendungen „Echo West“, „Radio Dortmund“ sowie in der „Frühschicht“. In einem Gespräch mit Rundfunkredakteurin Marion Sondern erläuterte BVS-Dienststellenleiter Erhard Stammberger Sinn und Zweck von Bevorratungen.



Während des Einkaufs: Der Bundesverband für den Selbstschutz informierte in fünf Dortmunder Kaufhäusern über eine zweckmäßige Lebensmittelbevorratung. (Foto: Bock)

Arnsberg

„Selbstschutz – Sicherheit auch für den Urlaub“ lautete das Motto einer Gemeinschaftsveranstaltung des Camping-Club Arnsberg (CCA) und der BVS-Dienststelle, bei der insbesondere die Zielgruppe Gespannwagenfahrer und Urlaubsreisende mit der Thematik des Selbstschutzes konfrontiert werden sollten.

Der CCA überprüfte an verschiedenen Punkten das Können



An einer Original-Notrufsäule gilt es, einen Notruf abzusetzen.

(Foto: Klühn)

im Umgang mit dem Campinganhänger. Unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ wurde entlang des Geschicklichkeitsparcours ein Sicherheitswettbewerb des BVS durchgeführt.

Das Angebot an die zahlreichen Teilnehmer reichte dabei vom Ablöschen in Brand geratener Klei-

dung und dem Bergen eines Verletzten aus einem Pkw bis hin zum Absetzen des Notrufes. Um den Zuschauern die Bedienung einer Notrufsäule nahezubringen, hatte die Polizei eine Original-Notrufsäule bereitgestellt, an der geübt werden durfte.

Besonderer Andrang herrschte an den Aktionsständen. Von den 55 Teilnehmern wurden die Bestplacierten mit einem attraktiven Sachpreis belohnt.

Bei der Siegerehrung zeigten sich CCA-Vorsitzender Heinze als Schirmherr und BVS-Dienststellenleiter Lind von der positiven Bilanz sichtlich beeindruckt. Lind nutzte die Gelegenheit und überreichte während der Feierstunde dem Vorsitzenden Heinze die Ehrenmedaille des BVS für die langjährige, intensive und vorbildliche Zusammenarbeit.

Hessenspiegel

Wächtersbach

Am 29. 4. 1989 wurde auf dem Messegelände die 41. Wächtersbacher Messe eröffnet. Neben zahlreichen Ausstellern aus Industrie, Wirtschaft und öffentlichen Institutionen war auch der BVS in diesem Jahr wieder durch eine Ausstellung vertreten. Der Leiter der BVS-Dienststelle Friedberg, Aloys Wagner, konnte den Hessischen Innenminister Gottfried Milde, MdB Bernd Reuter, MdL Walter Korn, den Landrat des

Main-Kinzig-Kreises, Karl Eyerkauf, sowie den Stadtverordnetenvorsteher Siegfried Schürer und Bürgermeister Heinrich Heldmann begrüßen.

Anhand des Ausstellungsmaterials, vor allem der Bildtafeln, wurde dem Bürger auf anschauliche Weise die Bedeutung des Selbstschutzes, gerade in der heutigen Zeit, aufgezeigt. Insbesondere das Frage- und Antwortspiel fand reges Interesse, sowohl bei den Ehrengästen als auch bei den vielen Messebesuchern. Hier konnte jeder testen, inwieweit er bei einem Unfall die Lage richtig beurteilt und die richtige Entscheidung für den Betroffenen treffen kann.

Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

Mainz/Trier

Zum ersten Mal präsentierte der BVS in Rheinland-Pfalz die Ausstellung „Der Schutzraum“. Sowohl bei der Rheinland-Pfalz-Ausstellung in Mainz als auch bei der Trierer Moselland-Schau nahmen viele interessierte Besucher die Möglichkeit wahr, sich umfassend über den Bau eines Schutzraumes zu informieren.

Auch Ministerpräsident Dr. Carl-Ludwig Wagner und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle ließen sich nicht die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch am BVS-Stand nehmen. Beide be-



Hoher Besuch am Messestand des BVS (v. links): Stadtverordnetenvorsteher Schürer, Bürgermeister Heldmann, Innenminister Milde, BVS-Dienststellenleiter Wagner, Landrat Eyerkauf und MdL Korn. (Foto: Roth)



Wirtschaftsminister Brüderle und der Mainzer Oberbürgermeister Weyel werden von BVS-Mitarbeiter Deginder begrüßt (von links).

(Foto: Preis)

tonten ausdrücklich die Notwendigkeit der verstärkten Förderung von Schutzräumen.

Im Rahmen der beiden Ausstellungen wurden auch Informationsveranstaltungen für Architekten und Bauingenieure durchge-

Nachruf

Mit Bestürzung wurde in der BVS-Dienststelle Mainz und in der Landesstelle Rheinland-Pfalz das plötzliche Ableben des ehrenamtlichen Helfers

Hans Louis

zur Kenntnis genommen.

Hans Louis war schon seit 1959 im damaligen BLSV als Abschnittsleiter im Saarland tätig und Träger der goldenen Ehrennadel. Nach seinem Umzug nach Rheinland-Pfalz im Jahre 1972 stellte er sein Wissen und Können der BVS-Dienststelle Mainz zur Verfügung.

Als ehrenamtlicher Mitarbeiter und Helfervertreter war er eine wertvolle Stütze für die Belange der Dienststelle und deren Aufgaben. Trotz seiner schweren Behinderung war sein Einsatz und Engagement zu jeder Zeit vorbildlich.

Durch sein Ableben hinterläßt Hans Louis bei allen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeitern eine Lücke, welche schwer zu schließen sein dürfte.

Wir werden ihm ein treues Andenken bewahren.

führt. Die Fachleute konnten sich im Anschluß daran bei einem Rundgang durch die Ausstellungen davon überzeugen, daß der Stand ein ausgezeichnetes Mittel ist, auf die Notwendigkeit des Schutzraumbaus aufmerksam zu machen.

Darüber hinaus bot die Leitung der Moselland-Ausstellung in Trier dem BVS die Möglichkeit, auch auf dem Freigelände Teile aus BVS-Lehrgängen vorzuführen. Sehr viele Besucher umringten dabei jedes Mal die praktischen Demonstrationen und ließen sich gern über Selbstschutz informieren.

Südwest aktuell

Bietigheim-Bissingen

Zum achten Mal nahm der BVS Baden-Württemberg an einer Landesgartenschau teil, die diesmal in Bietigheim-Bissingen stattfand. Die BVS-Landesstelle präsentierte zusammen mit dem Ministerium für Ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (MLR) von Baden-Württemberg die Ausstellung „Zivilschutz – für den Bürger – mit dem Bürger“. Das Ministerium war mit zwei Sonderschauen vertreten: „Aus der Heimat schmeckt's am besten“ und „Sichere Versorgung – Heute und Morgen“.

Staatssekretär Ventur Schöttle vom MLR eröffnete auch im Na-



Am Stand des BVS (v. links): Landesstellenleiter Raach, die Leiterin des „Treffpunktes Baden-Württemberg“ auf der Landesgartenschau, Gabriele Schrennen, und Staatssekretär Schöttle.

men der BVS-Landesstelle die Sonderschauen vor zahlreichen Gästen. In seinen Einführungsworten zu den zwei Sonderschauen des Ministeriums ging er mit Nachdruck auf den Gedanken der vorsorglichen Vorratshaltung ein. Er rief alle Bürger auf, eine ausreichende Bevorratung an Lebensmitteln zu betreiben.

Der Staatssekretär unterstrich, daß die Ausstellung des BVS in gedanklichem und sachlichen Zusammenhang mit den beiden Sonderschauen des MRL stehe. Schöttle betonte die Notwendigkeit, bei Unglücksfällen Hilfe leisten zu können. Dabei wies er auf den BVS-Informationsstand sowie die Geräte und Einrichtungen zum Schutz für Haus und Hof hin, an denen Mitarbeiter des BVS Auskunft und Ratschläge erteilten.

Stuttgart

Für die ausgesprochen harmonische, faire und erfolgreiche Zusammenarbeit während der zurückliegenden Jahre und die diesjährige Präsentation des BVS im „Treffpunkt Baden-Württemberg“ erhielt dessen Leiterin Gabriele Schrennen die BVS-Medaille.



Als Dank für die gute Zusammenarbeit erhält Gabriele Schrennen aus der Hand von Landesstellenleiter Raach die BVS-Medaille.

Wolfgang Raach, Leiter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg, der die Auszeichnung im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 18.5. 1989 im Treffpunkt vornahm, würdigte insbesondere das persönliche Engagement sowie die Gelassenheit und Souveränität, mit der Gabriele Schrennen ihre Aufgaben seit nunmehr zehn Jahren erfüllt. Der BVS ist seit 1981 be-

reits zum achten Mal mit ständig wachsendem Erfolg Gast im Treffpunkt. Dabei besuchten über 40 000 Bürger die BVS-Ausstellungen sowie die zahlreichen Informationsveranstaltungen.

Heidenheim

Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Lothar Späth, der Landrat des Landkreises Heidenheim, Dr. Roland Würz, und der OB der Stadt Heidenheim, Martin Hornung, hatten zur „Kontakt 89“ nach Heidenheim eingeladen, die sich als mittelständische Wirtschaftsausstellung im Land einen guten Ruf erworben hat.

Auch die BVS-Landesstelle Baden-Württemberg war dort mit der Fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung vertreten. Insbesondere die Vorführungen auf dem Freigelände, die mehrmals täglich stattfanden, lockten zahlreiche Zuschauer an und führten zu Kontakten und Gesprächen.

Aichhalden

Im Anschluß an einen Sicherheitstag, den die BVS-Dienststelle Rottweil in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Aichhalden, dem Deutschen Roten Kreuz und der Freiwilligen Feuerwehr im Mai dieses Jahres an der Hauptschule in Aichhalden veranstaltete, wurden die Schüler zu einem Aufsatzwettbewerb aufgefordert. Die Schüler und Schülerinnen der Klassen 7 bis 9 hatten sich selbst an verschiedenen Situationen versuchen dürfen, während die Angehörigen der Klassen 5 bis 6 nach dem „Vormachen – Nachmachen – Prinzip“ an den Stationen und Geräten beschäftigt wurden.

Der vom Rottweiler BVS-Dienststellenleiter Karl-Heinz Meister angeregte Aufsatzwettbewerb erfreute sich einer überraschend regen Teilnahme. Eine Jury des BVS sprach den 1. Preis dem Aufsatz von Simone Grischkat, Schülerin der Grund- und Hauptschule Aichhalden zu. Simone Grischkat erhielt ein Kofferradio, das von privater Seite gestiftet wurde.

Der Selbstschutzbeauftragte der Gemeinde, Fritz Dieter Haller, bemüht sich nach eigenen



BVS-Dienststellenleiter Meister bei der Vergabe der Urkunden.

Worten, der Bevölkerung Schritt für Schritt den Gedanken der Selbsthilfe näherzubringen, wobei ihm die Kinder als Multiplikatoren helfen sollen; sie könnten sogar den Erwachsenen noch etwas beibringen.

Bayern heute

Landshut

Die BVS-Dienststelle Landshut führte im Lehrsaal des THW für Behördenleiter und Behördenselbstschutzleiter ein Informationsseminar „Zivilschutz“ durch.

Zu Beginn konnte Dienststellenleiter Georg Seemann eine große Anzahl von Teilnehmern begrüßen. Sein besonderer Gruß galt Regierungsvizepräsident Dr. Heinz Huther sowie Ltd. Regierungsdirektor Zenzinger von der Regierung von Niederbayern.

Einleitend vermittelte Seemann anhand von Folien den Teilnehmern den Aufbau der Zivilverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland. Im Bereich des Zivilschutzes lagen die Schwerpunkte der Erörterung beim Warndienst, Schutzraumbau, Katastrophenschutz, Schutz von Kulturgut, Gesundheitswesen und bei der Aufenthaltsregelung. Dann leitete Seemann in seinem Referat auf den Sinn und die Bedeutung des Selbstschutzes über.

Regierungsvizepräsident Dr. Huther, durch seine langjährigen Erfahrungen u. a. in der Abteilung „Zivilverteidigung und Katastrophenschutz“ im Bayerischen Staatsministerium des Innern ein Experte auf diesem Gebiet, hielt

anschließend unter Assistenz von Ltd. Regierungsdirektor Zenzinger ein vielbeachtetes Referat über den „Zivilschutz in Niederbayern“.

Er vermittelte zunächst einen Überblick über den aktuellen Stand des Zivilschutzes in Bayern. Speziell widmete er sich dem Katastrophenschutz; er beleuchtete die einzelnen Hilfsorganisationen, ihre Zahlen wie die erbrachten Leistungen. Er verwies auf das vielfältige Angebot des „Lernens“. Die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen bilden ihr Personal nach den jeweils für sie geltenden Bestimmungen aus. Grundlage der Ausbildung ist die Schulung am Standort. Für die Feuerwehren gibt es zusätzlich die beiden Staatlichen Feuerweherschulen in Regensburg und Würzburg.

Zur Ergänzung der 42 ABC-Züge des erweiterten Katastrophenschutzes für den Einsatz bei Störfällen im Bereich kerntechnischer Anlagen und Unfällen und giftigen Stoffen wurden 14 ABC-Züge auf Kosten des Landes mit einer zusätzlichen Schutz- und Meßausrüstung ausgestattet.

Beim Punkt Schutz von Kulturgut wies Dr. Huther darauf hin, daß Bayern das einzige Bundesland ist, das Kulturgut gemäß der Haager Konvention kennzeichnet. Das Kulturgutzeichen ist inzwischen an 1600 Objekten sowie 145 Museen und Sammlungen angebracht. Vorbereitet wird eine Kennzeichnungsaktion für Bibliotheken, Archive und Bodendenkmäler.

Anhand von Folien zeigte Dr. Huther die allgemeine Entwicklung im öffentlichen Schutzraum-

bau von 1983 bis 1988 sowie die Hilfskrankenhäuser in Bayern auf.

Bezogen auf Niederbayern wurde der Aufbaustand des Selbstschutzes in den Gemeinden als erfreulich bezeichnet. In fast allen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften sind die Selbstschutzbearbeiter bestellt und zu 70 % bereits ausgebildet. Auch die Bestellung und Ausbildung der Selbstschutzberater zeigt steigende Tendenz.

Zum Schluß seines Referates bat Dr. Huther die Behördenleiter, den Selbstschutz ernst zu nehmen und sich persönlich für Aufbau und Ausbildung zu engagieren.

Mittlerweile hatten im Hof des THW die Staffeln und Gruppe des Behördenselbstschutzes des Postamtes Landshut unter ihrem Leiter Helmut Säwe Aufstellung genommen. Die Ausrüstungsgegenstände und Gerätschaften der einzelnen Staffeln und der Bergungsgruppe wurden präsentiert, die Mitglieder gaben Auskunft auf viele Fragen. Abschließend führte die Brandschutzstaffel einen Löschangriff vor, der eindrucksvoll die Leistungsfähigkeit unter Beweis stellte.

München

Mit Wirkung vom 1. April 1989 ernannte der Bayerische Staatsminister des Innern, Dr. Edmund Stoiber, den bisherigen Leiter des Sachgebietes I D 3 „Rettungsdienst, Wehrdienst“, Dr. Heinrich Klingshirn, als Nachfolger von Dr. Erich Haniel zum neuen Leiter der Abteilung I D und beförderte ihn zum Leitenden Ministerialrat.

Dr. Klingshirn wurde 1937 in München geboren. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften, der Promotion und der Referendarzeit trat er 1967 in den höheren Verwaltungsdienst ein und erwarb sich seine ersten Sporen am Landratsamt Dachau, bei der Regierung von Oberbayern, im Bayerischen Staatsministerium des Innern, in der Bayerischen Staatskanzlei sowie als Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. 1977 wurde Dr. Klingshirn dann zum Leiter des Sachgebietes ID3 im Bayerischen Staatsministerium des Innern ernannt.

Anlässlich einer Besprechung der BVS-Dienststellenleiter Bayerns im Juni 1989 nutzte Dr. Klingshirn die Gelegenheit, die



Ltd. Ministerialrat Dr. Klingshirn spricht zu den BVS-Mitarbeitern.

Verbindung mit dem BVS in Bayern zu intensivieren. Er sprach allen Mitarbeitern seinen Dank für die geleistete Arbeit und ihr Engagement aus, erläuterte die Stellung Bayerns zu Fragen des Bevölkerungsschutzes und zum



Dank für gute Zusammenarbeit: Landesstellenleiter Kopsieker überreicht die BVS-Medaille an Ministerialrat Grube (links).

Stand des Katastrophenschutzergänzungsgesetzes.

Nach seinen Ausführungen stellte er sich den Fragen der anwesenden Mitarbeiter und wick auch heiklen Themenkomplexen nicht aus.

BVS-Landesstellenleiter Kopsieker bedankte sich bei Dr. Klingshirn und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der BVS auch in Zukunft im bayerischen Innenministerium bestens vertreten sei.

Dem mitanwesenden Ministerialrat Hermann Grube überreichte er im Anschluß daran die BVS-Medaille für gute Zusammenarbeit.

Aschaffenburg

Die BVS-Dienststelle Aschaffenburg hat einen neuen Leiter: Rigobert Hagel. In einer kleinen Feierstunde zur Amtseinführung gab Fachgebietsleiter Hans Hartmaier von der Landesstelle Bayern einen kurzen Abriß seines Lebenslaufes.

Bereits seit 1963 ist Hagel ehrenamtlich als Fachlehrer für den BLSV/BVS tätig und somit erfahren in Fragen des Selbstschutzes. Seine hauptamtliche Tätigkeit im Malteser-Hilfsdienst hat ihm ein reiches Maß an Erfahrungen im Katastrophenschutz vermittelt, so daß er nun gut vorbereitet an seine neue Tätigkeit herangehen kann.

Oberregierungsrat Paul Dorn vom Landratsamt Aschaffenburg gratulierte dem neuen Dienststellenleiter und äußerte die Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit mit der Dienststelle Aschaffenburg.



Amtseinführung in Aschaffenburg (v. links): Oberregierungsrat Dorn, Dienststellenleiter Hagel und Fachgebietsleiter Hartmaier.



Landesstellenleiter Kopsieker verabschiedet Dienststellenleiter Blazejewski (links).

Regensburg

Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft wurde der Leiter der BVS-Dienststelle Regensburg, Peter Blazejewski, verabschiedet. Die Anwesenheitsliste war erweitert durch viele Vertreter der Behörden, mit denen er in seiner langen Tätigkeit als Dienststellenleiter zusammengearbeitet hatte.

Blazejewski begann seine Laufbahn 1967 in Landshut und wurde unmittelbar nach seiner Ausbildung zum Leiter der BLSV-Kreisstelle Deggendorf berufen. Nach drei Jahren wurde er nach Regensburg versetzt und war seit dieser Zeit bis zu seinem Ausscheiden 19 Jahre Dienststellenleiter.

Wie er in seiner Dankesrede betonte, konnte er nicht nur Erfahrungen im Selbstschutz sammeln, sondern auch im Umzugs-

wesen, denn nicht weniger als viermal durfte er innerhalb Regensburg umziehen, bis die Dienststelle ihre jetzige Bleibe gefunden hatte.

Bei einer Dienststellenleiter-Besprechung in Geretsried wurde Peter Blazejewski später auch aus dem Kreis der Kollegen verabschiedet. BVS-Landesstellenleiter Kopsieker würdigte in einer Ansprache seine Tätigkeit und wünschte ihm im Namen aller Kollegen alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.

Nabburg

Unfallverhütung und Sicherheitserziehung zählen mit zu den



Interessiert verfolgen die Schülerinnen und Schüler die Vorführungen des BVS. (Foto: Beer)

wichtigsten pädagogischen Aufgaben der Schule, erläuterte Realschuldirektor Wolfram Eckstein, als er im Kreise von Gästen und Schülern den „Sicherheitstag 1989“ eröffnete.

Zahlreiche Organisationen und Rettungsdienste hatten sich zur Teilnahme bereit erklärt und boten den Schülern an verschiedenen Stellen viele praktische Beispiele. Auch in Wort und Bild wurde über Sicherheitsmaßnahmen informiert.

Praxisnah erlebten die Schülerinnen und Schüler den ganzen Vormittag über an verschiedenen Stellen Vorführungen und Vorträge und wurden auch aufgefordert, selbst aktiv zu werden. Auf dem Freigelände vor der Realschule war neben Feuerwehr, Technischem Hilfswerk und Rotem Kreuz auch der BVS vertreten. Die BVS-Mitarbeiter demonstrieren das Erstickten von Flammen an brennender Kleidung, wobei sich auch die Schülerinnen und Schüler in der Praxis bewähren konnten.

Bei der Abschlußbesprechung waren sich alle Beteiligten dahingehend einig, daß der Sicherheitstag an der Realschule ein voller Erfolg war und sicherlich wiederholt werden wird.

Hamburg



Veddeler Portal beim Bundeswettkampf

Hamburg. Eine besondere Attraktion beim 10. Bundeswettkampf 1989 in Mannheim stellte der Aufbau von zwei T-Portalen der Hamburgischen Electricitätswerke durch den Instandsetzungszug des Bezirksverbandes Hamburg-Bergedorf dar. Die Versorgungsunternehmen verwenden diese Masten zum Instandsetzen.

Die gewaltigen Ausmaße, 16 m Höhe und 8 m Breite, erfordern von der Aufbaumannschaft Präzisionsarbeit. Nach fünf Stunden harter Arbeit standen beide T-Portale, gerade in dem Augenblick als Bundesinnenminister Dr. Schäuble das Aktionsprogramm besuchte.

Zugführer Andreas Kirsch informierte den Innenminister über Aufgaben und Zweck der Strommasten. Der Innenminister dankte den Helfern für die geleistete Arbeit. Viele Zuschauer informierten sich anschließend über technische Einzelheiten.

Für den Instandsetzungszug aus Hamburg-Bergedorf war diese Montage eine wertvolle Bereicherung des Ausbildungsprogramms.

A. K.

Bremen



Zwei Boote jetzt unter der Flagge des THW

Bremen. Mit einer feierlichen „Bootstaufe“ wurden jetzt



Jetzt unter der Flagge des THW: eines der neuen Boote. (Foto: Lohmann)

zwei Boote für die THW-Helfervereinigung Bremen-Neustadt e.V. in Dienst gestellt. Genauer gesagt handelte es sich um eine „Umbenennung und Indienstnahme“, denn die beiden Boote sind der THW-Helfervereinigung von der Wasserschutzpolizei und dem Senator für Inneres der Hansestadt Bremen überlassen worden.

So war es dann auch kein Wunder, daß Horst Werner, Vorsitzender der THW-Helfervereinigung Bremen-Neustadt e.V., zahlreiche Gäste zu dem feierlichen Taufakt begrüßen konnte.

Die beiden Boote, jedes 240 PS stark, wurden von Junghelfern der THW-Jugendgruppe Bremen-Neustadt unter großem Applaus auf die Namen „Neustadt I“ und „Neustadt II“ umgetauft und sollen für die Jugendarbeit des Bremer THW und die Bootsausbildung genutzt werden. Doch auch in einem Katastrophenfall sollen die jeweils 14 Meter langen und

3,60 Meter breiten Schiffe zur Verfügung stehen.

P. L.

Senatsdirektor besuchte Osterholzer THW

Bremen. Zu einem Informationsbesuch konnte der Ortsbeauftragte des THW-Ortsverbandes Bremen-Osterholz, Gerhard Franke, den Vertreter des Innensensors, Senatsdirektor Dr. Helmut Kauther, begrüßen.

Im Mittelpunkt des Besuchs stand unter anderem die erfolgreiche Arbeit der THW-Jugendgruppe Bremen-Osterholz. Die mittlerweile aus 26 Jungen und Mädchen bestehende Gruppe hatte vor kurzem den 1. Platz des Landeswettkampfes der Bremer THW-Jugend belegt und wird aus diesem Grund im nächsten Jahr



Nach dem Aufbau erfolgt die Montage der Isolatoren am T-Portal.

(Foto: Krüger)



Mitglieder der THW-Jugendgruppe überreichen Senatsdirektor Dr. Helmut Kauther eine Erinnerungsgabe. (Foto: Lohmann)

am THW-Bundesjugendwettkampf teilnehmen. Dr. Kautner wünschte den Jugendlichen dafür jetzt schon viel Glück und hofft, „daß Osterholz die Bremer Farben gut vertreten wird“.

Des weiteren informierte Ortsbeauftragter Franke über die ebenfalls von seinem Ortsverband durchgeführte Arbeitsbeschaffungsmaßnahme-Holzbearbeitung, in der arbeitslose Jugendliche für das Berufsleben vorbereitet werden.

P. L.

Niedersachsen



Vielfältige Aktivitäten

Goslar. Vor der historischen Kulisse der Kaiserpfalz, einem imposanten romanischen Bauwerk aus dem 11. Jahrhundert, präsentierte sich das THW beim neunten Tag der Niedersachsen am 10. und 11. Juni 1989 in Goslar auf besonders vielfältige Weise.

Es war dem THW ermöglicht worden, in Nachbarschaft zum Zelt des Landesmusikrates, die restlichen freien Flächen des Kaiserpfalzparkplatzes für die Selbstdarstellung zu nutzen. Parallel zur Rückseite des BGS-Komplexes etablierte sich das THW: der Instandsetzungszug Goslar und die Clausthal-Zellerfelder mit der Sauerstofflanze, gegenüber, zur Wallstraße und Kaiserbleek, der Bergungsdienst und der Wasserdienst sowie das Infozelt nebst Versorgungsbereich. Als verbindendes Element wurde die TEL zwischen beiden postiert.

Erstmals wurde das THW in die Aktivitäten anderer Verbände integriert. So bereicherten eine rustikale Schlauchbootschaukel und ein fachmännisch erstellter Seilhängesteg das Spiel- und Mitmachangebot des Landesportbundes auf der Kaiserpfalzwiese, das an beiden Tagen von tausenden von Kindern genutzt wurde. Leider etwas abseits vom Geschehen war dieses Mal der Gerüstturm auf dem Schulhof des Ratsgymnasiums postiert, von dem das Bergen aus Höhen mit dem Rollglissgerät demonstriert wurde.



Die Fernbedienung des Bergungsräumgerätes wird Innenminister Stock (2. v. r.) unter fachkundiger Aufsicht demonstriert. (Foto: Bormann)

Ebenfalls zum ersten Mal und ebenfalls mit großen Erfolg stellte sich die THW-Jugend im von der Feuerwehr betreuten Jugendtreffzelt vor. Aufgrund eines interessanten Beiprogramms gingen mehrere tausend Zuschauer durch die Zelthalle und nahmen so Notiz von den Aktivitäten der Junghelferinnen und Junghelfer, die gleichzeitig Nachwuchswerbung betrieben.

Das Leistungsteam hatte bereits am Freitag Gelegenheit, mit Innenminister Josef Stock ins Gespräch zu kommen. Am Samstag nahm sich der Minister dann viel Zeit, um unter fachkundiger Betreuung die verschiedenen Darstellungsobjekte zu besichtigen. Im Instandsetzungsbereich war es hauptsächlich die Demonstrationsstrecke der Gas/Wassergruppe, die ihn ebenso interessierte wie die Modell- und Diarahmenschau im Informationszelt oder die Fernbedienung des Bergungsräumgerätes. Vorführungen mit der Sauerstofflanze bildeten den reizvollen Abschluß seines Informationsganges.

Optische und musikalische Akzente setzte am Sonntag der THW-Spielmannszug Salzgitter mit seiner Beteiligung am großen Festumzug. Nachmittags folgten dann weitere Auftritte auf einer Bühne über der Abzucht, einem kleinen Goslarer Fließchen. Insgesamt litt der Sonntag etwas un-

ter dem regnerischen Wetter, das einen sonnigen Samstag abgelöst hatte.

Die Helferinnen und Helfer der beteiligten Ortsverbände Goslar und Clausthal-Zellerfeld sowie aus Hameln, Langenhagen, Ronnenberg, Salzgitter und Wolfenbüttel leisteten vorbildlichen Einsatz. Nicht zu vergessen die Hamburger THW-Kameraden, dieses Mal vom Bezirksverband Hamburg-Nord, die mit der Betreuung und Wartung des NDR-Ballons Jahr für Jahr aktiv am Tag der Niedersachsen teilnehmen. Angesichts von über 150 000 Zuschauern bleibt auch in diesem Jahr als Fazit der Verantwortlichen – das Mitmachen in Goslar hat sich für das THW wiederum gelohnt. –rb–

Nordrhein-Westfalen



THW übte am Planspiel

Münster. Die Führungskräfte des THW-OV Münster wurden zu einem fünfstündigen Planspiel zusammengerufen.

Der Leiter der Führungsgruppe Bergung, R. Hild, sowie Ausbildungsleiter W. Kerkau hatten die Übung vorbereitet. Ausbil-

dungsziel war es, das Wissen der Zug- und Gruppenführer für den Katastrophenfall zu vertiefen und Erfahrungen aus Flugzeugabstürzen mit einfließen zu lassen.

Die angenommene Lage war der Absturz eines Hubschraubers im Bereich der Raesfeldstraße. Vier Bergungszüge und ein Instandsetzungszug mußten an 37 z.T. total beschädigten Häusern ihre Einsatzfähigkeit zeigen. Während die Zug- und Gruppenführer sich in der Menschenführung und in der Befehlsgebung übten, mußten die Truppführer das richtige Einsetzen der Helfer und des Arbeitsgerätes beweisen.

Insgesamt 33 Personen, dargestellt durch Modellfiguren, galt es aufzufinden und sachgemäß zu bergen. Der Instandsetzungsdienst des THW hatte die Aufgabe, die defekten Elektro-, Gas- und Wasserleitungen in Zusammenarbeit mit dem Versorgungsdienst der Stadtwerke wieder instand zu setzen.

Bei der anschließenden Schlußbesprechung hob der Ausbildungsleiter die Leistung der Teilnehmer hervor, ließ es aber auch an nötiger Kritik nicht fehlen. Im Oktober dieses Jahres soll dem Planspiel auf dem THW-Gelände in Handorf eine reale Übung folgen. W. K.



Rheinland-Pfalz

Ein eindrucksvolles Klangerlebnis

Ahrweiler. Wenn man die ausgetretenen Steinstufen der Wendeltreppe hinaufgeklettert war, bot sich einem von der Empore ein denkwürdiges Bild: Am Ende des Kirchenschiffes, hinter dem Altar, saß das THW-Musikkorps, ein blauer Farbtupfer in dem prachtvollen gotischen Gotteshaus.

Eingerahmt von Blumen und Fahنشmuck hatte das Hermeskeiler Orchester zu einem Benefizkonzert zugunsten der Klais-Orgel in die Pfarrkirche St. Laurentius geladen.

Zu Füßen der renovierungsbedürftigen Orgel hatten sich die Bänke gut gefüllt. Und die rund



Das THW-Musikkorps im Chorraum der vollbesetzten St.-Laurentius-Pfarrkirche.

300 Besucher sollten ihr Kommen nicht bereuen.

Das 51 Personen (darunter

fünf Damen) umfassende, ohne Streicher musizierende Orchester begann mit einem Stück von Sepp Tanzer, bläserbetont und jubelnd den „Festtag“ huldigend, ein kraftvoller Auftakt. Nach einer modernen Barock-Suite von Ted Huggins sang Alois Wagner, von Klaus-Dieter Holzberger an der Orgel begleitet, Schuberts „Ave Maria“. Wagner, hauptberuflich beim THW-Landesverband Rheinland-Pfalz mit der eher trockenen Verwaltung beschäftigt, überraschte mit einer geschmeidigen, wohlklingenden Tenorstimme.

Der 2. Satz des S-Dur-Trompetenkonzerts von Haydn bot dem wohlthuend zurückhaltenden Solisten Gerd Klack Gelegenheit, seine saubere Technik unter Beweis zu stellen.

Das ebenso abwechslungsreich wie geschmackvoll-passend ausgewählte Programm fand seine

Fortsetzung in einer Interpretation von Bachs berühmter Air. Danach hatte Alois Wagner nochmals Gelegenheit, seinen Tenor mit dem Beethovenlied „Ich bete an die Macht der Liebe“ erklingen zu lassen.

Unter der sicheren, manchmal zügelnden Stabführung des Dirigenten Alfred Bauer schlossen sich noch einige weitere musikalische Kostbarkeiten an. Die ausgezeichnete Akustik der Kirche sorgte dabei für ein ungetrübtes Klangerlebnis. Nach der beinahe marschähnlichen, schmissig getragenen Zeremonien-Hymne „Pomp and Circumstance“ des Engländers Sir Edward Elgar gab es zurecht Ovationen des begeisterten Publikums.

Mit „Tochter Zion“ endete die eindrucksvolle Wohltätigkeitsveranstaltung. Ein fabelhaftes Konzert – nicht nur der guten Sache wegen. G. S.



Als Solist rundete THW-Mitarbeiter Alois Wagner das Konzert mit seiner ausgebildeten Tenorstimme ab.

(Fotos: Fleischer)

Warndienst



Der Warndienst in der Bundesrepublik Deutschland

– 2. Teil –

Das Meßnetz wird gegenwärtig in neuralgischen Gebieten und entlang der Bundesgrenzen auf insgesamt 2 000 Meßstellen verdichtet.

Darüber hinaus erhalten die Warnämter je ein hochtechnisiertes Meßfahrzeug zur Messung der nuklidspezifischen Aktivitätskonzentration am Boden. Diese Geräte ermöglichen es, im Falle radioaktiver Verstrahlung zu ermitteln, aus welchen Radionukliden sich die Bodenkontamination zusammensetzt, geben Auskunft über die Gefährlichkeit der Radionuklide und lassen Prognosen über den Abbau der Kontamination zu.

3. Warnung/Entwarnung

Laufende Beobachtungen und

Messungen der zuvor genannten Stellen sind Grundlage für nachfolgende Warnungen. Die Warnämter erfassen die Beobachtungs- und Meßergebnisse, werten sie für ihr Warngebiet aus und warnen bzw. entwarnen die Bevölkerung.

Gewarnt/entwarnt wird durch Sirensignale und mit Rundfunk- und Warnstellendurchsagen.

3.1 Warnung/Entwarnung über Sirenen

Die Auslösung von Sirenen kann klein- und großräumig erfolgen. Bei drohender Gefahr (z. B. durch Luftangriffe) löst das Warnamt die Sirenen zentral für das ganze Warngebiet oder für Teile des Warngebietes aus. Bei

örtlich begrenzten Gefahren (z. B. durch C-Angriffe) lösen die Hauptverwaltungsbeamten der Kreise und der Gemeinden auf Weisung des Warnamtes oder selbständig die Sirenen der unmittelbar gefährdeten Gebiete aus.

Die Entwarnung erfolgt ebenfalls je nach Lage zentral vom Warnamt aus oder dezentral vom Hauptverwaltungsbeamten.

3.2 Warnung/Entwarnung über den Rundfunk

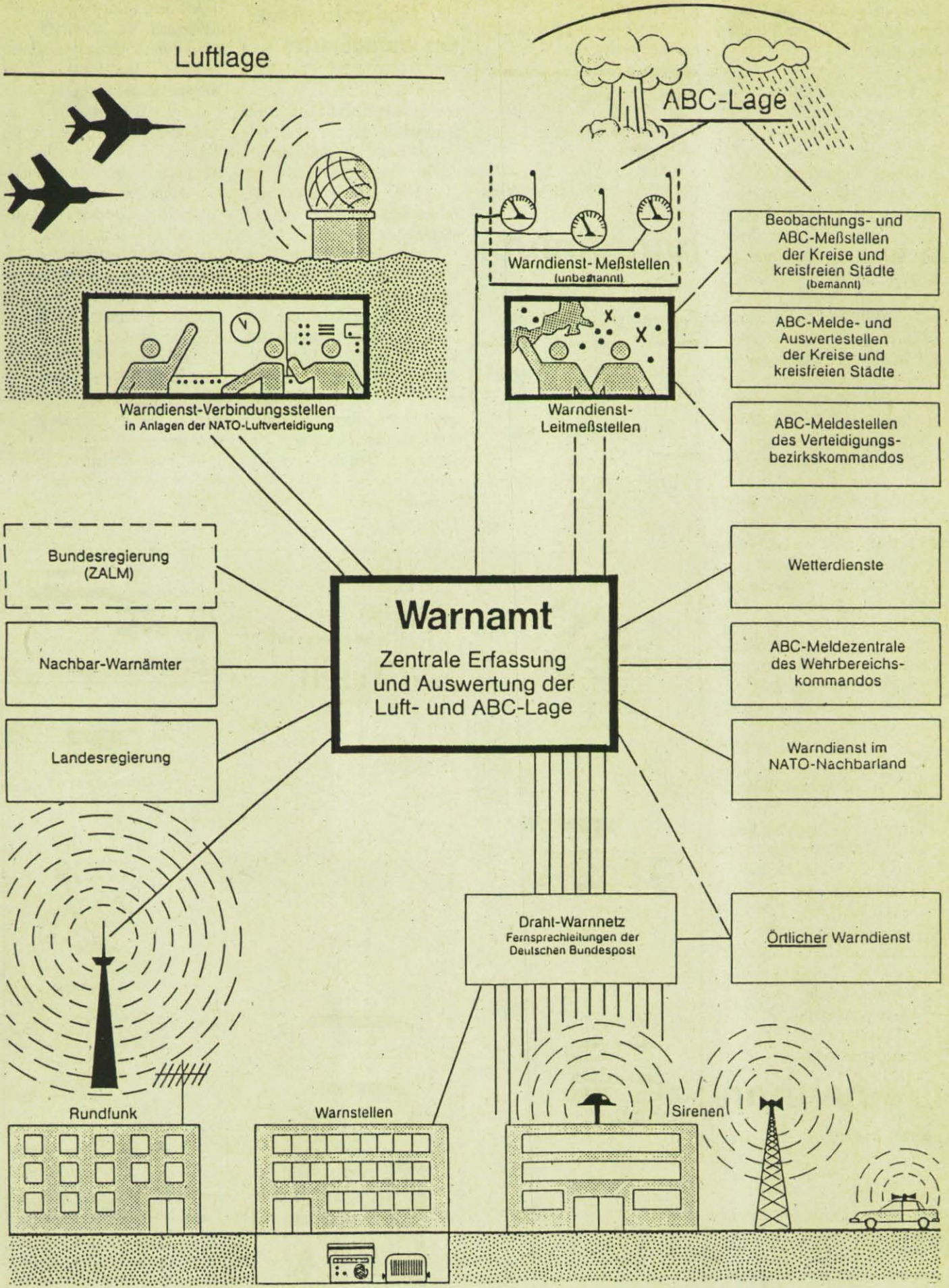
Jedes zentral oder dezentral über Sirenen ausgelöste Signal wird unverzüglich über den Rundfunk bekanntgegeben. Die Warnämter teilen dazu den Rundfunkanstalten ihres Warngebietes die

vom Warnamt bzw. von den Gemeinden und Kreisen ausgelösten Warnungen/Entwarnungen fernmündlich mit. Ein Rundfunksprecher verliest dann einen entsprechend vorbereiteten Text.

3.3 Warnung/Entwarnung über Warnstellen

Wie bereits ausgeführt hat der Warndienst neben der öffentlichen Warnung/Entwarnung der Bevölkerung auch die Aufgabe, Behörden und größere Betriebe mit lebens- und verteidigungswichtigen Aufgaben laufend über die Gefahrenlage zu informieren. Hierzu werden diese Stellen mit einem Warnstellenapparat an das Warnnetz angeschlossen.

Die Beurteilung der übermit-



Funktionsschema für den Warndienst (Prinzipskizze für ein Warnggebiet).

telten Informationen und Lage-meldungen bleibt dem Benutzer überlassen.

4. Rechnergestützte Arbeitsverfahren

Im Rahmen der Anpassung der technischen Ausstattung an eine erweiterte Aufgabenstellung und die fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten hat das Bundesamt für Zivilschutz für den Warndienst ein umfassendes, modernes Informationssystem beschafft.

Das Warndienst-Informationssystem (WADIS) erledigt folgende Aufgaben:

- Abfrage und Entgegennahme von Spontanmeldungen der 1 500 bis 2 000 WD-Meßstellen;
- Erfassen und Auswerten von Wetterdaten;
- Erfassen und Bearbeiten sowohl dezentral durch externe Bedarfsträger einzugebender (z. B. Beobachtungen, ausgelöste Warnungen) als auch lokal auflaufender Informationen;
- Auswerten der radiologischen Meßdaten, Berechnen von Ausbreitungsvorhersagen für radioaktiven Fallout aus Beobachtungswerten und Meßdaten mit graphischer Darstellung;
- Verteilen von Informationen an dezentrale Bedarfsträger;
- Auswerten und Verdichten aller Informationen zu Lageübersichten mit graphischer Darstellung;
- Abwickeln des internen Kommunikationsbedarfs (Ersatz für Telex- und Fernschreib-HfD-Verbindungen).

Sirensignale

A. Sirensignale im Verteidigungsfall

- LUFTALARM

Warnung vor Luftangriffen



1 Minute Heulton

- ABC-ALARM

Warnung vor radioaktiven, biologischen oder chemischen Gefahren



1 Minute Heulton - zweimal unterbrochen, nach 30 Sekunden Pause - Wiederholung

- ENTWARNUNG
Beendigung der Gefahr nach Luft- bzw. ABC-Alarm

1 Minute Dauerton

B. Sirensignale im Frieden

- RUNDFUNKGERÄT EINSCHALTEN UND AUF DURCHSAGEN ACHTEN



1 Minute Heulton

- FEUERALARME

1 Minute Dauerton - zweimal unterbrochen

- ZEIT- UND PAUSENSIGNAL

1 x Dauerton von 12 Sekunden

IV. Modernisierung des Warndienstes

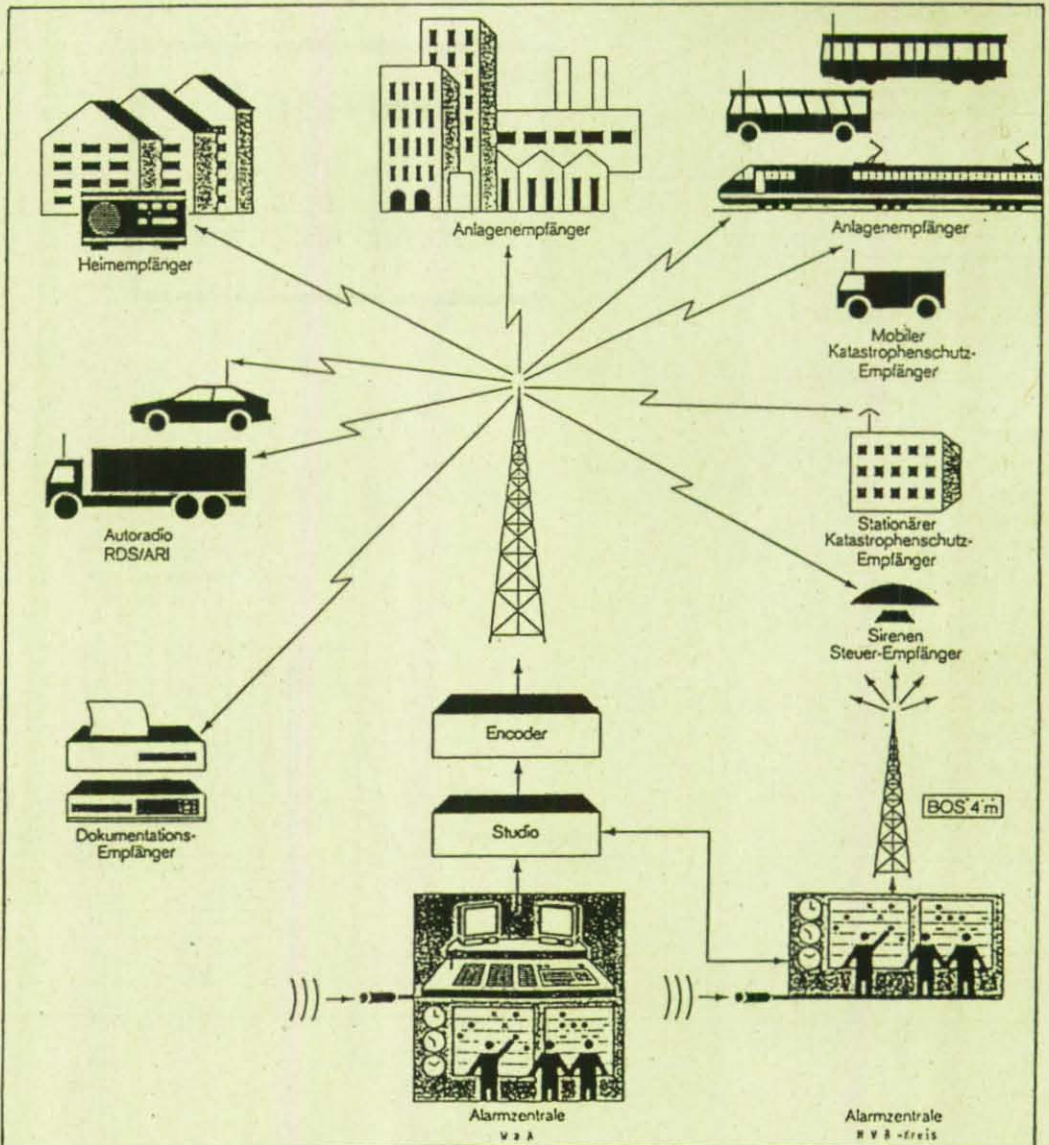
Das derzeitige rund 50 Jahre alte Warnsystem, das sich hauptsächlich auf Elektrosirenen stützt und durch Rundfunkdurchsagen ergänzt wird, genügt nicht mehr den Anforderungen. Es ist technisch überholt und störanfällig.

Eine Neukonzeption der Warnmittel ist auch deshalb notwendig, weil aufgrund der Umstellung der Posttechnik Mitte der 90er Jahre sehr hohe Investitionskosten (geschätzt auf ca. 500 Mio. DM) aufgewendet werden müßten, um das bisherige Warnsystem betriebsbereit zu halten, ohne daß dadurch im Kern eine Systemverbesserung erreicht würde.

Aus diesen Gründen wurde das Bundesamt für Zivilschutz 1986 mit der Durchführung eines Pilotprojektes „Modernisierung der Warnmittel“ beauftragt.

Auf der Grundlage der Untersuchungsergebnisse wird für die Warnung im V-Fall zukünftig ein flächendeckendes Warn-Rundfunk-Informationssystem (WARI) vorgesehen, das durch ein modernes, besiedlungsdeckendes Sirensystem ergänzt wird. Dabei sollen der Rundfunkkomponente das bestehende UKW-Rundfunksendernetz in Verbindung mit der neuen Radio-Daten-System-Technik (RDS) des Rundfunks und der Sirenenkomponente netzstromunabhängige funkgesteuerte Sirenen zugrunde gelegt werden.

Die Rundfunkwarnung (WARI) verzichtet auf ein eigenes Sen-



dernetz und stützt sich auf die vorhandenen UKW-Senderketten des Hörfunks der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ab. Dabei werden die Möglichkeiten des Radio-Daten-Systems (RDS) genutzt.

Aus rundfunkrechtlichen Gründen (Rundfunkhoheit der Länder) ist ein direkter Zugriff des Warndienstes auf den Rundfunkbetrieb nicht zulässig. Der Zugriff auf die Rundfunksender ist daher von einer im Warnamt eingerichteten Warnzentrale (Alarmauslösestation) über das regional zuständige Rundfunkstudio vorgesehen.

Öffentliche Rundfunkwarnungen können mit jedem normalen UKW-Radio, das auf Lautstärke geschaltet ist, den richtigen Sender eingestellt hat und Netz- und Batterieversorgung hat, empfangen werden. Zusätzlich wird ein spezieller WARI-Heimempfänger entwickelt. Dieser Heimempfänger wird über Batterie oder Netz in Stummschaltung betrieben und schaltet sich bei Empfang der WARI-Durchsagekennung ein. Durch ein Zusatz-WARI-Rundfunkmodul kann auch jeder normale UKW-Empfänger so umgebaut werden, daß er wie ein WARI-Heimempfänger arbeitet. Die Mitbenutzung der Verkehrsfunkmodule in Autoradios durch WARI soll ermöglicht werden.

Zum Empfang nicht-öffentlicher Vorwarnungen oder Alarmauslösungen für bestimmte Bedarfsträger, z. B. Sirenen, sind weitere spezielle Empfänger vorgesehen. Hierfür wird die UKW-Rundfunkfrequenz mitbenutzt.

Die laufende Rundfunksendung wird durch den gesendeten Funkimpuls nicht beeinträchtigt, so daß eine direkte Auslösung durch die Warnzentrale möglich ist.

Bei Ausfall der zentralen Rundfunkversorgung haben bestimmte Hauptverwaltungsbeamte die Möglichkeit, Rundfunkwarnungen dezentral für regionale Bereiche auszulösen.

WARI ist auch bei friedensmäßigen Katastrophen und Notfallverfahren einsetzbar.

Ein technischer Realisierungsvorschlag der Industrie für dieses WARI-Gesamtkonzept liegt vor.

Der besiedlungsdeckende Sirenenaufbau soll dem derzeitigen Erreichbarkeitsgrad der Bevölkerung (ca. 80 %) entsprechen. Die nicht durch Sirenen oder mit aus-

reichender Lautstärke erreichte Bevölkerung wird künftig wenigstens durch das Rundfunkwarnsystem gewarnt. Dies gilt auch bei Ausfall von Sirenen.

Das künftige Sirenenystem soll über netzunabhängige, funkgesteuerte Sirenen verfügen. Dabei sollen in Verdichtungsräumen großräumig wirksame Sirenen (Hochleistungssirenen), in Nichtverdichtungsräumen unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch kleinräumig wirksame Sirenen geplant werden. Als Hochleistungssirenen stehen zur Zeit markt reife Druckluft sirenen zur Verfügung, für die kleinräumig wirksamen Sirenen bietet die Industrie elektronische Sirenen an.

Die Sirenensteuerung wird über zwei Wege erfolgen: zentral vom Warnamt aus über UKW-Rundfunk mit WARI und dezentral auf Kreisebene im 4-m-Band (BOS). Damit ist eine redundante Auslösung und erhebliche höhere Sicherheit der Funkauslösung möglich.

Die zentrale Sirenen auslösung durch das Warnamt erfordert weder zusätzliche Frequenzen noch ein eigenes Sendernetz. Die Auslösung erfolgt über WARI, das sich der vorhandenen Frequenzen der UKW-Senderketten des Hörfunks bedient. Die laufende Rundfunksendung wird durch den gesendeten Funkimpuls nicht gestört.

Die dezentrale Funkauslösung soll – wie bereits heute bei den meisten Feuerwehrsirenen – durch den HVB (Kreis) unter Mitbenutzung des vorhandenen BOS-Netzes erfolgen. Zusätzlich Frequenzen werden nicht benötigt.

Als erste Maßnahme zur Modernisierung der Warnmittel ist der Aufbau eines funkgesteuerten und netzstromabhängigen Sirenenetzes ab 1989 vorgesehen.

Das neue Sirenenystem soll warngebietsweise aufgebaut werden, im gleichen Umfang wird das alte System aufgegeben.

Gleichzeitig mit dem Sirenen aufbau werden die Arbeiten für das Warnmittel Rundfunk fortgesetzt, damit auch das Warn-Rundfunk-Informationssystem (WARI) ab 1991 flächendeckend eingeführt werden kann.

In einer ersten Aufbaustufe werden die Systemkomponenten von WARI unter realistischen Be-

dingungen im Warngebiet III (Niedersachsen) erprobt.

Der bundesweite Aufbau des neuen Warnsystems mit den beiden Teilsystemen Sirenen- und Rundfunkwarnung soll 1999 abgeschlossen sein.

Ein so fortentwickeltes Warn-

system wird dann um vieles flexibler sein. Mit ihm können jederzeit, insbesondere auch im Frieden, Warnungen aller Art verbreitet werden. Damit kann ein wesentlich erhöhter Beitrag zur Sicherheit all unserer Bürger geleistet werden.

Arbeitskreis informiert sich

Nürnberg/Ansbach. Auf Einladung des Arbeitskreises „Innerbetriebliche Sicherheit“ Nürnberg-Erlangen im Bayerischen Verband für Sicherheit in der Wirtschaft (BVSU) referierte der Leiter des Warnamtes IX, RAR Fritz Frank über die Aufgaben des Warndienstes nach dem Strahlenschutz-Vorsorgegesetz (StrVG) vom Dezember 1986.

Frank stellte dabei die geänderten Aufgaben und die moderne Technik heraus, die den Warndienst befähigt, in Friedenszeiten den umfangreichen Aufgaben aus dem StrVG zum Schutze der Zivilbevölkerung gerecht zu werden.

Von besonderem Interesse war dabei die Ausstattung des Warnamtes IX in den vier oberbayerischen Regierungsbezirken. Dem sachkundigen Publikum war der Warndienst bereits bekannt; war es doch bereits die dritte Begegnung zwischen dem Arbeitskreis und Vertretern des Warnamtes IX. W. S.

Ehrung für 25jährige Mitarbeit im Warndienst

Für 25jährige freiwillige Mitarbeit im Warndienst wurde der Leiter der Warndienst-Leitmei-

stelle 61, Wolfgang Knörr, vom Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, persönlich geehrt.

Knörr hat sich bereits im Jahre 1964, zwei Jahre nach Fertigstellung des Warnamtes VI, freiwillig für die Mitarbeit im Warndienst entschieden. Neun Jahre später wurde er zum Warngruppenführer ernannt. Ab 1981 folgte der Einsatz als Leiter des Fernmeldebetriebes, eine herausgehobene Position innerhalb des Dienstbetriebes. Im 10. Dienstjahr wurde Knörr zum Auswerteleiter in der Warndienst-Leitmeiße stelle 61 ernannt, deren Leiter er seit dem 1. März 1987 ist.

Darüber hinaus ist er seit Jahren Vorsitzender des „Club 99“. Dieser Club ist ein privater Zusammenschluß der „MibF“ (Mitarbeiter in besonderer Funktion) und hauptamtlicher Führungskräfte des Warnamtes VI. Auch hier hat sich Knörr besondere Verdienste um die Kameradschaft zwischen den haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern erworben. Auf Grund seiner ruhigen und besonnenen Art ist er ein beliebter Vorgesetzter der Warndienst-Leitmeiße stelle 61.

Bei der gleichen Feier im Warnamt VI wurde durch Warnamtsleiter Dipl.-Ing. Hans Peter Tholen der Auswerteleiter der Warndienst-Leitmeiße stelle 61, Bernd Prothmann, für 10jährige Mitarbeit im Warndienst geehrt.



Bei der Übergabe der Ehrenurkunde (v. rechts): BZS-Präsident Dusch, Jubilär Knörr und Warnamtsleiter Tholen. (Foto: Dannewitz)

DRK übergibt in Bonn Notkrankenhaus an Sowjetpräsidenten

Gorbatschow: „Ich danke dem Roten Kreuz“

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail S. Gorbatschow hat am 13. Juni, dem zweiten Tag seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik, die Hilfe des Roten Kreuzes zugunsten der Erdbebenkatastrophe vom Dezember vergangenen Jahres in Armenien gewürdigt. In Anwesenheit hoher DRK-Repräsentanten ließ sich Gorbatschow im Foyer des Bundeskanzleramtes eine kleine Fotoausstellung vom Rotkreuz-Einsatz im Kaukasus zeigen. Für Christiane Klingebiel, Hamburger DRK-Suchhundeführerin, war der dankbare Händedruck des Besuchers aus Moskau bestimmt der schönste Lohn für ihre anstrengenden Tage in Spitak.

Im Beisein von Bundeskanzler Helmut Kohl übergab DRK-Präsident Prinz Wittgenstein Staatspräsident Gorbatschow einen zahnärztlichen Behandlungsstuhl als symbolischen Abschluß des Aufbaus eines 120-Betten-Notkrankenhauses im Wert von 2,5 Millionen Mark für die zu 70 Prozent zerstörte Stadt Stepanavan. Bis zum Wiederaufbau des dem Erdboden gleichgemachten Krankenhauses hat das DRK ein vollausgestattetes Container-Krankenhaus fast fertiggestellt und damit die stationäre ärztliche Versorgung von rund 70 000 Einwohnern der betroffenen Region gesichert. Aus weiteren Spenden des Roten Kreuzes und des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger wird das provisorische Krankenhaus 1990/91 durch einen Neubau mit Gesamtkosten von 25 Millionen Mark ersetzt.

In seiner kurzen, von einem Dolmetscher übersetzten Rede im Foyer des Bundeskanzleramtes erinnerte Prinz Wittgenstein sowohl an die Tragödie des schweren Erdbebens in Armenien als auch an die jüngste Explo-

sionskatastrophe im Ural, die „uns alle erschüttert und unsere Ohnmacht gegenüber Natur- und Zivilisationskatastrophen einmal mehr gezeigt“ habe. Es sei ein großes Zeichen der Hoffnung, wenn Millionen von Menschen in aller Welt und unzählige Bundesbürger in einer nie dagewesenen Welle des Mitgefühls und der Hilfsbereitschaft für die unschuldigen Opfer der Katastrophe spendet hätten. Mehr als 120 Millionen Mark seien bislang als Geld- und Sachspenden zur Verfügung gestellt worden, und zwar sowohl für die Sofort- und Überlebenshilfe des Roten Kreuzes als auch für andere kirchliche und private Hilfsorganisationen. Bundesregierung, Landesregierungen und Europäische Gemeinschaft hätten ihrerseits erhebliche Mittel zur Finanzierung der Hilfsmaßnahmen beigetragen, unterstrich Prinz Wittgenstein.

Wörtlich sagte der DRK-Präsi-

dent zu Staatspräsident Michail S. Gorbatschow: „Unsere Hilfsaktionen über alle Grenzen hinweg sind für uns alle der schönste Beitrag für Frieden und Verständigung zwischen den Völkern. Unsere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der humanitären Hilfe hat bereits Früchte getragen – für eine Freundschaft auf Dauer!“

Bei der von der ARD live übertragenen und von einem Blitzlichtgewitter der zahlreichen Fotografen begleiteten Begegnung zwischen Rotem Kreuz und Staatsgast, hat das DRK der Presse eine Zwischenbilanz seiner Hilfsaktionen für die Erdbebenopfer vorgelegt.

Danach wurden für die Sofort- und Überlebenshilfe (Rettungshunde-Einsatz, Medikamente, Notunterkünfte, technische Ausstattung, Trinkwasseraufbereitung, medizinisch-technische Ausstattung etc.) für insgesamt 29 DRK-Hilfsflüge 13,6 Millionen

Mark aufgewendet. Für das Notkrankenhaus in Stepanavan, die orthopädische Werkstatt in Eriwan, eine provisorische Polyklinik, für Waisenkinder und Schulen wurden weitere sechs Millionen Mark veranschlagt. 50 Millionen Mark hält das Rote Kreuz im Rahmen seiner Planung für den schnellstmöglichen Baubeginn folgender Wiederaufbauprojekte bereit:

- * Neubau von Krankenhaus, Polyklinik und Rettungswache (Stepanavan).
- * Bau von 600 Behelfshäusern für die am härtesten betroffenen Familien (im Raum Spitak/Stepanavan) vor Wintereinbruch.
- * Neubau eines Kindergartens und eines Kindersanatoriums (Stepanavan/Gülajarak).
- * Beteiligung an der Errichtung eines Rehabilitationszentrums für Erdbebenopfer durch das



Ein Händedruck als Dankesgeste: Michail Gorbatschow und Christiane Klingebiel.

(Foto: Jürgens)

Internationale Rote Kreuz (Erivan).

* Bau einer Prothesenwerkstatt (Erivan).

* Beteiligung an Maßnahmen der Trümmerverwertung zur

Beschleunigung des Wiederaufbaus (Leninakan).

An der kurzen, aber eindrucksvollen Begegnung im Bundeskanzleramt nahmen neben Prinz Wittgenstein auch DRK-Generalsekretär Dr. Hermann Schmitz-Wenzel,

der Leiter der DRK-Auslandshilfe, Bernd Hoffmann, sowie als Repräsentantin der Ersthelfer vor Ort in Spitak, die Hamburger DRK-Suchhundeführerin Christiane Klingebiel, teil.

Carl-Walter Bauer

16. Bundeswettbewerb Rettungsschwimmen in Göppingen

Begeistert von der sportlichen Herausforderung

Hätten die lautstarken Anfeuerungsrufe am Ende bei der Punktwertung auch mitgezählt, dann hätten die bayerischen Wasserwachtteams sicher auf der ganzen Linie gesiegt, so heftig feuerten die Bayernfans von der Hallenbadtribüne herab ihre Mannschaften an. Doch auch so war dieser Bundeswettbewerb – erstmals und passend zum 10. Jubiläum der DRK-Wasserwacht Göppingen in Baden-Württemberg ausgetragen – wieder ein großer Erfolg für die Teams der starken bayerischen Rotkreuz-Wasserwacht. Bei den Damen siegte das Bayerische Rote Kreuz mit 9 121 Punkten vor Hessen mit 7 530 Punkten, und bei den gemischten Mannschaften waren wieder die Bayern erfolgreich mit 8 962 Punkten vor Schleswig-Holstein mit 8 738 Punkten.

Besonders groß war der Jubel dann bei der Siegerehrung der Herrenmannschaft aus Schleswig-Holstein durch Dr. Kurt Geiger, Ehrenpräsident des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Schleswig-Holstein war erfolgreich mit 9 321 Punkten vor Hessen mit 8 938 und Nordrhein-Westfalen mit 8 835 Punkten.

Aber auch die Teams aus Baden-Württemberg vom gastgebenden Kreisverband Göppingen durften mit ihrer Leistung zufrieden sein. Zweimal wurde der vierte Platz erreicht: bei der Herrenmannschaft mit 8 259 Punkten, bei der gemischten Mannschaft mit 7 394 Punkten. So war die Stimmung abends bei der Siegesfeier unter den jungen Wasserwacht-Aktiven ausgelassen bis übermütig.

Unter den Göppinger Wasserwacht-Aktiven war man besonders glücklich über das eigene Ab-

schneiden, da viele Aktive studienbedingt oft auswärts waren und deshalb auch vor dem Wettbewerb immer nur einmal in der Woche im Schwimmbad trainiert werden konnte. Unter diesen erschwerten Bedingungen waren die erreichten vierten Plätze schon ein besonderer Erfolg.

Auch mit dem Austragungsmodus, der Punktegewichtung von 40 Prozent für den Erste-Hilfe-Bereich und 60 Prozent für die verschiedenen Schwimmleistungen, zeigten sich die Wasserwacht-Aktiven einverstanden. „Was bringt

es mir, wenn ich jemand herausziehen, aber dann nicht helfen kann“, meinte dazu Matthias von der Göppinger Wasserwacht. „Besonders gut sei an dem Wettbewerb auch, daß eigentlich alle Bereiche des Wasserwachtendienstes geprüft werden“, meinte der junge Student weiter.

Wie viele andere Wasserwacht-Aktive hat ihn das sportliche Interesse am Schwimmwettbewerb zur Rotkreuz-Wasserwacht gebracht. Für den Kreisgeschäftsführer, Förderer und Mitbegründer der dortigen Wasserwacht ist

das ein typisches Beispiel, wie die Wasserwachtgruppen dem Roten Kreuz auch helfen, Jugendliche für die Rotkreuzarbeit zu interessieren, die sonst nur in Sportvereinen aktiv sind. So legt denn der Kreisverband Göppingen auch Wert darauf, daß seine Wasserwachtgruppen nicht nur den reinen Wasserwachtdienst leisten, sondern die ganzen Einsatz- und Arbeitsbereiche des Roten Kreuzes durchlaufen können.

Hier hat das Rote Kreuz anderen, nur auf Wasserrettung spezialisierten Organisationen, etwas voraus. Es kann den Jugendlichen vielfältige Möglichkeiten bieten, etwa als Rettungshelfer beim Rettungswageneinsatz, in der Bergwacht oder in der Sozialarbeit. „Auf dem Weg über den Wassersport wird der Wille zum Helfen geweckt“, meint deshalb der Kreisgeschäftsführer, und er empfiehlt allen Kreisverbänden, die ein Schwimmbad, einen Badesee oder eine Wassersportmöglichkeit in ihrem Bereich haben, die noch nicht von einer anderen Organisation betreut wird, diese Chance für das Rote Kreuz zu nutzen und eine Wasserwacht-Bereitschaft zu gründen.

Für die jungen Männer und Frauen bei den Schwimmwettbewerben spielten aber solche rotkreuzpolitischen Überlegungen sicher keine große Rolle. Sie waren begeistert von der sportlichen Herausforderung, vom Leistungswettbewerb, ob bei der Flossenstaffel, im Kleiderschwimmen oder an der Rettungsleine – hier legten sich alle für ihre Gruppe ins Zeug. Besonders beeindruckend für den Beobachter war das Kleiderschwimmen. „Sehr risikoreich ist das wegen der Gefahr, beim Ausziehen der Kleider im Wasser viel Zeit und damit wertvolle Punkte zu verlieren“, meinte dazu Jann-Dirk von der Schleswig-Holsteiner Gruppe.

Natürlich gibt es da ein paar Tricks, um die Kleider möglichst schnell herunterzubekommen. Man muß Abtauchen beim Ausziehen, dann füllt sich die Jacke mit Wasser, und man bekommt sie leichter über den Kopf. Doch dazu braucht man auch genügend Luft in der Lunge, und die ist schon etwas knapp, wenn man gerade 50 Meter geschwommen ist... Udo Barske



Wasserretter mit der Rettungsleine: Das Team arbeitet im Wasser...



... und an Land.

(Foto: Barske)

Das Riesen-Restaurant zum Kirchentag

Viele Rotkreuzhelfer opferten Urlaubstage für den Verpflegungsmarathon in Berlin

Man stelle sich vor: eine Freiluftküche mit fast 60 dampfenden Feldkochherden; die Zubereitung von knapp 130 000 Mahlzeiten an drei Tagen; sechs Essenzelte für insgesamt 8 000 Personen; ein Spülzentrum, in dem mit Dampfstrahlern wie beim Auto-Wasch gearbeitet wird, und nicht zuletzt ein beinahe zehn Meter langer Geschirrspüler, der mit einer Reinigungskapazität von rund 2 000 Tellern pro Stunde das Herz jeden Abwaschmuffels höher schlagen läßt.

Das sind Größenordnungen zur Speisung der Zigtausend. Sie hatten sich in Berlin getroffen als Teilnehmer am 23. Deutschen Evangelischen Kirchentag. Und obwohl der Mensch bekanntlich nicht vom Brot allein lebt, war doch eine warme, kräftigende Unterlage willkommen, damit auch der Körper zu seinem Recht kam.

So stand wohl der Welt größte Gaststätte für drei Tage in Berlin auf dem sogenannten Oktoberfestgelände an der Jaffestraße.

Wo im Herbst die beliebten Rummelattraktionen Scharen an-

locken, drehte sich Anfang Juni drei Tage ein gigantisches „Essenkarussell“. Über 700 freiwillige Helferinnen und Helfer des Roten Kreuzes hielten es in Schwung.

Allein aus Westdeutschland – wie man in Berlin den „Rest“ der Bundesrepublik nennt – waren mit knapp 50 Einsatzfahrzeugen und 54 Feldküchen mehr als 500 Ehrenamtliche angerollt. 175 von ihnen gehörten zwangsläufig zu den Frühaufstehern. Denn schon morgens um drei mußten sie unter „Flutlicht“ die Feldküchen zum ersten Durchgang anheizen, um mit dem dritten spätestens gegen 11.30 Uhr zur Essenausgabe fertig zu sein.

„Die Leute sind richtig ‚heiß‘ darauf, zu kochen“, meinte Horst Hastermann vom Kreisverband Kleve-Geldern als Chef des Küchenzentrums, „weil der erste Durchgang am zweiten Tag so gut lief.“ Die Anfangsschwierigkeiten der Brenner in den ölbetriebenen Herden waren zu diesem Zeitpunkt mit Unterstützung des mobilen Werkstattwagens der Hilfs-

zugabteilung III aus Bingen am Rhein weitgehend beseitigt worden.

Schon neun Kirchentage, davon sechs als Leiter des Küchenzentrums, hat Horst Hastermann mitgemacht. Da weiß er natürlich, daß über die Zubereitung und Qualität des Essens von Amts wegen gewacht wird. Mehr als 70 Grad bleiben die Mahlzeiten stundenlang in den Thermophoren heiß.

Ein wichtiger Wert, wie Dr. Günter Tosse vom Charlottenburger Veterinär- und Lebensmittelaufsichtsamt bestätigte. Die Ausgabetemperatur darf nicht unter 65 Grad sinken, weil sonst die Gefahr der Bakterienbildung besteht. Der Chef-Veterinär und sein Team entdeckten bei ihren regelmäßigen Rundgängen und Stichproben kein Haar in der Suppe und keinen Grund zur Beanstandung. „Das Rote Kreuz ist ganz toll“, fand Dr. Tosse, der bereits 1980 zum Katholikentag in Berlin den Rotkreuzköchen wachsam über die Schulter geschaut hatte.

Diesmal standen auf der Speisekarte, vom Evangelischen Kirchentag vorgegeben, drei Eintopfgerichte aus gemischtem Gemüse, Bohnen und Karotten jeweils mit Tofu-Einlage. Dieser eiweißreiche Sojabohnen-Extrakt war als Fleischersatz gedacht. An 30 Ausgabestellen in den riesigen Essenzelten konnten die Scharen der Kirchentagsbesucher ihre Mahlzeiten in Empfang nehmen. Hierbei hatten 257 Helferinnen und Helfer aus Westfalen-Lippe mit Portionsschalen, Obst und Brötchen alle Hände voll zu tun, damit es zu keinem Stau in der Ausgabe kam. Das schmälerte jedoch nicht ihre freundliche Bedienung, und so manches Mal erscholl von den dichtbesetzten Bankreihen in der Essenzeltstadt Beifall für die Rotkreuzhelfer und ihre Gesamtleistungen. „Was wären wir ohne ihre Hilfe“, sagte denn auch Kirchentagspräsident Helmut Simon im Gespräch mit der DRK-Einsatzleitung über die freiwillige Hilfsbereitschaft. „Geben Sie unseren Dank an die Helfer weiter“, fügte er hinzu.



Viele tausend Besucher wollten versorgt werden.

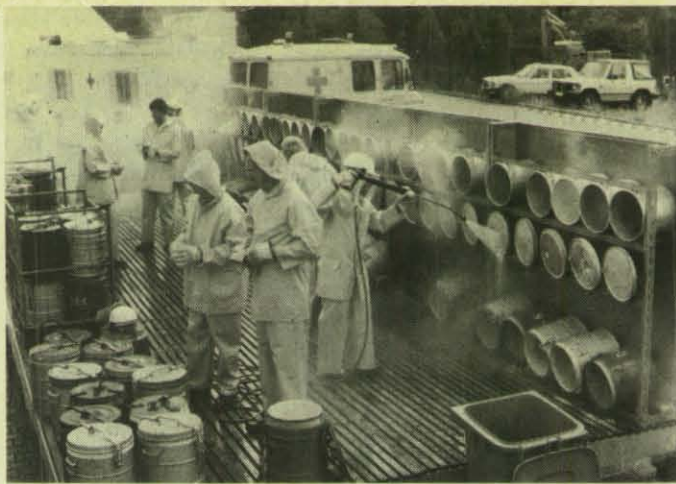
Das schloß auch jene 30 Männer vom Kreisverband Rhein-Sieg ein, die in jeder Hinsicht unter Hochdruck den Tagesabwasch machten. Eingehüllt in wasserdichte Schutzkleidung schleuderten sie mit Dampfstrahlgeräten 130 Grad heißes Wasser in die Thermophore, daß ihnen die Essenreste nur so um die Ohren flogen. „Vorhin haben sie in der Stunde 120 Stück geschafft“, berichtete Kreisbereitschaftsführer Herbert Schwipper über die Anfangsleistung des Teams, mit dem er bereits zum vierten Mal bei einem Kirchentag war.

Kein leichtes Stück Arbeit, das schichtweise bewältigt wurde und nach einer Stunde jeweils eine Pause von gleicher Länge für die gerade tätige Mannschaft erforderte. Denn die „Spüli“, wie ihr Spitzname lautete, waren nach sechzig Minuten von innen her so durchgeschwitzt, daß sie die Ruhe- und Trockenzeit dringend brauchten. Etwa zehn Stunden bis in die Nacht dauerte es, um an die 1000 Thermophore für den nächsten Kochtag blitzblank zu reinigen.

Den in allen Bereichen anstrengenden ehrenamtlichen Pflegeeinsatz den westdeutschen Kameraden zu „versüßen“, versuchten die Berliner Rotkreuzangehörigen mit kleinen Geburtstagsgeschenken, Stadtrundfahrten oder amüsanten Alt-Berliner Abenden unter Beteiligung von Neuköllner und Kreuzberger „Stimmungskanonen“ im Haus der Bereitschaften.

Fahrtwünsche – selbst zu ungewöhnlichen Zeiten, Zielen und Anlässen („Pro Schicht haben unsere Fahrzeuge rund 200 Kilometer zurückgelegt“, rechnete Versorgungsdienstleiter Hans-Jürgen Schewe aus) – wurden ebenso berücksichtigt wie komplizierte Weckwünsche mit Feldbetten-Abzählen: „Um vier die zwei links und einer rechts.“

Die Anna-Freud-Schule in Charlottenburg war zu einem großen Schlaf- und Frühstücksquartier hergerichtet worden, in dem es für die über 500 Logiergäste weder an Duschmöglichkeiten, frischen Eiern und Brötchen noch „Kiosk-Knabbereien“ fehlte. „Wir haben sogar Ersatz für verlorene Zahnbürsten und Waschzeug angeboten“, berichtete „Quartier-



Eine besonders schweißtreibende Arbeit: Das Reinigen der Kessel.

(Foto: Hauptmann)

meisterin“ Jaqueline Rosenberg vom Kreisverband Charlottenburg. Eine Arztsprechstunde und ein Reparaturdienst für kaputte Brillen gehörten ebenfalls zu den Charlottenburger Service-Leistungen.

Und da die Rotkreuzhelfer nicht nur Essen kochen und ausgeben, sondern selbst etwas Stärkendes zu sich nehmen mußten, kam die Eigenverpflegung aus Berliner Reihen mit wesentlicher Unterstützung von Auszubildenden des Berufsamtes. Sie

kochten erstmals für das Rote Kreuz eine schmackhafte „eiweißreiche, vitaminreiche und hochkalorische Kost“, so Landesbereitschaftsführerin Renate Hennig. Die Königsberger Klopse oder das Putenfleisch mit Beilagen nahmen die Helfer in der 300 Leute fassenden Zelt-Cafeteria des Küchenzentrums ein, wo Bereitschaftsangehörige aus Wilmersdorf unermüdlich von morgens halb vier bis abends um sieben die Betreuung sicherstellten.

—man—

Sommaruga: Höchste Priorität für humanitäre Probleme



Cornelium Sommaruga.

Aus Anlaß seiner jährlichen Pressekonferenz rief IKRK-Präsident Cornelio Sommaruga die Regierungen auf, den humanitären Problemen höchste Priorität einzuräumen. Er wies darauf hin, daß trotz der Fortschritte bei der Lösung regionaler Konflikte der

Bedarf an humanitärer Hilfe weiterhin sehr groß sei.

Vor mehr als 50 Journalisten umschrieb der IKRK-Präsident die Hauptziele, die sich das IKRK im Jahr 1988 gesetzt hatte. So suchte es vor allem dagegen anzugehen, daß Zivilbevölkerungen bedrängt, Gefangene – namentlich politische Gefangene – gefoltert und Kriegsgefangene zu Geiseln für Verhandlungen werden.

Kriegsgefangene

Präsident Sommaruga erklärte, es sei unannehmbar, daß das IKRK nicht alle im Iran und im Irak festgehaltenen Kriegsgefangenen habe registrieren dürfen. Er bedauerte zudem, daß die aus dem Dritten Genfer Abkommen entstehende Verpflichtung zur sofortigen Heimtschaffung der

Die Sorge um das leibliche Wohl im weitesten Sinne schloß auch den Sanitätsdienst für die DRK-Aktiven durch Berliner Helfer mit ein, die außerdem auf mehreren Kirchentagsveranstaltungen für die Besucher Erste Hilfe leisteten. Beispielsweise im Olympiastadion, wo am 11. Juni der Kirchentag mit einer imposanten Schlußveranstaltung vor hunderttausend Besuchern zu Ende ging.

Schon tags zuvor hatte im ehrenamtlichen „Gastronomiebetrieb“ unweit des Berliner Funkturms der Kehraus stattgefunden. Für sehr viele der DRK-Angehörigen war damit gleichzeitig so etwas wie ein Ferienerlebnis beendet worden. Allerdings ein ausgefallenes und anstrengendes, das sehr viel Idealismus und Begeisterung für das Rote Kreuz voraussetzte. Denn nur so läßt sich die Bereitschaft der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer erklären, in den vielen Fällen versagter beruflicher Freistellung Urlaubstage für diesen Verpflegungsmarathon geopfert zu haben.

Kriegsgefangenen nach Beendigung der aktiven Feindseligkeiten nicht eingehalten wurde. Sechs Monate nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes bleibe das Schicksal von schätzungsweise 100 000 Kriegsgefangenen weiterhin ungelöst. Gleichwohl habe das IKRK 1988 die Heimtschaffung von 351 kriegsversehrten, verwundeten oder kranken irakischen und iranischen Kriegsgefangenen bewerkstelligt, und der Irak habe im vergangenen Januar weitere 255 iranische Kriegsgefangene unter der Schirmherrschaft des IKRK repatriert.

Der Präsident bedauerte außerdem, daß libysche Kriegsgefangene im Tschad noch nicht den ihnen nach dem Dritten Genfer Abkommen zustehenden Schutz erhielten. Er begrüßte hingegen den Beschluß der Regierung des Tschad vom vergan-

genen Jahr, 452 Mitglieder der Opposition, die das IKRK regelmäßig besucht hatte, aus der Gefängnishaft zu entlassen.

Ferner erklärte der Präsident, die unmittelbaren Ziele des IKRK seien die Heimkehr der iranischen und irakischen Kriegsgefangenen, die Erwirkung des Zugangs zu den libyschen Kriegsgefangenen im Tschad sowie der Besuch von Gefangenen des Westsaharakonflikts, die von Marokko und der Polisario festgehalten werden.

Sommaruga wies im Zusammenhang mit dem Westsaharakonflikt auf das Leiden der Familien der Gefangenen hin, die oft seit zehn Jahren im Zweifel darüber belassen werden, ob ihre Angehörigen noch am Leben oder tot seien. Derartige Situationen seien für das IKRK ein Ansporn, weiterhin auf politische Lösungen zu drängen, erklärte er.

Er gab seiner Genugtuung über

die im letzten Jahr erfolgte Heimkehr von 3789 Kriegsgefangenen des Ogadenkonflikts Ausdruck. Manche dieser Gefangenen hatten elf Jahre in Gefangenschaft verbracht. Ebenso begrüßte er die Heimkehr von 214 tschadischen Gefangenen aus Libyen unter Mitwirkung der IKRK.

Operationelle Sorgen

Der Präsident wandte sich dann den gegenwärtig laufenden größeren Aktionen in Afghanistan und im Südsudan zu und wies insbesondere auf die dramatische Situation der Vertriebenen in Moçambique und von beinahe einer Million moçambikanischen Flüchtlingen in den benachbarten Ländern hin.

In den von Israel besetzten Gebieten versuche das IKRK, dem humanitären Rat mehr Achtung zu verschaffen, indem er seine Anwesenheit in diesen Ge-

bieten verstärke und einen ständigen und offenen Dialog mit den israelischen Behörden pflege.

Weiter erhofft sich Präsident Sommaruga Fortschritte in den schwierigen Verhandlungen mit Südafrika, um dem IKRK Zugang zu Häftlingskategorien zu verschaffen, die unter sein Schutzmandat fallen.

Mit Blick auf Zentralamerika erklärte er, das Nachlassen der Kämpfe habe der Zivilbevölkerung noch keine Erleichterung gebracht und die Anstrengungen zu ihrer Unterstützung müßten insbesondere in El Salvador und in Nicaragua fortgeführt werden.

1988 waren weltweit 44 Delegationen des IKRK in 88 Ländern tätig. Kriegsgefangene und Häftlinge wurden in 770 Lagern und Haftstätten in 36 Ländern betreut. In 38 Ländern wurden insgesamt 44 000 Tonnen Nahrungsmittel und nichtmedizinische Hilfsgüter verteilt. In Nordäthio-

pien erhielt nahezu eine Million Menschen Nahrungsmittel, ebenso wie die Opfer der Konflikte in Angola, Moçambique, Nicaragua und im Libanon. Durch Konflikte getrennte Familienangehörige konnten über den Zentralen Suchdienst des IKRK rund 1 850 000 Rotkreuzbotschaften austauschen.

Weltöffentlichkeit aufrütteln

Der Präsident des IKRK unterstrich, daß es ohne eine vorherige Lösung der brennenden humanitären Probleme keinen dauerhaften Frieden geben könne. Er kündigte vermehrte Anstrengungen zur Förderung des humanitären Völkerrechts und zur verstärkten Zusammenarbeit mit den 147 Nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften an, um eine allgemeine humanitäre Mobilisierung zu bewirken.

Hilfe für Flüchtlinge ist eine internationale Rotkreuz-Aufgabe

Auch die europäischen Staaten sind Ziel von Flüchtlingen, die Schutz vor Verfolgung suchen. Das Rote Kreuz ist in Anerkennung seiner Grundsätze und der Resolutionen von Manila und Genf in besonderer Weise gefordert, den sich daraus ergebenden Handlungsauftrag anzunehmen und entsprechende humanitäre Hilfen zu geben, um die Not der Flüchtlinge zu lindern. Vor diesem Hintergrund fand in der Woche vom 21. bis 26. Mai 1989 in der DRK-Bundesschule ein „Internationales Trainings-Seminar“ für Mitarbeiter in der Rotkreuz-Flüchtlingshilfe statt.

Mehr als 40 Vertreter fast aller europäischen Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften des Roten Kreuzes der USA und der Allianz der Rotkreuz- und Rothalbmond-Gesellschaften der UdSSR waren der Einladung der Liga und des DRK gefolgt, um gemeinsam mit Vertretern des UNHCR und anderen international tätigen Flüchtlingsorganisationen eine Woche lang dringende Fragen der Rotkreuz-Flüchtlingshilfe zu be-

handeln und Antworten auf diese zu finden.

Im Zentrum der Veranstaltung, die mit einer Bestandsaufnahme der Flüchtlingsbewegung nach Europa und einer Darstellung der grundsätzlichen Positionen des Roten Kreuzes durch Dr. Hermann Schmitz-Wenzel, Generalsekretär des DRK, und Diana Miserez, Leiterin der Refugee Unit der Liga, eröffnet wurde, standen ein ausführlicher Erfahrungsaustausch über Arbeitsbedingungen und Handlungsmöglichkeiten der einzelnen nationalen Gesellschaften, die Entwicklung eines Rotkreuz-Netzwerkes auf vor allem europäischer Ebene und die Erstellung einer Rahmenkonzeption für die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die sich unmittelbar um Flüchtlinge kümmern.

Der internationale Erfahrungsaustausch innerhalb der Rotkreuz-Flüchtlingshilfe wurde übereinstimmend ebenso als eine wesentliche Voraussetzung der Verbesserung der Hilfsangebote für die Flüchtlinge ge-

wertet, wie die angemessene Qualifikation der Mitarbeiter für ihre verantwortungsvolle und schwierige Tätigkeit.

Die jeweiligen Aufnahmebedingungen der europäischen Staaten und die möglichen Auswirkungen des Europäischen Binnenmarktes (1992), die Haltungen der Regierungen und die Einstellungen der Bevölkerungen zur Flüchtlingsproblematik und nicht zuletzt die verschiedenen persönlichen und sozio-kulturellen Erfahrungen der Flüchtlinge bedingen zahlreiche Probleme, mit denen die Mitarbeiter konfrontiert werden. Die Bewältigung dieser Probleme erfordert ohne Zweifel eine solide Einführung in das Aufgabengebiet, eine qualifizierte Aus- und Weiterbildung, Möglichkeiten des Erfahrungsaustausches im Team und, wo nötig, Angebote der Supervision.

Die differenzierten Ergebnisse des Seminars zur Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter werden in einem „Handbuch“ aufbereitet, das die Liga unter Beteiligung von Fachleuten aus dem

DRK und anderen europäischen Rotkreuz-Gesellschaften herausgegeben wird.

Alle Beteiligten waren mit dem Seminar, mit den Inhalten, Methoden und den Ergebnissen sehr zufrieden. Stellvertretend für viele bedankte sich ein Vertreter der sowjetischen Delegation bei den Organisatoren und den Teilnehmern: „Ich möchte dem DRK und der Liga meinen herzlichen Dank ausdrücken. Das Seminar hat es uns ermöglicht, die Bedeutung der Flüchtlingsproblematik zu erkennen, mit der die Welt und die Nationalen Gesellschaften konfrontiert sind. (...) Wir haben den Geist der Freundschaft und den Geist des Roten Kreuzes genossen, der während des gesamten Seminars herrschte; deshalb danken wir Ihnen nochmals, und wir sind davon überzeugt, daß sich die gegenseitigen Kontakte und die Zusammenarbeit in diesem Arbeitsfeld in der Zukunft fortsetzen werden.“ Heinz Knoche

Hilfe für die Opfer des Eisenbahnunglücks in der Sowjetunion

Mindestens 476 Tote und über 1 000 Schwerstbrandverletzte forderte das schwere Eisenbahnunglück bei Tscheljabinsk im Ural. Unter den Opfern waren besonders viele Kinder.

Zu dem Unglück war es durch ausströmendes Flüssiggas gekommen, das durch Funkenflug explodierte, als zwei Züge der Transsibirischen Eisenbahn vorbeifuhren.

Die sowjetische Regierung stellte eine Liste mit dringend notwendigen medizinischen Geräten zusammen und wandte sich

mit der Bitte um Unterstützung an den Arbeiter-Samariter-Bund.

Am 8. Juni 1989 um 11.00 Uhr startete das Flugzeug mit den Hilfsgütern des Arbeiter-Samariter-Bundes in Hannover Langenhagen in die Sowjetunion. Im Auftrag der Bundesregierung lieferte der Arbeiter-Samariter-Bund Hilfsmittel im Wert von 200 000 DM wie Wasserbetten als spezielle Lagerungshilfen für die Schwerstbrandverletzten, Infusionsbestecke und zahlreiche Spezialmedikamente und medizinische Spezialpräparate für die bessere medizinische Ver-

sorgung der Opfer des Eisenbahnunglücks vor Ort.

Der Arbeiter-Samariter-Bund hatte der Sowjetischen Botschaft in Bonn sowie dem Auswärtigen Amt darüber hinaus eine spezielle Versorgung für die Brandopfer angeboten: Er stellte Bettenkapazitäten für 50 Brandverletzte in Schwerstbehandlungszentren der Bundesrepublik bereit.

Vorsorglich hatte der ASB in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt Visa für zwei Ärzte beantragt, die vor Ort entscheiden sollten, ob und wann die Brandopfer

transportfähig seien.

Für den Transport hätte der ASB das Notarzt-Intensiv-Mobil des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Dieses weltweit einzigartige Fahrzeug zum Transport von Schwerstbrandverletzten war letztlich jedoch nicht mehr nötig, da sich der Krankheitszustand der Patienten soweit gebessert hatte, daß eine Verlegung in deutsche Spezialkliniken sich erübrigte.

ASB reaktiviert Krankenhäuser in Armenien

Aufgrund eines Spendenaufrufs sind beim ASB für die Wiederherstellung von zwei Krankenhäusern bisher Spenden in Höhe

von 982 000 DM eingetroffen, weitere 205 000 DM werden erwartet. Den größten Teil des Geldes hat das Internationale Arbeiter-Hilfs-

werk zur Verfügung gestellt – allein aus der Schweiz wurden 500 000 DM überwiesen.

Mit den Spenden will der ASB

zwei Projekte in Leninakan finanzieren: Es ist nach zähen Verhandlungen gelungen, ein völlig erhaltenes, dreistöckiges Gebäude als Krankenhaus mit 130 Betten umfunktionieren zu lassen. Einrichtung und Personal werden nun in das neue, gut erhaltene Gebäude umziehen können. Darüber hinaus soll auch die Ausstattung eines provisorisch errichteten Kinderkrankenhauses vervollständigt werden. Für beide Krankenhäuser sind weitere medizinische Geräte und Arbeitsmittel notwendig.

Infusions- und Injektionspumpen sind gestiftet worden. Zur Zeit werden medizinisch-technische Geräte wie Beatmungsgeräte, Sauerstoffzelte, Rollstühle, EKG-Überwachungsgeräte, Betten und sämtliche Instrumente eines Operationssaals zusammengestellt. Zahlreiche Ortsverbände des ASB haben sich für die Beschaffung der gebrauchten, funktionstüchtigen medizinischen Apparate engagiert. Der Neuwert liegt bei 1,5 Mio. DM. Die Lage-



In diesem dreistöckigen Gebäude wird das Krankenhaus eingerichtet.

zung findet momentan in einem leerstehenden Gebäude in Neunkirchen-Seelscheid statt. Den Transport der Güter in der So-

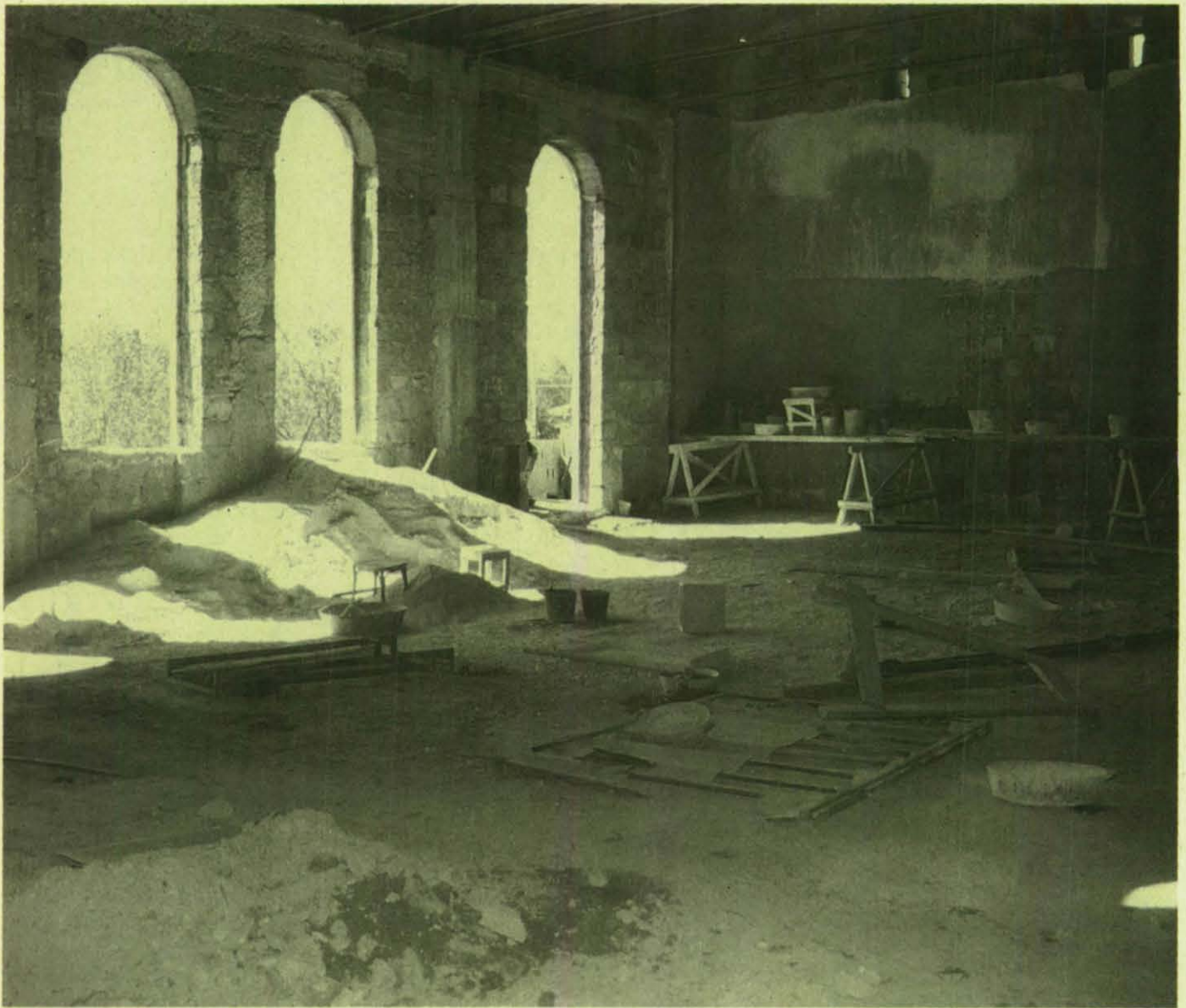
wjetunion soll die staatliche Speditionsfirma übernehmen.

Das Technische Hilfswerk wird Spezialisten für die Installation

von Wasser und Strom in den Krankenhäusern entsenden.

Mitte August fliegt ein achtköpfiges ASB-Einsatzteam nach Le-

ninakan, um mit eigenen Handwerkern an der Instandsetzung der Krankenhäuser mitzuwirken.



Die Innenansicht des Hauses. Noch ist viel zu tun.

Berliner Samariter wieder aktiv:

Medikamente nach Polen

Mitte Mai startete von der Berliner Zentrale des Arbeiter-Samariter-Bundes im Alfred-Klühs-Haus in der Bülowstraße ein erneuter Hilfszug mit einer 3 500-kg-Medikamentenspende nach Polen (Wert: 300 000 DM). Empfänger war eine dort ansässige Ärzteorganisation, die für die Verteilung auf die Stadtkrankenhäuser sorgt.

Es herrscht weiter der katastrophale Mangel an Medikamenten in der Volksrepublik Polen und die Spenden – mögen sie noch so „groß“ angesehen werden – sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die vom ASB transportierten Hilfsgüter wurden von der Berliner Bevölkerung, von Arztpraxen, Krankenhäusern und pharmazeu-

tischen Firmen gespendet. Ein Großteil wurde vom ASB hinzugehen.

Hauptsächlich sind es Herz-Kreislaufmittel, Antibiotika, Antirheumatika und medizinisches Einwegmaterial, die gebraucht werden.

Es handelt sich um Medikamente, die von den Spendern abgegeben wurden, da das Verfalls-

datum in den nächsten Wochen beachtet werden mußte und deshalb abgegeben werden konnte. Eine schnelle Verwendung in den Krankenhäusern in Polen ist sichergestellt.

Unfallfolgedienst:

Die „zweite“ Hilfe in der Not

Der Unfallfolgedienst hilft Menschen, die zwar nicht schwer verletzt sind, aber als Folge eines Unfalls plötzlich schwerwiegende Probleme haben. Wie bei keiner anderen Sozialleistung steht hier die menschliche Dimension im Vordergrund.

Am 12. Februar 1989 verunglückte in der Nähe von München ein französischer Reisebus mit 46 Insassen schwer. Es gab eine Handvoll Schwerverletzter, etwa 20 Insassen mußten ambulant behandelt werden, der Rest blieb unverletzt. Knapp 40 Personen standen plötzlich buchstäblich ohne Dach über dem Kopf auf der Straße.

In solchen Fällen taucht der Unfallfolgedienst auch einmal in der Öffentlichkeit, spricht: in der Lokalpresse, auf. Alle Franzosen werden von der Münchner Johanniter-Unfall-Hilfe beherbergt. Zwei französische Austauschschülerinnen aus der Familie eines Johanniters halfen als Dolmetscherinnen, außerdem wurden Essen und französische Videofilme besorgt, um den Urlaubern über den Schock hinwegzuhelfen. Am nächsten Tag konnte die Gruppe mit einem neuen Bus weiterfahren nach Linz.

Normalerweise ist die Arbeit des Unfallfolgedienstes weniger spektakulär, auch wenn die Dankbarkeit der betreuten Verkehrsteilnehmer eigentlich immer gleich groß ist. Nach einem Unfall steht natürlich erst einmal die Arbeit des Rettungsdienstes im Vordergrund, der sich um die Verletzten kümmert. Als nächstes holt dann ein Abschleppunternehmen das Fahrzeug ab und fährt es in eine Werkstatt. Für menschliche Probleme, die nach diesen dringendsten Hilfeleistungen noch existieren, bleibt den „nor-

malen“ Helfern am Unfallort meistens keine Zeit.

In der Nähe von Allershausen auf der Autobahn Nürnberg-München, etwa 30 Kilometer vor der bayerischen Landeshauptstadt, hat eine jugoslawische Familie einen Unfall. Die Mutter kommt verletzt ins Krankenhaus, der Vater und die drei Kinder werden mit dem kaputten Wagen zu einer Abschleppfirma gebracht, wo sie sich in einem kleinen Büro sammendrängen. Es ist kurz vor Mitternacht, die wichtigsten Arbeiten sind erledigt, die vier Personen sind plötzlich überflüssig geworden und wissen nicht, wohin.

Der erste Einsatz in Allershausen

Die Rettungswache der Johanniter-Unfall-Hilfe Allershausen wird vom zuständigen Verkehrszug der Landespolizei von dem Vorfall benachrichtigt. Maria Braun und Waltraud Gührs vom Unfallfolgedienst machen sich mitten in der Nacht auf den Weg, holen den Vater und seine drei Kinder ab und bringen sie ins Pfarrheim, wo sie die Nacht verbringen. Am nächsten Tag fährt Waltraud Gührs mit der Familie in die Klinik, wo die Mutter glück-

licherweise schon wieder entlassen werden kann.

Ende des Einsatzes? Keineswegs! Die jugoslawische Familie muß nicht nur zur Polizei, sondern auch zum Arzt, zur Abschleppfirma und zu einem Anwalt begleitet werden. Außerdem sind Telefongespräche mit der Versicherung notwendig. All diese Sachen zu erledigen, wäre für die Jugoslawen nach dem Schock des Unfalls fast unmöglich gewesen.

Und inmitten dieses ganzen Trubels ist eines immer wieder am wichtigsten: gutes Zureden, ein paar tröstende Worte, das Gefühl, einen Mitmenschen zu haben, der sich in dieser Notlage um einen kümmert. Im Einsatzbericht der beiden Helferinnen steht später: „Vier Tage vollbeschäftigt, aber es ist schön, helfen zu können.“

Das war der erste Einsatz des Unfallfolgedienstes Allershausen, der 1979 von den dortigen Johannitern zusätzlich zu wichtigen Abteilungen wie Rettungsdienst und Katastrophenschutz gegründet wurde. Eine Vielzahl ähnlicher Folgedienst-Stellen gibt es heute im gesamten Gebiet der Bundesrepublik, die meisten gelegen an neuralgischen Verkehrspunkten.

Der Unfallfolgedienst – gegründet von den beiden kirchli-

chen Hilfsorganisationen Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst – bietet dabei überall denselben Service: Egal, ob es sich um die Bereitstellung einer Unterkunft, um die Versorgung mit Essen, um Dolmetscherdienste, um Unterbringung des Gepäcks oder „nur“ um ganz normale menschliche Zuwendung handelt: Die Inanspruchnahme des Dienstes ist grundsätzlich kostenlos.

Ehrenamt mit Verantwortung

Allershausen liegt an einem unfallträchtigen Abschnitt der Autobahn. Hier haben die Johanniter heute 20 ehrenamtliche Mitarbeiter im Unfallfolgedienst. Sie sind alle auf einem wichtigen Blatt Papier nach ihren besonderen Fähigkeiten aufgelistet. Wer hat einen Pkw zum Transport von Personen oder Gepäck? Wer kann Gäste zum Schlafen unterbringen? Wer kann schnell Babynahrung beschaffen? Und – besonders wichtig: Wer spricht Türkisch, Jugoslawisch, Griechisch, Schwedisch, Dänisch...? Ausländische Verkehrsteilnehmer, die sich bei einem Unfall in Deutschland oft doppelt so hilflos fühlen wie ein Einheimischer, machen nämlich fast 80 Prozent der Kundschaft aus.

Wer ehrenamtliches Mitglied beim Unfallfolgedienst werden will, bloß um sich mit einem sozialen Mäntelchen zu schmücken, der ist hier fehl am Platz. Alle Mitglieder verpflichten sich, bei der Bereitstellung der für jede Unfallfolgedienst-Stelle garantierten Leistungen so gut wie möglich zu helfen.

Die Mindeststandards einer Stelle sind dabei schon ganz schön hoch gesetzt: Erreichbarkeit rund um die Uhr, menschliche Betreuung in jeder anfallenden Situation, Bereitstellung von



Der gestrandeten Familie bieten die Allershausener Johanniter Obdach.

Übernachtungsmöglichkeiten, Abholung von Betroffenen am Unfallort oder bei der Polizeidienststelle und Sicherstellung der Verpflegung stehen normalerweise im Vordergrund. Aber auch Dolmetscherdienste, zeitraubende Formalitäten, Krankenhausbesuche und Organisation der Weiterreise gehören zum Alltag jedes Unfallfolgedienstes.

Heute, nach zehn Jahren Tätigkeit, kann der Unfallfolgedienst Allershausen nicht nur stolz auf seine zwei Übernachtungsräume im Gebäude der JUH sein. Er blickt auch auf eine Reihe erfolgreich abgewickelter Fälle zurück, die wohl keiner der Beteiligten so schnell vergessen wird.

Da war etwa das Ehepaar mit

der sehr schöne Momente. Da war z. B. der Türke, dessen Frau nach einem Unfall ins Krankenhaus kam und den Maria Braun beim katholischen Pfarrer unterbringen mußte. Aber wird denn das gehen, fragte sie sich: ein Moslem und ein „professioneller“ Christ unter einem Dach? Die Sorge erwies sich als unberechtigt. Der Türke blieb eine Woche, der Pfarrer betete jeden Tag für dessen Frau in der Kirche, und die beiden wurden Freunde.

Ein anderer Fall ereignete sich Heiligabend. Ein Kleinbus mit acht norwegischen Insassen hatte um 20 Uhr 30 eine Panne. Maria Braun und ihre Familie, die gerade kurz vor der Bescherung waren, holten die durchfrohrenen



Sieger-Lächeln für die Kamera: Die Gewinner-Teams aus Schwabach und JUH-Präsident Wilhelm Graf von Schwerin (rechts) freuen sich über den Erfolg.



In der Einsatzzentrale werden die notwendigen Kontakte koordiniert. (Foto: Zeidler-Dumanski)

zwei Kindern, das auf der Reise in den Urlaub war. Der Wagen hatte eine harmlose Panne, die herzkranken Frau erlitt daraufhin aber einen tödlichen Infarkt. Als Folge hatte der Mann einen schweren Nervenzusammenbruch. Die Betreuung dieses „Falles“ zog sich über mehrere Tage hin.

„So etwas geht einem dann menschlich schon sehr nahe“, sagt Maria Braun, eine der aktivsten Mitarbeiterinnen beim Unfallfolgedienst Allershausen. „Aber ich sehe es sowieso so, daß der Zuspruch und das Menschliche bei dieser Arbeit das Wichtigste sind.“

Menschlichkeit ist wichtig

Als Lohn für diesen Zuspruch erlebt man aber auch immer wie-

Reisenden ab und brachten sie in die Unterkunftsräume der JUH. Wieder zu Hause, dachten sie sich: Wir können diese Menschen doch an Heiligabend nicht allein dort sitzen lassen!

Also wurde Glühwein und Punsch gemacht und wieder in die JUH gefahren. Das „Stille Nacht, heilige Nacht“, das den Norwegern vom Eingang entgegenklang, wurde sofort auf Norwegisch erwidert. Bis spät in die Nacht saß man dann zusammen und erlebte so ein Weihnachtsfest, das allen Beteiligten unvergeßlich bleiben wird.

Ein unspektakuläres Ereignis, das in keinem Einsatzbericht Erwähnung fand. Aber ein Ereignis, das durch seinen menschlichen Ertrag für die Arbeit des Unfallfolgedienstes sehr typisch ist.

Wolfram Glaser

Übungen, die Mut machen

Für einen Samstag im Mai wurde die baden-württembergische Kleinstadt Ladenburg zum Zentrum der Johanniter. Am 20. Mai trafen sich hier rund 300 ehrenamtliche Sanitäter zum Bundeswettkampf. Sieger im Wettbewerb der Rettungssanitäter wurde die Mannschaft aus Hamburg. Für die große Überraschung sorgten die Teilnehmer aus Schwabach. Sowohl in der Kategorie Sanitätshelfer als auch

im Kampf der Jugendmannschaften stellten sie das Sieger-Team.

Fachkundige Beobachter waren sich einig: Entscheidend für den Erfolg der siegreichen Mannschaften, aber auch für die guten Leistungen der übrigen Gruppen, war das hohe Niveau der Ausbildung. Hinzu kam natürlich das für die ehrenamtlichen Helfer schon sprichwörtliche starke Engagement.

Ein Wettbewerb, der Mut machte. Denn die Ergebnisse bewiesen: Im Ernstfall sind Unfallopfer bei den Johannitern in guten Händen.

Auszeichnung für Einsatz in El Salvador



Präsident Wilhelm Graf von Schwerin überreichte der Kölner Ärztin Monika Euler die Ehrenzeichen der JUH. Mit dieser Auszeichnung wurden die Verdienste der Kinderärztin während ihres achtmonatigen Einsatzes in El Salvador gewürdigt. Sie hatte dort im Auftrag der Johanniter und des Diakonischen Werkes Flüchtlinge betreut, die in ihre Heimat zurückkehrten, und eine Art Basisgesundheitsdienst errichtet. An der kleinen Feier in Bonn nahmen auch Katastrophenschutzreferent Harald Rebmann und Bundesgeschäftsführer Andreas v. Block-Schlesier teil (v.l.n.r.). (Foto: Giesen)

Internationaler Leistungswettbewerb für Sanitätsgruppen

Hohes Niveau bewiesen

Die Malteser aus Waldkirchen trugen in Bonn den Gesamtsieg davon

Internationalen Standard bewiesen die Sanitätsgruppen des Malteser-Hilfsdienstes. Bereits zum zweiten Mal führte die Kölner Diözesangliederung einen Internationalen Leistungswettbewerb durch.

Im Rahmen der 2000-Jahr-Feier und unter Schirmherrschaft des Bonner Oberbürgermeisters, Dr. Hans Daniels, fanden am 28. Mai bei strahlendem Sonnenschein die Wettbewerbe in der Bundeshauptstadt statt. Dazu waren Gruppen aus Südtirol, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Irland angereist. Der Malteser-Hilfsdienst bot den letztjährigen Bundessieger aus Waldkirchen und den Diözesansieger aus Bad Honnef auf. Die Bad Honnefer waren am Vortag als Gewinner der diözesaninternen Qualifikation hervorgegangen. Weitere Teilnehmer kamen von der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalen.

Für einen reibungslosen Ablauf der Veranstaltung sorgte die Einrichtung eines Einsatz- und Führungsstabes gemäß KatS-DV-100. Leiter des Stabes war Diözesanarzt Prof. Dr. Eberhard Klaschik. Eigens für den Wettbewerb hatten die Malteser-Fernmelder das gesamte Gelände mit Feldtelefonen und einer kompletten Zentrale bestückt. Dadurch war die ständige Erreichbarkeit aller verantwortlichen Mitarbeiter gewährleistet.

Zum Ablauf:

Jeweils drei Helfer und ein Gruppenführer bildeten ein Team. Es galt Aufgaben aus dem Bereich der Ersten Hilfe und des Sanitätswesens zu bewältigen.

In der Sonderwertung für einen Tragewettbewerb siegten die Malteser aus Waldkirchen vor

dem Bergretterteam aus Südtirol. Eine mit 75 kg beschwerte Trage war über drei mit Hindernissen versehenen Stationen zu bringen. Zusätzliche Strafsekunden konnten 20 Kugeln verursachen. Diese waren lose auf senkrecht aufge-

stellten Glasröhrchen angebracht und auf der Trage befestigt worden.

Beim Geschicklichkeitsfahren, für das die Bereitschaftspolizei Brühl verantwortlich zeichnete, siegten die Bad Honnefer Malte-



Die Darsteller der niederländischen Lotusgruppe machten es den Helfern nicht leicht.

ser, vor dem EHBO aus den Niederlanden. Hier war nicht nur das präzise Fahren durch einen Parcours gefragt. Jeder Fahrer hatte auch die Aufgabe, das Dienstfahrzeug auf seine Verkehrssicherheit hin zu überprüfen. Dieses war mit fünf Fehlern entsprechend präpariert worden.

Schwierige Aufgaben

Schwerpunkt der Erste-Hilfe-Wettbewerbe war die Bewältigung einiger, von der holländischen Lotus-Gruppe sehr realistisch dargestellter Unfallsituationen. Zum Beispiel war es zwischen einer Gruppe von 3 Punkern zu einem heftigen Streit gekommen. Ein Teilnehmer hatte ein Messer im Rücken. Ein weiterer hatte neben einer blutenden Wunde einen offenen Schienbeinbruch erlitten. Die dritte im Bunde erlitt einen Unterkieferbruch. Zu dieser Gruppe gesellten sich, rein zufällig, zwei alkoholisierte Stadstreicher, die die Aufgabe hatten, die Hilfsmaßnahmen zu stören.

Bei einer Einzelunfallsituation nach einem Stromschlag, wurden Kenntnisse in der Herz-Lungen-Wiederbelebung verlangt. Denn der Verletzte war infolge des Z Bodenfalls bewußtlos.

Weiterhin wurden von den Teilnehmern bei vier Stationen die richtigen Diagnosen erwartet. Hier zeigte sich die internationale Klasse der irischen Mannschaft. Sie bewies in dieser Wertung besondere Kompetenz. Nach den zweitplazierten Belgiern folgte die Mannschaft der Malteser aus Waldkirchen.

Zu einer Leistungsschau mit Spezialfahrzeugen zum Rettungsdienst und Krankentransport hatten die Malteser noch eine umfangreiche Ausstellung über ihre Dienste zusammengestellt. Zum



Zwischen Punkern war ein Streit entbrannt. Fachkundige Diagnose und schnelle Hilfe waren gefordert.

zentralen Treff wurde dabei die Vorstellung des Hausnotrufdienstes für alte, kranke und behinderte Menschen.

Weiß-blauer Sieg

Zum Gesamtsieg beim Internationalen Leistungswettbewerb gratulierte der Generalsekretär

der Malteser, Johannes Freiherr Heereman, „seiner“ Gruppe aus Waldkirchen. Er betonte wie wichtig das ehrenamtliche Engagement im Sanitäts- und Rettungswesen sei. Trotz einiger Defizite können sich die Leistungen dieser Helferinnen und Helfer international sehen lassen.

Wilfried Esser



Ein insgesamt positives Resümee zog Johannes Freiherr Heereman, Generalsekretär der Malteser. Im Hintergrund die erfolgreiche Mannschaft aus Waldkirchen.

Großeinsatz bei der Sail '89

Organisatorischer Mammut-Aufwand zur Sicherheit von drei Millionen Menschen

Der Hamburger Senat hat zur 800-Jahr-Feier des Hafens viele Veranstaltungen für 1989 geplant. Die Sail '89 ist hiervon die größte und fand vom 13. bis 23. Juli 1989 statt. Es war gleichzeitig die größte Windjammerparade Europas.

Die interessantesten Termine waren der 16. und 23. Juli, beides Sonntage. An diesen Tagen fand je eine Auslaufparade der Windjammer und Segelschiffe statt. Allein an diesen beiden Tagen rechneten die Verantwortlichen mit etwa 3 Millionen Besuchern. Zum Vergleich: Hamburg hat ca. 1,6 Millionen Einwohner. Es galt deshalb, insbesondere im Rettungs- und Sanitätsdienst möglichst das letzte Risiko auszuschalten.

Doch kommen wir nun zur Darstellung der gesamtorganisatorischen Planung und zum Ablauf aus Sicht des Malteser-Hilfsdienstes Hamburg. Die Gesamtein-satzleitung aller Maßnahmen (Ge-



Angesichts der erwarteten drei Millionen Zuschauer mußte eine ganze Armada von Rettungsfahrzeugen bereitstehen.

fahrenabwehr, technische Hilfeleistung, Rettungs- und Sanitätsdienst) erfolgte durch die Feuerwehr (FEL/D). Weiterhin beteiligt waren die Hilfsorganisationen, Mitarbeiter der Gesundheitsbehörde und der Beauftragte der Leitenden Notarztgruppe.

Die FEL/D arbeitete mit den Führungsstäben der Polizeidirektionen Mitte, West, Süd und Wasser zusammen. Zu diesen Führungsstäben gehörten ebenfalls Feuerwehrleute. Untergeordnet gab es die Technischen Einsatzleitungen (TEL) Nord, Süd und Wasser. Die TEL Nord und Süd waren für die Koordination der technischen und rettungsdienstlichen Hilfeleistungen zu Land zuständig, die TEL Wasser übernahm diese Aufgaben zu Wasser.

Diese TEL waren einer gemeinsamen Befehlsstelle (GBST) angeschlossen, die die Aufgabe hatte, Programmpunkte des Veranstalters zu koordinieren. Sie setzte sich aus Angehörigen der Berufsfeuerwehr, der Polizei, des Oberhafenamtes und des Veranstalters zusammen.

Die Abschnittsführungen der eingesetzten Organisationen waren der TEL nachgeordnet. Jede der vier Hilfsorganisationen hatte ihre Abschnittsführungen im jeweils eingerichteten Behelfskrankenhaus untergebracht.

Für die An- und Abreise der Besucher rechnete man mit 500 000 Pkw und 2 500 Reisebussen, für die nur 60 000 Stellplätze zur Verfügung standen. Die Personenbeförderung per U- und S-Bahnen, hier speziell die Überfüllung der Bahnhöfe, stellte sich als weiteres Problem dar. Nach den Vermutungen der Veranstalter würden sich auf der nördlichen Elbseite mehr Besucher aufhalten. Folglich mußten vom Hafen bis zur Landesgrenze ca. alle 2 km Unfallhilfs- und Meldestellen durch die Hilfsorganisationen eingerichtet werden. Dazu gehörte jeweils auch die Bereitstellung eines RTW.

Davon ausgehend, daß der Abtransport von Personen in ein naheliegendes Krankenhaus z. B. wegen erschöpfter Aufnahmekapazität nicht möglich ist, stationierte die Einsatzleitung zwei RT-Hubschrauber auf dem Gelände einer Flugzeugbaufirma. Landplätze waren nördlich der Elbe im Jenischpark (MHD-Einsatzbe-



Zeitweise waren 20 Rettungswagen gleichzeitig im Einsatz. Hauptursache waren Kreislaufschwächen bei schwülem Wetter. Fotos: Gerold Wildt

reich) und südlich der Elbe auf dem Schwarzenberg in Hamburg-Harburg.

Wasserseitig wurden drei Lösch- und das Lösch-Ambulanzboot der Berufsfeuerwehr Hamburg zur Sicherung der Aktivitäten eingesetzt. Die drei Löschboote erhielten zur Verstärkung je einen Rettungssanitäter und das Lösch-Ambulanzboot einen Notarzt. Die zusätzlich insgesamt 24 bzw. 32 Kleinboote der Feuerwehr, der DLRG und der Wasserwacht wurden zur Überwachung der Wasserflächen eingesetzt.

Der Malteser-Hilfsdienst hatte den Bereich Fischauktionshalle (Höhe Hafenstraße) bis Teufelsbrück auf einer Gesamtlänge von ca. 7,5 km zu betreuen. Weiterhin oblag dem MHD der Rettungs- und Sanitätsdienst der S-Bahnhöfe Altona, Bahrenfeld und Othmarschen. Das Gebiet hatte eine Gesamtgröße von ca. 30 km². Für seinen Bereich richtete der MHD ein Behelfskrankenhaus ein, wofür die Gebäude einer Schule zur Verfügung standen. Hier konnte man nicht nur die funk- und fernmeldetechnisch sehr gut ausgerüstete Abschnittsführung optimal unterbringen, sondern auch je einen Behandlungs- und Schockraum sowie zwei Pflegestationen einrichten.

Personell waren an beiden Tagen je 30 Helfer, acht Schwesternhelferinnen und drei Ärzte, technisch acht RTW und ein NAW jeweils mit Besatzung einsatzbereit. Außerdem wurde ein NEF vom MHD Ahrensburg vorgehalten. Bei den Unfallhilfs- und Meldestellen waren 95 Helfer vor Ort.

Entgegen den Erwartungen kamen am 16. Juli nur ca. 550 000 Besucher. Auf allen Funkkanälen der Hilfsorganisationen blieb es aufgrund der kühlen Witterung ruhig. Es gab nur wenige, nicht nennenswerte Hilfeleistungen.

Der 23. Juli hingegen hatte verschiedene Höhepunkte:

Die Wetterlage war bei Temperaturen um 26° schwül und drückend, der Himmel bedeckt, zunächst ohne Regen, der dann jedoch gegen 16.00 Uhr einsetzte. Bis zur Auslaufparade um 15.00 Uhr trafen 1 bis 1,5 Millionen Besucher ein.

Die TEL Nord, zu der u. a. der MHD gehörte, hatte von morgens bis nachmittags 100 Einsätze zu verzeichnen. Die Spitzenzeit war zwischen 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr, wo zeitweise 20 RTW gleichzeitig im Einsatz waren.

Die TEL Nord verfügte über 25 RTW, 5 NEF, 2 NAW und 3 NEM. Unter NEM ist ein Notarzt-Ein-

satz-Motorrad zu verstehen. Zwei der NEM hatte die JUH Deister/Niedersachsen zur Verfügung gestellt. Das NEM ist wie folgt ausgerüstet: Fahrer = Rettungssanitäter, Sozius = Notarzt, Defibrillator und Notfallkoffer. Im Einsatzfälle waren die NEM dort eingesetzt worden, wo RTW, NAW oder NEF keine Zufahrtmöglichkeit gehabt hätten.

28 Notfallbehandlungen waren im Behelfskrankenhaus vorzunehmen. Der überwiegende Teil waren Kreislaufschwächen. Doch auch ein Bänderriß und ein Hundebiß waren medizinisch zu versorgen einschließlich des Weitertransports in ein Krankenhaus. Die gefährlichste Verletzung erlitt eine Frau, die in eine zerbrochene Flasche griff. Dabei hatte sie sich eine Fingerarterie durchtrennt.

Die Behelfskrankenhäuser haben ihren Zweck erfüllt, da von den eingelieferten Patienten nur ca. zehn Prozent weiterbefördert werden mußten.

Abschließend bleibt nach Meinung des Malteser-Hilfsdienstes und der Berufsfeuerwehr Hamburg festzuhalten, daß nur mit diesem hohen organisatorischen Aufwand Großveranstaltungen rettungsdienstmäßig optimal abzusichern sind. Gerold Wildt

Ein Cebit-Besucher des Jahres 1989:

„Wer einen Computer kauft, braucht Ausdauer und gute Nerven“

„Computer-Kommunikation steckt an“, „Kinderleichte Bedienung“, „Technischer Ballast ist nicht erwünscht“, „Stühlerücken im Büro“, „Dienstplangestaltung mit dem Computer“, so und ähnlich ist ständig in Fach- und Tageszeitungen im Zusammenhang mit dem Einzug des Computers ins Bürowesen zu lesen. Jedoch nur selten auch über die Erkenntnis eines Neuanwenders: „Wer einen Computer kauft, braucht Ausdauer und gute Nerven“. Ob der vielleicht bei einigen Neuanwendern vorhandene Ehrgeiz, „nur nicht eine gewisse Unkenntnis erkennen lassen“, ein Grund dafür ist? Der Computer drängt seit Jahren nicht nur in die Spielzimmer der Kinder, in die Industrie und Rechenzentren, sondern unaufhaltsam auch in die kleinen Büros von Handel und Handwerk. Dagegen hat man sich in kleineren Verwaltungsstellen offensichtlich dieser Entwicklung noch nicht so angepaßt; noch zu häufig erfordern Entscheidungen zur Anschaffung eines Computers unverhältnismäßig lange Beratungszeiträume. Doch danach soll sofort alles „auf Computer umgestellt sein“, weil z. B. Personalücken bestehen und der PC diese doch „sofort ausfüllen“ soll. Eine solche Erwartungshaltung würde nicht der Realität entsprechen.

Entwicklung mit Computer

Kein Zweifel, die Welt ist verdatet und verdrahtet: Computer berechnen nicht nur die Umlaufbahnen von Satelliten, schalten Verkehrsampeln und überwachen Kernkraftwerke, sie verändern auch das tägliche Büroleben und

damit die gewohnten Schreibtisch-Arbeitsplätze. Gab es vor ca. 14 Jahren einen ersten Personal-Computer als Bausatz, so nutzen ihn heute weltweit bereits über 25 Millionen Menschen. Auch im Verwaltungsbereich der Feuerwehren macht diese Entwicklung keinen Halt; bisher war der Einsatzleitrechner gemeint, wenn bei Feuerwehren von Computer gesprochen wurde, morgen



ist es neben diesem Einsatzleitrechner der für die täglichen kleineren Verwaltungsarbeiten benötigte zusätzliche PC.

Wer es wagt, weil es vielleicht aus seiner Sicht schon zum guten Ton oder zum persönlichen Ansehen gehört, als „EDV-Ungebildeter“ einen PC zu kaufen und ggf. auch bedienen zu wollen, landet sehr schnell in einer Welt, deren Sprache er nicht mehr versteht, weil ihm einfach Grundkenntnisse fehlen. Dann heißt es, schnell einen Kursus zu belegen oder Kurzlehrgang zu besuchen. Die Vorstellung, man kaufe sich einen PC (Hardware), dazu ein Programm (Software) und fange an, auf dem Bildschirm zu schreiben und dieses per Tastendruck mit einem Drucker auf Papier zu bringen, der wird schnell aus seinen Träumen gerissen. „Briefe werden gedruckt, während Sie telefonieren“, ein Satz aus einer Computer-Anzeige, der aufhorchen

läßt, gilt bestimmt nicht für den normalen Ersteinsteiger ohne entsprechende EDV-Grundausbildung und ohne spezielle PC-Einweisung und Einweisung zur verwendeten Software.

Fachchinesisch

Die Fülle des heutigen Angebotes im PC-Bereich wurde auf der diesjährigen Cebit (Hannover) mehr als deutlich; für einen PC-Ersteinsteiger vollkommen unübersichtlich, das Marktangebot „erschlägt ihn“. Recht schnell ist bei der heutigen Preislage (gegenüber vor Jahren verhältnismäßig preisgünstig) ein PC gekauft, hat man sich von einem Händler von der Richtigkeit seines Angebots überzeugen lassen. Der „Ersteinsteiger“ versteht dabei kaum etwas von den vielen angeführten technischen Details und Vergleichen. Die These, daß Fachterminologie Fachchinesisch ist, wird im PC-Milieu schnell mit aller Gründlichkeit bewiesen. Was Laien alles erzählt und mit Druckschriften belegt wird, entpuppt sich für diese meist als unverständlich, nur für Eingeweihte nachvollziehbar.

Keine „Katze im Sack“ kaufen

Vor oder nach dem PC-Kauf steht noch die Auswahl und der Kauf der Software an, etwa eines Textverarbeitungsprogramms, eines Kalkulationsprogramms, eines Dateiprogramms usw. Heute ein solches Programm in einem Computerhandel oder der entsprechenden Abteilung eines Kaufhauses vorgeführt und verständlich erläutert zu bekommen, ist keine Selbstverständlichkeit. Vielfach trifft man nur auf Verkäufer als „Hardware-Spezialisten“, jedoch kaum als Kenner des Software-Marktes. Nur selten ist ein Programm (Software) vorführbereit, nur selten trifft man die Bereitschaft zur Vorführung an. Hardware wird erläutert und vorgeführt, aber die ebenso teure Software wird ggf. nur in Originalverpackung gezeigt, ohne Möglichkeiten des Erprobens. Hier erwartet man vom Kunden den „Kauf einer Katze im Sack“. Bekennt sich dann noch ein Käufer zu seinem PC-Laientum, folgt schnell die Reaktion des Verkäufers: „Was möchten Sie noch? – Ich habe dort noch einen Kunden. – Kommen Sie doch wieder, Sie

ES MUß WUNDERSCHÖN SEIN, MIT IHNEN AUF DEMSELBEN DATENTRÄGER GESPEICHERT ZU SEIN



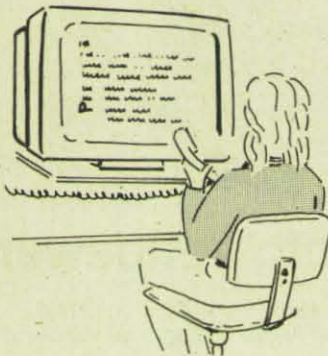
können sich einweisen lassen: Stunde 98 Mark bzw. im Schnellkurs mit 8 Schulstunden (à 45 Min.) 400 Mark.“ So macht dieser Kunde seine ersten Erfahrungen in der Form: Viele Computerhändler wollen schnell verkaufen, haben nie Zeit, antworten auf Fragen, die der Laien-Kunde nicht versteht, und „werfen“ nur so mit Fachchinesisch umher; jede Verkäuferminute scheint Geld zu sein.

Was soll dieser Käufer, vielleicht der Käufer, der für den Verwaltungsbereich in der Feuerwehr einen PC oder eine Software kaufen will, machen? Er sollte die Hilfe von Freunden, Bekannten oder Geschäftsfreunden in Anspruch nehmen, die bereits über praktische Erfahrungen mit einem PC verfügen. Achten sollte er aber auch auf die Ratschläge der „Computerfreaks“, die vielfach schnell zur Superlösung neigen, die für den „Anfänger“ aber noch nicht brauchbar ist, die beim „Start“ nur eine Belastung darstellt. Augenmaß ist auch hier gefragt. Vor dem Kauf sollte man sich Gedanken darüber machen, welche Arbeiten künftig auf dem PC erledigt werden sollen, welcher Umfang anfällt.

Kompatibilität

Zu beachten ist, daß der PC kompatibel ist, denn Kompatibilität ist wichtig, weil ein PC-Besitzer

zer nur dann mit professioneller Software arbeiten und zwischen einem großen Angebot wählen kann. Achten sollte man darauf, daß die Hardware (Prozessor 80286 oder 80386) möglichst eine Festplatte (mindestens 20 MB)



hat, einen Hauptspeicher mit mindestens 624 KB, besser 1 MB oder gar 2 MB, sowie ein Diskettenlaufwerk mit 3 1/2" oder 5 1/4". Sehr wichtig bei der Datenverarbeitung ist eine ständige Datensicherung. Hierfür gibt es verschiedene technische Lösungen. Jedoch sollte man sich nicht aufreden lassen, die Datensicherung „nur“ mit Disketten zu machen, weil vielleicht der Kaufpreis sonst abschrecken würde. Wer es sich finanziell leisten kann, sollte anstelle eines Monochrom-Monitors einen Farbmonitor kaufen. Am Drucker sollte nicht zu sehr gespart werden, ein 24-Nadel-Drucker bietet sich an.

Welches Fabrikat empfiehlt sich? Wichtige Entscheidungshilfe sollte sein, für welches Fabrikat am Ort ein guter Kundendienst vorhanden ist. Zumindest in der Anfangszeit wird häufig dessen fachmännischer Rat und seine schnelle Reparaturhilfe benötigt, bis die „Kinderkrankheiten“ beseitigt sind. Denn so läuft es nicht: Computer-Kauf, Software geladen, Drucker angeschlossen, und ab morgen wird es laufen. So denken zwar manchmal Vorgesetzte, aber nur dann, wenn diese selber noch nicht vor diesen konkreten Problemen gestanden haben. Häufig vergeht ein Jahr und länger, bis alle Arbeitsvorhaben verhältnismäßig reibungslos mit dem PC laufen.

Software

Eine schwierige Aufgabe ist die Auswahl der geeigneten Software. Hier muß man sich vielfach auf Fachberatungen und insbesondere auf das eigene Studium von Fachzeitschriften verlassen. Auch der Bekannte kann vielleicht gute Ratschläge geben, wenn dieser eine bestimmte Software selber im Einsatz hat. Wählen Sie nur ein Programm mit deutscher Sprache und einem deutschsprachigen Handbuch! Achten Sie darauf, daß die Software-Programme untereinander „verknüpfbar“ sind, daß Daten zwischen den einzelnen Programmen ausge-

tauscht werden können, daß ein Programm auf Daten des anderen Programms zugreifen kann.

„Den Gaul von hinten aufzäumen“, so geschieht es in vielen Büros. Manchmal lassen Vorgesetzte den Gaul von hinten aufzäumen; erst fällt die Entscheidung für das Gerät (Hardware), dann erst schaut man sich nach der entsprechenden Software für diesen PC um. Erst lassen diese Entscheidungsträger Monate auf die Freigabe zum Kauf des PC warten, dann erwartet man aber, daß alles sofort läuft. Die Anlaufzeit, Einarbeitungszeit der Mitarbeiter und die Zeit für die unum-



gänglichen organisatorischen Umstellungen wird nicht gesehen; eine Fehleinschätzung bei der EDV-Einführung. Was würde man von einem Spediteur halten, der sich einen Sportwagen kauft, weil er so „schick und schnell“ ist, hinterher allerdings feststellen muß, daß der kleine Flitzer keine Ladefläche hat? So ähnlich verhält

26. Deutscher Feuerwehrtag 1990

Wie schon mehrfach geschehen, möchten wir alle Besucher des nächstjährigen Deutschen Feuerwehrtages darauf hinweisen, sich baldigst um ein benötigtes Quartier im Hotel/Gasthof/Pension bzw. Privatzimmer zu bemühen. Wie sagt der Volksmund? „Wer zuletzt kommt, mahlt zuletzt.“

Die Quartierbestellungen sind wie folgt vorzunehmen:

1. Für Hotel, Gasthof, Pension, Privatzimmer:

Verkehrsverein Tourist-Information Friedrichshafen, Friedrichstraße 18, 7990 Friedrichshafen, Telefon (07541) 21729, 203291.

Hinweise:

- Derzeit wurden schon etwa 1/3 des Zimmerkontingents in Friedrichshafen und Umgebung reserviert.
- Für 1 Nacht ist nach derzeitigem Stand keine Zimmerreservierung in Hotel, Gasthof, Pension, Privatzimmer möglich (Empfehlung: Gemeinschaftsquartier).
- Ab 2 zusammenhängende Übernachtungen wird dagegen jeder Reservierungswunsch berücksichtigt (solange nicht ausgebucht); der Besteller erhält umgehend eine Reservierungsbestätigung, dagegen die genaue Quartiersanschrift erst um die Jahreswende.
- Für die Reservierung sind u. a. Angaben erforderlich bezüglich genauer Übernachtungstage, Bettenzahl und Preisvorstellungen (Hinweis: spätere Erhöhung der Bettenzahl voraussichtlich nicht realisierbar).



2. Für Gemeinschaftsquartiere

(in Klassenzimmern der örtlichen Schulen) unter Verwendung der TEILNEHMER-MELDUNG (offizieller DFV-Meldebogen) bis spätestens 31. 12. 1989 an Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, D-5300 Bonn 2.



man sich noch häufig im EDV-Bereich.

Wozu dieser Artikel?

Sie werden sich vielleicht gefragt haben, wozu dieser nicht „feuerwehrspezifische“ Bericht in dieser Zeitschrift? Weil auch bei den Feuerwehren/Feuerwehrverbänden der PC zunehmend Einzug hält und ohne diese EDV-Technik morgen viele tägliche Verwaltungsarbeiten nicht mehr schaffbar und nicht mehr wirtschaftlich sind, weil damit diese Zielgruppen PC-Anwender werden, sofern sie es nicht schon sind. Auch die Feuerwehrverbände aller Ebenen sollten sich trotz der für ihre finanziellen Möglichkeiten entstehenden „höheren“ Anschaffungskosten der EDV-Technik nicht noch länger verschließen.

EDV-Hilfe

Wünschenswert, ja sogar notwendig wäre es, wenn sich die Feuerwehren/-verbände für die Verwaltungsarbeiten auf ein Rahmenkonzept verständigen, damit künftige Daten transportabel wären, damit Daten ausgetauscht werden können! Die Chance dafür ist noch vorhanden, sie sollte genutzt werden. Hilfreich für die Feuerwehren/-verbände wäre es, wenn eine zentrale Verbandsstelle diesen für den Bedarf bei Verwaltungsarbeiten Empfehlungen aussprechen könnte zur Hardware und Software, die einfach, brauchbar und dazu noch preiswert ist. Ein doch sinnvolles Konzept? Wie gesagt, noch ist es hierfür nicht zu spät.

Ein Gedanke

Ein anderer Gedanke: Es sollten nicht nur Erfahrungen über Hardware und handelsübliche Software ausgetauscht werden, sondern ebenso wichtig ist es auch, die bei Feuerwehren/-verbänden vorhandenen und künftig entstehenden Eigenentwicklungen an Software zentral zu erfassen, dadurch eine Übersicht zu bekommen und letztlich diese anderen Interessenten in den Feuerwehren/-verbänden (auf Vertragsbasis) zugänglich zu machen. Es wäre doch schade, wenn die ggf. örtlich vorhandenen Eigen-



Fotowettbewerb

Der Deutsche Feuerwehrverband (DFV) veranstaltet aus Anlaß des 26. Deutschen Feuerwehrtages 1990 in Friedrichshafen einen Fotowettbewerb.

Der Wettbewerb steht unter dem Motto des Deutschen Feuerwehrtages und lautet:
„Feuerwehr = Mensch und Technik“

Wettbewerbsbedingungen:

1. Veranstalter ist der Deutsche Feuerwehrverband.
2. Teilnahmeberechtigt sind alle Amateurfotografen innerhalb und außerhalb der Feuerwehren.
3. Jeder Teilnehmer kann bis zu 5 Fotos einreichen.
4. Die Aufnahmen können schwarzweiß oder farbig sein. Format der Schwarzweißfotos 24x30 cm, der Farbfotos 20x30 cm.
5. Die eingereichten Fotos dürfen noch nicht veröffentlicht worden sein; der Einsender muß alle Rechte an ihnen besitzen.
6. Die Fotos müssen fototechnisch einwandfrei und reproduktionstauglich sein.
7. Alle Fotos müssen auf der Rückseite mit dem Aufnahmedatum und -ort sowie dem Namen, Alter und der Anschrift des Einsenders in Druckbuchstaben versehen sein. Bei mehreren Einsendungen sind diese laufend zu nummerieren.
8. Die Teilnehmer erklären sich mit der Ausstellung und Veröffentlichung ihrer Fotos anlässlich des 26. Deutschen Feuerwehrtages vom 14. - 19. Juni 1990 in Friedrichshafen und auch danach durch den DFV einverstanden.
9. Jedes prämierte Bild geht mit dem Negativ in das Eigentum des Deutschen Feuerwehrverbandes über. Gleichzeitig werden damit sämtliche Reproduktions- und Veröffentlichungsrechte erworben.
10. Es sind folgende Preise ausgesetzt:
 - a. für Schwarzweißfotos:
 1. Preis 700 DM
 2. Preis 350 DM
 - 3.-10. Preis wertvolle Bücher
 - b. für Farbfotos:
 1. Preis 700 DM
 2. Preis 350 DM
 - 3.-10. Preis wertvolle Bücher
 - c. Sonderpreis Aufenthalt für 2 Personen für 3 Tage aus Anlaß des 26. Deutschen Feuerwehrtages in Friedrichshafen (mit An- und Rückfahrt).
11. Der Wettbewerb und die Prämierung erfolgen unter Ausschluß des Rechtsweges. Der vom DFV beauftragten Jury gehören Fachexperten der Fotografie und Brandschutzfachleute an.
12. Mit der Einsendung seiner Wettbewerbsunterlagen erkennt der Teilnehmer die in der Ausschreibung enthaltenen Wettbewerbsbedingungen an. Die Entscheidung der Jury ist endgültig und unanfechtbar. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
13. Einsendungen zum Fotowettbewerb müssen bis zum **31. Dezember 1989 (Poststempel)** an den DFV (Stichwort: „26. Deutscher Feuerwehrtag“) erfolgen.
Anschrift:
Deutscher Feuerwehrverband,
Koblenzer Straße 133,
D-5300 Bonn 2

entwicklungen nicht von anderen genutzt werden könnten.

Reinhard Voßmeier
BGFü des DFV

Neuer Vorsitzender des LFV Niedersachsen

Am 27. Mai fand die 78. Verbandsversammlung des Landesfeuerwehrverbandes (LFV) Niedersachsen in Celle statt. Bei dieser Versammlung schied der bis-



Fritz Meyer, der neue Vorsitzende des LFV Niedersachsen.

herige LFV-Vorsitzende, Bezirksbrandmeister Bruno Rinck (Rotenburg/Wümme), nach Erreichen des 62. Lebensjahres satzungsgemäß aus dem Amt des LFV-Vorsitzenden und dem LFV-Vorstand aus. Bruno Rinck wurde einstimmig zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Die Verbandsversammlung wählte mit überwältigender Mehrheit den bisherigen stellv. LFV-Vorsitzenden, Bezirksbrandmeister Fritz Meyer, zum neuen LFV-Vorsitzenden.



DLRG-Erfolgsbilanz 1988 liegt vor

Die magische Grenze überschritten

20 Millionen Menschen lernten bei der DLRG Schwimmen und Retten

Die ehrenamtlichen Helfer der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft konnten 1988 378 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken retten. 29 Lebensretter setzten dabei ihr eigenes Leben aufs Spiel. Die Zahl der Rettungseinsätze aus Lebensgefahr erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 18 Prozent; dies teilte die Bundesgeschäftsstelle der DLRG in Essen in ihrem Statistischen Jahresbericht mit. Seit ihrer Gründung im Jahre 1913 hat die DLRG fast 300 000 Menschen vor dem Tod durch Ertrinken bewahrt.

Im letzten Jahr haben wieder

365 000 Menschen bei den Lebensrettern Schwimmprüfungen abgelegt, darunter allein 60 000 Prüfungen im Rettungsschwimmen. Seit 1950 wurde damit die magische Grenze von 20 Millionen Schwimm- und Rettungsschwimmprüfungen überschritten. Ungebrochen ist die Beliebtheit des Seepferdchens bei den Jüngsten. Über 100 000 Fröhschwimmer erwarben 1988 dieses DLRG-Abzeichen.











Einen leichten Anstieg verzeichnete die DLRG auch bei den Wachstunden im Sommer- und Winterrettungsdienst. Die Mitglieder der größten freiwilligen

Wasserrettungsorganisation der Welt leisteten bundesweit 2,25 Millionen Wachstunden an Küsten, Binnengewässern und in Bädern. Mit ihrem kostenlosen ehrenamtlichen Einsatz machten sie Wasserfreizeit für Millionen Bundesbürger sicherer.

Im Gegensatz zu anderen Verbänden muß sich die DLRG zur Zeit keine Sorgen um Mitglieder und Nachwuchs machen: 1988 stieg die Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Prozent auf 479 000, davon sind über 300 000 oder 64 Prozent bis 25 Jahre alt. Der Anteil der Frauen und Mädchen, die sich in der

DLRG-Arbeit engagieren, liegt bei 41 Prozent. Ein Vergleich der Altersklassen der letzten Jahre zeigt eine stabile Mitgliederstruktur.

Immer beliebter werden die Breiten- und Freizeitsportangebote für jung und alt der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Gegenüber 1987 verdoppelte sich die Zahl der Teilnehmer auf 300 000, die sich bei Strandfest, Badeparties, Schwimm mit - bleib fit, Treffpunkt Bad und vielen anderen Wasseraktivitäten, die in 208 Bezirken und 1 768 Ortsgruppen angeboten werden, aktiv betätigen.

		<h1>1988</h1>					
378	Rettungen vor dem Ertrinkungstode	29	davon unter Lebensgefahr	7652	Hilfeleistungen und 9956 Bergungen von Sachgütern	30268	Erste Hilfe
	852 Feste Stationen		Fröhschwimmer 101746	Vorschulschwimmen: 49704 Teilnehmer	Deutsches Schnorcheltauchabzeichen 1993		305108 Prüfungen im Schwimmen
	204 Bewegliche Stationen	Deutscher Jugendschwimmpaß Jugendschwimmabzeichen					59191 Prüfungen im Rettungsschwimmen 364299 Wurden 1988 zusammen geprüft
		BRONZE 92764	SILBER 53665	GOLD 27264			
	568 Einsatzwagen	Deutscher Schwimmpaß Schwimmabzeichen					2248002 Wachstunden im Sommer- und Winterrettungsdienst
		BRONZE 16994	SILBER 8790	GOLD 3885			
	1082 Motorboote	Deutscher Rettungs-Schwimmpaß					19173 Teilnehmer bei Sonderlehrgängen (Bootsführer u. a.)
			Männer 23352	SILBER 15356	GOLD 4109	Lehrschein 834	
			Frauen 11024	4631	719		
			Gesamt 34376	19987	4828		

Drei Millionen Menschen feierten Hafengeburtstag – Großauftritt auch für die DLRG

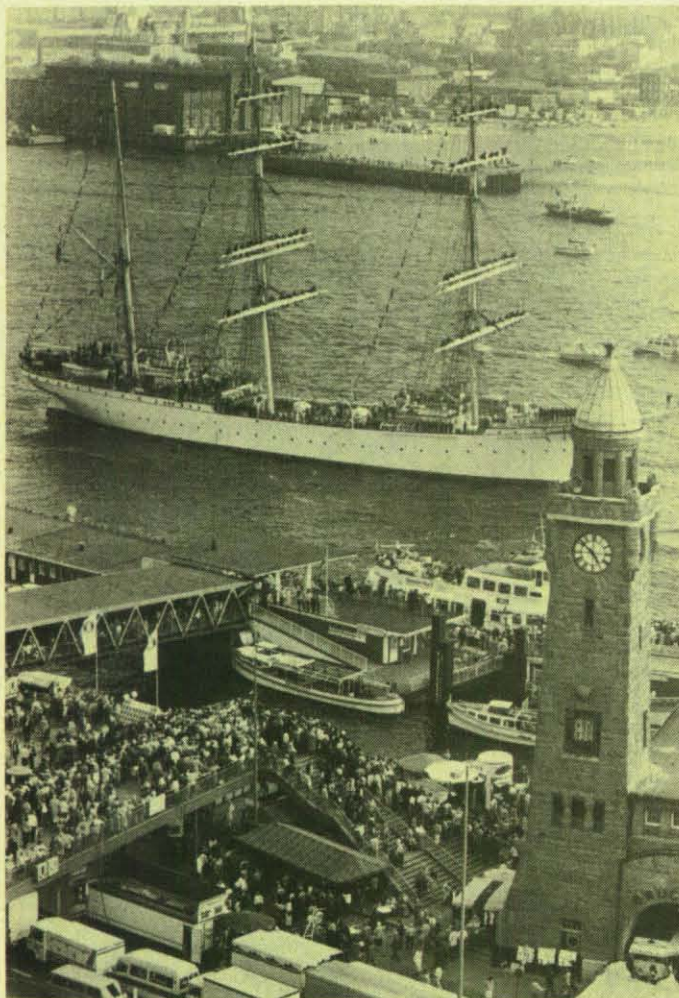
Hamburg widerlegt mal wieder viele Vorurteile. Zum Hafengeburtstag gab es Riesen-Stimmung, ein Wetter wie in Italien, und selbst die Hafenstraße bot Neugierigen ein Bild des Friedens.

Offiziell waren die Feierlichkeiten am 3. Mai im Hamburger Rathaus mit Ansprachen von Kronprinz Harald von Norwegen, Bundesaußenminister Genscher und Bürgermeister Voscherau eröffnet worden.

Absoluter Top-Star im Hafen war der Windjammer „Statsraad Lehmkuhl“. Während der fünf Geburtstagstage zog es weit über drei Millionen Menschen zum Hafendamm, wo die sechs Kilo-

meter lange bunte „Hafenmeile“ mit mehr als 300 Fahr- und Vergnügungsgeschäften lockte. Fazit von Bürgern und „Quiddjes“: Ein Hoch auf Hamburg!

„Happy Birthday, viel Glück und alles Gute!“ Das wünschten weit über drei Millionen Besucher dem Hamburger Hafen zu seinem 800. Geburtstag. Zur größten Party, die Hamburg je erlebte, ließ sich auch die Sonne nicht lange bitten: Bei Kaiserwetter wie aus dem Bilderbuch eröffnete Bürgermeister Henning Voscherau von Bord der „Rickmer Rickmers“ die fünf tollen Tage (3. bis 7. Mai). „Leeve Lüüt von Hamburg“, begrüßte er auf plattdeutsch die Gäste zu Land und Wasser.



Einlaufen der „Top-Stars“.

(Foto: Brinkmann)



HLW-Übungen am DLRG-Stand.

(Foto: Wiese)

Minutenlanges Sirenenkonzert

Feuerlöschboote schickten ihre Fontänen in den Himmel. Gast-schiffe aus ganz Europa gratulierten dem „Tor zur Welt“ mit einem minutenlangen Sirenenkonzert. Aus dem Typhon des 63 Jahre alten Raddampfers „Dresden“ stiegen Dampfwolken (Dresden ist Partnerstadt Hamburgs). Der Polizeichor stimmte in die Hamburg-Hymne ein: „Hammonia, wie herrlich stehst Du da...“ Stürmisch feierten die Schaulustigen, die sich an der Waterkant drängten, das Einlaufen von Windjammern, Schonern und Barken. Sehmänner und -jungfrauen tauchten ins Getümmel, alle wollten das Riesen-Spektakel miterleben: Swingende Hafenschlepper, Radtour durch den Elbtunnel und über die Köhlbrandbrücke, himmelstürmende Hubschrauber und ein sechs Kilometer langer bunter Hafendasar – die rauschende See(h)-Meile. Hier, von der Überseebrücke, bis zum Alten Elbtunnel und weiter über die Helgoländer Allee bis zum Millerntor, war die Stimmung – trotz des Gedränges – riesig.

Matjes und Champagner

Hunderttausende Küchen blieben kalt. Gekocht wurde an der Elbe: Leckereien vom Crêpe bis zur indischen Reispfanne, dazwischen ein Matjes, dazu Bier und Champagner. Wer alles kosten wollte, brauchte einen Pferdema-gen. Genauso vielfältig wie das Schlemmer-Angebot war die Vergnügungspalette: Eine Veranstaltung jagte die nächste.

Begeistert staunten die Gäste dem auf der Welt einmaligen Ballett der Hamburger Hafenschlepper zu.

Entlang des Baumwalls wurde die Promenade durch Bundesgrenzschutz gesichert, zeitweise gesperrt. Nichts ging mehr – die Menschenmassen ließen kein Durchkommen zu. Im Alten Elbtunnel wurden aus Platzgründen statt der tausend nur 500 Musik-Liebhaber zum Jazz-Konzert zugelassen. Entschädigt wurden alle, Nicht-Elbtunnel-Besucher und Millionen andere, mit dem brillanten Gala-Feuerwerk am Abschlußabend zur Händel-Musik über dem Hamburger Hafen.

Rettungsschwimmer mit „Adler-Augen“ dabei

Auf der Überseebrücke war stets der Teufel los: BAT (Prince Denmark) und Radio Hamburg kochten auf. Disco, Jazz und Live-Musik, abends eine Super-Lasershow. Die Rettungsschwimmer der DLRG waren mit Adler-Augen dabei, niemand sollte unbeobachtet von der Schwimmpier fallen. Ein etwa 30jähriger angetrunkenen Mann wollte es dann genau wissen: Beim „Vorpiek-Lenzen“ folgte er seinem „Abwasser“ und fiel in die Fluten der Elbe.

Überhaupt: Alle Veranstaltungen, wie Disco auf Pontons mitten in der Elbe, Ziel-Fallschirmspringen, Schiffsparaden und Konzerte auf den Landungsbrücken, wurde durch die DLRG Ham-



DLRG-Wachgänger im Boots-Einsatz.

(Foto: Wenzlawski)



Taucher-Vorführungen waren stets von Besuchern umlagert. (Foto: Wiese)

burg gesichert. Mit fünf Booten haben die 21 Rettungsschwimmer rund um die Uhr insgesamt 884 Stunden Dienst abgerissen. Auszug aus dem Wachbericht: Zwei Personen, die nicht nur den Magen nässen wollten, gerettet und den Sanitätern an Land übergeben, drei Segelboote abgeschleppt und unzählige Male Erste Hilfe geleistet.

57 DLRG-Rettungsboote patrouillierten im Korso

Höhepunkt der DLRGisten war der Sonntagmorgen. Gegen 9.30 Uhr patrouillierten 57 Boote aus Westfalen, Nordrhein, Stade, Wedel, Pinneberg und Hamburg, formiert im Korso, an den Landungsbrücken entlang und eröffneten die Feierlichkeiten im und am

Hafen. Zuvor trafen sich die Retter in Orange am „Horner Kreis“ und fuhren mit ihren 31 Fahrzeugen samt Trailer durch die Hamburger City zur Slipanlage nach Nienstedten.

Resümee vieler Besucher am

Ende der „goilen Paddie“: Zu viele Freß-Buden, nur Pommes und fettige Würste, keinerlei Live-Musik der Hamburger Szene. Aber auch: Lob an Polizei und den Hamburger Verkehrsverbund, der nämlich ließ seine Züge teilweise

nachts durchfahren. So heißt es nun abzuwarten, was die SAIL '89 bringt. Die soll nach den Erwartungen der Veranstalter noch riesiger werden, als die schon größte Hafengeier der Welt es war.

Achim Wiese

Hessische DLRG-Gliederung hilft beim Aufbau des ungarischen Wasserrettungsdienstes

Die DLRG Nauheim/Trebur übernimmt in den Sommermonaten den Rettungswachdienst und die Ausbildung in der ungarischen Stadt Kaposvar. Dies ist das Resultat aus Gesprächen, zu denen auf Einladung des Ungarischen Roten Kreuzes Vertreter der hessischen Ortsgruppe für vier Tage nach Kaposvar reisten.

Die Delegation aus Nauheim wurde vom Leiter des ungarischen Wasserrettungsdienstes im URK Bela Czikota begrüßt. Er freute sich besonders, daß die

OG Nauheim/Trebur die erste Ortsgruppe der DLRG ist, die beim Aufbau einer Rettungsmannschaft dem URK in Kaposvar behilflich sein wird. Der Leiter des ungarischen Wasserrettungsdienstes wurde von der ungarischen Regierung beauftragt, in den nächsten fünf Jahren einen landesweiten Rettungswachdienst aufzubauen.

Da beim Besuch der Nauheimer Delegation die ersten ungarischen Rettungswettkämpfe stattfanden, waren auch Vertreter der

bulgarischen Wasserrettung als Beobachter nach Kaposvar gereist. Zusammen mit der bulgarischen Delegation wurden die ungarischen Rettungsmeisterschaften beobachtet.

Nach den Gesprächen des Vorsitzenden der OG Nauheim/Trebur, Wolfgang Glotzbach, mit den Leitern der bulgarischen und ungarischen Rettungswachdienste, Dr. S. Avramov und Bela Czikota, über den Rettungswachdienst wurde der Stausee mit seiner Rettungsstation besichtigt.



„Praktische Rettungsübungen“. Früh übt sich... (Foto: Wiese)



Die Delegation stellt sich dem Fotografen.



Landesrettungswettkampf im Hallenbad von Kaposvar.



Rettungswettkämpfe im Freibad von Kaposvár.



Rettungstation am Stausee von Kaposvár.

Lehrgang nach DLRG-Richtlinien

Der Stausee ist ca. 10 km lang und hat eine Breite von 250 m. Er bietet Platz für Schwimmer, Segler, Surfer, Bootsfahrer und Angler. Seit zwei Jahren wird an diesem Stausee vom URK Rettungswachdienst durchgeführt. Die Wachmannschaft besteht hauptsächlich aus Ärzten und Lehrern der Universität Kaposvár.

Im Rahmen der Gespräche wurde vereinbart, daß die DLRG vom 24.7. bis 6.8. 1989 einen Lehrgang für Rettungsschwimmer

und Ausbilder nach den Richtlinien der DLRG durchführt. Da im Anfangsschwimmen großer Nachholbedarf besteht, wird zur gleichen Zeit ein Kurs für Kinder und Jugendliche angeboten.

Die DLRG wird vom 24.7. bis 13.9. 1989 im 14tägigen Rhythmus jeweils zwei Ausbilder und zehn Rettungsschwimmer nach Kaposvár entsenden, um den Rettungswachdienst zu unterstützen bzw. die erworbenen Fertigkeiten weiter auszubauen.

Beim Abschiedessen bat der ungarische Leiter den Vorsitzenden Wolfgang Glotzbach und den

bulgarischen Leiter um einen schriftlichen Bericht über den Stand der Ausbildung im ungarischen Rettungswachdienst.

Freundschaftliche Kontakte angestrebt

Daß dies ein offizieller Besuch war, konnte man daran erkennen, daß den beiden Delegationen jeweils ein Dolmetscher zur Seite stand. Außerdem war am Tisch des Speisesaals des Hotels jeweils eine deutsche, bulgarische und ungarische Flagge zu sehen,

die die gemeinsame Arbeit dokumentieren sollten.

Die Nauheimer Delegation wurde sehr freundlich empfangen, viele Freundschaften konnten geschlossen werden. Dies war auch der Wunsch der ungarischen Vertreter, die sich über die Ausbildung hinaus eine Freundschaft mit der DLRG Nauheim/Trebur wünschen. Für die Sommermonate konnte eine Lehrerin verpflichtet werden, einen ungarischen Sprachkurs für die Rettungsschwimmer durchzuführen.

Herausragende Leistung in der Talentförderung – DLRG Homberg mit Grünem Band ausgezeichnet

Den bundesweiten Wettbewerb, den die Dresdner Bank und der Deutsche Sportbund jährlich veranstalten, gewann diesmal die OG Homberg. Für vorbildliche Talentförderung im Rettungsschwimmen erhielt sie das Grüne Band, verbunden mit der Förderprämie von 10 000,- DM.

Anlässlich der Einweihung des Vereinsheims in Homberg überreichte der Direktor der Dresdner Bank, Dr. Andreas Kretschmer, die Auszeichnung an den OG-Leiter Dieter Joppa. In seiner Ansprache würdigte Dr. Kretschmer die hervorragende Talentförderung der Ortsgruppe Homberg. Die fachkundige Jury unter Vor-



Dr. Andreas Kretschmer, Direktor der Dresdner-Bank-Filiale, überreicht Scheck und Pokal an den Leiter der Ortsgruppe, Dieter Joppa. (Foto: Mey)

sitz des DSB-Generalsekretärs Karlheinz Gieseler hat die Auszeichnung mit folgender Begründung verliehen:

„Seit 1975 ist die DLRG-Ortsgruppe Duisburg-Homberg die erfolgreichste Ortsgruppe bei den Wettkämpfen der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Derzeit befinden sich 407 Kinder und Jugendliche unter den 625 Mitgliedern.“

Platz sechs bei der WM

„Seit 1983 führt die Ortsgruppe ein Lehrschwimmbecken in eigener Regie. Neben vielen Siegen bei Landes- und Bundestitel-

kämpfen und zwei zweiten Plätzen beim Europa-Pokal in Italien gab es 1988 den größten Erfolg der Vereinsgeschichte bei der Weltmeisterschaft für Vereinsmannschaften in Southport/Australien mit dem sechsten Platz unter 112 teilnehmenden Mannschaften.“

Unter der großen Zahl von Gästen befanden sich Josef Krings, Oberbürgermeister der Stadt Duisburg, und Bürgermeister Friedel Genender. Die DLRG war vertreten durch den Bundesvorsitzenden der Jugend, Helmut Gangelhoff, den Präsidenten des

Landesverbandes Nordrhein, Hans-Willi Boukes, und Vizepräsident Herbert Stieger.

Die Dresdner Bank will mit dem Grünen Band den Sport als Partner begleiten. Sie möchte, daß sich Leistung lohnt: Die Leistung der Sportler selbst, aber

auch die Leistung derjenigen, die eine vorbildliche Jugendarbeit und Talentförderung im Verein betrieben und durch ihren Idealismus und ihren Einsatz solche Leistungen erst möglich machen.

Landesverband Nordrhein:

Rettungslücke zwischen Düsseldorf und Duisburg geschlossen – „Rheinadler 7“ fährt für Krefeld

Nach rund fünf Jahren ist die Krefelder DLRG erstmals wieder auf dem Rhein vertreten, die Rettungslücke zwischen der Fähre Düsseldorf-Kaiserswerth und dem Mannesmann-Hafen in Duisburg geschlossen. Mit einem neuen rheintüchtigen Motor-Rettungsboot, einem Vieser-Shadow, angetrieben von einem 150-PS-Motor, startete der Bezirk Krefeld in die neue Saison.

Das sechs Meter lange Boot mit einem Gewicht von 1,35 Tonnen kostete fast 62 000 Mark. Den „Bärenanteil“ hat das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen gezahlt, weil das neue Boot im Rahmen des Katastrophenschutzes angeschafft wurde, beim Rest half die Sparkasse Krefeld.

Bevor das neue Boot am Rhein stationiert wurde, fand die offi-

zielle Taufe vor dem DLRG-Haus am Elfrather See statt. Peter van Vlodrop, Vorsitzender der Sparkasse Krefeld, freute sich besonders, den „Rheinadler 7“ mit einem ordentlichen Schuß seiner Bestimmung übergeben zu

können. Er wünschte dem neuen Boot allzeit gute Fahrt und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel.

Zuvor hatte Bezirksleiter Fritz Wohlgemuth die Aufgabe, zahlreiche Ehrengäste zu begrüßen, de-

ren prominentesten wohl die Krefelder Bürgermeisterin Annemarie Schraps und Hans-Willi Boukes, Präsident des DLRG-Landesverbandes Nordrhein, waren. Boukes wies mit Stolz darauf hin, daß die Arbeit der Krefelder DLRG um einen wichtigen Bereich erweitert worden sei. Da der „Rheinadler 7“ im Rahmen des Katastrophenschutzes angeschafft worden sei, sei ein besserer Schutz der Bevölkerung im Ernstfall gewährleistet.

Damit die Drei-Mann-Besatzung immer trainiert und einsatzbereit ist, soll das schmucke Boot auch bei wassersportlichen Veranstaltungen auf dem Rhein, beispielsweise bei der Pfingstregatta, eingesetzt werden. Übungs- und Begleitschutzfahrten stehen ebenfalls auf dem Programm.

Chr. Fehrmann



Taufe des neuen „Rheinadlers 7“.

Landesverband Westfalen:

Westfälische Rettungstaucher arbeiteten Hand in Hand mit britischen Militärtauchern

Es war keine Übung, sondern eine Suchaktion, die fast zwei Tage dauern sollte, zu der in den frühen Morgenstunden des 20. Mai die Rettungstaucher der Ortsgruppe Lippstadt gerufen wurden. In der vorausgegangenen Nacht war in einem Baggersee

östlich Lippstadts ein 20-jähriger Brite, Angehöriger eines in Lippstadt stationierten Artillerieregimentes, nach einer „nächtlichen Badeparty“ in den See hinausgeschwommen und nicht wieder gesehen worden.

So starteten die Polizei, die

Militärpolizei zusammen mit der Lippstädter Feuerwehr und den Rettungstauchern der DLRG Lippstadt, die später noch durch zwei DLRG-Taucher aus Erwitte unterstützt wurden, eine Suchaktion im See.

Hinzugekommen waren ferner

die Taucher eines Amphibienregimentes der britischen Rheinarmee aus Iserlohn. Diese Militärtaucher suchten planquadratmäßig den See ab, wobei sie von den DLRG-Tauchern unterstützt wurden. Erst am frühen Nachmittag des 21. Mai wurde es zur trauri-

gen Gewißheit. Die britischen Taucher fanden ihren toten Kameraden.

Kam hier auch die Hilfe zu spät, so arbeiteten DLRG-Taucher, die Lippstädter Feuerwehr und die zuständigen britischen Dienststellen Hand in Hand. Hatten am Samstag noch die Mitglieder der Feuerwehr Lippstadt für die Wiederauffüllung der Preßluftflaschen gesorgt, so taten dies am Sonntag die Briten, die per Lkw sogar einen Kompressor an die Unfallstelle gebracht hatten. Selbst die Druckkammer im 50 Kilometer entfernten Hamm war in Alarmbereitschaft, um im Ernstfall sofort an die Unfallstelle gebracht zu werden.

Wilfried Wolters



Suchaktion im Albersee.

Landesverband Rheinland-Pfalz:

Tauchen als Unterrichtsfach – Angebot wird von allen als Bereicherung empfunden

Tauchen laut Stundenplan wird selten an einer Berufsbildenden Schule im Sportunterricht gelehrt. In Rheinland-Pfalz ist das möglichst. Erstaunlich ist die Tatsache, daß an einer berufsbildenden Schule überhaupt der Sportunterricht stattfindet, und um so aufmerksamer wird man, wenn man erfährt, daß die DLRG Tauchkurse in diesem Bereich anbieten kann. Dabei werden die

„Schnuppertauchkurse“ schon seit vier Jahren zum ständigen Angebot seitens der DLRG Landau/Pfalz gemacht.

DLRG hält Kontakt zu den Schulen

Durch den engen Kontakt mit den Schulen, den die DLRG knüpfte, wurde es überhaupt möglich, daß im Rahmen des

Sportunterrichtes ein besonders interessantes Angebot an die Schüler gemacht werden konnte. Gleich drei Sportlehrer vermitteln den „schnuppernden“ Schülern in Sachen Tauchen die nötigen Grundbegriffe. Sportlehrer Nasshan, Braun und Koplow sind einer Meinung: „...die Vermittlung der Grundbegriffe des Tauchsportes mit aktiver Unterstützung der DLRG Landau wird

von vielen Schülern mit großem Interesse angenommen. Und die Professionalität der DLRG-Rettungstaucher kommt der ‚Spezialsportausbildung‘ im besonderen Maße entgegen.“ Und es sollte noch eine gewichtige Tatsache erwähnt werden. Die Kurse im Tauchen sind kostenfrei.

Aber nicht genug. Die DLRG Landau stellt den Schülern unentgeltlich die Tauchausrüstungen zur Verfügung. Übrigens, Tauchausrüstungen, die einen „TÜV-Segen“ deutlich ablesbar zeigen und die „top“ gewartet sind.

Nicht nur Tauchkurse

Darüber hinaus veranstaltet die rheinland-pfälzische DLRG im Bereich Landau in Zusammenarbeit mit verschiedenen Schulen Schwimm-, Rettungsschwimmer-, Schnorchel- und Wiederbelebungskurse. Die Wiederbelebungskurse „Herz – Lunge“ erfreuen sich einer besonderen Beliebtheit. Der Chef der Landauer DLRG, Bernhard Prinz, stellte kürzlich in einem Zeitungsinterview heraus, daß aufgrund verschiedener Anfragen weitere Aktionen mit Schulen in Erwägung gezogen werden. Friedrich Schwarz, der Technische Leiter von Landau, betonte während einer Abschlußveranstaltung eines Ausbildungsseminars mit Schulen: „...die ehrenamtlichen Kräfte der DLRG arbeiten sehr gerne mit den Schulen zusammen. Man hat aber jetzt die Ausbildungskapazitätsgrenze erreicht. Eine Erweiterung der Ausbildung geht nur, wenn vermehrt die hauptamtlichen Kräfte der DLRG unterstützen. Das ist auch der Grund, weshalb die DLRG Landau verstärkt Seminare für interessierte Lehrer anbietet.“

Tauchen und Rettungsschwimmausbildung laut Stundenplan ist ein nicht alltägliches Angebot für die Sportstunden. In Landau, auch in Ludwigshafen, macht es die DLRG als ständiges Angebot möglich. Ein Angebot, das von vielen Schülern bereitwillig angenommen wird, das dazu geeignet ist, die Ziele der DLRG an junge Menschen heranzutragen. Die Landauer DLRG-Arbeit in Kooperation mit den Schulen verdient das Prädikat: nachahmenswert.

Helmut Schnare



„Schnupper-Tauchkurs“ der DLRG Landau.

(Foto: Schnare)

Presseschau des Inlands

Verkehrsunfälle 1988: Abnehmende Tendenz weiterhin erkennbar

Wechselhaft wie die Witterung verläuft die Unfallkurve des Jahres 1988. Das ist beinahe wörtlich zu nehmen. Denn der ausgebliebene Winter ließ die Verletztenraten in den Monaten Januar (J) und Februar (F) im Vergleich zu den Vorjahren geradezu beängstigend in die Höhe schnellen. Bei den Getöteten um 51,7 Prozent (J) bzw. 21,9 Prozent (F), bei den Verletzten um 39,4 (J) bzw. 24,6 Prozent (F). Die Medien sprachen von einem „Unfallschock“.

Doch mit der Verbesserung der Witterungsbedingungen ging die Zahl der Unfälle zurück. In der zweiten Jahreshälfte zeigt sie bei den Getöteten und Verletzten im Durchschnitt der Monate erfreulicherweise sogar wieder nach unten, so daß man noch von einem langfristig weiterhin abnehmenden Trend sprechen kann.

Gleichwohl: Zum ersten Mal seit Aufnahme der Statistik im Jahre 1953 mußte die Polizei im Vorjahr mehr als zwei Millionen Unfälle aufnehmen (2 022 063 Unfälle/plus 2,3 Prozent gegenüber 1987). Die Zahl der Bagatellunfälle (Sachschäden unter 3 000 Mark bei jedem Beteiligten) stieg um 1,3 Prozent auf 1 408 175, die der schweren Sachschadensunfälle wuchs um 3,9 Prozent auf 271 530. Der stärkste Anstieg war bei den Personenschadensunfällen mit 5,2 Prozent (auf 342 358) zu verzeichnen. Insgesamt verunglückten 456 446 Verkehrsteilnehmer, von denen 8 213 starben (plus 3,1 Prozent) und 448 233 (plus 5,6 Prozent) verletzt wurden.

Die Unterscheidung der Verunglückten nach der Art der Verkehrsbeteiligung ergibt nach Angaben des Statistischen Bundesamtes überdurchschnittliche Anstiege für **Pkw-Benutzer**: plus 8,0 Prozent bei den Getöteten und plus 9,7 Prozent bei den Verletzten. Dagegen wurden in den ersten zehn Monaten 1988 7,2 Prozent weniger **Motorradbenutzer** verletzt und 9,8 Prozent weniger ge-

tötet. Bei den **Radfahrern** lag die Verletztenzahl um 10,7 Prozent über dem Vorjahr, die Zahl der Getöteten stieg jedoch mit 1,5 Prozent unterdurchschnittlich. Die Zahl der tödlich verunglückten **Kinder** sank im angegebenen Zeitraum um 5,4 Prozent, die der verletzten Kinder stieg jedoch um 5,5 Prozent.

Bei den **älteren Verkehrsteilnehmern** ab 65 Jahre war sowohl bei den Getöteten (plus 8,7 Prozent) als auch bei den Verletzten (plus 13,2 Prozent) ein überdurchschnittlicher Anstieg zu verzeichnen. Bei den **Frauen** ergaben sich sowohl bei den Verkehrstoten (Frauen plus 7,9 Prozent/Männer plus 2,7 Prozent) als auch bei den Verletzten (Frauen plus 10,3 Prozent/Männer plus 4,2 Prozent) weit überdurchschnittliche Steigerungen. Hier wirkte sich vermutlich die zunehmende Verkehrsbeteiligung von Frauen aus.

Verschiebungen in der **Unfallursachenstruktur** lassen sich am ehesten bei der absolut großen und relativ homogenen Gruppe der Pkw-Fahrer aufzeigen, denen drei Viertel aller persönlichen Fehlverhalten angelastet wurde. Unterdurchschnittlich angestiegen sind bei ihnen vor allem die Fehlverhalten „Alkoholeinfluß“ und „nichtangepaßte Geschwindigkeit“, während der Anstieg bei den Abstandsfehlern und den Fehlern beim Überholen überdurchschnittlich war.

(„DVR-Partner-Report“ 2/89)

Mehr Sicherheit für Staudämme

Staudämme von Talsperren speichern in erheblichem Umfang potentielle Energie. Sie wird beim Bruch eines Staudamms frei und kann große Schäden verursachen. Weltweit sind mehr als 500 Fälle von Beschädigungen und Brüchen von Staudämmen bekannt. Der Versuch, eine globale Unfallursachenanalyse zu erstellen, indem versucht wurde, die Anzahl einzelner Fehlerursachen zu der Gesamtzahl aller Staudämme mit

dieser möglichen Fehlerquelle ins Verhältnis zu setzen, schlug fehl. Die einzelnen Planungs-, Bau- und Beobachtungsmaßnahmen sowie die Wasserzu- und -abflußeigenschaften differierten weltweit zu stark, um hieraus statistisch gesichert auf Fehlerursachen schließen zu können. Im Forschungsschwerpunkt „Sicherheitsforschung und -technik“ des BMFT wurde daher 1982 eine Studie an acht Institutionen vergeben mit dem Titel „Sicherheitsuntersuchungen auf probabilistischer Grundlage für Staudämme“. In dieser Studie wurde erstmals versucht, mögliche Abweichungen vom Normalzustand der zuverlässigen Funktionserfüllung in Form einer Fehlerbauanalyse darzustellen. Dies geschah durch eine Aufstellung aller denkbaren Versagensarten, Ermittlung der Ursachen in Abhängigkeit von statistischen Schwankungen vorgegebener Sollgrößen sowie Darstellung der Aus- und Folgewirkungen auf die Staudammkonstruktion. Die theoretischen Erkenntnisse wurden beispielhaft auf einen Trinkwasserstaudamm im Sauerland angewendet und für insgesamt 30 Versagensmechanismen, deren Auswirkungen und die Häufigkeit ihres Auftretens pro Kalenderjahr ermittelt. Während für 28 Ereignisabläufe die Versagenswahrscheinlichkeit außerordentlich gering ist, stellte sich „Grundbruch“ – Nachgeben des Untergrundes des Dammbauwerks gegenüber dem Gewicht des Dammbauwerks und Druck des gestauten Wassers – als dominierendes Sicherheitsproblem dieses Staudamms heraus. Diese Erkenntnis ermöglicht es, durch gezielte Überwachungsmaßnahmen Gefährdungspotentiale frühzeitig zu erkennen und durch gezielte Gegenmaßnahmen die Standsicherheit eines Staudammes zu erhöhen. Der Bruch eines Staudamms mit möglicherweise schwerwiegenden Schäden kann somit zuverlässig vermieden werden.

(„BMFT-Journal“ 3/89)

Presseschau des Auslands

Wissenschaft im Dienste des Zivilschutzes

Wer ins „Arsenal“ fährt, um sich technisch-wissenschaftliche Informationen zu verschaffen und beraten zu lassen, meint damit eigentlich – so die genaue Bezeichnung – die Bundesversuchs- und Forschungsanstalt (BVFA) Arsenal. In dieser Bundesdienststelle sind in drei Instituten (Elektrotechnisches, Geotechnisches, Maschinenbautechnisches Institut) 230 Mitarbeiter beschäftigt. Zu den Arbeitsschwerpunkten zählen auch Zivil- und Katastrophenschutz.

Die Haupttätigkeit in diesem Bereich faßt BVFA-Direktor Hofrat Dipl.-Ing. Heinz Pittner so zusammen: Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben; Untersuchungen, Analysen, Tests; Dokumentation, Information und Beratung; Erstellen von Berichten, Gutachten und Zeugnissen; Konzeption, Planung und Durchführung von Großversuchen.

Ein Informationsblatt über die wichtigsten Leistungen für den Zivil- und Katastrophenschutz zeigt im Detail folgende Aktivitäten auf:

Zivile Landesverteidigung

Schutzraumtechnik:

- Planung von Schutzräumen, Planung des Verkehrsablaufs, Baudynamische Untersuchungen, Standortbewertung
- Überprüfung von Komponenten, wie Schutzraumabschlüsse lt. speziellem Leistungsverzeichnis, Ventilatoren, Meßgeräte (Differenzdruck, Durchfluß), Notstromversorgung und andere elektrische Anlagen in Schutzräumen, Filter und Filtersande, CO-Meß-Warngeräte, Wasserversorgung, Abwasseranlagen, Materialbeständigkeit, z. B. Entflammbarkeit, Schockprüfung an Ausrüstungsgegenständen für Schutzräume, z. B. Möbeln, Abnahme und Überprüfung fertiger Anlagen an Ort und Stelle

Kommunikationssicherheit:

- Stömpfindlichkeit von Modems und anderen elektronischen Systemen
- Aufrechterhaltung der Sicherheit („fail-safe“-Technik)
- Folgenabschätzung bei Störungen
- Wahrscheinlichkeit bestimmter Ausfallzustände, Verfügbarkeitsuntersuchungen
- Untersuchungen über Sicherheit gegen NEMP (nuklearer elektromagnetischer Puls)

Katastrophenschutz

Erdbebensicherheit von Bauwerken:

- Erdbebensichere Entwürfe (Berechnungen, Modellversuche)
- Überprüfung der Erdbebensicherheit bestehender Bauwerke, Erarbeitung von Verstärkungsmaßnahmen
- Mitarbeit bei der Erstellung von Normen und Richtlinien

Kommunikationssicherheit:

- Stömpfindlichkeit von Modems und anderen elektronischen Systemen
- Aufrechterhaltung der Sicherheit bei Störung („fail-safe“-Technik)
- Folgeabschätzungen bei Störungen
- Wahrscheinlichkeit bestimmter Ausfallzustände, Verfügbarkeitsuntersuchungen

Explosionsschutz:

- Ermittlung von Gefahrenbereichen und Erstellung von Schutzkonzepten für Anlagen mit Explosionsgefährdung durch Gase, Dämpfe oder Stäube
- Ermittlung von Explosionskennzahlen brennbarer Gase und Dämpfe

Sonstiges:

- Feststellung der Einsatz- und Leistungsfähigkeit von Notstromversorgungen und der zugehörigen Schalt- und Steueranlagen
- Wasserversorgung für Katastrophenfälle (Aufsuchung hochgespannter Tiefenwässer)
- Messung und Berechnung von Schadstoffkonzentrationen und Ausbreitungsverhältnisse bei Chemiekatastrophen
- Gasmaskenprüfung

(„Zivilschutz Aktuell“, Österreich, 1/89)

Erfahrungen, die Armenien brachte

Der Einsatz von Lawinen- und Suchhundeführern des Bergrettungsdienstes im Rahmen des Katastrophenschutzes mit dem Roten Kreuz und dem Bundesheer bei der Erdbebenkatastrophe in Armenien hat einerseits organisatorisch und andererseits im Einsatz arbeitsmäßig Probleme aufgezeigt, und es konnten dabei wichtige Erfahrungen gesammelt werden.

So sehr in der täglichen Bergungsarbeit die Zusammenarbeit mit dem Bundesheer und den Einsatzorganisationen zur Routine geworden ist, wurde offenkundig, daß bei der Planung und Vorsorge zur Zusammenarbeit in größeren Katastrophenfällen, sei es im In- oder Ausland, noch wesentlich gründlichere Vorbereitungen und Absprachen zu treffen sind, damit auch in solchen Fällen nicht erst durch persönliches Engagement und Improvisation Situationen gemeistert werden können.

Aber auch ausrüstungsmäßig gehören diese Großeinsätze von vornherein abgesprochen und geklärt bzw. nach Notwendigkeiten und aus der jetzt gewonnenen Erfahrung ergänzt.

Bei den Hundeführern hat sich gezeigt, daß die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit die Kondition von Mann und Hund und eine erstklassige Ausbildung sind.

Wertvolle Erfahrungen konnten gerade im Armenieneinsatz gewonnen werden. Die von den Hundeführern besonders festgestellten Schwierigkeiten lagen bei solchen Einsätzen in der überaus starken Beeinträchtigung der Suchhunde durch Lärm, Staub, Verwesungs- und Schwelbrandgestank und vor allem, daß der Suchhund nicht bis zur Bergung des Opfers vor Ort bleiben konnte und damit im Gegensatz zum Lawineneinsatz keinerlei Erfolgserleben hatte.

Einen Erfahrungsaustausch und eine Absprache auf Führungsebene der Einsatzorganisationen im Rahmen des Katastrophenschutzes halte ich daher für dringend erforderlich. (Dir. Dr. Arthur Frölich, Landesleiter und Vizepräsident des Österreichischen Bergrettungsdienstes, in „Die Österreichische Feuerwehr“ 6/89)

Flughafen geht auf Nummer Sicher

Der Flughafen Stuttgart erhielt jetzt vier neue Brandschutzfahrzeuge. Dabei handelt es sich um drei Flugfeld-Tanklöschfahrzeuge der Bezeichnung „Advancer FLF 60/90-10“ und ein Flugfeld-Trockenlöschfahrzeug „TroLF 1000“.

Die „Advancer“ sind mit einem 401 kW (545 PS) starken ladeluftgekühlten Turbomotor bestückt und beschleunigen bei einem Gesamtgewicht von 30,5 t von 0 auf 80 km/h innerhalb von 31 Sekunden. Das TroLF wird von einem Abgasturbo-Lader-Motor mit 325 kW (442 PS) angetrieben und beschleunigt bei einem Einsatzgewicht von 13 t von 0 auf 80 km/h innerhalb von 14 Sekunden.

Die brandschutztechnische Ausstattung der Tanklöschfahrzeuge umfaßt einen Wasserbehälter mit 8800 l Volumen und einen Schaumtank mit 1200 l Inhalt. Die zur Verfügung stehenden 10000 l Löschmittel werden mit einer Feuerlösch-Kreiselpumpe ausgebracht, die von einem Dieselmotor mit einer Leistung von 206 kW (280 PS) angetrieben wird. Die Leistung der Pumpe liegt bei 6500 l/min bei 10 bar. Die Schaum-Zumischeinrichtung wird elektronisch gesteuert. Der Schaum-/Wasserwerfer schafft 4500 l/min bei 10 bar.

Als Selbstschutzanlage gegen Bodenfeuer sind die Fahrzeuge mit jeweils drei Fächerdüsen mit einer Wurfweite von 7 m und einer Fächerbreite von 6 m unterhalb der vorderen Stoßstange ausgerüstet. Eine weitere Ausrüstung dieser Art sind die drei eingebauten Bodendüsen vor der ersten Hinterachse. Jede dieser Düsen kann 120 l Löschmittel pro Minute versprühen.

Dieses Konzept weist im wesentlichen auch das „TroLF 1000“ (Foto) auf. Seine

Pulveranlage faßt 1000 kg schaumverträgliche Trockenlöschmittel. Zu seiner Ausstattung gehören ein Pulverwerfer und zwei Schnellangriffs-Einrichtungen. Der Pulverwerfer schafft 50 kg/sec und hat eine Wurfweite von 60 m.

(Foto: Mercedes-Benz)

Sicherheit bei Hochwasser

Die Vorteile von Hochwasser-Laufstegen erkennen immer mehr an Fluß- und Seeufern gelegene Städte und Ortschaften, die alljährlich von flutartigen Überschwemmungen heimgesucht werden. Statt den alten Holzstegen benutzen sie jetzt Metallstege, die verstellbar sind und im Gegensatz zu



Holzbohlen beim Ansteigen des Wassers nicht weggeschwemmt werden können.

Material, das im Wasser steht, muß natürlich korrosionsbeständig sein. Bei weiter ansteigendem Wasser muß die Möglichkeit gegeben sein, die Stege selbst im Hochwasser noch höher zu bauen. Das hier vorgestellte System ist feuerverzinkt; seine Gehbeläge können um 50 cm, das heißt von 1,35 m auf 1,85 m, versetzt werden. Dank ihrer Keilverbindungen werden die leichten Einzelteile des Stegmaterials einfach ineinandergesteckt. Als Werkzeug genügt ein Gummihammer pro Aufbauer.

Die Laufflächen der Hochwasserstege sind rutschfest; das Regenwasser läuft gut ab, so daß das Unfallrisiko für Fußgänger gegenüber der Holzdielenbenutzung stark gesenkt werden konnte.

Ein weiterer Vorteil des Systems liegt in

der Stapelbarkeit von Böden und Geländern, die auf diese Weise nur wenig Lagerplatz beanspruchen.

(Foto: Plettac)

Leichtes Atemschutzsystem

Eine neue tragbare Atemschutzhaube schützt den Träger in Notfällen bis zu 20 Minuten gegen Rauch, giftige Gase und unzureichende Sauerstoffversorgung und ermöglicht somit eine Flucht aus Gefahrenbereichen.

Die problemlos aufzusetzende, leichte Schutzhaube wird in einer Einheitsgröße angeboten, die nahezu allen Erwachsenen ohne besondere Einstellung paßt. Sie ist für den Einsatz in Umgebungen gedacht, in denen die Gefahr gesundheitsgefährdender Gase besteht. Der Träger hat beide Hände frei, seine Sicht und seine Kommunikation sind nicht behindert.

Das Schutzsystem besteht aus einer Haube aus einer transparenten, hitzebeständigen und schwer entflammaren Folie sowie aus einem elastischen Halsschutz. Ein integrierter Kohlendioxidwäscher baut das in der Haube entstehende CO₂ ab, und eine



Sauerstoffreserve von 95 cc unterstützt die Atmung bis zu 20 Minuten (abhängig von der Belastung und dem Körpergewicht).

Das zehn Jahre lagerfähige Schutzsystem wird in einer 25 cm langen, 17 cm breiten und 5 cm hohen Vakuumverpackung geliefert, die etwa 500 g wiegt. Das System wird bereits im betrieblichen Flugverkehr, in der Chemie- und Kernkraftindustrie, in Banken und in vielen anderen Bereichen eingesetzt.

(Foto: Du Pont)



Notfälle in der Inneren Medizin

Herausgegeben von Carola Halhuber
10. Auflage
Urban & Schwarzenberg GmbH,
8000 München 2

Der Band, bereits in der 10. Auflage erscheinend, bietet in bewährter Weise einen Leitfaden für die Akuttherapie nach gezielter Diagnostik in Notfällen, wie sie im weiten Feld der Inneren Medizin und deren Randgebieten vorkommen oder denkbar sind.

Der Inhalt des Buches gliedert sich in vier Abschnitte – Reanimation, Alarmierende Symptome und ihre Differentialdiagnose, Akutbedrohliche Zustandsbilder und Notfälle durch Vergiftungen –, die ihrerseits in mehrere Kapitel unterteilt sind. Der strenge didaktische Aufbau innerhalb einer klaren Gliederung erleichtert dem Leser auch in Bedrängnis eine rasche und sichere Orientierung. Die deutlich herausgestellten Sofortmaßnahmen sind in eine ärztliche Gesamtschau eingebettet, die Hinweise für die Vor- oder Nachbereitung von Notfällen gibt.

Der praktische Wert des Werkes, das seit über zwanzig Jahren fortgeführt wird, wird durch die Herausgabe in mehreren Sprachen unterstrichen. Als Standardwerk gehört es in die Hand eines jeden, der in Theorie und Praxis mit der Notfallmedizin in Berührung kommt.

Aua, das tut weh!

Ein Bilderbuch mit Erste-Hilfe-Kursus im Anhang
Von Hans Peterson und Ilon Wikland
Verlag Friedrich Oetinger,
2000 Hamburg 65

Sommerferien bei Oma und Opa in dem roten Holzhaus draußen auf der kleinen Insel – für Peter und Petra, zwei Großstadtkinder, gibt es nichts Aufregenderes. Mama und Papa haben zwar erst in einer Woche Urlaub, aber was macht das schon. Oma und Opa sind ja da, und die haben versprochen, gut auf Peter und Petra aufzupassen. Das tun sie dann auch, aber trotzdem vergeht kein Tag, an dem nicht mindestens ein Malheur passiert. Barfuß laufen, Höhlen bauen und im offenen Meer baden will eben gelernt sein und Schiffchen schnitzen und auf Bäume klettern auch. Wie gut, daß Peter

und Petra einen Opa haben, der gut trösten kann, und eine Oma, die eine Menge von Erster Hilfe versteht.

Welchen Gefahren Kinder selbst in einer überschaubaren und auf den ersten Blick ungefährlichen Umwelt ausgesetzt sind und wie wir alle dazu beitragen können, diese Gefahren weitgehend auszuschalten, wird in diesem Ferien-Bilderbuch eindrucksvoll demonstriert. Die notwendigen Kenntnisse der Ersten Hilfe werden in einem 14seitigen Anhang vermittelt, der in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz entstand.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Der Neue Kolb – Katastrophenschutzpraxis
Herausgegeben von Dr. Paul Wilhelm Kolb,
Präsident des Bundesamtes für
Zivilschutz a.D.
Walhalla u. Praetoria Verlag,
8400 Regensburg 1

Die vorliegende 1. Ergänzungslieferung zu Band IX „Zivilverteidigung 1“ mit dem Untertitel „Allgemeine zivile Verteidigung – Vorsorge in Industrie- und Gewerbebereichen“ wurde ausschließlich auf Grund umfangreicher gesetzlicher Änderungen notwendig. Im Vordergrund standen die Neufassungen der Mineralölbewirtschaftungsverordnung, der Elektrizitätslastverteilungsverordnung und der Gaslastverteilungsverordnung, die gleichzeitig wiederum eine Neufassung der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften erforderlich machten.

Neben der Novellierung des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes und der Neufassung des Ordnungswidrigkeitengesetzes fanden das Arbeitsplatzschutzgesetz und das Bundesleistungsgesetz eine Anpassung an Änderungen mehrerer Gesetze.

*

Zivilschutz und Zivilverteidigung,
Handbücherei für die Praxis
39. Ergänzungslieferung
Herausgeber: Ministerialdirigent Merk,
BZS-Präsident Dusch und RegDir. a.D.
Beßlich
Verlag W. Jüngling, 8047 Karlsfeld bei
München

Mit der 39. Ergänzung sind die 6. Auflage des Gesamtwerks, die Einführung eines

durchgehenden Plastikregisters, ein neuer Gesamthalt und ein neuer Ordner für den Band 1 (Register, Teile A und B) verbunden.

Im Teil A – Allgemeine Grundlagen, Gesamtverteidigung, Zivilverteidigung, Zivilschutz – wird ein Haushaltsteil (A I 5) und das Regierungsprogramm Bevölkerungsschutz-Notfallvorsorge-Zivile Verteidigung samt Einführung (A I 6 und 7) eingearbeitet. Unter den anschließenden Aktualisierungen und Ergänzungen in den Bereichen A II–VI sei hier besonders die Erweiterung des THW-Teils (A V 6) erwähnt, die später fortgesetzt werden wird.

Im Teil B – Warndienst – wird außer einigen Fortschreibungen insbesondere ein den Warndienst betreffender Auszug (Teil IV, Abschnitt 2, §§ 301ff.) aus der Telekommunikationsverordnung (TKV) eingearbeitet, die an die Stelle der Fernmeldeordnung und ihrer Nebenbestimmungen getreten ist.

Von dieser Ergänzung an ist an der Herausgabe anstelle des ausgeschiedenen MinDir. Kirchner nun der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Hans Georg Dusch, beteiligt.

Damit spiegelt sich der Titel des Gesamtwerks „Zivilschutz und Zivilverteidigung“ in den beruflichen Funktionen seiner Herausgeber wider:

Hans Günther Merk, 1965 Mitbegründer des Werkes, ist im Bundesministerium des Innern (BMI) seit Jahren als Ministerialdirigent und Stellvertretender Abteilungsleiter tätig.

Hans Georg Dusch war bereits als Ständiger Vertreter des Abteilungsleiters ZV-Zivile Verteidigung im BMI (seit 1987: KN-Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung) mit der Materie befaßt und ist seit 1985 Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS), der einschlägigen Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich BMI.

Wolfgang Beßlich war von 1969 – aus dem Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz kommend – bis 1987 Dozent für Recht und Organisation an der Akademie für zivile Verteidigung (AkzV) als der zentralen Lehranstalt für Führungskräfte auf diesem Gebiet.

Allgemeines

Die hier beschriebene Heißwasserwanne Vers.-Nr. 4210-12-188-1869 gehört zur ABC-Zug-Ausstattung und wird in der Dekontaminationsgruppe G bei der Heißwasser-Dekontaminations-Anlage (HDA) eingesetzt. In der Wanne wird für die Dekontamination von ABC-Schutzbekleidung (nicht das Overgarment) Wasser im Umlaufverfahren bis zu 100° C erhitzt.

Technische Beschreibung

Die Heißwasserwanne 1,5 m³ ist nach der abgebildeten Zeichnung gefertigt. Das Fassungsvermögen beträgt ca. 1500 l. Die Wanne ist aus glasfaserverstärktem Polyesterharz gefertigt und für folgende mechanische und thermische Belastungen ausgelegt:

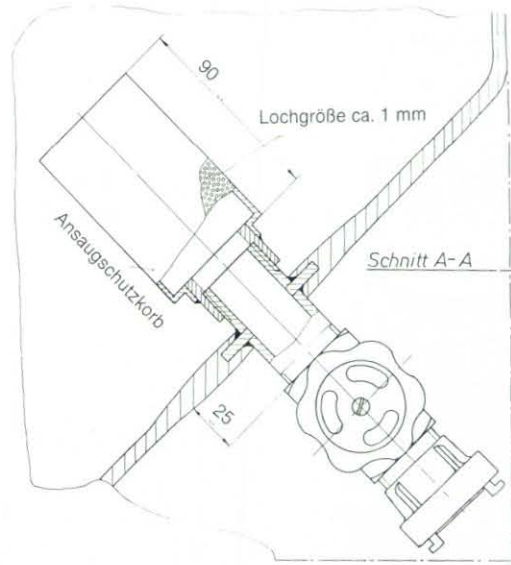
Prüfnorm

Zugfestigkeit (= Reißfestigkeit)	DIN 53 455	kN/cm ² 16
Reißdehnung	DIN 53 455	2%
Biegefestigkeit	DIN 53 452	kN/cm ² 20
Druckfestigkeit	DIN 53 454	kN/cm ² 14
Elastizitätsmodul	DIN 53 457	kN/cm ² 900
Schlagzähigkeit Normkleinstab	DIN 53 453	cm N/cm ² 600

Die Heißwasserwanne darf sich beim Befüllen mit 1400 l Wasser, aufgeheizt auf 100° C an der am stärksten beanspruchten Stelle, auch nach 10stündiger Betriebsdauer, nicht mehr als 10 mm ausdehnen.

Im Unterboden der Wanne wird gegen Abriebsbeanspruchung rundum ein Flacheisen 30/5 mm einlamiert. Stark beanspruchte Stellen wie Boden und Rundungen sind besonders verstärkt.

Unmittelbar über dem Wannenbecken sind



zwei Flansche einlamiert. Sie müssen die üblichen Beanspruchungen beim Anschrauben und Öffnen der Muffenabsperrschieber störungsfrei aufnehmen.

An jedem Flansch sind Muffenabsperrschieber aus Rotguß, Nenngröße 1, bestückt mit je einer Festkupplung D DIN 14306 und mit einer Blindkupplung in eloxierter Ausführung angeschraubt.

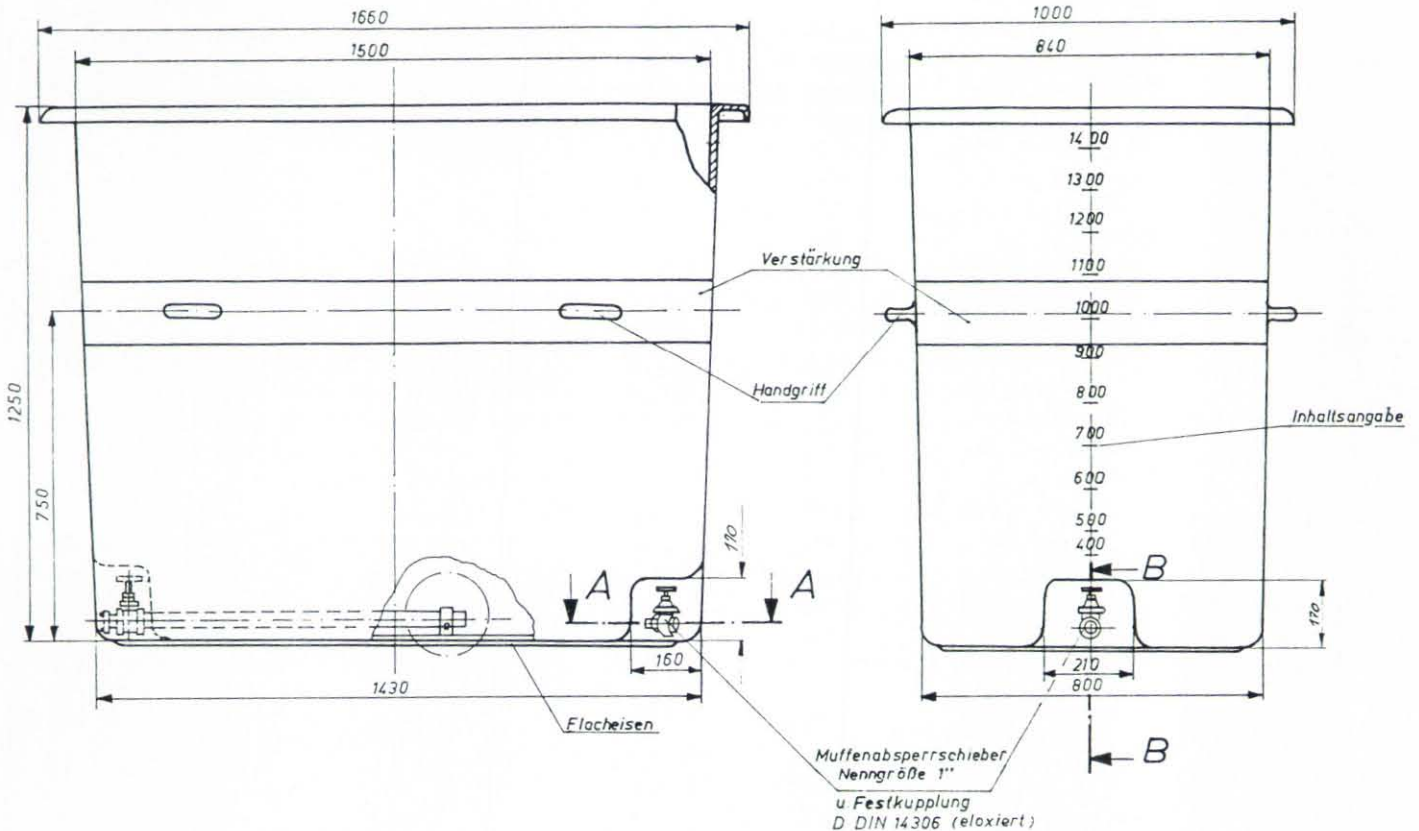
Entsprechende Einbuchtungen verhindern, daß die Absperrschieber über die Wannenseitenwand hinausragen. Dadurch ist eine Stapelbarkeit mehrerer Wannen möglich und beim Tragen der Wanne ist eine Behinderung ausgeschlossen.

An der Innenseite der Wanne sind an die einlamierten Flansche ein Wassereinleitungsrohr mit Haltebügel und Ansaugschutzkorb angeschraubt. Diese Teile sind aus V2A-Werkstoff 1.43.01 hergestellt.

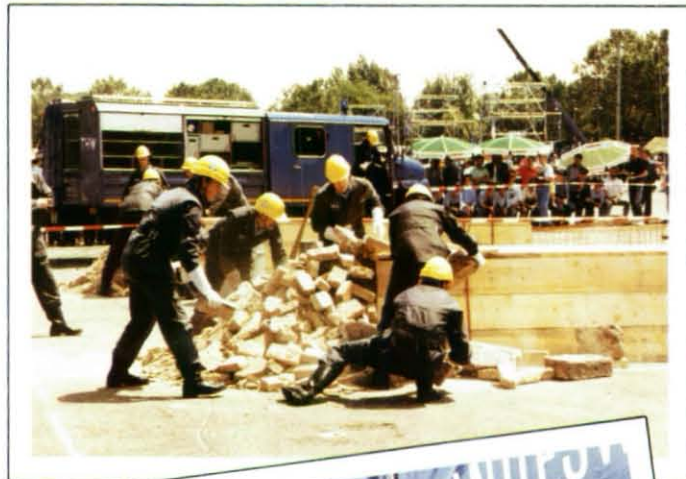
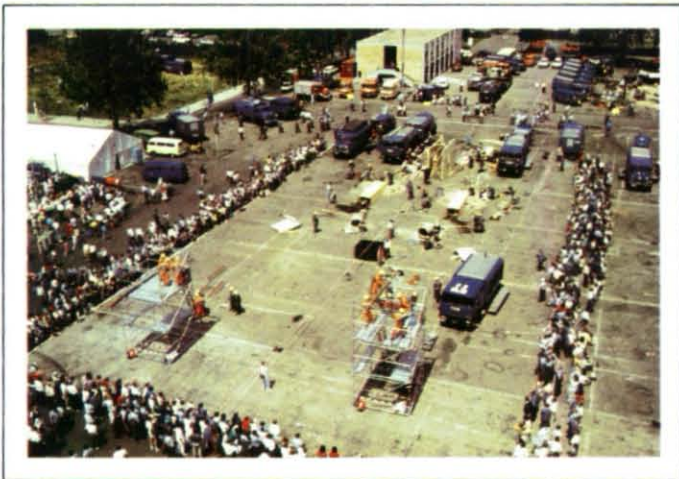
Die verwendeten Dichtungen sind für einen Temperaturbereich von -20° C bis 180° C geeignet.

Die Wanne ist an den Längsseiten mit je zwei einlamierten verzinkten Tragegriffen ausgestattet. Sie sind für eine Ausreißbelastung von ca. 100 kg ausgelegt.

An einer Querseite der Wanne ist unverwischbar die Volumen-Inhaltsangabe in Liter angebracht.



THW: 10. Bundeswettkampf



Als ein ideales Veranstaltungsgelände für den 10. Bundeswettkampf des Technischen Hilfswerks erwies sich der Neue Meßplatz in Mannheim. Das THW hatte hier genügend Platz für den Aufbau der elf Wettkampfbahnen und für eine Technik-Schau. Die günstige Lage des Platzes in unmittelbarer Nachbarschaft der originellen Multihalle, eine Vielzahl von Attraktionen und nicht zuletzt das prächtige Wetter bewirkten einen außergewöhnlich guten Publikumsbesuch.

Die elf Mannschaften aus allen Bundesländern kämpften eifrig und sehr diszipliniert um Sieg und Platz. Die Aufgaben aus dem Fachbereich „Bergungsdienst“, die es zu erfüllen galt, waren in der Tat kein Kinderspiel, weder vom Fachlichen her gesehen, noch in der körperlichen Anstrengung. Bergungsarbeiten aus einem Turm aus Rohrbaugerät, in ABC-Schutzbekleidung und unter Atemschutz, das bedeutete für die THW-Helfer schon eine Anstrengung.

Das Wettkampfgeschehen, von zahlreichen Gästen, an erster Stelle Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble, interessiert verfolgt, wurde eingerahmt von der größten Technikschaу, die das THW bisher aufgeboden hat.

So ergänzten sich Wettkampf und moderne technische Ausstattung zu dem in Mannheim verwendeten Slogan: Helfen mit Technik und Verstand.

